

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 39. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 24. März 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

Zeugenvernehmungen	Seiten
• Herrn Dr. Alois Ziegler gemäß Beweisbeschluss 17-7	1 - 102
• Herr Dr. Helmut Hirsch gemäß Beweisbeschluss 17-190	

* Hinweis:

Die wesentlichen Korrekturen der Zeugen Dr. Alois Ziegler (Anlage 1) und Dr. Helmut Hirsch (Anlage 2) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 10.02 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr
Dr. Ziegler! Ich eröffne die öffentliche Sitzung
zur Beweisaufnahme.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Dr. Alois Ziegler gemäß Beweisbe-
schluss 17-7

Herr Dr. Helmut Hirsch gemäß Beweisbe-
schluss 17-190

Herr Reinhold Ollig gemäß Beweisbe-
schluss 17-183

Ich möchte vor Eintritt in die Tagesord-
nung die Medien, die überhaupt nicht mehr
da sind - jedenfalls, soweit ich das er-
kenne - - brauche ich sie auch nicht zu bitten.
Den Zuhörerinnen und Zuhörern, von denen
es ja doch noch einige wenige gibt, möchte
ich noch mit auf den Weg geben, dass der
Ältestenrat des Deutschen Bundestages am
16. September 1993 in großer Weisheit ent-
schieden hat, dass keine Fotoapparate,
Filmkameras, Videogeräte oder Ähnliches in
den Sitzungssaal mitgenommen werden
dürfen. Ich bitte Sie auch, Ihre Mobiltelefone
auszuschalten, da wir wissen, dass man mit
Mobiltelefonen inzwischen ja auch noch te-
lefonieren kann, aber eben auch noch viele
andere Dinge tun kann. Von daher ist ihre
Benutzung eben auch in diesem Raum nicht
erlaubt.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Alois Ziegler**

Herr Dr. Ziegler, ich begrüße Sie auch
von dieser Stelle noch mal sehr, sehr herz-
lich in unserer Ausschusssitzung. Ich darf Sie
darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandauf-
zeichnung der Sitzung anfertigen. Die dient
ausschließlich dem Zweck, die stenografi-
sche Aufzeichnung der Sitzung zu erleich-
tern. Die Aufnahme wird nach der Genehmi-
gung des Protokolls dann auch gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbe-
schluss 17-7, den Untersuchungsauftrag und
einen Auszug aus dem Untersuchungsaus-
schussgesetz übersandt. Eine Empfangsbe-

stätigung liegt uns vor. Für Ihre heutige
Vernehmung liegt uns ebenfalls vor die Aus-
sagegenehmigung der Bundesministerin für
Bildung und Forschung.

Ich muss Sie nun ganz offiziell und formal
belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die
Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen
daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen
nichts weglassen, was zur Sache gehört, und
nichts hinzufügen, was der Wahrheit wider-
spricht. Ich habe Sie außerdem auf die mög-
lichen strafrechtlichen Folgen eines Versto-
ßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen.
Wer vor dem Untersuchungsausschuss un-
eidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153
des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe
von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit
Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsaus-
schussgesetzes können Sie die Auskunft auf
solche Fragen verweigern, deren Beantwor-
tung Sie selbst oder Angehörige im Sinne
des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der
Gefahr aussetzen würde, einer Untersu-
chung nach einem gesetzlich geordneten
Verfahren, insbesondere wegen einer Straf-
tat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Bei-
spiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren,
ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen
des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Ge-
schäftsgeheimnissen nur in einer nach der
Geheimhaltungsordnung des Bundestages
eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich
Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss
dann gegebenenfalls einen entsprechenden
Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin,
dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in
einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig
sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, im Augen-
blick nicht. Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Danke schön.

Dann beginnen wir mit der Vernehmung
zur Person. Ich darf Sie bitten, sich dem
Ausschuss mit vollständigem Namen und
Alter vorzustellen, und darf Sie zugleich fra-
gen, ob die für Ihre Ladung verwandte An-
schrift noch aktuell ist.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Mein Name ist
Dr. Alois Ziegler. Ich wohne in [REDACTED]; die
Anschrift ist vollständig, so wie sie verwandt

ist. Ich bin am 18.04.37 geboren, also fast 74.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann können wir mit der Vernehmung in der Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es ja darum, Herr Dr. Ziegler, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig zu erkunden und keinen weiteren Standort obertägig zu prüfen - - ob es dort irgendwelche Manipulationen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie jetzt nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern; andernfalls würden wir sofort mit der Befragung beginnen. Wie möchten Sie gern verfahren?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich würde gerne die Gelegenheit nehmen, im Zusammenhang auf die Fragen, die ich ja schriftlich kenne und die auch zugewiesen sind zu mir, einzugehen. Wenn das recht ist, beginne ich damit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, gerne.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Sehr geehrte Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Als ich die Ladung sah, habe ich mich erst mal gefragt: Was weiß ich noch aus dieser Zeit? Ich selbst war von Oktober 73¹ bis Oktober 83 zuständig für nukleare Entsorgung, insgesamt 14 Jahre im Forschungsministerium tätig - von 71 bis Ende 85 - und habe dann den Beamten gekündigt und bin in die freie Wirtschaft gegangen, habe also sehr viele andere Dinge seitdem gemacht; das will ich mit diesen Zeiten sagen.²

Ich hätte mich aus dem Gedächtnis noch nicht mal an eine bewusste Entscheidung der Art, wie sie da geprüft wird im Kabinett, erinnern können,³ aber das war in den Fragen ja

dann relativ klar. Dann fragte ich: Was mache ich in einer solchen Situation, wenn ich als Zeuge geladen bin und zunächst spontan aus dem Wissen heraus eigentlich nichts mehr weiß? So war jedenfalls mein subjektiver erster Eindruck. Ich habe mich dann gefragt: Habe ich noch irgendetwas, was mir privat zustand, mitzunehmen aus dieser Zeit, in meinen beschränkten Rücklagen als Pensionär? Und siehe da, dann fand ich ein kleines Büchlein mit drei Reden aus dem Jahr 73⁴: vom Minister, vom Staatssekretär und eine weitere. Von diesen drei Reden stammten damals zwei - deswegen habe ich dieses Büchlein noch - weitgehend aus meiner Feder. Insofern habe ich da natürlich dann Stoff gehabt, mich an Überlegungen und Begriffe, die auf der politischen Ebene damals eine Rolle spielten, zu erinnern. Diese Reden sind vor dem Entscheidungstermin gehalten worden, aber wenige Monate davor. Die Termine kann ich ... (akustisch unverständlich)⁵ dann nachtragen.

Ich fand auch noch einige Folienunterlagen, die ich aus der Zeit hatte. Eine davon habe ich auch in Kopie mitgebracht. Da geht es um die Kriterien, auf die ich ja gleich einzugehen Gelegenheit haben werde.

Schließlich fand ich noch einen Sonderdruck aus dem Jahre 82, Februar 82, in den Unterlagen; was man so als Wissenschaftler eben sammelt im Laufe der Zeit. Das ist ein *Fachheft Entsorgung der Energiewirtschaftlichen Tagesfragen*. Dort ist im Kontext, was Entsorgung damals hieß, eben Wiederaufarbeitung, Plutoniumbearbeitung, -verarbeitung, -verwendung, und vor allem Entsorgung im heutigen Sinne: Endlagerung und Behandlung von ... (akustisch unverständlich)⁶ Abfällen - - von Wissenschaftlern eingegangen. Es sind sehr umfangreiche Artikel. Die haben mir sehr viel weitergeholfen. Ich will ein kleines, winziges Beispiel dieses Erinnerungsprozesses nennen.

Mir gingen eine Überlegung und ein Gespräch mit einem Abteilungsleiter in der Bundesanstalt für Geowissenschaften durch den Kopf, und mir fiel der Name nicht mehr so

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „73“, setze „79“, Anlage 1

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „das will ich mit diesen Zeiten sagen.“, setze „was will ich mit diesen Zeiten sagen?“, Anlage 1

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „der Art, wie sie da geprüft wird im Kabinett, erinnern können.“, setze „im Kabinett der Art, wie sie da geprüft wird, erinnern können.“, Anlage 1

⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „73“, setze „78“, Anlage 1

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „(... akustisch unverständlich)“, setze „- wenn das gewünscht wird -“, Anlage 1

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „(... akustisch unverständlich)“, setze „radioaktiven“, Anlage 1

recht ein, irgendwie „Venski“, „Venslach“ oder so ähnlich. Und dann fand ich in der Literaturliste einer dieser Publikationen eine Publikation von ihm, und da wird das mit „Venzlaff“, mit „Ven“ usw. geschrieben; da war das natürlich wieder präsent.

Diesen Erinnerungsprozess bitte ich zu beachten, wenn ich dann konkrete Dinge sehe. Und das, was ich heute als Wissen sagen kann, bestätigt durch das, was ich in Erinnerung habe, ist letztlich aus solchen Unterlagen neu gewonnen und neu belebt. - Das im Allgemeinen.

Zu den Fragen selbst, wenn das richtig ist an der Stelle, habe ich mich auf die Fragen natürlich dann besonders versucht zu erinnern, die genau von Ihnen im Beschluss mir zugewiesen sind. Und wenn es passt, würde ich sagen,⁷ dann sage ich schon einmal ein paar Stichworte, weil das vielleicht im Bündel schon mal die eine oder andere Frage, die Sie noch zusätzlich haben - - nicht neu stellen muss, sondern beantwortet.

Ich fange mit der Frage 7 an. Dort geht es um die Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk, und zwar insbesondere um die Frage, ob diese nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entwickelt wurden und ob die ganz oder teilweise auf den Standort Gorleben zugeschnitten sind.

Das ist nach meiner Erinnerung überhaupt nicht der Fall. Warum? Einmal mussten diese Kriterien, so wie sie publiziert worden sind, in aller Form allen Formen von Endlagerung, wie sie damals im Gespräch waren, gerecht werden. Und es war ja so, dass damals ein Planfeststellungsverfahren für die Schachanlage Konrad und auch für die Schachanlage Asse in Vorbereitung waren oder schon beantragt waren sogar⁸. Die wurden erarbeitet, der Planantrag war gestellt, die Unterlagen wurden bearbeitet.

Des Weiteren haben diese Kriterien eine ziemlich lange Geschichte. Es gibt eine Aussage in einer dieser Publikationen meines damaligen Abteilungsleiters. Der berichtet im Kontext über die Entstehung des Konzeptes „Integriertes Entsorgungszentrum“; das hat ja 74 begonnen usw. Und er sagt, es sei mit einem sehr umfangreichen Kriterienkatalog

untersucht worden, ob 24 in der Vorauswahl alle in Niedersachsen gelegene Standorte für dieses Entsorgungszentrum geeignet sein könnten. Die Bundesregierung hat dann 1976, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, davon drei ausgewählt und der niedersächsischen Landesregierung vorgeschlagen. Das hat die niedersächsische Landesregierung beraten und dann Gorleben - Gorleben war nicht unter diesen dreien der Bundesregierung - vorgeschlagen.

Also, die Aussage an der Stelle ist: Es gab einen sehr umfangreichen Kriterienkatalog, auf das Entsorgungszentrum zugeschnitten.

Des Weiteren gab es eine Ausarbeitung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, wenn ich es recht erinnere aus dem Jahre 77, und zwar im Rahmen eines Auftrages der Europäischen Gemeinschaften. Die Stelle weiß ich nicht mehr oder konnte sie auch nicht mehr finden in den Unterlagen, die den Auftrag erteilt hat, aber es war ein Untersuchungsauftrag der Europäischen Gemeinschaften dafür, unter geologischen Gesichtspunkten aufzuführen: Worauf kommt es denn an, wenn man in geologischen Formationen Endlagerung radioaktiver Stoffe betreiben will? Und da kann es schon ganz undenkbar sein, dass auf den Standort Gorleben zugeschnitten dort Aussagen drin sind, sondern Salz spielt als Formation eine Rolle, Ton eine andere, Granit eine dritte usw. Auf diese Weise, weil diese Kriterien auch von der Reaktor-Sicherheitskommission beraten worden sind und jede Gelegenheit bestand, das zu diskutieren in der Reaktor-Sicherheitskommission, die auch nicht alle Sachverständigen in ihrem Kreis hatte und andere gehört hat, Literatur ausgewertet hat, muss ich an der Stelle klar sagen: Nach meiner Kenntnis und Erinnerung und nach dem geschilderten Prozess ist es völlig undenkbar, dass diese Kriterien irgendeine Komponente des Zuschnitts auf Gorleben haben, sondern ganz unabhängig davon entwickelt worden sind.

Ich käme zur achten Frage: Welche Standorte waren bis zur Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli untersuchungswürdige Alternativen zu Gorleben? Das habe ich bereits mit beantwortet, indem ich den Entscheidungsprozess für das nukleare Entsorgungszentrum schildere⁹: von 24 zu 3

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „würde ich sagen“, Anlage 1

⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „schon beantragt waren sogar“, setze „sogar schon beantragt waren“, Anlage 1

⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „schildere“, setze „schilderte“, Anlage 1

und dann Vorschlag der niedersächsischen Landesregierung. Es waren - das ist meine Aussage - ab 79 keine anderen Standorte mehr in der Untersuchung; denn in dem Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern ist eindeutig festgelegt, dass die Bundesregierung den Standort Gorleben prüfen wird und prüfen soll - und das zügig. Das war die Zusage, die vom Bund gegeben wurde, parallel zu Zusagen der Länder, dass sie ihre Pflichten, die im Rahmen des Entsorgungskonzeptes damals 79 festgelegt worden sind - - dass diese Zügigkeit, an diesem Standort voranzugehen, zugesagt war, und dann war das der Auftrag an die Ressorts, darunter auch das Forschungsministerium, das die Finanzmittel dafür bereitstellen hatte, um dies voranzubringen.

Es gab natürlich auch damals immer wieder Überlegungen: Wäre es nicht besser, man würde noch einen weiteren, einen dritten Standort untersuchen? Ich kann mich auch ganz vage an ein Gespräch erinnern anlässlich eines Besuchs mit dem damaligen Minister Hauff in Gorleben, wo man so zwei Tage unterwegs war, natürlich auch in Vieraugengespräche mit dem Minister als Referatsleiter einmal kommen kann - - dass er sagte: Herr Ziegler, sagen Sie mir mal: Weshalb machen wir das nur hier? - Gut, die Geschichte, die ich jetzt schon hier kurz ausgebreitet habe, konnte ich dann auch rekapitulieren natürlich; aber ich weiß noch oder ich erinnere mich noch, dass wir in Überlegungen eintraten: Was wäre denn, wenn man einen weiteren Standort angucken würde oder einen dritten oder drei gleichzeitig?

Dazu kann ich heute mehr meine persönliche Meinung sagen, aber das dürfte ziemlich mit dem übereinstimmen, was auch damals mein Denken und mein Urteil war an der Stelle: Intellektuell liegt eine solche Frage nah, und sie ist sachlich, aber leider nicht sinnvoll. Warum?

Bei zügigem Vorgehen am Standort Gorleben - das war damals Fachmeinung auch in der Reaktor-Sicherheitskommission und den Ressorts - bestand Zeit genug, zu sagen: Machen wir in Gorleben zügig vorwärts! Selbst wenn - selbst wenn! - Gorleben ein ungeeigneter Standort für die Endlagerung jedweder Art von Abfällen - muss ich dazu sagen - sein könnte - man muss ja drei unterscheiden: leichtaktiv, mittelaktiv, hochaktiv -, ist genügend Zeit, zumindest für den hochradioaktiven Abfall einen weiteren

Standort mit gleicher Sorgfalt oder mehrere dann, wenn man schon Zweifel hatte, dass man einen weiteren sofort findet, zu untersuchen. Also, von daher ist genügend Zeit, nach Gorleben einen weiteren zu untersuchen.

Man würde deshalb ohne Not - das liegt in der ersten Aussage drin - Aufwand treiben, und zwar längst nicht nur an Geld. Der Aufwand - das dürfte jedem in dem Kreis bewusst sein - an, ich sage einmal, politischer Energie ist immens schon damals gewesen, um einen solchen Standort überhaupt untersuchen zu können, geschweige denn, um ein Planfeststellungsverfahren oder einen Beschluss über den Beginn der Endlagerung durchzuziehen. Allein dies war ein gewaltiger Aufwand nicht nur an Geld, sondern auch an Energie für alle Ebenen, die da betroffen waren, ob es die Wissenschaftler sind, aber vor allem die Kommunalpolitiker vor Ort, die Landespolitiker und Bundespolitiker, die in der Verantwortung waren. Also ohne Not würde man den Aufwand bei zwei Standorten verdoppeln, bei dreien verdreifachen.

Ich habe mit gewisser Genugtuung aus einem Zeitungsbericht gelesen, dass jüngst Herr Röttgen dort war. Da kam diese Frage auch wieder auf, und er sagt: Intellektuell ganz gut, aber durchsetzbar? Eher nicht. - Also die gleiche Aussage jetzt nach 30 Jahren wieder.

Für mich als Wissenschaftler war damals noch eine weitere Überlegung wichtig. Wir waren ja gehalten, für Endlagerung im Salzstock in dem Fall, aber auch für Konrad Untersuchungen zu machen: Was tritt denn ein, und wie läuft das eventuell ab - ein Störfall? Es tritt doch, entgegen allen vernünftigen oder plausiblen Erwartungen, Wasser in das Endlager ein; es kommt zu Auslaugungen. Wie laufen die Auslaugungen ab, und wie findet dann - das ist die wichtige Frage gewesen - der Transport dieser mit radioaktiven Nukliden beladenen, wie stark auch immer, Lauge durch die vielen Schichten der geologischen Formation darüber statt? Welche Zeiten braucht das? Was wird in den Sanden, anderen Schichten, Gesteinsschichten von den Radionukliden eventuell zurückgehalten? In welcher chemischen Form liegen die vor? Also eine komplexe wissenschaftliche Aufgabe unter chaotischen Bedingungen; schwierig genug.

So, und dafür wurden natürlich Untersuchungen gemacht, aber auch Rechenmodelle entwickelt. Die waren damals, Anfang

der 80er-Jahre, noch nicht so weit, dass sie wirklich - na, ich sag mal - valide waren. Man suchte noch, da und dort deutliche Verbesserungen zu machen. Aber das Ziel war klar: Man wollte Aussagen: Wenn das eintritt nach 100 Jahren, nach 1 000 Jahren, nach 10 000 Jahren, ist die und die Entwicklung an den und den Punkten eventuell zu erwarten, und dann würde die Konzentration im Grundwasser vielleicht soundso hoch steigen können im Laufe von Jahrtausenden dann irgendwann in ferner Zukunft.

Also standortbezogene Sicherheitsuntersuchungen für den Störfall. Und ich sah mich vor die schwierige Frage gestellt, die mit so vielen Hypothesen beladene Untersuchung für zwei Standorte oder drei zu haben. In einem Fall kommt heraus, dass es eins pro Millionen Jahre - - beim anderen ist es zwei oder drei pro Millionen Jahre und beim dritten zehn pro Millionen Jahre.

Was heißt das? Das ist politisch überhaupt nicht bewertbar. Also, auf solche Risikountersuchungen hin einen Standortvergleich zu machen, ist aussichtslos. Es gibt genug Aussagen, auch in der Literatur, die ich jetzt wieder gelesen habe, dass Geologen sagen: Es ist nicht möglich, quantitativ - darauf lege ich jetzt Wert - zwei Standorte miteinander zu vergleichen. Und nur das wäre rational. Man kehrt also wieder ins politische Entscheidungsverfahren zurück, wie es bei Gorleben und anderen Standorten nun einmal stattfindet.

Diese Argumentation schloss damals schon und auch jetzt - nach Überdenken noch mal - für mich persönlich mit der Vermutung, man hätte am Ende, wenn man auch nur zwei Standorte parallel untersuchen würde, dann zwei geeignete Standorte, die man graduell unterschiedlich dann beladen und nutzen würde. Wenn das politisch gewünscht wird, muss man das machen; es war damals aber nicht so. Ich habe den Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern zitiert. Es war nicht so, sondern die Bundesregierung hatte eindeutig die Aufgabe übernommen¹⁰. Es war vor allem mir damals, weil ich die Finanzmittel zu verwalten und zu steuern hatte, übertragen, das zügige Vorgehen sicherzustellen. Und das, glaube ich - nach meiner Erinnerung -, habe ich weitgehend gemacht.

¹⁰ Ergänzung des Zeugen: „Gorleben zügig zu erkunden“, Anlage 1

So, dann ist vielleicht einiges schon beantwortet, was in den weiteren Fragen noch mal wieder aufscheint.

Ich sehe die Frage 9 jetzt vor mir. Da geht es noch mal mit der ausschließlichen untertägigen Erkundung und bestimmter Kriterien. Das habe ich, glaube ich, beantwortet schon inzwischen¹¹. Man müsste die Beschreibung der Zielsetzung, die in dem Auftrag zur Untersuchung des Standorts Gorleben¹² - - Was sollte bei der Vorbohrung, bei den Tiefbohrungen und in der Schachtvorbohrung, bei den Schächten herauskommen? Diese Zielsetzungen müsste man sich ansehen, um die Kriterien vielleicht daraus abzulesen. Die waren natürlich dann auf den Salzstock und in Gorleben bezogen und hat das andere, was ich schon allgemein geschildert habe, mit einbezogen. Aber Kriterien, die ausschließlich diesen Standort validieren sollten - das habe ich ... (akustisch unverständlich)¹³ gesagt -, gab es nicht, gibt es auch bis heute meines Wissens nicht.

Frage 10: Ja, da geht es um den Stand von Wissenschaft und Technik und wie dies sichergestellt wurde. Also, da gibt es mehrere Antworten dazu: Wissenschaft und Technik.¹⁴ Beim Stand der Technik ist das kein großes Problem. Man muss Unternehmen auswählen für die Durchführung der Arbeiten und Institutionen, die über bewährte Vorgehensweisen und Techniken verfügen; damit ist der Stand der Technik sicherstellbar.

Beim Stand der Wissenschaft kann das schon ein bisschen schwieriger sein. Aber bei Gorleben war es sicher so, dass der Einsatz aller Methoden und Untersuchungsverfahren zum Tragen kam, um aussagekräftige Daten beisteuern zu können. Ich will ein Grenzbeispiel nennen. Ich habe zur Vorbereitung auch gelesen die Zusammenfassung, die von einer Pressestelle des Bundestages oder so etwas¹⁵ im Internet steht; ich weiß den Namen jetzt nicht mehr genau der Stelle der Veröffentlichung. Da war über eine Ver-

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „beantwortet schon inzwischen“, setze „schon inzwischen beantwortet“, Anlage 1

¹² Ergänzung des Zeugen: „nachlesen“, Anlage 1

¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „... (akustisch unverständlich)“, setze „schon“, Anlage 1

¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ . “, setze „?“ und Absatz, Anlage 1

¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „oder so etwas“, setze „- oder so etwas -“, Anlage 1

nehmung eines Wissenschaftlers aus der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe berichtet von damals. Der hatte eine Radiostrahlungsmethode entwickelt, um in geologischen Strukturen bestimmte Aussagen machen zu können. Die wurde auch eingesetzt. Und der hat sich, glaube ich, heute noch mal in der Vernehmung - so war es in dem Bericht, in der Zusammenfassung zu lesen - beklagt darüber, dass seine Untersuchungsmethode nur sehr am Rande und äußerst verkürzt in den Schlussbericht Eingang fand.

Ja nun, ich war später, nachdem ich nicht mehr bei der Bundesregierung war, verantwortlich für eine größere Truppe von 35 Geowissenschaftlern, nicht direkt, sondern das war ein Baustein in den 400 Leuten - - waren 35 von 400 Leuten, die in meinem Geschäftsbereich dann waren. Da habe ich ein bisschen Einblick in geowissenschaftliche Methoden gehabt, die ich als Physiker damals nicht so unmittelbar hatte, und weiß, dass solche Methoden einen ganz langen Prozess brauchen, um validiert zu werden, das heißt, um Aussagen machen zu können, die auch relevant sind. Offenbar - das ist meine Vermutung an der Stelle, also mehr ein Beitrag zu Ihrer eigenen Meinungsbildung zu diesem Zeugen - war es so, dass diese Radiowellen noch nicht so stark validiert waren, die Verwendung derselben, dass sie verlässliche geologische Aussagen machen können. Aber bei meiner Aussage über „Wurde der Stand von Wissenschaft benutzt?“ sage ich damit: Es wurden sogar im Bereich der Wissenschaft benutzte Methoden, die noch nicht valide waren, eingesetzt, um ja nichts auszulassen. Das ist die Aussage, dass der Stand von Wissenschaft auch in vollem Umfang, wie er erkennbar war, einbezogen worden ist.

Schließlich habe ich hier vermerkt: Wie wurde sichergestellt, dass der Stand von Wissenschaft und Technik benutzt wurde in jeder Hinsicht? Da verweise ich zunächst und berichte über zwei öffentliche Hearings im Raum Gorleben - die Orte, ich glaube, eins war in Lüchow, das zweite weiß ich nicht mehr ganz genau -, und zwar zunächst im Mai 81. Da war ein gewisser Zwischenstand erreicht. Ich hatte diese Sitzung, dieses zweitägige öffentliche Hearing zu leiten. Dieses Hearing war bei dem schon erwähnten Besuch von Minister Hauff an die Bürgerinitiativen zugesagt worden. Es ging dann darum, wie es organisiert wird. Das war vielfach

mit mir abzustimmen oder¹⁶: nicht abzustimmen, sondern mit mir zu besprechen. Bürgerinitiativen waren paritätisch einbezogen vor Ort, es gab viele Vorschläge, schließlich gab es eine Art Tagesordnung.

Die Kernfrage war dann im Forschungsministerium - also Bundesministerium für Forschung und Technologie damals -, das die Federführung für diese Veranstaltung in der Öffentlichkeit hatte, zu fragen: Wer wird denn dieses zweitägige Hearing leiten? Denn es war immer vorgesehen, dass zu einem Sachthema in der fachlichen Gliederung je ein von der offiziellen Seite, von der Bundesregierung beauftragter Wissenschaftler zu dem Stand was sagt und dann jemand, der eher auf der Seite der Bürgerinitiativen oder von ihr benannt war, etwas sagt. Also richtig polarisierend ging das durch.

Sie können sich vorstellen, dass es nicht ganz so leicht war, dafür einen Leiter zu finden. Es war vorgesehen, dass damals ein im Fernsehen sehr bekannter Professor Heinz Haber diese Leitung übernehmen sollte. Der hat nach einigen Bedenken dankend abgelehnt, sich dann aber darauf eingelassen, wenn jemand anders die Sitzung leitet, würde er mal für eine Stunde oder zwei dazukommen und vielleicht Aussagen dazu machen. Es war ein bekannter Fernsehjournalist namens Dieter Lueg, wenn ich mich recht entsinne, damals auch mal gefragt worden; er hat auch abgelehnt.

Und dann gab es ein Konsilium - darüber ist mir später dann berichtet worden - beim Pressereferenten, mit dem Minister, dem Staatssekretär und meinem Abteilungsleiter zusammen. Mein Abteilungsleiter hat mir später einmal im Vertrauen - ich hoffe, das fällt jetzt nicht unter das, was ich nicht sagen darf, an der Stelle; Sie haben es vorhin noch mal erwähnt - erzählt, er hätte dann mal meinen Namen ins Gespräch gebracht, und zwar so, dass er sagte: Ich wüsste schon jemanden, der das ziemlich sicher kann, aber den werdet ihr nicht akzeptieren. - Dieser Satz ist mir im Gedächtnis geblieben. Er kam dann danach zu mir, und ich habe dann gesagt: Wenn das zu meinen Aufgaben gehört, mache ich das. - So bin ich also an diese Aufgabe gekommen, von Amts wegen. Ich habe das auch benutzt in dem Eingangsstatement. Und es hat sogar damals - daran erinnere ich mich auch, habe aber den Text nicht mehr - zu einem Artikel auf der ersten Seite rechts

¹⁶ Ergänzung des Zeugen: „besser“, Anlage 1

unten, diese Kommentare in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in dem Fall, geführt, wo über dieses Hearing mit Pro und Kontra berichtet wurde und auch über meine Leitungsfunktion recht positiv, was ich aber durch Gespräche - ich habe den Artikel nicht mehr - - berichtet wurde.

Also, es gab - das ist der Punkt an der Stelle - eine zweitägige öffentliche Auseinandersetzung, Berichte von allen Seiten über - - 1981, und es gab vor dem Beschluss, den Schacht herzustellen, im Mai 83, auch wieder unter meiner Leitung - das war ja dann schon bewährt angeblich oder anscheinend -, eine Veranstaltung des Bundes zur Information der Öffentlichkeit vor dem Schachtabteufen. So hieß die damals auch, die hat auch stattgefunden.

Es gab vor der Entscheidung des Bundes für Gorleben - das müsste ich noch nachschieben an der Stelle - das sogenannte Gorleben-Hearing. Das war von der niedersächsischen Landesregierung veranstaltet, wo auch Pro und Kontra mehrere Tage lang diskutiert wurden. Also, es hat nicht gefehlt an Möglichkeiten, den Stand von Wissenschaft und Technik allgemein bekannt zu machen, auszutauschen und sich darüber eine Meinung zu bilden, soweit es auf Bewertungen ankommt.

Es gab schließlich auch noch in Lüchow-Dannenberg eine Informationsstelle des Bundes und des Landes Niedersachsen, die von je einem Mitarbeiter des Bundes und des Landes Niedersachsen besetzt war. Die beiden Herren waren fast ständig vor Ort, waren zugänglich für alle Interessenten, und es gab ein reges Ein- und Ausgehen von Bürgern vor Ort, von Interessenten seitens der Bürgerinitiativen, Pro und Kontra, alles fand da statt, und es wurden dort sogar, ganz abweichend von sonstigen Praktiken, die Bohrergebnisse ausgelegt, in dieser gemeinsamen Forschungsstelle, sodass auch Wissenschaftler, die nicht im Projekt waren, Zugang hatten und sich die Bohrprofile ansehen konnten, die Beschreibungen und dergleichen Dinge mehr; all das war möglich.

Zusammenfassend kann ich zu dem sagen: Stand von Wissenschaft und Technik einbezogen, habe ich berichtet. Alle Fachleute wussten, dass ihre Berichte - das ist ein indirektes Argument - einer kritischen Überprüfung standhalten müssen - bis heute offenbar -, und sie haben sich sehr sorgfältig bemüht, die Daten vollständig, verständlich darzustellen, Aussagen und Schlussfolge-

runge eingehend zu begründen und herzuleiten. Das ist, glaube ich, noch einmal ein dynamisches Argument, was die Einbeziehung des Standes von Wissenschaft und Technik untermauert.

So, dann käme ich zu Frage 11 erst. Was steht denn da? - Da geht es um Äußerungen und Stellungnahmen von anderen Einrichtungen, die sich mit alternativen Standorten auseinandersetzen.

Also: Es gab keine alternativen Standorte. Mir ist auch nichts bekannt und nicht in Erinnerung gekommen, dass es auch nur den Ansatz von Erkundungen zu anderen Standorten gab. Das Wort „alternativ“ war für mich so ein bisschen schillernd an der Stelle. Es könnte auch sein, dass gemeint ist, ob man außer Salzformationen, die es praktisch nur in Niedersachsen, im Land Niedersachsen, in entsprechender Größe gibt, andere geologische Formationen, also nicht rein Standorte, sondern anderer Standort mit Granit oder Ton oder was alles in Frage kommen mag - - untersucht werden. Das ist in Deutschland nicht versucht worden. Aber wir selbst ... (akustisch unverständlich)¹⁷ Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, ich selbst und meine Mitarbeiter haben uns sehr wohl bemüht, auch zu wissen: Was geschieht denn in anderen Ländern? Und ich weiß von einem Besuch, den ich persönlich machte, aber auch andere, in Schweden in einem Labor, wo Granit als Formation untersucht wurde. Wir hatten sogar - ich meine, es sei ein Mitarbeiter der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gewesen - lange Zeit einen Mitarbeiter in dem sogenannten Felslabor in der Schweiz, wo Untersuchungen gemacht worden sind, um zu prüfen, inwieweit und unter welchen Bedingungen Granit in der Schweiz als Endlagerformation geeignet ist.

Ich selbst habe dort auch mal einen Besuch gemacht, das war aber Jahre danach; da war ich nicht mehr bei der Bundesregierung. Das Labor hat in den 90er-Jahren, als ich da mal war, noch bestanden, und auch da habe ich mich über einen Wissenschaftler aus Deutschland noch eingefragt, um, als nicht mehr zuständig für diesen Bereich seiend, zu sagen: Ich war da mal, interessiert mich. Kann ich mal das Felslabor Grimsel besuchen? - Und da habe ich sehr eindrucksvolle Messungen dann kennengelernt.

¹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „... (akustisch unverständlich)“, setze „also Fachleute der“, Anlage 1

Das ist aber die Neugierde eines Wissenschaftlers und trägt nichts zu dem bei, außer dass man sich in Deutschland rund um diejenigen, die Verantwortung trugen für die angesprochene Entscheidung der Bundesregierung, sehr wohl kundig gemacht hat: Was passiert an anderer Stelle, in welchem Umfang, was sagen die Wissenschaftler dort über uns und/oder dergleichen? Man war im Austausch und hat das beobachtet.

Frage 12: Wer - das bezieht sich auf Personen - hat an der Entscheidungsfindung direkt oder indirekt mitgewirkt, die da infrage steht? Also, an Personen habe ich kaum Erinnerungen in dem Zusammenhang. Ich kann nur den Prozess, der Ihnen aber geläufig ist - das ist Allgemeinwissen -, ansprechen. Da gab es ja eine Geschäftsordnung, es waren viele Ressorts beteiligt, und es wird dann von unten nach oben aufgebaut. Die Wissenschaftler haben ihre Berichte gemacht, und auch im Dialog mit den Referenten der verschiedenen Ressorts sind die Schlussphasen dieser Berichte sicherlich entstanden und abgefasst und gebündelt worden vor allem in den zentralen Aussagen. Es gab Ressortbesprechungen auf der Referateebene oder der Staatssekretärebene dazu, aber ich kann die Termine nicht nennen. Das bräuchte Aktenstudium, und auch über die Personen, die beteiligt waren, habe ich keine konkreten Erinnerungen mehr. Es gibt das übliche Verfahren, wie eine Kabinettsvorlage eben entsteht und dann in das Kabinett hineinkommt.

13. Frage: Welche schriftlichen Unterlagen, Gutachten, Expertisen usw.? Von wem wurden diese usw. in Auftrag gegeben? Also, da habe ich ganz wenig festgehalten. - Und wer hat auf die Inhalte Einfluss genommen? - Also, welche schriftlichen Unterlagen? Nichts in Erinnerung, kann ich nicht konkret benennen. - Welche schriftlichen Unterlagen meint er benennen zu können? - Das und das, so wie ich es in einigen wenigen Fällen aufgrund der neueren Literatur, die ich einsehen konnte, gesehen habe.

Auftragsweg war, dass das Bundesforschungsministerium im Haushalt Mittel hatte für die Standorterkundung, anzusetzen hatte, nach Bewilligung durch das Parlament, und diese gingen dann - nach meiner Erinnerung, aber auch das habe ich nicht ganz fest

in Erinnerung, es spielt aber vielleicht auch keine so entscheidende Rolle - an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die per Gesetz beauftragt war, und die hat dann die Aufträge letztlich vergeben, wobei bei entscheidenden Aufträgen - da entsinne ich mich insbesondere an die Vergabe des Schachtabteufens in den letzten Monaten, in denen ich tätig war in diesem Fachbereich - seitens des Forschungsministeriums, sprich: durch meine Person, schon eingewirkt wurde, wie denn die Entscheidung für die Unternehmen ausfallen sollte, wie die Abwägungen sind zwischen den verschiedenen Bietern, Preis, Technik, Abwägungen und so. Ich erinnere mich noch sehr wohl an Gespräche mit führenden Leuten dieser beiden Unternehmen, die dann das Schachtabteufen machen sollten, und habe die - na - quasi dazu gezwungen oder, wie man das halt macht als Auftraggeber, gebeten, über ein Konsortium, eine Arbeitsgemeinschaft nachzudenken. Diese Arbeitsgemeinschaft zu schmieden, war ich mit dabei. Das zeigt so ein bisschen, wie das war: Geld an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, aber der Auftrag muss dann von dort vergeben worden sein.

Dann: Einfluss auf Inhalte ist abgefragt in dieser Frage Nr. 13. Bei Zielsetzung ganz sicherlich. Wenn jemand einen Auftrag gibt, sagt er: „Das und das und das soll geschehen“, oder im Dialog entstand das ja. Wir hatten im Ministerium auch nicht alle Kenntnisse zusammen, sondern da gab es einen Vorschlag, und man fragt noch mal nach und hat das modifiziert oder verstärkt. Man hat insbesondere auf die Zeiteinhaltung geachtet und hat auf die Aussagestärke geachtet, die anzustreben ist. Dann, wenn es um Berichte ging, Zwischenberichte oder dergleichen: Bei der Gliederung war wieder natürlich eine Einflussmöglichkeit. Bei den Ergebnissen: Also zur Bewertung sicherlich nicht, eher: „Wo steht was?“ und: „Was sollte nicht stehen?“ Das kann schon passiert sein damals.

Ich erinnere mich, dass ich im Juni letzten Jahres - da war Ihr Beschluss wohl zur Bildung des Ausschusses schon gefallen - von einem Redakteur des *Spiegel* angerufen wurde, der mir ein Fax vorlas, das ich angeblich im Mai 73 geschrieben haben sollte. War ich erst mal höchst verwundert über - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): 83!)

- Entschuldigung. 83 - - im Mai 83 geschrieben sein sollte. Wie er das vorgelesen hat,

dann sagte ich ihm: Kann schon sein, dass ich das damals geschrieben habe, aber ich weiß das heute nicht mehr so genau inhaltlich. - Also, er vermutete, ich hätte da auf Inhalte Einfluss genommen. Vielleicht spielt das ja gleich noch mal eine Rolle.

Dann Frage 14: Ja, da geht es um die Rinne über dem Salzstock. Diese Kenntnis lag vor, in vollem Umfang. Das Gespräch, das ich in Erinnerung haben wollte - - erinnerte, mit einem Abteilungsleiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, mit Herrn Venzlaff, bezog sich genau darauf. Das wurde in dem öffentlichen Hearing von 81 ausführlich behandelt, diese Frage, wobei ich nicht mehr weiß, welcher Wissenschaftler das vorgetragen hat. Aber ich weiß, dass ich ein Gespräch mit dem Herrn ¹⁸führte, und der hat mir dazu einiges gesagt, wie er das sieht, Herr Venzlaff¹⁹, aber ich will vor allem verweisen auf einen Aufsatz, den Herr Professor Merz, damals immerhin Vorsitzender des Unterausschusses der Reaktor-Sicherheitskommission „Entsorgung“²⁰, geschrieben hat. Er war damals *der* Kenner der Entsorgungswege, und er ging genau auf diese Fragestellung ein, und zwar - wo habe ich es denn angestrichen? - er zitiert, was er aus dem Hearing im Mai 81 - so steht es hier - in Lüchow gelernt hat. Und zwar, wenn Sie gestatten, lese ich einmal eine ganze Spalte aus diesem Ding vor, diesem Artikel vor, weil da auch die Argumente stehen, die damals anwesend waren.

Herr Merz führt aus - Zitat -:

An dieser Aussage

- Gorleben könnte höffig sein; das war das damals -

ändern auch die anlässlich der im Mai 1981 in Lüchow stattgefundenen Informationsveranstaltungen zu drei Punkten geäußerten Zweifel nichts:

1. Das Vorhandensein einer eiszeitlichen Rinne im Quartär mit stellenweisem Wasserkontakt des Salzstocks. Auf einer

Fläche von 7 km² liegen bis 160 m mächtige wasserführende, zu sandsteinähnlichem Material verfestigte Rinnensande unmittelbar über dem Gipshut.

Zweiter Zweifel:

2. Einfaltung von Anhydrit in den mittleren Teil des Salzstocks.

Dritter Zweifel:

3. Die erwähnte Rinne gabelt sich lokal steil zu einem Höcker (sog. steiler Zahn)

- salopp damals genannt -

in zwei Äste auf, die bis auf 113 m an die Erdoberfläche heranreichen.

Zu diesen drei Zweifeln nimmt er nun aus seiner fachlichen Sicht Stellung.

Zu 1:

Zur Rinne.

Die Existenz einer eiszeitlichen Rinne über dem Salzstock Gorleben war im Ansatz bereits bei der Auswahl des Salzstocks bekannt. Ein unmittelbarer Kontakt der Rinnensedimente mit dem Salzgebirge wurde Anfang 1980 durch Salzspiegelbohrungen nachgewiesen. Im tiefen Teil der Rinne sind die Sedimente durch Gips und Anhydrit mehr oder weniger verfestigt. Die in den Gesteinsporen vorhandenen Wässer sind stark salzhaltig. Genauere Kenntnisse der Rinne werden flächenseismische Untersuchungen und weitere Salzspiegelbohrungen vermitteln. Die geplanten Pumpversuche sollen Auskünfte über mögliche Wasserbewegungen geben. Nach bisheriger Kenntnis ist in den tiefen, versalzten Grundwässern nur mit sehr geringen Fließgeschwindigkeiten (Alter der Wässer über 10 000 Jahre) und im Zusammenhang damit auch nur mit minimaler Ablaugung des Salzstocks zu rechnen.

Ausführungen zu Zweifel zwei: Anhydrit-Einfaltungen.

Es gibt keine Hinweise darauf, daß der Salzstock Gorleben komplizierter gebaut wäre als andere Salzstöcke. Insofern ist das Vorkommen von Hauptanhydritschichten im

¹⁸ Ergänzung des Zeugen: „Venzlaff“, Anlage 1

¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Herr Venzlaff“, Anlage 1

²⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Unterausschusses der Reaktor-Sicherheitskommission „Entsorgung“, setze „Unterausschusses „Entsorgung“ der Reaktorsicherheitskommission“, Anlage 1

Salzspiegelbereich und in zentralen Salzstockteilen keine Besonderheit. Für den Betrieb eines Bergwerkes kann das nur dann problematisch werden, wenn der Hauptanhydrit durch Auffahren großer Kammern in seiner unmittelbaren Nachbarschaft unter Abbauwirkung gebracht wird.

Zu 3:

Noch mal zur Rinne und dem „steilen Zahn“:

Der „steile Zahn“ ist eine Salzspiegelhochlage, die zuvor unbekannt war. Nach bisheriger und vorläufiger Kenntnis hat diese folgende Ursache: Das Hutgestein ist hier stärker tonig ausgebildet als in der Umgebung. Dadurch ist der Salzstock von dieser Stelle über lange geologische Zeiten hinweg weniger abgelaugt worden als in der Umgebung.

Die Flanken der Salzspiegelhochlage werden jetzt auf rezente

- das heißt, jüngere, in letzter Zeit, geologisch letzter Zeit, das sind auch Tausende von Jahren -

Salzablaugung untersucht. Die Hochlage wird darüber hinaus auf ihre mögliche Eignung für einen Schachtstandort geprüft.

So weit das Zitat aus diesem Aufsatz von Herrn Professor Merz um die Jahreswende 81/82. Das Heft, das ich hier vor mir habe, ist ein Sonderdruck aus den *Energiewirtschaftlichen Tagesfragen, Fachheft Entsorgung*, erschienen im Februar 1982, und wurde als Sonderdruck von der Bundesregierung angekauft, um in der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt zu werden, war aber in der allgemeinen wissenschaftlichen Publikation vorhanden und enthält - das ist mir besonders aufgefallen an der Stelle - ein Adressverzeichnis, das die behördlichen Stellen, die um Endlagerung sich kümmern, nennt, die Unternehmen benennt - es wird auch über Wiederaufarbeitung darin natürlich berichtet -, aber dann auch die Adressen von sieben oder acht Bürgerinitiativen, die sich ja bekanntlich in anderer Richtung mit der²¹ auseinandersetzen - auch das war da -, die Adressen wurden auch benannt. Das alles als Beitrag dazu, wie öffentlich bekannt diese Sachverhalte waren und wie sie bearbeitet

worden sind: nicht verschwiegen, sondern bearbeitet und am Schluss dann auch bewertet.

Das eingangs erwähnte Gespräch mit Herrn Venzlaff, das mir so hochdämmerte wieder - muss ich sagen -, hatte qualitativ etwa folgendes Ergebnis. Er sagte mir: Herr Ziegler, für mich ist die Tatsache, dass diese Rinne da ist und der Salzstock ein Stück weit abgelaugt wurde, eher ein Zeichen dafür, wie ein solcher Salzstock über große geologische Zeiträume hinweg stabil ist; selbst das hält er aus. Da sind Eiszeiten drübergegangen, da sind tiefe Rinnen reingerissen worden, und der Salzstock ist unverritz immer noch komplett da. - Das ist eine qualitativ gute Aussage und verwertbare Aussage über die Langzeitstabilität eines Salzstocks, sage ich jetzt mal an der Stelle. Das war so der Inhalt dieses Gesprächs mit Herrn Professor Venzlaff damals.

Es geht zu Ende. - Frage 15: Etwas verdreht formuliert: entschieden, gebilligt, toleriert, ignoriert - - Ja, ob man in Gorleben ein verdecktes Endlager, möglichst auch gar noch ohne Planfeststellungsverfahren, aufziehen wollte und welche Zusatzkosten da entstanden sind.

Also: Von dem, was in der Frage 15 formuliert ist, trifft nichts zu, gar nichts von den - - die den Worten „entschieden“, „gebilligt“ usw. stehen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich akustisch nicht verstanden!)

Allein - - Also, es trifft nichts zu von den Formulierungen und Unterstellungen, die in der Fragestellung schon erkannt sind. Die Bundesregierung hat also in keiner Weise auch nur beabsichtigt, in keiner Weise beabsichtigt, in verdeckter Weise Vorbereitungen für ein Endlager zu treffen.

Der Sachverhalt ist ein ganz anderer. Es gibt in den Kriterien der Reaktor-Sicherheitskommission die Vorgabe, dass während der Erkundung, sei es durch Bohrungen oder untertägig, alles zu vermeiden ist, um die Sicherheit eines ... (akustisch unverständlich)²² eventuell dann dort eingerichteten Endlagers zu gefährden. Das heißt, man muss alle Vorsicht walten lassen, den Salzstock nicht zu verletzen an Stellen, die

²¹ Ergänzung des Zeugen: „Sache“, Anlage 1

²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „... (akustisch unverständlich)“, setze „nach Prüfung und Genehmigung“, Anlage 1

schadhaft sein können und später dann zu Zweifeln oder gar zu Gefahren führen. Allein diese Tatsache führt dazu, dass man die bestmögliche Methode des Ausbaus für einen Erkundungsschacht wählen muss. Das könnte so interpretiert sein, wie es die Frage unterstellt, dass das ja dann später auch verwendet wird. Und wenn man das schon gemacht hat, ist es dann zum Zeitpunkt des Planfeststellungsverfahrens Sache der entscheidenden Behörden und Sachverständigen, ob dieser Schachtausbau dann, wenn die Entscheidung ansteht, immer noch gut genug ist oder ob man ihn verwerfen muss und einen anderen²³ - - Aber zunächst gilt es, die gleichen technischen Standards - sage ich mal an der Stelle - zu verwenden in Fragen der Erkundung, die auch zu diesem Zeitpunkt der Erkundung für ein Endlager, wenn es denn schon bewilligt und genehmigt wäre, anzuwenden sind. Das ist der Zusammenhang und nicht etwa die Absicht, verdeckt ein Endlager herbeizuführen und dann zu sagen: Jetzt haben wir es schon, jetzt können wir es auch benutzen. - So ist es nicht!

Das war 15.

Zugewiesen war mir dann noch die Frage 19: Welche fachlichen und/oder politischen Gründe waren letztlich ausschlaggebend für die Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 83? Ich glaube, das habe ich ausreichend beantwortet. Es gab nur noch - - ²⁴Es gab ab 79 die Vorgabe, zügig zu erkunden. Und genau dies ist geschehen. Ich habe hier noch das Zitat jetzt stehen, wie das in den Kriterien - - dem Beschluss der Regierungschefs vom 28. September 79 stand. Da steht nämlich - Zitat -:

... die bergmännische Erschließung des Salzstocks Gorleben zügig fortzuführen, damit die erforderlichen Kenntnisse über den Salzstock in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre vorliegen.

Wir hatten 83, und man musste zügig vorgehen. Das waren die politischen Gründe und auch die Gründe für das fachliche Vorgehen.

Letzte Frage, die in dem Beschluss von Ihnen, mich als Zeugen zu vernehmen, bezeichnet war, ist die Frage 23. Das ist die zusammenfassende Frage, ob die Bundes-

²³ Ergänzung des Zeugen: „vorschreibt“, Anlage 1

²⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Es gab nur noch - -“, Anlage 1

regierung irgendwelche Informationen und Kenntnisse wem auch immer vorenthalten hat. Nein, keine, ist meine Antwort dazu; ich versuchte, das darzulegen.

Vielen Dank für den Augenblick und auch vielen Dank für die Geduld.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herr Dr. Ziegler, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir würden jetzt gerne auf Grundlage dessen, was Sie vorgetragen haben, aber auch auf Grundlage dessen, was uns aus den Akten ersichtlich ist, mit der Befragung beginnen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, das Zitat aus den *Energiwirtschaftlichen* - -)

- Ja, Frau Steiner. Könnten Sie freundlicher Weise das Mikrofon benutzen?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten wir das Zitat, das der Zeuge angeführt hat, auch während der Sitzung als Kopie bekommen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Würden Sie uns diese Unterlage, aus der Sie eben zitiert haben, zur Verfügung stellen können, damit wir - - Nein, nur diese Unterlage aus dem Sonderdruck, das Zitat, was Sie geliefert haben.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, klar.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Wenn Sie uns das zur Verfügung stellen könnten, würden wir davon eine Kopie anfertigen - Herr Hirte ist gerade auf dem Weg zu Ihnen -, und dann würde das gerne den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden können.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Speziell dieses lange Zitat, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Dieses lange Zitat, genau.

Herr Dr. Ziegler, ein - oder eigentlich das zentrale - Moment unseres Untersuchungsauftrags ist ja die zentrale Leitungsentscheidung der Bundesregierung vom Juli 1983, nämlich sich für Gorleben, eine untertägige Erkundung dort zu entscheiden und keine weiteren Erkundungen vorzusehen an alternativen Standorten.

Diese zentrale Lenkungsentscheidung ist vorbereitet worden durch die wissenschaftlichen Institutionen, die Untersuchungen, Voruntersuchungen durchgeführt haben übertätig in Gorleben. Und diese Untersuchungen sind nun wiederum zusammengefasst worden in dem sogenannten zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über die Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben, die dann letztendlich ja die Grundlage war für die Entscheidung der Bundesregierung.

Dieser Zwischenbericht ist selbstverständlich auch vorbereitet worden. Und da haben wir uns mehrfach in diesem Ausschuss bereits beschäftigt mit einer Sitzung vom 11. Mai 1983 bei der BGR in Hannover. Da wollten sich eigentlich die Berichtsbeteiligten treffen - also die wissenschaftlichen Institutionen, vom PTB über DBE über BGR, Uni Göttingen usw. -, und dann war es aber wohl so, dass dort überraschend auch die Bundesregierung auftauchte, unter anderem in Ihrer Person. Da hat uns der Zeuge Professor Röthemeyer in seiner Vernehmung hier am 1. Juli 2010 gesagt:

Wir hatten ... die Ressorts gar nicht eingeladen.

Das ist das Stenografische Protokoll in der endgültigen Fassung, 10. Sitzung, Seite 15 - das ist jetzt nur für unser Protokoll.

Können Sie sich an diese Sitzung erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte mit Mikrofon.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, ja, klar. - Nein, ich kann mich an diese Sitzung nicht erinnern. Allein, dass es zitiert wird - - liegt es nahe, dass die - - Nein. Es ist so, dass sie stattgefunden hat; aber ich kann mich wirklich an keine Situation bildlich, inhaltlich erinnern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, die Sitzung hat sicher stattgefunden.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir haben darüber auch ein handschriftliches Protokoll, also ein inoffizielles Protokoll, sicherlich, aus dem aber klar hervorgeht, dass

Sie da waren, haben das auch in Vernehmungen mehrfach erfahren, dass Sie da gewesen wären. Und die Frage ist eben tatsächlich, weil dort - dadurch, dass Sie da waren und dass mit Ihnen andere Kollegen aus der Bundesregierung da waren - der Eindruck entstanden ist, dass dort tatsächlich die Bundesregierung versucht hat, zumindest mit Einfluss zu nehmen auf die Abfassung dieses Zwischenberichts. - Sie können sich da auch nach längerem Nachdenken nicht dran erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Frau Vorsitzende, an die Situation selbst kann ich mich wirklich nicht erinnern. Ich hatte schon erwähnt, dass ich mit einem Fax vom Mai 83 - vorhin versprochen auf 73 - überrascht worden bin, das mir vorgelesen worden ist, und ich konnte nur dazu sagen: Es klingt so, als hätte ich das geschrieben. Das würde auch zu meinem Duktus usw. passen. Ich kann mich auch nicht entsinnen, weshalb nicht nur ich als derjenige, der den Auftrag seitens der Bundesregierung zu verfolgen und terminlich zu koordinieren hatte, da war, sondern auch andere. Über die Bedingungen, die dazu führten, weiß ich wirklich gar keine Erinnerung mehr beizusteuern. Vielleicht müsste man mir das eine oder andere noch mal vorlesen oder in Erinnerung bringen, was dann an Einfluss da stattgefunden hätte und stattgefunden haben könnte.

Es ist gar nicht unüblich, dass bei Schlussredaktionen von Forschungs- und Untersuchungsberichten die Stelle schon mal im Entwurf - so wird es wohl gewesen sein - einen Bericht vorgelegt hat und man als Empfänger dieses Berichts dann sagt: Ich hätte aber gerne noch Aussagen dazu, dazu. - Dass solche Dinge Anlass waren, den Bericht zu steuern im Redaktionellen, und bestimmte Aussagen, die zugesagt waren - jetzt nicht in der Qualität oder Begründung - schlüssig genug oder so dargestellt waren - - So was könnte der Grund gewesen sein, dass man da von einem Entwurf ausging und sagte: Wie wäre es denn: Könnt ihr das so machen, könnt ihr das so machen, könnt ihr dazu noch was? - So stelle ich mir das vor. Aber das ist jetzt eine Überlegung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann helfen Sie mir doch mal. Aus Ihrer Erinnerung: Wie war denn die Zusammenarbeit der Ressorts mit den entsprechend beteiligten wissenschaftlichen Untersuchungsstel-

len? Die Ergebnisse, die die geliefert haben, wie ist man mit denen umgegangen in den Ressorts der Bundesregierung? Hat man die, was weiß ich, so hingenommen, wie sie denn eben gekommen sind? Hat man sie angezweifelt? Hat man sie hinterfragt? Hat man sie noch mal durch Dritte möglicherweise validieren lassen? Wie war da die Praxis?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Man hat sie nicht nur entgegengenommen, sondern sich ein verantwortbares eigenes Urteil darüber gebildet. Und das war natürlich nur möglich, indem man noch einmal hinterfragt hat: „Warum steht das so?“, wenn es wertend war an einer bestimmten Stelle, auch in den fachlich-wissenschaftlichen Dialog mit den Verfassern des Berichtes eingetreten ist, was ihre Bestimmungsgründe waren, das so oder so darzustellen. Wobei aber eins klar sein muss: Die Selbstständigkeit von Wissenschaftlern wurde dabei nie über den Haufen geworfen. Das konnte man auch nicht. Ich erinnere mich an - - die Reaktor-Sicherheitskommission²⁵ mehrfach erwähnt. Es war völlig undenkbar, dass man einer solchen Kommission irgendwelche Vorgaben machte - die Wissenschaftler fühlten sich unabhängig, eigenverantwortlich in jeder Hinsicht -, völlig undenkbar.

Das Gleiche konnte ein bisschen anders ausfallen bei Bundesbehörden. Dort gab es ja dieses Unterordnungsverhältnis. Und noch jeder Brief - und das ist mir damals immer auch vom Sprachlichen her sehr eigenartig aufgestoßen -, und auch jede Information oder jede Bitte um irgendwas wurde von den nachgeordneten Behörden immer gleich als Weisung bezeichnet. Da liegt ein Duktus drin, der nie beabsichtigt war damit. Und da kann auch eine geistige Haltung damit verbunden sein bei den nachgeordneten Behörden. Wenn also dann gar noch schriftlich in dem Fall, wie ich es aus dem Fax, das mir damals vorgelesen worden ist, entnehmen kann, ich mich geäußert habe, wurde das von dem Herrn Röthemeyer und seinen Mitarbeitern da als Weisung behandelt. Wie sie das dann umgesetzt haben, war aber ihre Entscheidung. Ich selbst habe an Weisung in dem Fall nicht gedacht, dass da drinsteht: So, und nur so. - Das geht nicht. Meine geistige Haltung war das nicht.

²⁵ Ergänzung des Zeugen: „ , schon“, Anlage 1

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir müssen jetzt tatsächlich noch mal auf dieses Fax zu sprechen kommen. Das ist ja das Fax vom 13.05.1983 MAT A 99, Band 17 - -

(Zuruf)

- Können wir machen. - Paginierung 101220 und 101221. Es wird Ihnen gerade auch vorgelegt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Sie haben jetzt ja gerade aus Ihrer Erinnerung mit dem - - durch das Gespräch mit dem Redakteur des *Spiegels* daraus berichtet. Und da sagen Sie zum Beispiel sehr klar:

In Abstimmung mit dem BMI schlage ich vor, die zusammenfassende Bewertung in folgenden Schritten aufzubauen:

1. Wesentliche Ergebnisse der Standorterkundung

Und dann kommt da eine Passage:

Dieser Abschnitt sollte sinngemäß mit der Feststellung schließen können, dass die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben für die Errichtung eines Endlagers substantiell untermauert werden konnte.

Also: Bitte äußern Sie sich positiv über den Salzstock Gorleben.

Unter 2 sagen Sie dann, wo es um die Darstellung der Ergebnisse und Aussagen geht aus bereits vorhandenen oder noch zu ergänzenden Daten der obertägigen Erkundung:

Es ist zu prüfen, ob dieser Abschnitt mit der Aussage schließen kann, dass nach Einschätzung der Fachleute die noch zu erzielenden Ergebnisse und abzuleitenden Aussagen die Eignungshöflichkeit des Salzstocks voraussichtlich nicht in Frage stellen können.

Also auch da: Wenn Sie das Ganze abfassen, sollte es bitte positiv sein.

Und zum Schluss sagen Sie dann:

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die vorgeschlagene Gliederung übernehmen könnten.

- die Sie jetzt angebracht hatten in diesem Fax -

Im Übrigen bitte ich, den vermutlich hypothetischen Störfall eines Was-

ser- und Laugenzutritts über den Hauptanhydrit, der an mehreren Stellen die am 11.05.1983 diskutierte Zusammenfassung und Bewertung bestimmt, etwas weiter vom Zentrum der Beachtung wegzurücken.

Herr Dr. Ziegler, das ist ja gerade das Zentrum, sozusagen der Kern, des Auftrags dieses Ausschusses, zu verstehen, ob es vonseiten der Bundesregierung eine Einflussnahme auf die wissenschaftliche Beurteilung der Untersuchungsbefunde gegeben hat. Deshalb ist uns das sehr, sehr wichtig, das tatsächlich herauszufinden: Was haben Sie mit diesem Fax - -

(Zuruf: Telex!)

- Telex, genau. - Was haben Sie damit bezwecken wollen? Hatten Sie Sorge, dass möglicherweise die Wissenschaftler dann einen eher anderslautenden Bericht abgefasst hätten?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die letztgenannte Sorge hatte ich nicht. Das Fax äußert ja eine Reihe von Bitten; die werden dann so verstanden, wie ich es schon geschildert habe. Und das sollte eben für denjenigen, der sich nicht so viel Zeit nehmen kann, den zusammenfassenden Bericht zu lesen, an passender Stelle gebündelt dastehen, was das Ergebnis ist.

Der Auftrag war ja, die Höflichkeit des Salzstocks Gorleben zu prüfen oder so zu prüfen, um vor dem Abteufen eines Schachtes sagen zu können: Bleiben wir bei einer Höflichkeitsaussage, oder nicht? - Und diese Aussage sollte besser darstellerisch herausgearbeitet werden, als es in dem Entwurf der Fall war. Mehr sehe ich in diesen Anleitungen, den Bericht noch mal etwas umzubauen - - Bestimmte Aussagen zu überprüfen, steht da. Mehr konnte ich auch nicht verlangen. Das ist dieser Geist, aus dem heraus wir versucht haben, die Zusammenarbeit mit den Behörden, hier mit der PTB, zu führen und zu leiten. Aber, wie gesagt, nur weil ich es jetzt lesen kann, fällt mir das wieder ein und kann ich es nur so einordnen.

(Zuruf: Können Sie sich doch daran erinnern, dass - -)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Im Moment ist das Fragerecht bei mir. Und das Fragerecht kommt ja noch zu Ihnen.

Können Sie sich an eine Reaktion der beteiligten Wissenschaftler erinnern, die ja irgendwie umgegangen sein müssen mit dieser Ihrer Bitte, die zum Teil eben Ihre Bitte auch als Weisung verstanden haben? Auch das ist eine zentrale Frage, mit der sich dieser Ausschuss befasst.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, an Gespräche oder gar Auseinandersetzungen kann ich mich nicht erinnern in dem Zusammenhang. Ich nehme an, dass das weitgehend berücksichtigt worden ist. Denn ich kann mich auch nicht erinnern, dass das damals ein wichtiger Punkt war, dass der Zwischenbericht so oder so oder gar nicht vorgelegt wird und nicht rechtzeitig und so, sondern das war eine konstruktive Mitarbeit an dem Schlussbericht für diese Zwischenaussage vor dem Schachtabteufen, mehr nicht, also ein Versuch, konstruktiv da mitzuwirken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich frage jetzt nach diesem Zitat im *Spiegel*, auf das Sie eben hingewiesen hatten, bzw. Sie hatten auf das Interview hingewiesen, das in *Spiegel Online* vom 14. September 2009 - - Und da ist gefragt worden über eben die Diskussion zu alternativen Standorten in der Sitzung am 11. Mai bei der BGR in Hannover. Und da sagen Sie in *Spiegel Online*:

... „dass die Frage nach einem alternativen Standort den Atomkonflikt in andere Regionen Deutschlands getragen“ hätte. Dieses Szenario hätte auch damals als „Katastrophe“ gegolten.

Jetzt ist „Katastrophe“ natürlich schon ein tatsächlich gewaltiges Wort - wir denken da im Moment an Japan -: Wieso haben Sie das so formuliert? Was wäre denn daran katastrophal gewesen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, ich weiß nicht, ob ich das Wort „Katastrophe“ wirklich gesagt habe oder der Redakteur das rausgehört - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe das hier, ich habe das vor mir liegen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Es steht da, es ist zitiert, das muss ich mir vorhalten lassen, klar.

Ich selbst habe den Umfang von Sicherungsmaßnahmen in Gorleben, das massive Eingreifen und auch Beschädigungen, die an rein wissenschaftlichen Dingen wie den hydrogeologischen Bohrungen, an Bohrgeräten und dergleichen Dingen gemacht worden sind, als sehr belastend empfunden. Und mag sein, dass in der Erinnerung daran damals in diesem zehnteiligen Telefonat mit dem Herrn mir das wieder hochkam - diese Mauern und der Stacheldraht und die streitigen Auseinandersetzungen hier und da und dort; ich war ja sehr oft eingebunden in die Diskussion - in dem Sinne, wenn das dann an einen zweiten Standort getragen worden wäre oder gar an einen dritten, ich das so stark bewertet habe. Nur so kann ich mir das erklären: aus dieser Erinnerung an die belastenden Situationen von damals.

Und ich setze es in Verbindung mit dem, was ich vorhin auch schon sagte, als ich abwog, wie die Kriterien - - was mir damals durch den Kopf ging, nach einem Gespräch mit Herrn Minister Hauff, was es denn bedeuten könnte, dass die politische Energie - das Wort habe ich vorhin verwendet - gewaltig gesteigert werden muss, um einen zweiten Standort durchzusetzen oder gar einen dritten, allein für die Voruntersuchung, geschweige denn für ein Endlager. - Das ist wohl der Hintergrund, der mir dieses Wort auf die Zunge brachte oder es unterlegte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sind Sicherheitsaspekte gegen politische Aspekte abgewogen worden? Also, hat man Abstriche an den Sicherheitsanforderungen gemerkt zugunsten politischer Erwägungen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, zu diesem Zeitpunkt nicht. Es ging nur um die Untersuchung. Ich glaube, es spielten die Sicherheitsaspekte für ein Endlager noch keine Rolle.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, die Frage ist ja tatsächlich, wie man umgegangen ist mit möglicherweise negativen oder nicht ganz so schönen oder nicht ganz so überzeugenden Befunden. Das ist ja eigentlich auch - - gehört zum Kern dieser Fragestellung. Und Sie sagen, man muss eben auch politisch dann denken - natürlich muss das ein Mitarbeiter der Bundesregierung machen -, aber da ist ja die Frage, hat man da gesagt: „Na ja, politisch wäre das unglaublich schwierig, deshalb rücken wir

dann etwas unschönere Befunde sozusagen aus dem Zentrum der Betrachtung“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Also, es steht uns - auch einem Referatsleiter - nicht zu, politische Argumente entscheidungserheblich zu machen. Das habe ich auch immer so verstanden und mich ganz auf die Sachebene, Diskussionen mit den Fachleuten wie Herrn Maass²⁶ und anderen - ich hatte einige wenige erwähnt -, konzentriert und so versucht, zu verstehen: Ist es fachlich richtig, das zu machen? Und hat das Auswirkungen, welcher Art auch immer, auf die ich dann politisch hinweisen müsste? - Und Abwägungen der erfragten Art, nein, habe ich nicht vorgenommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es gibt ja, Dr. Ziegler, einen *Spiegel*-Artikel vom 27.07.1981. Das ist MAT A 123, Band 3, Paginierung 15 bis 17. Da wird von einem Gespräch berichtet zwischen dem Bundesminister Dr. Andreas Bülow, also BMFT, und Gerhart Baum, BMI, an einem nicht näher angegebenen Zeitpunkt im August 1983. Ebenfalls dabei seien gewesen Sie, Herr Dr. Alois Ziegler, und der Referatsleiter Dr. Karl-Heinz Berg aus dem BMI. Da sind unterschiedliche Meinungen ausgetauscht worden bezüglich der sogenannten quartären Rinne. Und Sie, Herr Dr. Ziegler, haben geäußert, dass die quartäre Rinne ein Aspekt sei, der am Salzstock Gorleben Zweifel erwecke, währenddessen Herr Dr. Berg gesagt hat: Die quartäre Rinne engt die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben in keiner Weise ein. - Und Minister von Bülow hat dann kurz darauf versichert, dass Sie Ihre Bedenken nicht aufrechterhalten. Beide Bundesminister haben trotz der quartären Rinne am Salzstock Gorleben denselben als potenziellen Endlagerstandort weiterhin gesehen. - Können Sie sich daran erinnern, an dieses Gespräch?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Leider nein, in keiner Weise. Das Wort „Zweifel“ habe ich vorhin noch benutzt, fällt mir jetzt ein; das hat auch Herr Merz verwendet an der Stelle. Das war ein Begriff, der verwendet wurde für Einwände, die es gab. Und ich kann es auch anders gar nicht verstehen; denn wenn ich wirklich substantielle Zweifel gehabt hätte,

²⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Maass“, setze „Merz“, Anlage 1

hätte ich die nicht zurücknehmen können. Und vielleicht war mir die Aussage von Herrn Venzlaff - aber ich kann mir das gar nicht vorstellen - erst später bewusst geworden - - nicht bewusst geworden, sondern zugutegekommen, dass ich das Wort „Zweifel“ gar nicht hätte verwenden dürfen. Aber es war ein Einwand, der da diskutiert worden ist. Anders verstehe ich das Wort „Zweifel“ an der Stelle nicht, nur so, wie es auch in der wissenschaftlichen Publikation von Herrn Merz verwandt worden ist - also inhaltlich, begrifflich.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Können Sie sich denn erinnern, ob einer Ihrer Vorgesetzten mit Ihnen über diese Äußerung gesprochen hat, also ob man versucht hat, Sie sozusagen von Zweifeln aus politischer Intention abzubringen, also Sie gebeten hat, an dieser Beurteilung nicht festzuhalten, sondern diese Beurteilung zu ändern, weil es dafür eben politische Opportunitäten gab?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, Entschuldigung. Nein, ich kann mich überhaupt nicht entsinnen, dass es einen solchen Einfluss je wegen irgendeiner Sache - speziell Gorleben oder vielem anderen - gegeben hat, außer den öffentlichen politischen Vorgaben, die ich zu erfüllen hatte. Es hat nie jemand versucht, bei mir einen Zweifel auszuräumen, sondern das wurde diskutiert, und dann war ein Urteil gefällt. Einwirkung - nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Vielen Dank, Herr Dr. Ziegler. - Dann gebe ich das Fragerecht jetzt an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Dr. Ziegler, für Ihre Auskünfte. - Ich würde mich auch gerne noch mal diesen beiden Bereichen Zwischenbericht und insbesondere dann auch dem Telefax oder einigen Überlegungen, die dahinterstecken, zuwenden wollen.

Das Ganze nannte sich ja - die Frau Vorsitzende hat es gesagt - „zusammenfassender Zwischenbericht“ und nicht etwa „Gutachten“, weil das ja, wenn ich das richtig verstanden habe, keine unabhängigen Wissenschaftler, sondern nachgeordnete Behörden des Bundes waren.

Können Sie mal, ohne jetzt präzise Kenntnis von der Sitzung am 11. Mai da in

Hannover, generell was sagen zum Umgang zwischen Ihrem Haus und BGR und PTB - weil Sie auch erwähnten, der Herr Röthemeyer hat da was als Weisung verstanden, was vielleicht gar nicht so gemeint war -, das waren ja nachgeordnete Behörden des Bundes. Hat man da schon auch einen fachlichen Austausch grundsätzlich gepflegt, so dass man sagen kann: „Das ist also keine Einflussnahme etwa auf eine unabhängige wissenschaftliche Arbeit gewesen“? Oder wie muss ich mir das Verhältnis eigentlich vorstellen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Von persönlichen Verhältnissen abgesehen, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: - das fachliche Verhältnis war sehr offen, sehr konstruktiv. Wir selbst, weil wir im Ministerium etwas weiter von der Wissenschaft weg waren, waren immer froh und dankbar für einen solchen Austausch, um die Grundlagen zu haben für das, was an Entscheidungen bei uns aufläuft. Auch das persönliche Verhältnis zu Herrn Röthemeyer, zu vielen Herren in seinem Umfeld und zu den Damen und Herren von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe war persönlich stets angenehm.

Das Fachliche war mir als Physiker immer wichtig. Ich versuchte, die Zusammenhänge zu verstehen - wie das Gespräch mit Herrn Venzlaff, dass ich dann die Funktionalität einer solchen Aussage begreifen konnte. Dafür war das Gespräch nötig, und das war auch - - Die Herren und Damen waren auch immer bereit, das zu führen. Es gab Spannungen? An Spannungen kann ich mich nicht erinnern zu Herrn Röthemeyer. In der einen oder anderen Frage - - aber das sollte ich jetzt nicht sagen. Wie ich ihn persönlich einschätze, das spielt hier keine Rolle. Also fachlich haben wir sehr gut zusammengearbeitet. Das ist mein Urteil.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben ja selber abgehoben auf das Telefonat mit dem *Spiegel*-Journalisten und das Telefax, das wir Ihnen auch noch mal haben jetzt selber überreichen lassen. Da ist ja dann die Rede davon gewesen, dass bestimmte Zusammenfassungen und Bewertungen

weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken seien.

Können Sie sich eigentlich noch erinnern, ob dem auch gefolgt worden ist? Denn Professor Röthemeyer hat gesagt, das sei gar nicht so gewesen am Ende, man habe sich daran nicht gehalten, sondern habe das so abgefasst, wie man den Zwischenbericht für richtig gehalten habe. Können Sie sich da an fachliche Debatten mit Herrn Röthemeyer erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht mehr konkret. Ich kann nur sagen, was mein Verhalten in einer solchen Situation wäre. Ich habe ein paar Zeilen jetzt schnell überlesen in dem Telefax. Und die ganze Vorsicht, die ich hatte an der Stelle - und auch die Duldung, dass die Unabhängigkeit der Aussage auf der anderen Seite liegen muss und bleiben muss -, ist da einformuliert. Und wenn daraufhin Röthemeyer und seine Mannen den Bericht so abgefasst haben, wie er vorher war oder wie sie ihn für richtig hielten, hätte ich danach nicht mehr neu insistiert, sondern das so belassen. Das gehört auch zu dem Respekt dazu, den man füreinander haben musste und hatte, dass der eine wusste: Der Auftraggeber meint so und so, aber ich meine: So müsste es sein. - Das war immer meine Haltung und ist bis heute geblieben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das heißt, Sie würden für sich ausschließen, dass Sie fachlich auf die entscheidende Frage: „Soll man in die untertägige Erkundung einsteigen, oder nicht?“ Einfluss genommen haben? Denn diese Entscheidung, die dann ja das Kabinett zu fällen hatte, sollte durch den Zwischenbericht ja vorbereitet werden.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Fachlich Einfluss genommen - nein. Mir eine eigene Meinung gebildet - ja. Und die auch in den internen Vermerken dann vertreten, soweit ich die zu machen hatte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nun haben Sie die öffentliche Berichterstattung über diesen Sachverhalt, insbesondere dieses Telefax, erwähnt. Das ist ja in einigen Zeitungsartikeln sogar dann als das „Riesenhuber-Fax“ bezeichnet worden, der ab Oktober 82 Ihr Minister war. Haben Sie über diese Sachverhalte, zum Beispiel auch dieses Fax,

irgendwann einmal mit dem Minister Kontakt gehabt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Keinesfalls. Das passt überhaupt nicht in die Dimension eines Gesprächs mit einem Minister hinein oder den Werdegang eines Berichtes, keinesfalls.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): War es - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das kommt von der Sache her überhaupt nicht in Betracht. Es sei denn, es wäre dem Herrn Minister vorgehalten worden: „Was haben Sie denn da gemacht, und warum ist das so?“, dann ja. Aber es passt da gar nicht hin; ich kann mich nicht entsinnen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wäre das denn überhaupt üblich, dass man -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): - als Referatsleiter, bevor man so ein Fax schreibt, mal den Minister fragt, wie der darüber denkt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Völlig undenkbar.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie haben im Zusammenhang - da würde ich gerne zu fragen - alternative Standortsuche jetzt mehrfach auch den Namen Hauff erwähnt. Das war ja nun ersichtlich ein Minister der SPD.

Würden Sie die Frage, wie die Bundesregierungen, denen Sie gedient haben, bei der Frage „alternative Standortsuche“ - - Würden Sie sagen: „Das ist eigentlich bei denen alles gleich behandelt worden“? Gibt es da eine Kontinuität des Regierungshandelns, oder würden Sie sagen: „Nein, da hat es schon unterschiedliche Sichtweisen gegeben, ob man diese alternativen Standorte erkundet“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ab 79 gab es keine Debatte mehr, außer mal eine intellektuelle Fragestellung über alternative Standorte. Und die Behandlung war nach meiner Erinnerung völlig gleich; durch den Regierungswechsel hat sich da nichts geändert.

In meiner subjektiven Einschätzung war die Erwartung, nachdem Herr Riesenhuber Minister geworden war, dass die Dynamik

auf jeden Fall beibehalten wird, voranzukommen mit der Entsorgung, was sich nach meiner Erinnerung an den politischen Weredegang - nicht von Herrn Riesenhuber, sondern insgesamt zwischen den Parteien - leider nicht erfüllt hat. Dieses kraftvolle Anliegen ist nach der Wende ziemlich rasch wieder verpufft und hat einem parteitaktischen Abwägen - das ist aber meine fachliche Meinung, bitte schön, als Bürger - ziemlich rasch Platz gemacht. Aber eine Änderung in der Haltung zu Gorleben oder zu der Untersuchung weiterer Standorte hat es in der Zeit nicht gegeben.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Noch mal zur Frage „alternative Standorte“. Das ist damals ja breit auf der Fachbeamtenebene erörtert worden. Der Zeuge Hanning, der Ihnen auch bekannt sein wird - Kanzleramt -, hat dazu hier Stellung genommen.

Hat man sich damals nicht doch stärker mit dem Gedanken befasst, dass es für die Glaubwürdigkeit einer Erkundung natürlich ein Problem darstellt, wenn man, ich sage mal so: alles auf eine Karte setzt, und dass da natürlich auch die Bürger denken könnten: „Da die ja gar keine Alternative haben, müssen sie Abstriche bei der Sicherheit oder bei den Erkenntnissen, die man dort gewinnt, machen“? Wäre es vor dem Hintergrund nicht naheliegender gewesen, durch die Erkundung von ein, zwei anderen Standorten, gerade was die Glaubwürdigkeit des Standortes Gorleben angeht, doch sozusagen eine echte Auswahl zu schaffen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, diskutiert worden ist das nicht. Ich versuchte vorhin schon, als die Frage, abgeleitet von den vorformulierten Fragen aufkam, darzulegen, wie damals meine Meinung war und was wir auch besprochen haben. Und die feste Meinung war - und das ist, ich glaube, noch aus einer Rede von Herrn Riesenhuber auch rauszulesen, die ich da drin noch mal nachgelesen habe -, dass man jetzt zügig in Gorleben voranmacht und dann, wenn man dort zu Erkenntnissen käme, die sagen: „Nein, da nicht“, immer noch Zeit genug ist, einen anderen Standort zu erkunden. So war die Meinung um diese Zeit herum.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Professor Röthemeyer hat bei uns vorgetragen, dass für seine Empfehlung einer alternativen Standortsuche er auch entsorgungs-

politische Gründe hatte, mit anderen Worten - bei der damals prognostizierten Abfallmenge, die es zu entsorgen galt; wir hatten ja ganz andere Größenordnungen von Kernkraftwerken damals zum Beispiel geplant, oder es waren von den damaligen Regierungen größere Mengen geplant -, dass Gorleben nicht ausreichen könnte. Auch das sei ein Aspekt gewesen, sozusagen an anderer Stelle Erkundungen vorzunehmen. Erinnern Sie, dass das mal diskutiert worden ist, also unter dem entsorgungspolitischen Gesichtspunkt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also so, wie ich das Verhältnis zwischen Herrn Röthemeyer und mir einschätze, ist sicherlich zwischen uns beiden diskutiert worden. An konkrete Situationen habe ich jetzt keine Erinnerung. Aber in Verbindung mit der Entscheidung des Schachtabteufens zu Beginn hat das keine Rolle spielen können; denn dann hätte die Höflichkeitsaussage in dem Zwischenbericht, der da vorzulegen war, anders formuliert werden müssen, oder die Zweifel hätten sehr viel substanzieller sein müssen, als es dadurch zum Ausdruck kam. Da kann man nicht einfach mal so ein Fragezeichen dranhängen. Und einen riesigen Salzstock wegen ein bisschen Anhydrit, wie es Herr Merz ja auch in seinem Fachbeitrag zwei Jahre zurück im Vergleich dazu, oder eineinhalb Jahre zurück, formuliert hat, einfach beiseitelegen und sagen: „Dann gucken wir doch noch mal woanders und wägen dann den Anhydrit hier gegen Anhydrit dort ab und so“: Das macht alles keinen Sinn, sondern man wollte und musste - man wollte - mit dem Standort hier so weit kommen, dass man eine definitive, klare Aussage treffen konnte - nichts anderes.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Welche Rolle hat denn damals der Umstand gespielt, dass die Neigung bei anderen Bundesländern, solche Erkundungsmaßnahmen zuzulassen, auch nicht so schrecklich stark ausgeprägt war?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Sie haben recht. Die war gar nicht da, sondern Niedersachsen fühlte sich recht alleingelassen und ins Kreuzfeuer genommen. Es gab aber auch keine geologischen Formationen. Weltweit war ja die feste Meinung seit den 60er-Jahren, dass Salzstöcke die bestgeeignete Formation sind. Ich nehme an - ich habe in den

letzten Jahren auf diesem Feld nicht gearbeitet -, dass das bis heute so geblieben ist. Ich kann mir auch kaum vorstellen aufgrund der sehr fundamentalen qualitativen Argumente, die damals die Fachleute vorgetragen haben und bestimmt haben, dass sich daran etwas geändert hat. Insofern wären andere Bundesländer ja nur infrage gekommen, soweit man in Granit zum Beispiel - was ich vorhin erwähnt habe; was in Schweden und in der Schweiz als Formation untersucht wurde - vorangeht.

Ich habe auch in Erinnerung eine Tabelle in diesem Heft, aus dem ich da schon zitiert habe. Da stand im internationalen Vergleich, über sieben, acht Länder hinweg, aufgelistet, wie der Stand der Entsorgung ist, einschließlich Wiederaufarbeitung, wo Standorte sind, wo Anlagen sind usw. - und auch bei den Standorten benannt für Endlager. Und da war Deutschland weit vorne. Das war fast das einzige Land weltweit, das überhaupt so weit vorne war, weil alle Länder, in denen Nuklearanlagen betrieben worden sind, sich sagten: Das muss man machen. Das muss man bedenken und sorgfältig machen, aber bitte nicht überhastet; wir haben auch Zeit. - Und die Zeit ist hier nicht unproduktiv, weil ja die radioaktiven Abfälle abklingen in der Zeit und der Wärmeeintrag dann geringer ist. Das ist vor allem für Festgestein wie Granit ganz, ganz wichtig. Insofern wurde da noch mehr Zeit gelassen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe jetzt deshalb ein Problem, weil hier liebevoll eine ganze Reihe von Fragen zu stellen wären zu diesem Treffen im Mai in Hannover, das von Zeugen hier unterschiedlich wiedergegeben wird, und außer einem handschriftlichen Protokoll haben wir nichts, ich sage mal, Objektives, an dem wir uns entlanghangeln könnten, zumal die Auslegung dieses Protokolls auch unterschiedlich erfolgt. Und da haben Sie gesagt, Sie haben an das Treffen keine Erinnerung. Insofern macht es natürlich leider wenig Sinn, danach intensiv zu fragen. Ich versuche es mal auf einem anderen Wege.

Es gibt, wie gesagt, ein schriftliches Protokoll, das ein Mitarbeiter der PTB, Herr Dr. Illi - ich weiß nicht, ob Sie den noch erinnern und kennen - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich bilde mir ein, dass es den Namen gab, aber da fällt

mir noch nicht mal ein Gesicht ein im Moment.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, okay. - Der hat also das angelegt, und ein, ich sage mal, neuralgischer Punkt in diesem Protokoll ist ein Vermerk von ihm:

Jaritz: 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung.

Das wird hier eben auch als eine Empfehlung zum Teil gewertet, mehrere Standorte, wie gesagt, zu untersuchen und dann zu einer Entscheidung zu kommen. Können Sie sich - ich denke, Dr. Jaritz werden Sie ja erinnern; mit dem werden Sie viel fachlich Kontakt gehabt haben - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Leider nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich erinnere mich nicht an den Mann, nein. Das tut mir leid.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil ich Sie sonst gefragt hätte, ob er Ihnen gegenüber auch so eine Forderung mal erhoben hat, oder wie man sozusagen diesen Vermerk sonst interpretieren könnte. Aber erinnern Sie nicht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Aber die Sache kann ich aber²⁷ kommentieren.

Ich sagte ja schon, es war immer wieder einmal die Frage gekommen: Warum nicht mehrere Standorte? Intellektuell ist das sehr naheliegend und vernünftig. Aber bei dem Gespräch am 11. Mai - und da habe ich ja geschrieben, dass ich bei dem Telefax darauf Bezug nehme sogar und daraus die Aussagen, die ich dann mache, und die Biten, die ich formuliere, ableite -: Wenn das da so formuliert worden ist und diskutiert worden ist - und davon steht ja hier jetzt nichts drin -, wäre meine Reaktion, jetzt in der Rückschau interpretiert - ich kann also nicht sagen: „Das war so“, sondern ich muss es interpretieren -, gewesen:²⁸ Gut, aber nicht jetzt.

²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „aber“, Anlage 1

²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das war so“, sondern ich muss es interpretieren -, gewesen“, setze „Das war so gewesen“, sondern ich muss es interpretieren:“, Anlage 1

Hier ist ein Zwischenbericht vorzulegen über die Höffigkeit von Gorleben. Wünsche kommen da nicht vor; die gehören nicht da hin, das ist eine andere Entscheidungsschiene. Man kann nicht die Gelegenheit benutzen, dass wir da so einen Zwischenbericht haben, und die Höffigkeitsaussage fast uneingeschränkt mit ein paar Hinweisen, die wir abklären können - ich bewerte das mal so -, abhandeln und sagen: Der Salzstock ist höffig, aber wir wollen noch zwei Standorte untersuchen. Wünsche gab es zu der Zeit nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, nun muss ich aber noch einmal zitieren. Das ist formal - MAT A 52/1, Seite 9 des Protokolls von Dr. Illi. Die Aussage von Herrn Jaritz fällt im Zusammenhang mit einer Aussage von Ihnen, die dort wiedergegeben wird. Dort steht also wörtlich:

Ziegler: Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, würde das wegen der geringen Menge dieser Abfälle nicht problematisch.

Und dann kommt ein Zitat von Venzlaff: „Erst noch ein vergleichbarer“. Was damit gemeint ist, ist nicht ersichtlich, und dann kommt eben dieser Satz:

Jaritz: 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung.

Die Frage ist also, ob Herr Jaritz das empfohlen hat für den Fall, dass eben wider Erwarten - im Lichte des Zwischenberichts - sich Gorleben als ungeeignet herausstellen sollte, dass man also dann mehrere Standorte untersucht und dann zu einer neuerlichen Entscheidung kommt, also erst für den Fall, dass sich 92 - also, ich denke mal, das war so der Zeithorizont, bei dem man gedacht hat: Dann wissen wir, ob Gorleben geeignet ist oder nicht -, das heißt also, für die Zeit danach, also nach der Eignungsentscheidung oder Eignungsfeststellung für Gorleben - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Diese Zuordnung kann ich leider nicht treffen, ob das so gemeint war oder so. Aber die Aussage, die - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann wollen wir uns auch nicht in hypothetischen Dingen verstricken.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. - Die Aussage, die Sie von mir formuliert zitiert haben da, trifft voll zu mit meiner Haltung, die ich auch heute noch habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. - Dann gebe ich mal an den Kollegen Paul ab.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Ziegler, Sie hatten ja angesprochen, Minister Hauff hatte zugesagt, eine Informationsveranstaltung im Mai 81 durchzuführen - das war in Hitzacker, wie wir den Unterlagen entnehmen -, und diese Veranstaltung wurde ja auch von Ihnen dort geleitet. Aus unseren Unterlagen zeigt sich, dass im Rahmen dieser Veranstaltung auch Professor Duphorn aufgetreten ist. Können Sie noch mal die Position, also die Stellung, von Professor Duphorn in diesem Erkundungsverfahren schildern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich weiß nicht, ob Herr Duphorn eingebunden war. Ich glaube, es war ein Professor aus Hamburg; ich weiß es aber nicht mehr. Ich weiß es nicht mehr. Ob er und wie er eingebunden war, weiß ich nicht mehr.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Professor Duphorn war hier auch schon als Zeuge, und er hatte einen Bericht vorgelegt, der nannte sich „Quartärgeologische Gesamtinterpretation Gorleben“. Wenn Sie dieses Stichwort hören: Ich weiß nicht, ob Ihnen das etwas sagt. Ich kann Ihnen gerne sonst zitieren aus dem Abschlusskapitel dieses Gutachtens. Das ist - fürs Protokoll - MAT A 29 und dort die Blattnummern 560265 bis 560633. Dort heißt es im Abschlusskapitel, der Salzstock Gorleben habe aufgrund der Vielzahl der hier beschriebenen und interpretierten Negativ-Bohrergebnisse, die teilweise beträchtlich vom früheren Kenntnisstand abweichen, seine Eignungshöffigkeit als Endlager für hoch-, mittel- und schwachaktive Abfälle verloren.

Und dann heißt es weiter: Gemäß PTB-Maxime kann es nur eine geowissenschaftlich konsequente Entscheidung geben: Erkundung anderer Standorte.

Erinnern Sie sich daran, dass ein solches Gutachten vorgelegt wurde, und wie hat sich dann die Bundesregierung damit auseinandergesetzt, also konkret auch das Forschungsministerium?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, ich bin sicher, dass Herr Duphorn das in Hitzacker, wie Sie jetzt richtig mir in Erinnerung bringen, das so vorgetragen hat, dass ich das hörte, und es gab parallel dazu, zu der Bewertung und zu den Untersuchungen im Quartär, dann von einem anderen Wissenschaftler von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe auch einen Vortrag, und der hat seine Bewertung dann vorgetragen. Und das war gegeneinander abzuwägen. Die Bewertung von Herrn Duphorn für den Gesamtsalzstock: À la bonne heure! Das darf er so sagen. Aber er hat nicht die Verantwortung für das Ganze.

Und wenn das Ganze von anderen Fachleuten - ich habe beispielhaft die schwache Erinnerung an das Gespräch mit Herrn Venzlaff zu dieser Rinne, die ja im Quartär liegt und das Quartär auch durchschneidet - - Wenn mir Herr Venzlaff sagt: „Das ist eher ein Beweis für die Stabilität von Salzstöcken“, dann ändert das die Aussage: „Der Salzstock Gorleben ist trotz all dieser Punkte, die da stehen, immer noch als hoffig für ein Endlager zu bezeichnen“, nicht. Das war so meine Haltung dazu.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, es wurden also durchaus dann auch kritische Gutachten zur Kenntnis genommen, aber auch einer Bewertung unterzogen, und am Ende wurde dann eine Entscheidung letztlich getroffen. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Diese Gutachten wurden sehr sorgfältig zur Kenntnis genommen und machten die Entscheidung schwierig und begründeten sie sogar sehr viel stärker dann in der Methodik, durch die Methodik der Auseinandersetzung, weil: Diese kritischen Stellungnahmen waren ein positiver Einfluss auf eine sehr sorgfältige, fundierte Untersuchung und Aussage.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielleicht erinnern Sie sich auch noch daran, dass auch die BGR ja eine schriftliche Stellungnahme zu den Duphorn'schen Gutachten gemacht hat. Das ist - fürs Protokoll -

MAT B 3, wo es nämlich dann auch heißt zusammenfassend:

Die weitreichende Schlußfolgerung, die Prof. Duphorn aus seinen Untersuchungen zieht, nämlich „Erkundung anderer Salzstöcke“, beruht zu einem wesentlichen Teil auf falscher Interpretation von Daten sowie auf unbewiesenen Annahmen.

Und dann wird weiter erklärt:

Erst die Wertung der Aussagen aller beteiligten Spezialisten in einer Sicherheitsanalyse kann den Nachweis dafür erbringen, dass ein sicherer Abschluß der Abfälle von der Biosphäre erreicht werden kann. In diese zusammenwirkende Anstrengung von mehr als hundert Wissenschaftlern sind auch die Untersuchungen von Prof. Duphorn einzuordnen. Die sachlichen Ergebnisse seiner Arbeiten über das Quartär sind für das Gesamtprojekt nützlich, seine unbewiesenen Interpretationen jedoch nicht.

Können Sie sich an eine derartige Stellungnahme erinnern? Das unterstützt ja wahrscheinlich das, was Sie gerade sagten, dass eben vonseiten der BGR bzw. anderer Wissenschaftler dann entsprechende Würdigungen vorgenommen wurden.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Genau das. Nur an die Sache selbst kann ich mich so nicht erinnern, aber solche Bewertungen und Gegenaussagen waren natürlich uns allen bekannt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Es gab bei Ihnen im Referat einen Mitarbeiter namens Herr Ollig. Sagt Ihnen das noch was?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Von Herrn Ollig gibt es ein Schreiben, das er an Professor Duphorn gerichtet hat, und das ist auch schon Gegenstand hier im Ausschuss gewesen, und zwar geht es um die Vertragsverlängerung von Herrn Duphorn. Ich weiß nicht, inwiefern Sie da eingebunden waren bzw. welche Erinnerungen Sie noch an diesen Vorgang haben; denn es geht letztlich um den Vorwurf, der im Raum steht, dass Professor Duphorns Vertrag nicht verlängert wurde aus, ich nenne es jetzt einmal, politi-

schen Gründen. Können Sie sich an einen derartigen Vorgang erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: An den Vorgang selbst kann ich mich leider gar nicht erinnern. Es wäre aber nicht unüblich, wenn nach der Stellungnahme der BGR, die Sie zitiert haben, wir gesagt hätten: An einen Wissenschaftler, der nicht als seriös gilt im erweiterten Fachkreis - das ist ja nicht der volle Fachkreis, sondern der erweiterte Fachkreis -, können wir von der Bundesregierung keine Mittel geben. Da geht es aber um die Wissenschaftlichkeit, die bewertet wird.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay, danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Ziegler. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, danke schön. - Herr Dr. Ziegler, Sie haben vorhin gesagt, mit Herrn Riesenhuber zu reden, sei für Sie undenkbar gewesen. Sie haben aber ganz zu Beginn Ihrer Ausführungen über ein Gespräch mit Herrn Minister Hauff gesprochen. Was erklärt den Unterschied?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die Gelegenheiten. Mit Herrn Hauff war ich - also: Herr Hauff war mit mir, um es genauer zu sagen - in Gorleben zwei Tage, und es gab reichlich Gespräche mit den Bürgerinitiativen, mit Kommunalpolitikern, und wahrscheinlich waren auch Landespolitiker dabei - wie das üblich ist, wenn ein Minister vor Ort ist. Und beim abendlichen Bier oder so spricht man dann halt auch mal miteinander - auch über Fachfragen, die ein Minister ja nicht im täglichen Geschäft auf dem Schreibtisch hat, wenn sie nicht politische Dimensionen erreichen.

Herr Riesenhuber war für Gespräche durchaus zugänglich. Da änderte sich an der Gesprächsbereitschaft, wenn Sie das erfragen wollen, nichts; aber dieser Sachverhalt, der hier erfragt war, ist kein Anlass - bei keinem Minister; der Minister kann heißen, wie er mag, und wo er herkommt - für einen Referatsleiter, eine solche Meinungsbildung zu einem vorzulegenden Zwischenbericht im Vorfeld, im langen Vorfeld, einer Kabinetts-

entscheidung mit dem Minister zu besprechen.

Ute Vogt (SPD): Können Sie das ausschließen, dass das besprochen worden ist mit ihm?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Mit Herrn Riesenhuber?

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Dieses Fax?

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Ausschließen! Ich habe aber keine Erinnerung. Das ist methodisch kaum denkbar.

Ute Vogt (SPD): Sie erinnern sich sicher auch an einen Innenminister namens Baum. Der war ja zu der Zeit, als Herr Hauff Minister war, auch Minister.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Längere Zeit, ja.

Ute Vogt (SPD): Herr Baum - - Sie haben vorhin - - Also mir geht es um die Frage der alternativen Standorte. Herr Baum hat hier im Ausschuss - - Ich zitiere das Stenografische Protokoll, Seite 38, die Vernehmung Herr Baum. Da wurde er vom Kollegen Edathy gefragt:

War das damals zu sozialliberalen Regierungszeiten ... Konsens innerhalb der Bundesregierung, dass möglichst mehrere Standorte untersucht werden sollten?

Und Herr Baum antwortete:

Das war grundsätzlich unsere Auffassung.

Auf die Frage des Kollegen Grindel haben Sie vorhin etwas anderes geantwortet.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, das passt aber noch zusammen, wenn man es historisch sieht, und nur so verstehe ich die Einlassung von Herrn Baum.

Das Entsorgungskonzept wurde 74 beschlossen. Das war eine Zeit, als Energie in Deutschland knapp war. Ich selbst war im November 73 zum Referatsleiter für nicht-nukleare Energieforschung bestellt worden,

und das Energieprogramm von damals sollte ja sowohl die nicht-nukleare Energieforschung wie die nukleare Anwendung voranbringen. Dann kommen die ganzen Beschlüsse von 74 bis 79.

In der Vorbereitung dieses nuklearen Entsorgungszentrums sind 24 Standorte von der Bundesregierung - nach einer Vorauswahl zunächst - benannt worden und weitgehend untersucht worden, und 76 gab es dann einen Bericht. Das war eine Gesellschaft für - irgendein Vorläufer von der späteren DWK, die das machte. Und von den 24 sind dann 3 von der Bundesregierung ausgewählt worden 76; darunter war aber nicht Gorleben. Das war die Meinung der Bundesregierung: Man sollte für ein nukleares Entsorgungszentrum - es geht nicht ums Endlager allein an der Stelle - diese drei Standorte in die engere Untersuchung nehmen, um dann zu sagen, wo es denn am besten geht - unter vielen Gesichtspunkten. Die großen Chemieanlagen sind ja da auch noch im Blickfeld gewesen. Und aus dieser Zeit habe ich ja vorhin zitiert, dass es da viele Kriterien gab, als ich über Kriterien-anwendung sprach.

Diese drei sind dann vorgeschlagen worden, und dann kam die Verengung durch eine Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung: keinen der drei, sondern Gorleben. Die Bundesregierung hat sich schwergetan, das zu akzeptieren. Da sind Monate dazwischen - das sehe ich aus einem Aufsatz, wo die Historie abgearbeitet wurde -, viele Monate dazwischen, bevor die Bundesregierung nach interner Prüfung gesagt hat: Dann eben doch Gorleben, weil - - Aber da war ich nicht verantwortlich in der Zeit. So kann ich das verstehen. Aber ab 79 keinen weiteren mehr.

Ute Vogt (SPD): Gut. - Ich würde Ihnen jetzt gerne noch mal ein Schreiben vorhalten, das Sie am 27.06.1983 an Herrn Dr. Matting geschickt haben ins BMI. Das Schreiben hat die Nummer MAT A 99, Band 13, Paginierung 087274 f. Sie schreiben Herrn Dr. Matting, dass Sie ihm einen Vermerk zukommen lassen - wir können das auch gerne vorlegen - über die wichtigsten Gesichtspunkte,

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

und das Spannende ist: Auf der ersten Seite - das darf ich zitieren -, da steht unter „Ziel“ wörtlich:

Die politische Zielvorgabe läuft darauf hinaus, ein im Rahmen der Schutzziele hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten. Es geht nicht um das best-denkbare Endlager irgendwann.

Wie können Sie es verantworten, bei einem Stoff wie einem hochradioaktiv strahlenden Material nicht das Bestdenkbare zu suchen, sondern - so liest man das hier - irgendeines?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, ein hinreichend sicheres. Das ist konkrete Ausführung des Beschlusses von Regierungschefs von Bund und Ländern. Das sehe ich eindeutig da drin: jetzt am Standort Gorleben zu sehen, wie weit können wir gehen - nicht gehen, sondern kommen. Da steht ja auch drin, dass es zunächst erkundet wird und dann entschieden wird. Mehr sagt mir das nicht.

Ute Vogt (SPD): Der Vermerk stammt - - Also, Sie haben es geschickt am 26.06.83, und der Vermerk selber wurde gefertigt am 20.06.83, und Sie schreiben:

Die politische Zielvorgabe ...

Und dann, wenn man es verkürzt, heißt es:

... geht nicht um das best-denkbare Endlager ...

Von wem war die politische Zielvorgabe?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, es ist ja meine Interpretation, die da schließlich steht, wenn ich mir einen Vermerk in die Akten mache. Ich sehe darin eine intellektuelle Auseinandersetzung meinerseits mit der Frage: „Mehrere Standorte?“, und interpretiere den Beschluss der Regierungschefs so, wie es da steht. Da ging keine Entscheidung voraus von irgendwem. Das ist meine Interpretation.

Ute Vogt (SPD): Jetzt muss ich doch noch mal nachfragen. Auf dem Vermerk steht einige Zeilen oben drüber:

Seit der Veranstaltung in Hitzacker ...

Und dann wird darauf hingewiesen, dass es kritische Fragen gibt. Und dann kommt als Zweites: Die politische Zielvorgabe läuft darauf hinaus, dass es jetzt darum geht, das zügig zu errichten. Und Sie sagen mir hier: Das geht dann zurück auf einen Beschluss

der Ministerpräsidenten aus den 70er-Jahren.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: 79.

Ute Vogt (SPD): Bitte, Sie müssen auch hier bei der Wahrheitspflicht bleiben und sich auch ein bisschen bemühen, die Zusammenhänge auch noch mal in Erinnerung zu rufen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das Letztere habe ich getan.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber wenn Sie schreiben: „Anlass war Hitzacker“, dann können Sie doch jetzt nicht sagen: Anlass war ein Beschluss von 79.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Gut. Seit der Veranstaltung in Hitzacker wird ja nun diskutiert. Ich erinnere eine Diskussionssituation in dem Anlass da oben und stelle meinem Kollegen Matting im federführenden Ressort dar, was meine Meinung ist und wie ich das zu verstehen habe. So lese ich diesen Vermerk jetzt.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, Herr Dr. Ziegler, ich würde Ihnen gerne einige Dokumente aus den Akten in chronologischer Folge vorhalten und darauf aufbauend Ihnen einige Fragen stellen wollen.

Das erste Dokument - das wird Ihnen gleich übergeben -, findet sich in MAT A 72, Band 6. Das ist ein Schreiben vom 2. September 1982 des damaligen Forschungsministers Dr. Andreas von Bülow an den Bundeswirtschaftsminister, Herrn Lahnstein. Ich lasse Ihnen das gleich mal - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

- Das wird Ihnen gerade gebracht. - Vielleicht vorab: Thema ist da das Gutachten, das Professor Duphorn im Auftrag der PTB angefertigt hat. Können Sie sich an das Gutachten und an die Diskussion über das Gutachten erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, dass es da Diskussionen gegeben hat, vielerlei, ist mir bewusst, aber konkret daran kann ich mich nicht entsinnen. Damals hatte ich eben das Wissen. Dann kommt so etwas zustande.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. - Können Sie sich denn vorstellen - ich will gleich auf das Schreiben näher eingehen -, dass ohne Ihr Wissen als Referatsleiter sich der zuständige Bundesminister für eine Veröffentlichung des Gutachtens gegenüber dem Bundeswirtschaftsminister ausgesprochen hat? Ich darf vortragen aus dem Brief von Minister von Bülow:

Sehr geehrter Herr Kollege Lahnstein, Professor Duphorn hat im Auftrag der PTB in einem Gutachten quartärgeologische Untersuchungen zur Beurteilung des Standortes Gorleben angefertigt. Das Gutachten liegt der PTB als Entwurf seit einiger Zeit vor. Wegen des besonderen öffentlichen Interesses bezüglich des Standortes Gorleben für ein Bundesendlager halte ich es für sinnvoll, diesen Entwurf der interessierten Öffentlichkeit jetzt zugänglich zu machen. Die Bundesregierung hat immer ihr Interesse an einer unvoreingenommenen breiten öffentlichen Diskussion zur Geeignetheit des Salzstockes für ein Endlager bekundet.

Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt, dass Herr von Bülow als Minister der Auffassung war, das Duphorn-Gutachten hätte es verdient, veröffentlicht zu werden?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja. Das ist aber keine inhaltliche Aussage, sondern eine ganz andere, nämlich: Die PTB war ja im Ressortbereich von - -

Sebastian Edathy (SPD): Korrekt. Also können Sie sich erinnern - - Ich meine, ich kann mir ja kaum vorstellen, dass Sie als zuständiger Referatsleiter von einem solchen Ministerbrief nichts wissen, wenn Sie ansonsten ja sagen, dass Sie in der Regel nicht mit dem Minister Kontakt gehabt hätten.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Entschuldigen Sie, ich habe manche Tage drei bis vier Briefe für einen Minister entworfen. Ich kann mich an den so nicht erinnern.

Sebastian Edathy (SPD): Ach, glauben Sie, der ist von Ihnen entworfen worden? Woran machen Sie das denn fest?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Oder von einem Mitarbeiter des Referats, und ich habe ihn dann gesehen.

Sebastian Edathy (SPD): Ohne Ihre Kenntnis?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht ohne meine Kenntnis. Aber die Erinnerung daran kann ich nicht bestätigen.

Sebastian Edathy (SPD): Weil dieses Duphorn-Gutachten ja auch in der Presse seinen Niederschlag gefunden hatte damals: Das spricht doch durchaus dafür, dass das nicht ein beliebiger von drei Briefen am Tag gewesen ist, der da geschrieben worden ist.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Es gab viele Einwände - und nicht nur dazu -, und ich hatte mehrere Aufgaben.

Sebastian Edathy (SPD): Jedenfalls - ich darf nun weitergehen -: Dieses Anliegen des Forschungsministers wurde also im Bundesministerium für Wirtschaft eher kritisch gesehen, und dann gab es ja den Regierungswechsel; das war ja ungefähr die Zeit: 01.10.82, konstruktives Misstrauensvotum, Helmut Kohl wurde Kanzler. Und dann findet sich - - Und auch das bitte ich, dem Zeugen vorzulegen. - Das hat er auch? - In MAT A 72, Band 6 findet sich auch: Da gibt es ein Schreiben aus dem Bundeswirtschaftsministerium vom 30. September 82 an Herrn Ministerialdirektor Dr. Bochmann aus dem BMI. Und da findet sich handschriftlich von einem Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums folgende Aufzeichnung:

Vermerk: Mit BMFT (Herrn Ollig) am 05.10. Thema informell besprochen. BMFT geht nach Weggang von Minister von Bülow davon aus, dass die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Edathy, könnten Sie die Daten noch einmal überprüfen? Sie sagten eben 30. September.

Sebastian Edathy (SPD): 82.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, und dann sagen Sie, dass -

Sebastian Edathy (SPD): Das ist das Schreiben - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - ein Gespräch stattgefunden habe am 05.10.

Sebastian Edathy (SPD): Nein, das kann ich Ihnen gerne erläutern. - Also, das ist ein Schreiben des BMWi vom 30. September 82, und hier findet sich handschriftlich in Ergänzung zu der Kopie auf dem Schreiben der Vermerk vom 06.10. eines Mitarbeiters des Wirtschaftsministeriums, er hätte mit Herrn Ollig am 05.10. gesprochen über das Anliegen von Minister von Bülow, und Herr Ollig hätte gesagt, er gehe nach dem Weggang von Minister von Bülow davon aus, dass die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann. Wie ist denn das zu interpretieren?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das kriege ich nicht mehr auf die Reihe.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich erinnern, was am 01.10. passiert ist in Bonn?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das muss ziemlich genau um den Wechsel gewesen sein, denn ich habe in meinen Unterlagen noch einen Vortrag, der für den Parlamentarischen Staatssekretär vorbereitet gewesen ist - ich glaube, für den 5. Oktober -, gefunden und musste diesen Vortrag dann selbst halten, weil der Parlamentarische Staatssekretär neuen Datums nicht in der Lage war, das zu übernehmen.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. - Würden Sie mir denn zustimmen - ich glaube, diese Interpretation ist nicht gewagt -, dass Herr Ollig in einem Telefonat dem Bundeswirtschaftsministerium die Auskunft gegeben hat, dass das Veröffentlichungsinteresse des Bundesforschungsministeriums nach dem Wechsel von der sozialliberalen Koalition zu Schwarz-Gelb sich erledigt habe?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich darf daran erinnern, dass wir nach Tatsachen fragen.

Sebastian Edathy (SPD): Entschuldigung, aber das ergibt sich ja nun eindeutig aus dem Zusammenhang. Ich werde da auch noch weiter gerne darauf eingehen,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir haben Herrn Ollig doch noch als Zeugen!)

aber Sie haben doch vorhin gesagt, es hätte keine Veränderung der Haltung der Bundesregierung gegeben durch den Regierungswechsel. Könnten Sie mir darin zustimmen, dass dieses Dokument darauf hinweist, dass es eine solche Verhaltensänderung und Einstellungsänderung offenkundig sehr wohl gegeben hat?

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Der Zeuge Ziegler hat jetzt das Wort.

Sebastian Edathy (SPD): Das sagt Ollig ja offenkundig.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Hier geht es doch um Duphorn!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie Herrn Dr. Ziegler doch bitte antworten.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, ich traue mir gerne zu, das zu beurteilen. Zustimmung kann ich Ihnen da momentan nicht. Da müsste ich aber den ganzen Sachverhalt, wie es überhaupt zu diesem Schriftwechsel kam, was da vorausging, mir noch mal aus den Akten erarbeiten, wer denn der Anstoßgeber war, dass Herr Minister von Bülow überhaupt ein solches Schreiben dann veranlasst und dass dieser Vorgang überhaupt auf seine Ebene gehoben worden ist. Das hängt ja auch davon ab, wer sich an Herrn von Bülow gewandt hat, welche Stellung er hatte. All das habe ich nicht mehr parat, und davon hängt das ab.

Und Herr Ollig hatte das. Er war ja damals als geologischer Mitarbeiter in meinem Referat, in diesem Referat, das ich leitete, und nur daraus ist das zu erklären und zu interpretieren. Die Grundhaltung habe ich vorhin beschrieben, brauche ich auch nicht ändern.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Herr Grindel zur Geschäftsordnung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich finde, wir müssen hier korrekte Vorhalte machen.

Der Zeuge von Osten hat hier sich damit gebrüstet, dass er mehrfach Herrn von Bülow persönlich, direkt habe mit Vermerken und auch Gesprächen vortragen dürfen. Es ist keinesfalls sicher, dass der Anstoß für das Schreiben von Herrn von Bülow - -

(Sebastian Edathy (SPD): Das ist nicht zur Geschäftsordnung! Das ist ein inhaltlicher Beitrag! Sie sollen bitte zur Geschäftsordnung reden!)

Sie sollen ja nicht den Vorhalt machen - -

(Sebastian Edathy (SPD): Zur Geschäftsordnung, bitte!)

- Ich habe jetzt das Wort, sonst machen wir gleich eine Beratungssitzung.

(Sebastian Edathy (SPD): Dann machen wir eine Beratungssitzung! Aber Sie können hier nicht für das Protokoll Inhalte im Verbraucherschutzministerium - - Sie verbreiten hier Inhalte für das Protokoll! Das geht nicht!)

- Sie haben unterstellt, dass das Inhalte im Verbraucherschutzministerium - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung für eine Beratungssitzung und bitte die Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen. Auch Sie, Herr Dr. Ziegler, haben jetzt eine kleine Pause, bis die Kolleginnen und Kollegen sich über diesen Sachverhalt ausgetauscht haben. - Herzlichen Dank.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 11.45 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 12.27 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Alois Ziegler

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Ziegler! Ich eröffne die Sitzung wieder, und wir fahren mit unseren Beratungen fort. Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Ziegler,

wir haben uns vorhin mit dem Fragenkomplex beschäftigt, wie es zu diesem Brief kam, und da stand sozusagen als eine Idee im Raum, dass das möglicherweise über Ihren Schreibtisch gegangen ist, was naheliegend ist von der Zuordnung.

Es gibt aber sozusagen noch eine andere Idee, auf die wir gekommen sind durch Ausführungen des Zeugen Dr. Wolf von Osten, der - und da zitiere ich jetzt aus dem Protokoll unseres Ausschusses, aus der Sitzung vom 08.07.2010 - ausgeführt hat sinngemäß - ich kann es auch gerne wörtlich vorlesen, aber ich gebe es jetzt mal sinngemäß wieder; wenn das zu Unzulässigkeiten führt, lese ich es gerne vor, aber vielleicht spart das einfach Zeit -, in der Bundesregierung gebe es so etwas - also in den Ministerien; so muss ich sagen - wie eine Kernenergie-Fraktion, die das Thema eher wohlwollend betrachtet, und dann gebe es eine andere Fraktion, die eher skeptisch ist, und dass es durchaus so ist, dass Beamte, die der skeptischen Fraktion angehören, auch gerne, ich sage mal, möglicherweise direkt Kontakt mit den zuständigen Ministern genommen haben jenseits vom regulären Dienstweg. Das hat er hier ausgeführt. Können Sie oder können Sie Ihrer Erinnerung nach bestätigen, dass es solche Lager gab und dass es auch solche, sagen wir mal, Kontakte, möglicherweise sogar Zuarbeit, am Dienstweg vorbei gegeben haben könnte aus diesen unterschiedlichen Gruppen zu den politischen Entscheidungsträgern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Komplizierte Frage. - Also, ein Ministerium wird von Menschen geleitet und geführt, und die sind so vielfältig in ihrer Meinung wie die Menschen sonst auch. An Gruppen, Lager und etc. in dem Ministerium, in dem ich gearbeitet habe, kann ich mich überhaupt nicht erinnern. Sehr wohl kann ich mich erinnern, dass es Kollegen gab, die der Kernenergie sehr skeptisch gegenüberstanden und die Risiken stärker in ihrer persönlichen Abwägung gewichteten als den Nutzen, den sie auch stiften konnte und gestiftet hat.

Wie das im Verhältnis zur Leitungsebene hinauf durchgefiltert worden ist, hängt ganz von den persönlichen Umständen des Einzelnen ab: ob er Mitglied der einen oder anderen Partei war und dort in Arbeitskreisen oder so noch gefragt worden ist und da der Zugang dann kam, ob ein Abgeordneter befreundet war mit ihm und, und, und. Da

spielen sehr viele Facetten - auch bei dem Brief, der vorhin schon, bevor ich rausgeschickt wurde, zitiert worden ist - und spielen solche Umstände eine Rolle; denn ein Thema, wie wir es vorhin besprochen haben, mit Herrn Duphorn, kommt von der Sache her - wir hatten ja die Meinungspolarität schon besprochen an mehreren Stellen - nicht auf die Ebene des Ministers. Es muss einen anderen Aspekt gegeben haben in dem Fall. Aber ich kann Ihre Frage nicht konkreter beantworten, als ich es eben versucht habe in der Überlegung.

Marco Buschmann (FDP): Ja. - Ich zitiere jetzt mal einen Satz aus dieser Passage - Seite 92 für die, die es prüfen wollen. Herr von Osten sagte:

Ich habe zum Teil Vermerke für den Minister machen müssen, die der Staatssekretär nicht gesehen hat, und umgekehrt.

Das ist natürlich wahrscheinlich ein außergewöhnlicher Vorgang. So muss man wahrscheinlich -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Marco Buschmann (FDP): - in jedem Fall zu der Einschätzung gelangen. Sind Sie der Ansicht, dass das auch in diesem Fall so hätte sein können? Sie können - habe ich Sie so verstanden - nicht wissen, aber so könnte es auch gewesen sein, wie Herr von Osten berichtet?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, so kann gewesen sein, weil Herr von Osten - ich weiß es nicht mehr, erinnere mich wohl an den Namen - im Kanzleramt damals war und vielleicht eine von solchen Beziehungen, die ich jetzt andeutungsweise bemerkt habe, hatte und dann persönlich gebeten worden ist von dem zuständigen Minister: „Sagen Sie mir doch mal aus Ihrer Sicht“, oder so. Und dann geht das natürlich über eine andere Schiene, und das ist nicht der Dienstweg, ist da nicht gefragt, trotz der Stellung der beiden Herren, die da miteinander kommunizieren.

Marco Buschmann (FDP): Okay. - Dann möchte ich jetzt zu weiteren Fragenkomplexen kommen.

Es ist so: Wir hatten vorhin auch schon das Thema des Umgangs - und bei dem sind wir ja im weitesten Sinne auch - mit der Äu-

ßerung von Herrn Professor Duphorn und seine Arbeit besprochen. Es ist hier auch im Ausschuss - ich meine, auch vom Zeugen Dr. von Osten - die These in den Raum gestellt worden, dass Herr Duphorn ein - ich glaube, die Worte waren - schweres Leben zu führen hatte. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass er gezielt sozusagen aus der Förderung rausgedrängt worden sei aus politischen Gründen.

Ist Ihnen in irgendeiner Form bekannt, dass im Hause formell oder informell auf den Fluren, auf dem Dienstweg oder in irgendeiner sonstigen sinnlich wahrnehmbaren Weise ein Einvernehmen hergestellt wurde oder versucht wurde, darauf hinzuwirken gezielt, ihn aufgrund politischer Unannehmlichkeiten, die seine Aussagen möglicherweise gemacht haben oder hätten, auszublocken, auszubremsen, aus der Förderung rauszudrängen oder in sonstiger Weise mit Sanktionen oder sanktionierenden Mitteln zu belegen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Buschmann, wenn ich das sagen darf: Es wäre schön, wenn Sie dazu noch ein Zitat anführen könnten.

Marco Buschmann (FDP): Liefere ich nach, wenn das erlaubt ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Okay, gerne. - Herr Dr. Ziegler.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Mir sind solche Überlegungen und Vorgehensweisen überhaupt nicht erinnerlich. Ich kann es mir auch nicht vorstellen.

Marco Buschmann (FDP): Ich frage noch mal präziser: Ist Ihnen möglicherweise bekannt, dass Herr Ollig, der da ja auch den Kontakt offenbar gehalten hat, in irgendeiner Weise Ihnen vielleicht das angeraten hat oder Ihnen nahegelegt hat, dass man so etwas mal auf den Weg bringen soll? Also Sie sagen ja jetzt: So was ist nicht vorgekommen. - Aber es ist auch nie darüber gesprochen worden: „Der Duphorn kommt zu Schlüssen, die hinderlich sind bei der Erfüllung eines politischen Ziels, und deshalb müssen wir ihn aus politischen Gründen in irgendeiner Form ausblocken“? Ich frage es mal so gezielt.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Da hätte ich auch nicht mitgespielt. Da hätte ich nicht mitgespielt; denn die Auseinandersetzung mit Herrn Duphorn konnte ja sachlich geführt werden. Beispiele waren vorhin schon in der Debatte. Und diese sachliche Auseinandersetzung halte ich bis heute für fruchtbar an der Stelle, aber es muss in der Sache diskutiert werden. Die PTB hatte, wie ich da jetzt wieder lerne, den Herrn Duphorn ja beauftragt, um auch eine abweichende Meinung kennenzulernen und sich damit auseinanderzusetzen. Das hat sie dann mithilfe der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gemacht. Da brauchte es keine zusätzliche Bremse.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Und die Belastung, die war nicht nur bei Herrn Duphorn so. Die Belastungen waren auch bei denjenigen, die die Projekte zu vertreten hatten - bei mir und meinen Mitarbeitern -, ganz immens dadurch, dass es Auseinandersetzungen gab über die richtige Bewertung. Das war nicht gering, diese Belastung.

Marco Buschmann (FDP): Dann würde ich jetzt noch mal zu einem anderen Fragenkomplex kommen, und zwar das Stichwort „alternative Standorte“. Ich halte diesen Begriff des alternativen Standortes für unpräzise, weil unterschiedliche Menschen darunter etwas Unterschiedliches verstehen; ich schicke das jetzt einmal vorweg. Ich meine, präziser wäre, von Parallel- oder Sukzessiv-erkundung zu sprechen, weil einige meinen, „alternative Standorterkundung“ heißt: „Ich untersuche drei Standorte gleichzeitig, vergleiche dann“, und andere sagen: Wir untersuchen nacheinander; wenn der erste ungeeignet ist, kommt der nächste.

Ich frage Sie mal als Zeitzeugen: Wie war denn die Debattenlage damals? Wenn man von mehreren Standorten gesprochen hat, dann gab es ja auch unterschiedliche Auffassungen, was damit gemeint sein könnte. Da gab es das quantitative Argument, dass man vielleicht auch zu mehreren Endlagerstätten kommen wollte, die man auch parallel nicht nur erkunden, sondern betreiben wollte, weil man mit mehr Mengen gerechnet hat. Wie haben Sie sozusagen diesen Gedanken wahrgenommen?

Und: Sie haben selber Ausführungen auch zu dem Thema gemacht, dass Sie gesagt haben, dass das, was ich Sukzessiv-erkundung nennen würde - also nacheinander erkunden -, auch technisch möglich gewesen wäre, wenn man in Gorleben eben nach den ja Ihnen sachlich angemessen erscheinenden Kriterien erkundet hätte, und dass es dann, wenn man zu dem Ergebnis gekommen wäre: „Hier liegt keine Eignung vor“, noch zeitlich ausreichend möglich gewesen wäre, sukzessiv danach einen weiteren Standort zu erkunden. Dazu hatten Sie in Ihrem Einführungsvortrag etwas gesagt. Meine Bitte wäre, ob Sie das noch mal ausleuchten können, warum das aus Ihrer damaligen Perspektive unkritisch gewesen wäre, wenn man auch in Gorleben zu einem negativen Befund gelangt wäre oder gelangen würde.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Als ich im Oktober 79 diese Verantwortung übernahm - ich hatte davor die nicht-nukleare Energieforschung zu leiten -, war die Standortfrage ausdiskutiert und politisch festgelegt. Insofern habe ich mich nur im Nachhinein, wenn die Frage auftauchte, da wieder eingelesen und mich kundig gemacht - auch für heute.

Eine wirklich politisch angestoßene Debatte - sozusagen: Machen wir doch Untersuchungen an zwei oder drei Standorten und haben dann vielleicht die Chance, sogar mehr Endlagerkapazität zu haben - hat es nicht gegeben in diesen vier Jahren, in denen ich die Verantwortung hatte. Meine Überlegungen, was es für einen Sinn machte, das zu tun, habe ich vorhin schon mal angedeutet: Politische Energie und so was, war der Begriff, den ich dafür verwendet habe.

Die Überlegung, weshalb die Zeit ausreichte, die sollte ich wohl noch mal vertiefen. Das liegt am Volumen der hochradioaktiven Abfälle und den Zeitpunkten, wann die anfallen können. Das war ja jetzt von 83 aus gesehen und der Zeit da drumherum so, dass die Abfälle, die abgebrannt waren, zunächst nach Frankreich kamen und irgendwann dann, weiter abgeklungen, aufgearbeitet wurden und dann, wie in den letzten Jahren, die verglasten hochradioaktiven Abfälle zurückkamen. Das war ja aus der damaligen Sicht eine lange Zeitschiene, und das Volumen ist klein - dieser besonders wichtigen hochradioaktiven Abfälle.

Ich selbst hatte eher das Gefühl, wir bräuchten dringend genehmigte Endlager für den leichtaktiven Abfall, weil das ein großes Volumen ist, und für Teile des mittelaktiven Abfalls hatte ich dann aber ab 79, ab 80 etwa, als das Planfeststellungsverfahren für Konrad und Asse auf den Weg gebracht werden durfte unter politischen Rahmenbedingungen, den Eindruck, dass es keiner zusätzlichen Initiative in dieser Richtung bedarf, dass dort ein Teil abgefangen werden kann. Daraus resultierte so die Einschätzung auch bis hin zu der Rede von Herrn Minister Riesenhuber, aus der ich es dann noch mal wieder neu entnommen habe. Wir haben zum Glück an der Stelle zeigen können, dass sukzessive ... (akustisch unverständlich)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Linken. Bitte schön.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, danke schön. - Herr Dr. Ziegler, Sie haben ja damals eine Informationsveranstaltung in Lüchow geleitet. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Manche Bilder kommen da noch hoch, weil ich sehr, sehr gelitten habe darunter, weil es sehr stressig war.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das glaube ich Ihnen, weil da waren ja die ersten Bohrungen erfolgt, und das wurde dann diskutiert. Und genau diese 10 Quadratkilometer von einer wasserführenden Rinne, die quer durch den Salzstock geht, waren da zur Sprache gekommen.

Und dann gab es aus dem BMFT am 16. Mai 1981 - das ist MAT A 147, Band 29 - eine Presseerklärung, und daraus möchte ich jetzt mal zitieren:

Die Landesregierung von Niedersachsen wäre für mögliche Verzögerungen bei der nuklearen Entsorgung verantwortlich. Erhebliche Zeitverluste bei der Erkundung für ein geeignetes Endlager für radioaktive Abfälle, auch aus Kernkraftwerken, können möglicherweise deshalb entstehen, weil die niedersächsische Landesregierung nur einen einzigen möglicherweise geeigneten Salzstock bei Gorleben zur Untersuchung durch die zu-

ständigen Stellen des Bundes freigegeben hatte.

Angesichts dieser Sachlage ist die Presseerklärung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie -- Ja, also das ist dann -- Das überrascht mich jetzt. Also da ist Kritik gekommen. Können Sie dazu Stellung nehmen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht aus der Erinnerung. Ich weiß nicht, wie es zu dieser Presseerklärung kam damals. Wahrscheinlich gab es Anstöße von außen, und das Schwarze-Peter-Spiel ist dann allenthalben gespielt worden, was damals unter den politischen Kräften bundes- und landesweit opportun war. Ich ordne es eher unter Schwarze-Peter-Spiel ein an der Stelle.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. - Und diese spannende Situation in Lüchow, dass da genau dies viel Gewicht bekommen hatte in der Diskussion, das Auftreten dieser Rinne: Hat Sie das beeindruckt? Hat das an Ihrer Stellungnahme -- Hat das bei Ihnen Zweifel geweckt, ob man nicht doch weitere Standorte erkunden müsste?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht im Ergebnis.

Johanna Voß (DIE LINKE): Nicht im Ergebnis?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, nicht im Ergebnis, weil ich durch langes Diskutieren hin und her und auch Aufnahme dessen, was die Wissenschaftler der BGR dazu sagten, zu der Bewertung kam: Es ist hinnehmbar, wenn nicht sogar -- was ich vorhin in der schwachen Erinnerung an das Gespräch mit Herrn Venzlaff versuchte auszuführen -- ein Argument für die Stabilität von Salz insgesamt als Lagerstätte. Das hat mich mehr bestimmt an der Stelle.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also im Jahr 1983 hätte sich wahrscheinlich niemand vorstellen können, dass wir im Jahr 2011 noch nicht wesentlich näher an die Möglichkeit eines Endlagers Gorleben herangekommen sind -- im Gegenteil sogar die Zweifel übernehmen.

Sie haben am 27. Juni 83 in einem Vermerk formuliert, ein hinreichend sicheres Endlager müsse zügig errichtet werden. Da-

mit haben Sie fast dieselben Worte übernommen, die Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung nur sechs Wochen vorher gesagt hatte. „Die Entsorgung muss und wird zügig verwirklicht werden“, hat der Kanzler gesagt. Hielten Sie es damals für angemessen, die Vorgabe der Bundesregierung als Hauruck-Methode so durchzusetzen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Würden Sie auch noch mal konkret zitieren, Frau Voß, bitte -- mit MAT?

Johanna Voß (DIE LINKE): Der Vermerk: Den müsste ich nachreichen. Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das wäre gut. Das würde uns unsere Arbeit schon sehr erleichtern.

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, das ist die Regierungserklärung von Helmut Kohl. Die müsste sich finden lassen. Kein Problem, ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es wäre gut, wenn wir dennoch noch mal den Hinweis fürs Protokoll bekommen würden. -- Bitte schön, Herr Dr. Ziegler. Würden Sie freundlicherweise antworten?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja. -- Also, das nennt sich gar keine Hauruck-Methode, sondern Kontinuität des Handelns. Und in dem Heft, was Sie inzwischen in Kopie auch sich beschafft haben, zitiere ich Herrn Bundeskanzler Helmut Schmidt -- das fällt mir auf Ihre Frage hin ein -- aus dem Jahre 1981 -- beim Besuch am 18.04., mein Geburtstag, 1981 in Lüchow.

Für die Bundesregierung steht außer Zweifel, daß wir eine eigene Wiederaufbereitungsanlage

-- das spielt jetzt keine Rolle --

haben müssen. Wenn wir darauf verzichten wollten, würden wir nicht nur die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich der Entwicklung fortgeschrittener nuklearer Technologien in Frage stellen, sondern auf diesem Feld hoffnungslos ins Hintertreffen und in fremde Abhängigkeiten geraten. Als stark exportorientierter Industriestaat müssen wir unserer eigenen Arbeits-

plätze wegen über alle im Zusammenhang mit der Kerntechnik notwendigen Technologien verfügen, und zwar nicht nur auf dem Papier.

Darin sehe ich den gleichen Geist, den einige Jahre später dann Helmut Kohl ausgesprochen hat. Helmut Schmidt habe ich sehr verehrt in seiner zügigen Art zu führen, und habe möglichst viel von ihm nachzuahmen versucht. Aber ich sehe keinen Bruch in dieser Äußerung, kein Hauruck, sondern das, was man einmal als richtig erkannt hat, zügig bearbeiten.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja, können Sie mir sagen, woraus Sie jetzt zitiert haben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Aus diesem Heft, was vorhin als Ganzes kopiert worden ist, auf Seite 13 rechts unten.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Eigentlich ist das nicht wirklich einleuchtend, weshalb zu diesem Zeitpunkt dieser Zeitdruck ausgeübt wurde; denn 83 konnte man ja bereits die Aussicht haben, schwach- und mittlerradioaktive Abfälle in Schacht Konrad einzulagern, und das nahm ja eigentlich einen gewissen Druck von Gorleben. Weshalb musste es dennoch besonders schnell gehen? Waren es nicht letztlich Kosten, die man befürchtete, die eine Erkundung anderer Standorte auch ausschlossen, oder war das auch ganz doll geschuldet dem, welchen Widerstand man woanders auch dann vermutete hervorzurufen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, den Kosten war das sicherlich nicht geschuldet. Ich hatte nicht den Eindruck, dass damals für irgendwelche Untersuchungen und Arbeiten das Geld fehlte oder dass die handelnden Parteien - ob es die Industrie, die kerntechnische Industrie war, die Energiewirtschaft oder der Bund - nicht bereit gewesen wären, das notwendige Geld aufzuwenden. Daran hat es nicht gelegen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Woran hat es dann gelegen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich sage noch einmal: an der mangelnden politischen Energie, zu allen Zeiten, bis heute.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Bis heute. Nicht an den Fachfragen oder an dem Willen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, dann will ich jetzt noch nachreichen. Das war die Regierungserklärung von Helmut Kohl vom 04.05.83, Bundestagsdrucksache 10/4.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Haben Sie keine weiteren Fragen mehr?

Johanna Voß (DIE LINKE): Ich habe keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann geht das Fragerecht jetzt weiter an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Dr. Ziegler, Sie haben ja ziemlich am Anfang, als Sie den Kriterienkatalog oder den Fragenkatalog für den Untersuchungsauftrag abgearbeitet haben, uns bei der Antwort auf die Frage 9 Bericht gegeben oder Ihre Einschätzung gegeben von der Veranstaltung im Mai 1981, am 20.05., in Lüchow und haben ja selbst auf Ihre Moderationstätigkeit hingewiesen und auf die Stimmung. Sie haben selber - das ist auch in irgendeiner anderen Sitzung schon mal angeführt worden - eine Ministervorlage an Minister Hauff formuliert, in der Sie selbst - vermutlich Sie selbst - dann Zweifel an der Eignung Gorlebens formuliert haben. Das ist in MAT A 52, Band 2, Seiten 163 bis 169, und in MAT A 12, Seiten 40078 bis 40082. Da findet sich das Zitat:

Die bisherige Formel

- aus dem Bericht -

„Es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstocks bei Gorleben Zweifel aufkommen lassen“

- Zitat Ende von diesem Satz. „Es liegen keine Ergebnisse vor, die ... Zweifel aufkommen lassen“ -

kann nicht mehr beibehalten werden.

Das ist eine klare Aussage, die sicherlich auch mit den Diskussionen in Lüchow und

auf der Veranstaltung zusammenhängt, die aber auch als Ihre Einschätzung hier deutlich wird.

Und dann stellen wir fest, knapp zwei Wochen später, am 03.06.1981, gibt es den Entwurf einer gemeinsamen Pressemitteilung, den das BMI an Sie schickt, in der die alte Sprachregelung von vorher wieder auftaucht:

Abschließend ist daher festzustellen, dass bisher keine Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben rechtfertigen würden.

Das ist MAT A 95, Band 3, Seiten 102 bis 111; ja gut, den Restkontext lassen wir. In dem Sinne ist dann auch einen Tag später die Pressemitteilung so verfasst worden und rausgegangen.

Jetzt habe ich ja wirklich die Frage: Wie kommt es zu einem solchen Sinneswandel - das ist dann ja auch Ihr eigener -, und wieso wurde die alte Formulierung, dass keine Zweifel - keine Zweifel! - an der Eignungshöflichkeit bestehen, wieder in den Entwurf der PM aufgenommen, obwohl vorher eine ganz andere Aussage getätigt wurde?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, einen Sinneswandel hat es bei mir in dieser Frage, in dieser Sache, ob Gorleben höflich ist für einen gewissen Umfang, nie gegeben. Die Formulierung „Zweifel“ hängt mit dem zusammen, wie in Lüchow diskutiert worden ist. Selbst Herr Merz hat in dem Artikel, den ich vorhin zitiert habe, ja den Begriff verwendet. Ich halte es so, wie Sie es vorgetragen haben, für eine abgewogene und der intellektuellen Redlichkeit geschuldete Formulierung, die ich auch gegenüber Herrn Minister Hauff zu verwenden hatte, als ich über den Verlauf und das Ergebnis ihm summarisch berichtete. Ich müsste das Ende dieser Vorlage dann insgesamt kennen, um zu wissen, welches Gewicht diese Zweifel behalten haben, was ich denn Herrn Hauff - - Die reine Sachdarstellung bringt es ja noch nicht in der Vorlage an den Minister, sondern da muss ja noch ein Schlussstatement kommen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war das Fazit am Schluss.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Na gut, zu einer politischen Formulierung. Ja, ein Raten zur Vorsicht, diese Formel nicht mehr zu ver-

wenden. Das kann ich darin erkennen. Und dann kommt es ja weiter in der Presseerklärung. Da ist wieder von Tatsachen die Rede. Diese Zweifel sind ja noch keine Tatsachen. So passt das schon noch zusammen, auch in meinem Urteil.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn ich Sie richtig verstehe, sehen Sie keinen Widerspruch zwischen dem Fazit, was Sie am Anfang als Fazit im Bericht über die Infoveranstaltung oder über die Diskussionsveranstaltung gesehen haben, und dann der Äußerung in der Pressemitteilung, dass keine Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Eignungshöflichkeit rechtfertigen werden, während die Formulierung vorher ist: Die Formulierung, es liegen keine Ergebnisse vor, die an der Eignung des Salzstocks Zweifel aufkommen lassen, kann nicht mehr beibehalten werden. Da sehen Sie jetzt keinen Widerspruch? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das haben Sie richtig verstanden. So habe ich mich ausdrücken wollen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Steiner, könnten Sie den Vermerk vielleicht vorlegen lassen? Vielleicht wird es dann klarer in der Erörterung.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wäre das möglich?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich machen. Also MAT A 52. Aber das haben Sie ja. Ich habe es ja genannt, nicht?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, ich meine, man sieht ja, Herr Dr. Ziegler hat da ja große Erinnerungslücken, und vielleicht wird es einfach klarer, wenn er einen Blick auf die Vorlage nehmen kann.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber ich wäre damit jetzt auch fertig. Ich würde jetzt nicht weiter auf den - - Ich kann es raussuchen, sofort, auf der Stelle, oder am Ende.

(Zuruf: Jetzt!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, es macht ja nur Sinn, wenn er sich dann in diesem Zusammenhang noch weiter dann äußern würde.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde dann nämlich gerne bei dem Komplex mich weiter aufhalten. Im Gegensatz zu Ihnen erkennen wir da schon eine unterschiedliche Bewertung, und meine Frage wäre jetzt: Wir wissen ja auch, dass zwischen diesen beiden Terminen die Reaktor-Sicherheitskommission getagt hat. Also erst mal der Sachverständigenkreis Endlagerung des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung usw., also des BMFT, und der Ausschuss „Endlagerung“ der RSK wurden beauftragt, und dieses Gremium kam zu dem Ergebnis:

Als Resume bleibt festzuhalten, daß nach Ansicht aller

- da würde ich natürlich fragen, wer ist „aller“? -

der Salzstock heute genauso eignungshöflich sei wie vor Jahren, wobei bis Ende 82 noch genauere Aussagen über heute noch offene Fragen möglich sein werden.

Das ist MAT A 95, Band 3, Seiten 93 bis 96. Und meine Frage ist eben: Ist es nicht auch tatsächlich wahrscheinlich, dass diese Stellungnahme des Sachverständigenkreises und der Reaktor-Sicherheitskommission zu dem Sinneswandel oder - sagen wir mal - zu der veränderten Schwerpunktsetzung in der Bewertung geführt haben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Kann ich nicht ausschließen, aber auch nicht bestätigen. Natürlich spielt eine solche Formulierung eine große Rolle, wenn denn die Reaktor-Sicherheitskommission dazu kommt. Ich sprach ja auch an, dass noch offene Fragen - das ist ein anderes Wort für „Zweifel“ - an der Stelle noch zu beantworten sind. Das ist für mich der gleiche Sachverhalt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch möglicherweise erinnern an einzelne Teilnehmer des

Sachverständigenkreises des BMFT - mit denen hatten Sie ja möglicherweise häufiger Kontakt -, also um diese Zeit, 1981?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, mir fällt nur Herr Professor Merz ein, aber die anderen fallen mir nicht mehr ein. Ich bin auch der Zusammensetzung des Sachverständigenkreises nicht begegnet jetzt in meiner Vorbereitung für heute; fällt mir nichts mehr ein.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich noch an Professor Kühn? Der war damals noch nicht Professor; also Herr Kühn zu der Zeit noch.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Kühn? Kühn war Leiter des Instituts für Tiefbohrung bei der Asse. Das könnte gut passen, dass er da dabei war, ja, wenn es dieser Kühn ist. Ich nehme es an.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und der Herr Kühn hat - daran erinnern Sie sich vielleicht auch noch - eine ganz wesentliche Rolle gespielt dann bei der Propagierung des Projektes Gorleben aufgrund seiner Erfahrungen der Untersuchungen zur Asse. Deswegen war es mir wichtig, zu wissen: Können Sie sich an eine Rolle Professor Kühns erinnern in dieser Diskussion?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: In dieser Diskussion konkret, die Sie zitieren, nicht, aber Herr Kühn war oft Gesprächspartner für mich, wenn es um Asse ging. An andere Zusammenhänge kann ich mich jetzt nicht entsinnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann sind wir am Ende der ersten Berliner Runde, und ich leite über zur zweiten Berliner Runde und zur CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Ziegler, ich möchte noch mal an dem Punkt anknüpfen, wo es um die Frage Regierungswechsel im Jahre 1982 geht. Es wurde ja hier ein Vermerk, der auf einem Brief, der vom Wirtschaftsministerium an das Innenministerium abgegangen ist, Bezug genommen. Dieser Vermerk stammt vom 05.10.

Unabhängig jetzt von dem konkreten Sachverhalt; Sie waren ja sozusagen Zeitzeuge des Regierungswechsels. Ich frage deshalb auch erst mal generell: Wie lange dauerte es denn, bis die neue Regierung installiert war, das heißt also, dass die politischen Entscheidungen, die vonseiten des Ministers getroffen werden, die also praktisch die Regierungserklärung des neuen Kanzlers dann umsetzen, bis die vor Ort in der praktischen Arbeit eines Referates angekommen sind? Also, das konstruktive Misstrauensvotum - wenn ich nicht irre - war am 01.10. Wie lange dauerte es denn dann, bis so die ersten Neujustierungen vorgenommen wurden?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Für mich jetzt schwer einzuschätzen. 14 Tage oder so bis ein normales operatives Geschehen im Haus mit Post rauf, Post runter - wobei ich die Organisationsleiter meine - lief. Ich hatte vorhin erwähnen können einen Vortrag, der am 5. - das war nach den Unterlagen, die ich habe - Oktober zu halten war. Das wollte der neue Parlamentarische Staatssekretär nicht übernehmen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, für wie wahrscheinlich halten Sie es denn, dass am 05.10. bereits eine sozusagen politische Weisung oder Vorgabe umgesetzt wurde der neuen Regierung, sodass man in der Frage Veröffentlichung des Gutachtens Duphorn da jetzt eine andere Entscheidung, als sie von der alten Regierung getroffen wurde, umsetzen wollte?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Halte ich für völlig ausgeschlossen, dass da eine politische Weisung erfolgt ist, sondern Herr Ollig hat aus dem Sachverhalt heraus diese Bemerkung geschrieben und aus der Kenntnis, wie es denn zu der Anfrage - das hatte ich vorhin schon einmal angedeutet, was ich da an Vermutungen oder Plausibilitätserklärungen habe - hat kommen können.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Dann komme ich noch mal zu dem Vermerk, der hier auch vorhin eine Rolle spielte, den Sie geschrieben haben. Der trägt das Datum 20. Juni 83. Da geht es um die Diskussion über die Erkundung weiterer Salzstöcke für ein Endlager. Ich glaube, der wurde Ihnen ja auch vorgelegt. Dort wurde ja abgehoben, dass es da möglicherweise ei-

nen Zusammenhang gibt zwischen dem, was unten auf Seite 1 als Anlass steht, nämlich die Veranstaltung Hitzacker und die darauf folgende Diskussion, und dem, was darunter als Ziel formuliert ist, nämlich die politische Zielvorgabe, ein hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten.

Es fällt ja auf, dass dieser Vermerk auch in den Zeitraum der ersten Monate der Regierung von CDU/CSU und FDP, also der Kohl-Regierung, fällt. Ist die Aussage, die politische Zielvorgabe läuft darauf hinaus - - Ich frage das noch mal klar. Ich glaube, Sie hatten es vorhin schon mal angesprochen, aber ich frage es der Klarstellung halber noch einmal: Bezieht sich die politische Zielvorgabe auf eine sozusagen von der neuen Bundesregierung in den Raum gestellte politische Zielvorgabe, oder ist es letztlich die Fortführung der Zielvorgabe, wie sie sich aus dem Beschluss von Bund und Ländern aus dem Jahre 79 ergibt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ganz Letzteres, wobei ich hinzufüge, dass die neue Bundesregierung sich dieser Zielvorgabe sehr bewusst gestellt hat. Das Zitat, das dann kam aus der Regierungserklärung, und anderes, was ich in Reden von Herrn Ministern Riesenhuber und dem damaligen Staatssekretär gefunden habe, belegen das.

Das gibt mir aber Gelegenheit, noch mal das „hinreichend sicher“, was ich da formuliert habe, zu kommentieren. Es drückt voll meine intellektuelle Einsicht und Lebenserfahrung aus: Ein bestdenkbares Produkt - sei es ein Endlager, sei es ein Auto, irgendwas, sei es ein Lebenspartner - gibt es nicht, gibt es nicht, nirgendwo, vor allen Dingen nicht unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit. Das ist nicht schaffbar für den Menschen. Und nichts anderes drückt dies hier aus als das Einbringen meiner Lebenserfahrung, die bis heute unverändert ist - - soll hier zum Ausdruck kommen.

Wenn Sie das vielleicht noch mal wägen: das hinreichend Sichere gegen Bestdenkbare. Das Bestdenkbare - da kann man sich in alle Ewigkeit beschäftigen - ist nicht erreichbar. Das haben wir selbst bei wissenschaftlichen Untersuchungen. Ich weiß, in der²⁹ Doktorarbeit kam der Professor mal: „Es ist Schluss jetzt mit Optimieren. Jetzt schließen Sie ab.“ Ja, also das Optimieren

²⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „der“, setze „meiner“, Anlage 1

kann man immer weiter treiben. Es führt zu keinem Ende. Wer das will, muss das tun, aber nur zu seiner eigenen Befriedigung, nicht, um eine Gesellschaft mit Leistungen und Produkten etc. zu versorgen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also ist so auch das Wort „irgendwann“, was am Ende ja steht, zu deuten, -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist so zu deuten, ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): - dass man natürlich versuchen kann, dieses Bestmögliche irgendwann zu erreichen, aber jedenfalls nicht in einem bestimmten Zeitraum?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank, Herr Ziegler. - Ich möchte dann noch auf einen anderen Sachverhalt zu sprechen kommen, und zwar: Sagt Ihnen der Name Dr. Helmut Hirsch etwas?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Er war Mitarbeiter der Gruppe Ökologie des Instituts für ökologische Forschung und Bildung in Hannover.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Der sagt Ihnen etwas?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wie oder in welchem Verhältnis standen Sie zu ihm, bzw. wann ist er Ihnen bekannt geworden?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Durch Reden und Diskussionen mit Bürgerinitiativen. Ich erinnere mich: Bei Schachanlage Konrad bin ich ihm mehrfach begegnet, weil ich die Schachanlage Konrad - - Im Referat macht man zwischen Referatsleiter und mit einem Hilfsreferenten - damals Hilfsreferenten, heute Referenten - eine gewisse Aufgabenteilung. Ich habe mich sehr um die Schachanlage Konrad unter anderem gekümmert und die öffentlichen Diskussionen vor Ort -

sei es mit dem Stadtrat, sei es mit Landesabgeordneten, sei es vor allem auch mit Bürgerinitiativen und kirchlichen Gruppen - bestritten, war also oft dort.

Ich erinnere mich an eine Debatte, wo ein Dialog - ich war einer der Partner - im Forum stattfinden sollte, und die Forderung der Gegner dieses Endlagers - die erste - war: Bevor wir anfangen - wir hatten ein kleines Podium für das Diskussionsforum - - Die erste Forderung war: Die sitzen nicht da oben, sondern sollen ganz runter. Das war so ein leicht ansteigender Seminarraum. Da habe ich mit Herrn Hirsch - das fällt mir ganz genau ein - versucht zu vermitteln - soweit kannte ich ihn immer - und gesagt: Bringen Sie doch Ihre Leute dazu, auf diese unsinnige Forderung zu verzichten und da so herumzukrakeelen [sic!]. - Wir kamen nicht in die Sachdebatte hinein.

Aber ansonsten haben wir uns kräftig gerauft um sachliche Inhalte oder solche Vorgehensweisen. Insofern kann ich mich gut an ihn erinnern.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Was war denn sein inhaltlicher Schwerpunkt gewesen? War das die Endlagerung? War das die Wiederaufarbeitung?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich nehme an - das kann ich nicht mehr sagen aus heutiger Sicht -, es waren alle Positionen in der Kernenergie.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Welchen fachlichen Eindruck hatte er auf Sie gemacht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Dass er sich fachlich kundig macht und von seiner Werthaltung heraus urteilt und argumentiert, und nur dies ... (akustisch unverständlich). Er war einer von den Leuten, für die ich den Satz später mal verwendet habe in einem öffentlichen Vortrag, den ich gehalten habe und jetzt wieder gelesen habe, „Akzeptanz der Kernenergie“: Information ist nur, was die eigene Meinung stützt. - So habe ich ihn eingeschätzt.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Können Sie sich daran erinnern, dass Herr Hirsch im Februar 1981 einen Antrag gestellt hat beim BMBF und BMI, er wollte gerne einen Forschungsauftrag haben hinsichtlich der Er-

arbeitung von Schutzziele und naturwissenschaftlichen Kriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle? Ist Ihnen dieser Vorgang noch erinnerlich?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, nein, nein. Aber das passt zum Verhalten von Bürgerinitiativen, insbesondere der Wissenschaftler, die da tätig waren.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, Sie können über den weiteren Fortgang dieses Antrags uns jetzt auch nicht berichten?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, das müsste ich raten.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich kann Ihnen insofern vortragen, dass der Antrag nicht bewilligt wurde, und es gab dort auch eine Befassung von RSK und der PTB mit entsprechenden Stellungnahmen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Aber das sagt Ihnen auch nichts?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, da fällt mir wirklich nichts zu ein; aber das entspricht den Vorgehensweisen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay, gut. Nein, dann habe ich jetzt so weit keine weiteren Fragen. Vonseiten der anderen Kollegen auch nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann gibt es keine weiteren Fragen aus der Unionsfraktion. - Gut. Dann geht das Frage-recht jetzt wieder an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Ziegler, eine abschließende Frage zu dem jetzt hier schon mehrfach auch von Kollegen angesprochenen Vorgang: Schreiben des Ministers von Bülow an das Bundeswirtschaftsministerium, Veröffentlichung Duphorn-Gutachten und dann die Mitteilung von Herrn Ollig nach dem Regierungswechsel, dass sich die Sache erledigt habe - Zitat - „mit dem Weggang von Minister von Bülow“. Ich habe Sie so verstanden - vielleicht können Sie das mal ausführen -, dass Sie sich an den Vorgang nicht erinnern können, ihn aber einzuordnen wissen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, so wollte ich mich ausdrücken. Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Wie kann denn das sein, dass Sie an einen Vorgang, an den Sie sich nicht erinnern können, trotzdem die Feststellung knüpfen können, dass Sie genau wissen, wie der Sachverhalt war?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das genaue Wissen habe ich eben bestritten; das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Ich kann ihn einordnen in meine Kenntnis, wie Abläufe waren, wie es zu Ministerschreiben kam. Wenn ein Abgeordneter an einen Minister etwas herantrug, war es immer so, dass man für den Minister ein Schreiben an den Abgeordneten - das wird heute auch noch so sein, nehme ich an - machen muss. Das ist der Ausgangspunkt, von dem die Information ausgeht. Wenn Herr Duphorn jemanden fand - sei es in der Partei oder einen lokalen Abgeordneten und dergleichen -, der das Ohr und die Aufmerksamkeit des Ministers erreichen konnte - - Das wollte ich ausführen, nichts anderes. Es reicht ein ordentlicher Sachverhalt auf dieser Ebene.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, dass Sie sagen, dass ein Schreiben eines Bundesministers, das hat ja Herr von Bülow nicht - ich weiß gar nicht, ob er damals Abgeordneter war - als MdB oder als Privatperson geschickt - - also ein Schreiben eines Bundesministers an einen Kollegen in dem Moment hinfällig wird, in dem er nicht mehr Minister ist?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Indem der Vorgang, der zu dem Schreiben geführt hat, neu aufgewältigt werden muss. Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Und woran macht man das fest? Welche Ministerschreiben sind hinfällig mit dem Weggang eines Ministers?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Wenn der Minister nicht mehr da ist, kann er die ja nicht beantworten. Wenn er die persönlich beantworten will - -

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, alle Schreiben eines Bundesministers sind gegenstandslos, und die Vorgänge haben sich

erledigt, wenn der Bundesminister nicht mehr im Amt ist?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Inhaltlich nicht, aber dem Vorgang nach ja.

Sebastian Edathy (SPD): Wer beurteilt das denn dann? Herr Ollig damals?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Er hat es offenbar so gesehen.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist interessant. Wenn Sie, was Frau Vogt Ihnen vorhin beschrieben hat, in dem Schreiben an Herrn Dr. Matting vom BMI vom 27.06.83 von politischen Zielvorgaben schreiben, wer macht denn die politischen Zielvorgaben? Herr Ollig und Sie damals?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Sondern? Der Minister auch nicht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe mehrfach ausgeführt, dass diese politischen Zielvorgaben, wie ich das Wort verwendet habe und es andere verwenden, in dem Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern liegen und der Fortführung dieses Beschlusses und der Ausführung.

Sebastian Edathy (SPD): Aber Sie waren doch damals Beamter in einem Bundesministerium.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie sagen, dass die Frage der politischen Zielvorgaben auch etwas zu tun hat mit der Leitung des Ministeriums?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die der Vorgaben nicht, weil: Wenn sie in einem solchen Gremium entstanden sind, dann hat - das kam ja auch aus der Regierungserklärung, die für Herrn Kohl da schon zitiert worden ist, heraus - Kontinuität zu gelten, was³⁰, salopp gesagt - -

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, aber dann hat doch - - Was das Schreiben mit der Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens betrifft, hat es diese Kontinuität ganz offenkundig nicht gegeben.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe nur das Verfahren im Umgang mit dem Schreiben, das der damalige Minister, der dann nicht mehr Minister war am 6. Oktober - -³¹. Was das Verfahren im Umgang mit diesem Schreiben auf sich hat.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, aber da schreibt er ja nicht - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Zu politischen Zielgaben sage ich nichts an der Stelle.

Sebastian Edathy (SPD): Das schreibt er aber doch in seiner Funktion als Minister, und dann können Sie doch nicht als nachgeordneter Beamter im Nachgang beurteilen, welche Schreiben eines Ministers auch im Nachhinein als Positionierung des Hauses anzusehen sind und welche nicht.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Es ist sehr wohl anzunehmen, dass dann, wenn das ein Vorgang war, der - vielleicht war es bekannt damals; ich kann es ja nicht bestätigen - aus der Partei von Herrn Minister von Bülow heraus initiiert war oder von einem persönlichen Bekannten, wenn man das vielleicht erfahren hatte - -

Sebastian Edathy (SPD): Ja, aber Sie haben doch gesagt - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Dann will doch der neue Minister da nicht antworten.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Ziegler, Sie müssen sich mal entscheiden. Also, entweder Sie können sich an den Vorgang nicht erinnern, oder Sie fangen jetzt hier an zu spekulieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein, nein.

³⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „was“, setze „etwas“, Anlage 1

³¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Oktober - -“, setze „Oktober, angesprochen“, Anlage 2

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe die ganze Zeit gesagt, ich ordne nur ein. Ich habe Ihnen keinen Vorgang - -

Sebastian Edathy (SPD): Ich finde das nur, dass Sie einen Vorgang beurteilen, den Sie nicht kennen, und ex post darüber urteilen, das wird wohl ein Schreiben gewesen sein, das der persönlichen Meinung des Ministers, aber nicht seines Hauses entsprochen hat - - dann stellen sich ja zwei Fragen, nämlich das eine ist: Wie kann eigentlich ein Minister nicht die Meinung seines Hauses haben? Und das Zweite ist: Wie kann aus dem Haus nach einem Abtritt eines Ministers beurteilt werden, welche Schreiben noch ernst zu nehmen sind und welche man in den Papierkorb werfen kann?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Herr Edathy, wenn ich da einmal dazwischengehen kann. Wenn der Zeuge Ziegler sagt, er kennt dieses Schreiben nicht, dann könnte sich damit die Befragung erschöpfen.

Sebastian Edathy (SPD): Dann ist es im Grunde genommen aber auch hinfällig - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bin im Moment dabei, tatsächlich zu reden. - Wenn es allerdings so sein sollte, dass Sie ihn bitten, aus seiner Erfahrung heraus zu berichten, wie denn solche Fälle im Allgemeinen oder während seiner Amtszeit gehandhabt worden sind, und er dann dazu Auskunft gibt, dann kann man ihm das dann nicht sozusagen umgekehrt zum Vorhalt machen.

Sebastian Edathy (SPD): Nein, aber es bleibt natürlich die Frage offen, wer denn dann beurteilt, was denn noch ernst zu nehmen ist und weiterverfolgt werden sollte und was man als erledigt betrachten kann. War das in der Regel die Ebene des Referatsleiters? Haben Sie nach dem Abgang des Ministers, nach dem Regierungswechsel hin zu Schwarz-Gelb sich alle Briefe noch mal angeguckt des Ministers und dann aussortiert, welche man vernachlässigen kann?

Gut, ich komme zu einem weiteren Komplex. Sie haben ja auch ausgeführt, dass Sie sich nicht entsinnen können an das Zusammentreffen in Hannover mit Vertretern der BGR am 11.05.83. Die entsprechende Proto-

kollnotiz ist Ihnen ja vorgelegt worden. Können Sie denn in Anbetracht dieses Dokumentes sich jetzt vielleicht doch an die Gesprächssituation erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, leider nicht, Herr Abgeordneter.

Sebastian Edathy (SPD): Die ist ja von anderen Zeugen hier - das ist, glaube ich, keine Unterstellung - aber als durchaus lebhaft beschrieben worden.

In diesem Protokoll, das Ihnen ja vorliegt - deswegen will ich es dann fragen, und weil die Diskussion ja über das Thema Konzentration auf Gorleben oder Paralleluntersuchungen eine gewisse Rolle gespielt hat -, heißt es - letzte Seite, Seite 9 der Mitschrift -: Da sagt Herr Jaritz von der BGR:

3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung

Und dann steht da eine Äußerung von Herrn Hanning:

Bei Vorschlag ein anderer Standort, wird Gorleben entwertet

Können Sie sich - - Also ich meine, das ist ja schon, wenn das so zu interpretieren ist, dass Herr Jaritz gesagt hat: „Nicht nur einen Standort untersuchen“ - und das deckt sich ja auch mit dem ersten Entwurf für den Bericht an die PTB -, und Herr Hanning als Vertreter des Innenministeriums gesagt hat: „Bei Vorschlag eines anderen Standortes wird Gorleben entwertet“, nun doch nicht un-gravierend.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist gravierend, aber genau die richtige Aussage an der Stelle, und die versuchte ich heute schon mehrfach zu vermitteln.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Aber Sie können sich nicht erinnern daran?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, nein. Das ist wieder Einschätzung.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, aber dann ist das leider keine Aussage zu der konkreten Situation, zu dem konkreten Sachverhalt, zu dem, was im Gespräch wirklich geäußert worden ist, sondern eine Interpretation zu einem Vorgang, an den Sie sich nicht erinnern können.

Sie können sich auch nicht erinnern an das, was Ihnen vorgelegt worden ist, nämlich Ihr Telex vom 13.05., wo Sie sich genau auf diese Besprechung vom 11.05. beziehen und gegenüber der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt Formulierungsvorschläge machen? Auch das ein relativ starkes Dokument in den Akten, wo nahegelegt wird, wie denn in dem Bericht formuliert werden sollte.

Sie haben vorhin im Rahmen Ihrer Befragung gesagt, es war üblich, einen Bericht redaktionell zu steuern, so ziemlich - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ungefähr, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Ungefähr so. Ich habe es mir gleich parallel mitgeschrieben. War es denn auch üblich, inhaltlich dahingehend auf Berichte Einfluss zu nehmen, indem man die Erwähnung von bestimmten Sachaussagen abgelehnt hat oder angeraten hat, sie wegzulassen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, Sachaussagen nicht, aber Bewertungen schon, nämlich dann, wenn sie nicht zielführend sind im Sinne des Auftrags oder dergleichen.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, das heißt also, Sie würden - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Dazu gehört dieser Diskussionspunkt, den Sie eben noch mal mit der Bemerkung von Herrn Hanning angesprochen haben.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie denn ausschließen, dass Sie beteiligt waren an einem Versuch, gegenüber den Verfassern dieses Gutachtens im Sinne einer Zensur Einfluss zu nehmen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Zensur? Das ist ja ein schreckliches Wort.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist auch ein schrecklicher Vorgang, finde ich; aber das ist jetzt eine persönliche Bewertung. Wenn im Berichtsentwurf der Vorschlag enthalten war, mehr als einen Standort einer Untersuchung zu unterziehen, war es dann legitim, oder wäre es, falls es nicht so war, legitim gewesen, wenn seitens des Bundesforschungsministeriums der Versuch unternommen worden wäre, diesen Vorschlag, mehrere Standorte zu untersuchen, nicht

vorzunehmen, sondern sich auf einen Standort zu konzentrieren?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Wie gesagt, an den Inhalt, an den Vorgang erinnere ich mich nicht, aber ich persönlich halte es für legitim und richtig, an der Stelle diese Wunschvorstellung abzulehnen und zu sagen, das hat mit den Berichten nichts zu tun.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, dann käme nur - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Edathy.

Sebastian Edathy (SPD): Ich möchte jetzt nicht unterbrochen werden.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das hatte ich schon mal gesagt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, wir lassen auch die Zeugen ausreden.

Sebastian Edathy (SPD): Aber er war gerade fertig mit der Beantwortung der Frage, -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, war er nicht.

Sebastian Edathy (SPD): - und ich möchte jetzt eine - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Auch das beurteile ich, und von daher bitte ich sehr darum, dass wir das, was wir eben erörtert haben, -

Sebastian Edathy (SPD): Also, ich darf dann noch mal - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - nämlich nacheinander zu sprechen, Herr Edathy - das gilt auch für Sie -, sowohl für die Zeugen als auch für die Vorsitzende als auch für die Mitglieder des Ausschusses gelten lassen.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Ziegler, ich will noch einmal nachfragen. Wenn aus den Reihen der wissenschaftlichen Experten der Vorschlag gemacht wird, in einem Gutachten für die Bundesregierung nahezu - , mehr als einen Standort für die ato-

mare Endlagerung anzuraten, dann halten Sie es für legitim, wenn aus dem Fachministerium in dem Bereich Forschung Einfluss genommen wird auf die Verfasser des Gutachtens dahingehend, diesen Vorschlag nicht zu machen, sondern lediglich die Untersuchung an einem Standort vorzuschlagen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich fasse mich knapp und sage: Herr Hanning hat genau das Richtige gesagt.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Hanning hat genau das Richtige gesagt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, so, wie Sie ihn zitiert haben. Das ist völlig meine Meinung.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Hanning hat gesagt - - Ich darf noch mal zitieren, was Herrn Hanning gesagt hat; Sie haben es ja auch selber gelesen:

Jaritz: 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung

Hanning: Bei Vorschlag ein anderer Standort, wird Gorleben entwertet

Sie sagen, Hanning hat genau das Richtige gesagt.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja. Was ist die Aussage, Gorleben ist höflich, noch wert, wenn in dem gleichen Kontext gesagt wird: „Wir würden aber gerne weitere Standorte untersuchen“? Das ist doch eine ganz andere Dimension.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, der Vorschlag der BGR, weitere Standorte zu untersuchen, musste deswegen unterbunden und verhindert werden, weil das in der Öffentlichkeit Zweifel an der Eignungshöflichkeit von Gorleben geweckt hätte?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Alles falsch zitiert! Falscher Vorhalt!)

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Er musste nicht unterbunden werden. Wir hätten uns halt an anderer Stelle damit auseinandergesetzt.

Sebastian Edathy (SPD): Gut, aber Sie meinen - - Also, es war richtig? Hanning hat das Richtige gesagt? Und Hanning hat ge-

sagt: „Bei Vorschlag ein anderer Standort, wird Gorleben entwertet“, während seitens der Wissenschaftsexperten gesagt worden ist: „3 Standorte untersuchen ...“.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also - -

Sebastian Edathy (SPD): Das können wir so festhalten. Ich finde, das ist bisher die interessanteste Aussage des heutigen Tages.

Ich darf dann verweisen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Herr Dr. Ziegler versucht verzweifelt, lieber Herr Edathy, Ihren Redeschwall insofern etwas zu unterbrechen, als er dazu noch etwas -

Sebastian Edathy (SPD): Was heißt mein „Redeschwall“? Würden Sie sich bitte in der Wortwahl ein bisschen gewählter ausdrücken, Frau Vorsitzende?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - sagen möchte. - Herr Edathy, ich möchte Sie jetzt bitten, dem Zeugen Herrn Dr. Ziegler die Möglichkeit zur Antwort zu geben.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich präzisiere noch einmal, was ich eben salopp mit Hanning gesagt habe. Die Höflichkeitsaussage zu Gorleben wird weniger wert bis fast nichts wert, wenn man zeitgleich diese verbindet damit: aber weitere Standorte. Dafür gab es keine Gründe zu diesem Zeitpunkt. Das ist meine Aussage.

Sebastian Edathy (SPD): Okay. Aber offenkundig wurden die ja von der BGR durchaus gesehen.

(Zuruf von Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Jetzt hören Sie auf, mich zu unterbrechen, Herr Grindel! Es reicht jetzt.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Dann, bitte, belegen Sie das! Belegen Sie, wo Sie die BGR zitieren, dass sie für mehrere Standorte war!
Ich möchte das Zitat hören!)

- Ich habe gerade zitiert aus dem Protokoll der Unterredung, an der wir alle nicht beteiligt waren - außer Herrn Dr. Ziegler -, vom 11.05.83.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Edathy, man muss es einfach sagen: Herr Hanning ist Beamter der Bundesregierung gewesen und nicht etwa ein Mitarbeiter der BGR, und von daher - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist offensichtlich falsch! - Gegenruf der Abg. Ute Vogt (SPD): Der PTB-Bericht! Bei der BGR war das Treffen! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Entschuldigung! Aber, Frau Vogt, er sagt „BGR“!)

Sebastian Edathy (SPD): Weil ich mich auf Herrn Jaritz bezogen habe, auf die Aussage von Herrn Jaritz.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Herr Grindel, wenn Ihnen gerade der Verlauf der Befragung deswegen nicht gefällt, weil der Zeuge hier zum Ausdruck gebracht hat, es hat massiv politischen Einfluss gegeben auf wissenschaftliche Befunde,

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil Sie einen falschen Vorhalt gemacht haben!)

dann halte ich das für - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, möchten Sie noch mal eine Beratungssitzung machen zu dieser Frage?

Sebastian Edathy (SPD): Nein, ich wollte zu einem - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ziehen Sie „BGR“ zurück oder nicht?)

- Ich habe mich bezogen auf eine Äußerung von Herrn Jaritz in diesem PTB-Gespräch - - in diesem BGR-Gespräch, und Herr Jaritz ist Mitarbeiter der BGR gewesen.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber die Frage ist doch: Auf welchen Zeitpunkt bezieht sich das?)

- Auf den 11.05.83.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein!)

Das ist doch eindeutig. - Nein, es reicht jetzt, Herr Grindel. Ich habe nicht die Absicht - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann würden wir diesen Disput jetzt noch mal im Rahmen einer Beratungssitzung klären. Das macht jetzt keinen Sinn.

Sebastian Edathy (SPD): Dafür sehe ich keine Notwendigkeit. Ich würde jetzt auch zu einem anderen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich aber, und ich berufe Beratungssitzungen ein oder nicht, und von daher bitte ich jetzt noch mal zu einer Beratungssitzung. Deshalb bitte ich die Öffentlichkeit, diesen Raum zu verlassen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 13.19 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 13.30 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Alois Ziegler

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Ziegler, erneut: Herzlich willkommen zu einer nächsten halben Stunde! Dann haben wir nämlich erst mal Mittagspause.

Herr Edathy hat noch das - - Oder nein, die SPD-Fraktion hat noch das Fragerecht, aber gerne natürlich auch Kollege Edathy.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Ich komme jetzt, nachdem ich das Telex vom 13.05.83 angesprochen habe - - das, was Ihnen ebenfalls schon vorgehalten worden ist, nämlich ein Schreiben von Ihnen vom 27. Juni 1983 an Herrn Dr. Matting vom Bundesministerium des Innern. Da sind Sie ja bereits gefragt worden, ob Sie sich an dieses mehrseitige Schreiben - insgesamt Anhang vier Seiten, plus Deckblatt - erinnern können. Das hatten Sie, glaube ich, verneint vorhin.

Ich darf Ihnen folgenden Vorhalt machen aus diesem Schreiben und Sie um Ihre Bewertung bitten, wie Sie zu der Einschätzung gekommen sind. Ich habe nur noch eine Minute Fragerecht. Deswegen werden wir das in der nächsten Runde fortsetzen müssen.

Da schreiben Sie an Herrn Matting - das ist Seite 1 der Anlage zu dem Schreiben; das ist MAT A 99, Band 13, Seite 205 ff. -:

Entscheidungstaktisch gesehen war der Vorschlag, mehrere Standorte parallel zu untersuchen, zunächst der kleinere Schritt. Von daher konnte man erwarten, so schneller voranzukommen.

Wie ist diese Aussage zu bewerten? Ich würde den Vorschlag machen, den Zeugen - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das kriege ich nicht mehr auf die Reihe.

Sebastian Edathy (SPD): Haben Sie das vorliegen, den Vermerk?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, ... (akustisch unverständlich)

Sebastian Edathy (SPD): Das Anschreiben ist an Herrn Matting; das ist die Seite 1. Dann kommt die Seite 2, und da findet sich das im letzten Absatz, diese Formulierung:

Entscheidungstaktisch gesehen war der Vorschlag, mehrere Standorte parallel zu untersuchen, zunächst der kleinere Schritte. Von daher konnte man erwarten, so schneller voranzukommen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Entschuldigen Sie bitte. Die Seite 2 habe ich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist die Seite 1 des Anhangs; also, das ist die Seite 1 des Vermerkes unter „Gesichtspunkte“.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, ich - - Nein, das ist - -

(Der Zeuge blättert in ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Sebastian Edathy (SPD): Oder was ist denn Entscheidungstaktik? Das kenne ich nicht, den Begriff.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein?

Sebastian Edathy (SPD): Sie auch nicht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich kann das Wort einordnen, aber in den konkreten Kontext hinein nicht mehr.

(Zuruf der Abg. Ute Vogt (SPD))

- Da kommen wir gleich noch mal drauf.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau, dann sollte dem Zeugen aber die Möglichkeit gegeben werden, das Dokument, was ihm vorgehalten worden ist, auch tatsächlich zur Kenntnis zu nehmen und zu lesen. Wir haben alle Zeit der Welt. Das ist überhaupt gar kein Problem, wenn Sie einen Moment brauchen, um das zu lesen und sich dann dazu zu äußern.

Nein, keine - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe den Text nicht, den Sie zitieren.

Ute Vogt (SPD): Ich darf mal helfen. Wir haben ihn vorhin vorgelegt, da, wo diese Zielvorgabe, um die es ging, draufsteht.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

(Zuruf)

Ute Vogt (SPD): Nein.

(Dem Zeugen werden weitere Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen und in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Aber da unten drin der letzte Absatz - - Unter „Gesichtspunkte“ steht „entscheidungstaktisch“.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt haben Sie es?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Jetzt lassen Sie es mich lesen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Prima.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, ich kann das Wort „entscheidungstaktisch“, was ich da verwende, nicht mehr bewerten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Ziegler, wir haben ja vorhin bei den Ausführungen von Herrn Edathy gehört, dass es immer wieder die Frage gibt: Wurde tatsächlich so etwas wie Zensur ausgeübt, politische Einflussnahme genommen? Auf diesen Komplex möchte ich zurückkommen.

Würden Sie mir zustimmen, dass man unter dem Begriff „Zensur“ Maßnahmen verstehen müsste, die im Zweifelsfall mit Zwang und Gewalt durchgesetzt werden könnten, also im Wege eines Ober-/Unterordnungsverhältnisses: Ich weise an?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, tut mir leid. Ich kann da nicht zustimmen. Ich sehe Zensur viel vielschichtiger.

Marco Buschmann (FDP): Ja, okay. Aber vielleicht gehen wir es mal anders an, und zwar: Wer hatte eigentlich die Fachaufsicht über die Abteilung „Sicherheit Endlagerung“ in der PTB? Das war ja die Abteilung Herrn Professor Röthemeyers. Hatten Sie bzw. Ihr Haus die Fachaufsicht über diese Abteilung, oder lag die Fachaufsicht woanders?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Lag nicht bei uns. Sie lag nicht beim BMFT.

Marco Buschmann (FDP): Hätten Sie mithin die formale, also erst mal die rechtliche Möglichkeit gehabt, mit einer Weisung hier überhaupt vorzugehen gegen Herrn Röthemeyer? Ich rede jetzt nicht davon, ob es die gab oder den Versuch gab, sondern bestand überhaupt die Möglichkeit für Sie oder Ihr Haus, Herrn Röthemeyer bindend anzuweisen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Rechtlich nein. Das hätte über das Wirtschaftsministerium gehen müssen, weil es so nur ganz rechtlich sauber ist, unter Beteiligung des Innenministeriums.

Marco Buschmann (FDP): Das heißt, wenn Sie Zensur hätten ausüben wollen in, sagen wir es mal, einer direkten Weise durch ein Schreiben - wir unterstellen mal, das

Telex wäre als Zensur gewollt gewesen -, hätte sich Herr Professor Röthemeyer einfach auf den Standpunkt stellen können: „Das bindet mich rechtlich nicht; das ist irrelevant“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Aber ganz sicher, unabhängig davon, dass ich von Zensur - das hatte ich vorhin ausgeführt - überhaupt nicht Gebrauch machen wollte.

Marco Buschmann (FDP): Ist Ihnen eine Äußerung von Herrn Professor Röthemeyer bekannt - - Ja, ich weiß nicht, ob das öffentlich bekannt ist; wahrscheinlich nicht. Mir liegt ein Schreiben vor aus MAT A 52, Band 3, Paginierung 310, in dem Herr Professor Röthemeyer dieses Telex aus genau diesem Grunde als bedeutungslos, rechtlich bedeutungslos bezeichnet. Würden Sie diese Haltung teilen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Dann würde ich sagen: Herr Röthemeyer, schade, aber Sie haben das Recht.

Marco Buschmann (FDP): Ja, okay.

(Zuruf des Abg. Sebastian Edathy (SPD))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die SPD-Fraktion bittet jetzt darum, dass es auch vorgelegt wird. Das ist sicherlich so.

Marco Buschmann (FDP): Ja, also dann können wir das - - Wobei es um den Begriff der Bedeutungslosigkeit allein geht, aber wir legen das gerne vor. Ich habe das markiert. - Okay, dann würden wir weitermachen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Würden Sie mir zustimmen: Wenn Sie aufgrund dieser Rechtsstatsachen, die wir gerade besprochen haben, die Herrn Professor Röthemeyer offensichtlich auch bekannt waren, wie aus diesem Schreiben hervorgeht, also Zensur hätten ausüben wollen, dann wäre doch wohl der effektivste Weg gewesen, gerade nicht selber ein Telefax an Herrn Professor Röthemeyer zu richten, sondern darauf hinzuwirken, dass das Ministerium, das die Fachaufsicht ausübt, ein solches Schreiben idealerweise auch noch mit der Überschrift „Weisung“ oder Ähnliches schreiben würde, oder?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Wir geraten jetzt ins Hypothetische: Wenn ich hätte wollen. Ich muss strikt von mir weisen, dass das - - überhaupt zu keinem Zeitpunkt irgendeine Absicht von mir bestand, sondern ich wollte einen fachlichen Dialog da anstoßen, mehr nicht. Ich habe nie davon Gebrauch gemacht, von dieser Möglichkeit.

Marco Buschmann (FDP): Ja, aber wir bewegen uns ja auf einem Feld, wo Kollegen Vorgänge, die es gab - unbestreitbar: Telex -, unterschiedlich bewerten, und jetzt leuchten wir aus, was eine naheliegende und eine fernliegende Interpretation ist. Und ich bin jetzt im Bereich dessen, dass ich mir überlege: Wenn denn tatsächlich jemand hätte Zensur - das ist der Begriff, der gefallen ist - ausüben wollen, wie wäre er rational und klug vorgegangen, weil wir prinzipiell erst mal wohlwollend den Menschen - auch denen, die Böses wollten, hypothetisch - kluges und vernünftiges und effektives Vorgehen unterstellen und eine Interpretation, die dahin gelangte, dass jemand offenbar stümperhaft vorgegangen wäre, wahrscheinlich erst mal fernliegender wäre. - Das nur, damit Sie den Hintergrund verstehen. Das ist kein Misstrauen - ich unterstelle Ihnen das gar nicht -, sondern ich bin im Bereich der Ausleuchtung der Fakten, was eine naheliegende und eine fernliegende Interpretation ist.

Sie sagen also: Fachlicher Dialog; deshalb haben Sie sich direkt an Herrn Professor Röthemeyer gewandt. Übrigens: Das ist eine zweite Formulierung, die Herr Professor Röthemeyer in genau diesem Schreiben, das ich gerade eingeführt habe, verwandt hat - die ist auch dort markiert -: Der Begriff des didaktischen Hinweises. Sind Sie der Ansicht, dass der Begriff, den Herr Professor Röthemeyer verwendet, dass er einen didaktischen Hinweis bekommen hat, sich gut verträgt - offene Frage - mit Ihrem Ansinnen, einen fachlichen Dialog führen zu wollen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich sehe daraus belegend oder so was, in dem „didaktischen“.

Marco Buschmann (FDP): Ach so, Sie wären sogar noch zurückhaltender?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Marco Buschmann (FDP): Ist Ihnen in irgendeiner Weise bekannt geworden - direkt oder indirekt -, dass - ja, wie soll ich sagen? - entgegen dem, was Herr Professor Röthemeyer ja wirklich dort ausdrücklich schreibt - auch da könnte man ja immer unterstellen, weil dieses Schreiben ja Jahre später entstanden ist -, er sich zum damaligen Zeitpunkt in irgendeiner Form geäußert hat, dass er das als - ich sage es jetzt mal untechnisch - unsittliches Anliegen von Ihrer Seite betrachtet hätte? Ist man an Sie herangetreten? Ist man an Ihre Mitarbeiter herangetreten?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, ist mir nicht in Erinnerung, dass es da Gegenreaktionen gab der angedeuteten Art.

Marco Buschmann (FDP): Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Die Linke.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Dr. Ziegler, Sie waren ja ab 1975 schon Referatsleiter unter BMFT Matthöfer und da zuständig für nichtnukleare Energieforschung und Technologie, kannten sich also auf dem Energiesektor in Deutschland und was man finden kann unter der Erde besonders gut aus. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Vollkommen richtig. Seit 73 zuständig dafür, seit 73.

Johanna Voß (DIE LINKE): Seit 73 sogar?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: 73 bis 79.

Johanna Voß (DIE LINKE): Dann habe ich hier eine MAT A 4/3. Ist das jetzt das Richtige? - Nein, das ist nicht das Richtige. Ich habe eine andere MAT; das ist viel schöner. Ich habe einen Bericht. Das ist MAT A 83, Band 8, die Seiten 154 bis 157. Da fand am 11.03.77 im BMFT eine Besprechung statt. An der hat auch Herr Venzlaff als Gast teilgenommen. Da ging es darum, die beiden Standorte Wahn und Gorleben miteinander zu vergleichen.

Ihnen muss doch aber aus Ihrer Zeit vorher als Experte im Ministerium schon be-

kannt gewesen sein, dass unter dem Gorlebener Salzstock auch Gasvorkommen sind. Schließlich war ja schon eine Konzession vergeben worden, dort Gas zu fördern.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das konnte mir aufgrund der Aufgaben, die wir hatten im Forschungsministerium, nicht bekannt sein. Das ist eher eine Frage, ob das Wirtschaftsministerium davon wusste oder wer. Im Forschungsministerium konnte solch eine Information nicht bekannt sein. Wir haben - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Diese Information, muss ich mal sagen, müsste nach dieser Besprechung, wo ja Ihr Haus eingeladen hat, auch deutlich geworden sein, weil hier wird zum Beispiel einmal ganz deutlich, dass der Salzstock Gorleben über die Elbe hinweggeht und auch auf der anderen Seite ist.

Zu beachten ist - -

Ich zitiere aus diesem Material; das ist ein Vermerk über die Besprechung beim BMFT am 11.03.77. Hier finde ich:

Zu beachten ist, dass die DDR gegenüber Salzstock Gorleben Erdgas gesucht hat und auch wohl gefunden hat. Erdgas ist auch auf der Seite der Bundesrepublik anzutreffen.

Dieses Wissen war da, und wie - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das hat aber mit Forschung nichts zu tun. Deswegen konnte ich das nicht wissen, und es wäre auch ganz ungebührlich gewesen, wenn ich bei dem Gespräch, das Sie zitieren - 77 - als Referatsleiter für nichtnukleare Energieforschung, Kohleforschung, Wind etc., -

Johanna Voß (DIE LINKE): Ach so.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: - dazugekommen wäre. Ich wusste auch von diesem Gespräch nichts. Der Sachverhalt, den Sie schildern, ist mir erst viel, viel später dann im Zuge der Verantwortung für Gorleben bekannt geworden.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. - Hier sind weitere Sachverhalte zu dem Salzstock Gorleben, die damals bekannt waren, angeführt worden, zum Beispiel auch:

Jedoch ist Salzstock Gorleben nicht mehr völlig unverritz.

Sie haben eben auch gesagt, dass Sie meinen, in Gorleben einen völlig unverritzten Salzstock angetroffen zu haben.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich kann nicht beurteilen, wer diese Aussage vor welchem Hintergrund gemacht hat.

Johanna Voß (DIE LINKE): Noch mal weiter:

Der Salzstock Wustrow

- der ja in der Verlängerung zum Salzstock Gorleben sozusagen gehört -

enthält Carnallitschichten von 200 m Mächtigkeit, die sich gegebenenfalls im Salzstock Gorleben fortsetzen. Carnallit muss unbedingt gemieden werden, hygroskopisch und temperaturgefährdet bei HAW. Das Zechsteinsalz reicht bis 2600/2800 m Tiefe. Daher hängen alle Salzstöcke zusammen. Zwischen Salzstock Gorleben und nächstem Salzstock in der DDR ist eine Sattelverbindung zu erwarten, die von der Elbe überquert wird.

Also, es muss sichergestellt sein, dass irgendwelche Vorgänge im DDR-Salzstock sich nicht auf den Salzstock Gorleben auswirken.

Nun ist ja in der Folge Carnallit auch gefunden worden, und dann sollte aber auch das keine Rolle mehr spielen für eine Sicherheitsbewertung?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist ein rein geologischer Sachverhalt jetzt hier, und da bin ich nicht gerade der Stärkste. Aber ich weiß und erinnere mich, dass dieses Kaliumsalz, was Kristallwasser gebunden hat, zu vermeiden ist für wärmeentwickelnde Abfälle, weil es sich dann ins eigene Kristallwasser verflüssigen kann. Das weiß ich, und das spielt auch eine Rolle. Ich kann mich aber nur darauf stützen, was dann die Vorbohrungen etc. bis zu meinem Ausscheiden aus dieser Verantwortung hier ergaben, dass der Salzstock Gorleben einen Aufbau wie übliche Salzstöcke hat. Diese Carnallititschichten können sehr schmal sein und können auch etwas mächtiger sein. Das musste die untertägige Erkundung klären. Das konnte man nur von innen feststellen. So habe ich es in Erinnerung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, dann möchte ich Sie noch etwas anderes fragen. Der Bericht von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, dieser Zwischenbericht, über den wir hier die ganze Zeit reden, der wurde in Ihrem Hause beauftragt. Herr Ollig hat den Auftrag gegeben, einen Bericht zu erstellen. Das ist richtig?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die ganzen Voruntersuchungen wurden von unserem Haus beauftragt, einschließlich des Berichtes, ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Na ja. Also Sie - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also Voruntersuchung bis zu diesem Entscheidungspunkt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Sie sehen keinen Interessenkonflikt darin, dass die auftraggebende Behörde gleichzeitig die Ergebnisse von diesen wichtigen Zwischenergebnissen mitbestimmen will, wie das in dem Fax deutlich geworden ist, MAT A 4/3?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, dieses Junktim war ja nicht ganz gegeben. Die Endentscheidung und die Federführung für die Beurteilung lagen letztlich beim Bundesinnenminister in Verbindung mit der Reaktor-Sicherheitskommission. Aus dem Grund, um da zwei Entscheidungsstränge zu haben, war auch die Forschungsaufgabe, in die die Standorterkundung etwas großzügig, was Forschung ist, eingeordnet blieb, beim Forschungsministerium geblieben. Und unabhängig von dem, was ich mit diesem Fax steuernd wollte oder erreicht habe und nicht erreicht habe, hatten federführend andere Ressorts die entscheidende Aussage zu machen. Meine Aussage war ein Beitrag zur Meinungsbildung, wie ich es heute mehrfach ausgesagt habe, aber nicht die entscheidende.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das sehe ich jetzt anders, weil hiermit ja ganz entscheidend auf den Charakter des Zwischenberichts Einfluss genommen worden ist. Es sollten ja kritische Anmerkungen weiter vom Zentrum des Berichts weggerückt werden, und es sollte ja die Aussage, mehrere Standorte zu erkunden, auch wegfallen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich versuchte das schon zu schildern.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ist das nicht eine ganz entscheidende Einflussnahme?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.³² Ich versuchte das schon zu schildern: Was war der Auftrag? Das war, die Höflichkeitsaussage zu machen, und diese Aussage stand nun da. Und dann kann man nicht davor, wenn die Aussage so ist, soundso viele Einschränkungen dazunehmen, es sei denn, man sagt, die Höflichkeit ist nicht da, und das war eben gedanklich nicht durchgearbeitet an der Stelle. So sehe ich das Fax vom 13. Mai.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Ziegler, Sie erinnern sich, dass wir aufgehört haben - aber ich versuche es schon noch mal ins Gedächtnis zu rufen - bei der unterschiedlichen, also nach unserer Meinung deutlich unterschiedlichen Bewertung der Eignungshöflichkeit Gorlebens oder der Zweifel zwischen der öffentlichen Veranstaltung in Lüchow im Mai 1981 und dann der kurze Zeit später folgenden Pressemitteilung der beiden Ministerien. Da ging es ja darum: Wie ist denn dieser Sinneswandel, den wir schärfer gesehen haben als Sie in Ihrer Bewertung, zustande gekommen? Ich hatte thematisiert als mögliche Ursache die Tagung des Ausschusses „Endlagerung“ der Reaktor-Sicherheitskommission und des Sachverständigenkreises Endlagerung. Sie hatten gesagt, Sie können sich als Sachverständiger erinnern an Professor Merz, und an Klaus Kühn, da hatten Sie wenig Erinnerung. Da waren wir stehengeblieben, als dann die Zeit abgelaufen war zu Fragen und Antworten.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: An diese Namen kann ich mich erinnern, ja, und an Herrn Merz noch sehr persönlich, ja, und an Herrn Kühn auch.

³² Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ja.“, Anlage 1

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie erinnern sich auch, dass Klaus Kühn - später Professor Kühn -, Sachverständiger des BMFT in Endlagerfragen war und 1980 die Eignungskriterien erstellt hat, auf deren Grundlage Sie arbeiten im BMFT?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: 1980 Eignungskriterien? An den Vorgang kann ich mich jetzt nicht entsinnen, dass er die allein erstellt hat und wie die weiter beraten worden sind. Das ist die Frage dann an der Stelle.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Klaus Kühn hat 1980 den Entwurf erstellt fürs BMFT für die Eignungskriterien, auf deren Grundlage die ganze Gorleben-Diskussion geführt wurde.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Gorleben oder Asse? Das ist jetzt meine Frage, weil ich den Vorgang nicht mehr im Kopf habe.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme gleich zu der Frage Asse.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber zur Gorleben-Diskussion. Das war jetzt die Frage, weil er war ja offizieller Sachverständiger der BMFT, und deswegen war meine Frage, inwieweit Sie sich an die Rolle von Klaus Kühn da erinnern.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: An die Rolle in Verbindung mit Kriterienerstellung erinnere ich mich nicht, und zu Kriterien hatte ich schon im größeren Kontext gesagt, wie die entstanden sind, genutzt worden sind und dergleichen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie uns ja vorhin in Ihrem Einleitungsstatement aus diesem Artikel in den *Energiewirtschaftlichen Tagesfragen* den Passus zitiert, ganz, zum Status Gorleben. Das ist ja aus einem längeren Artikel zur Realisierung der geologischen Endlagerung radioaktiver Abfälle. Das ist von Professor Merz erstellt. Sie haben uns die Gorleben-Passage daraus vorgelesen - es bezog sich aber natürlich auch auf die Asse

und auf Schacht Konrad - und haben Professor Merz' Statement zu den Problemen oder zur Bewertung der Probleme in Gorleben vorgetragen, die eine Reaktion waren auf das, was Professor Duphorn an kritischer Analyse vorgetragen hat, die ja die Eignung Gorlebens nach Meinung auch der Reaktor-Sicherheitskommission massiv in Zweifel stellten.

Jetzt habe ich gerade noch mal nachgesehen: Professor Merz ist Physiker - er hat am Institut für Chemische Technologie gelehrt -, kein Geologe. Sie selbst sind auch kein Geologe, haben aber die geologische Bewertung herangezogen. In der ganzen Literaturangabe für diesen Text habe ich einen einzigen gefunden, der eigentlich relevant sein könnte für die Aussagen zu Gorleben, weil alle anderen zitierten Texte beziehen sich auf die Asse oder Schacht Konrad. Dieser Einzige ist Klaus Kühn, *Atomwirtschaft* 21. Herr Merz ist bekanntlich kein Geologe. Liegt die Vermutung da nicht nahe, dass im Wesentlichen hier die Argumente von Klaus Kühn übernommen worden sind, da man ja kaum annehmen kann, dass Herr Merz, selbst wenn er sich fachlich einarbeitet, so ein geologisch fundiertes Statement abgeben kann?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, das kann nicht angenommen werden, weder für mich noch für Herrn Merz, sondern ein Wissenschaftler ist schon in der Lage, eine Summe von wissenschaftlich begründeten, vorgetragenen Argumenten zusammenfassend zur Schau zu bringen und das, was im Dialog entstanden ist an bewertenden Aussagen, so zusammenfassen, wie es Herr Merz getan hat. Für ihn kann ich das unterstellen. Für mich kann ich das behaupten, dass ich das so machen würde.

Ich musste mich als Physiker in viele Sachverhalte einarbeiten. Das gilt auch für Forschung und Entwicklung. Da muss man auch verstehen, worum es geht, bevor man Geld dafür gibt, das das Parlament bewilligt hat.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war jetzt eine für uns neue Information. Das nehmen wir jetzt erst mal so hin. Aber wir wissen alle, dass der Kontext natürlich die Auseinandersetzung um das im April 81 erschienene Gutachten von Professor Duphorn war, der die massiven Zweifel hatte, und dann deutliche, auch wissen-

schaftliche und wissenschaftlich verbrämte Aktivitäten entfaltet wurden, Duphorns Meinung zu entkräften. In dem Zusammenhang habe ich diese Frage gestellt, und das wäre jetzt auch meine Frage an Sie gewesen: Reicht das aus? Reicht diese Bewertung, die Sie da zitiert haben, aus, um die wissenschaftliche Argumentation und die Bewertung der Untersuchungsergebnisse Professor Duphorns wirklich in Zweifel zu ziehen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Meine eigene Bewertung reicht nicht aus, vom fachlichen Background, den Sie hinterfragen nicht, sondern die Bewertung stützt sich ganz auf andere fachkundige Bewertungen dessen, was Herr Duphorn gemacht hat. Das hatten wir heute auch schon mal besprochen, oder es ist zitiert worden - es ist zitiert worden; ich konnte es nicht vortragen -, wie die BGR denn die Aussagen von Herrn Duphorn wissenschaftlich einordnet, und diese Gewichtung spielt dann in solchen zusammenfassenden Stellungnahmen und Berichten eine Rolle.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Das schließe ich jetzt erst mal ab.

Dann würde ich jetzt auch mal ins Jahr 1983 springen wollen zu dem vielzitierten und vieldiskutierten Zwischenbericht der PTB und dem Austausch darüber zwischen dem Ministerium und der PTB. Da gibt es ja jetzt dieses auch schon mehrfach zitierte Fax aus Ihrem Büro zumindest -, am 13.05.83 abgeschickt an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt. Die MAT-Nummer hatten wir, glaube ich, schon mehrfach zitiert. Ich kann sie aber noch mal wiederholen: MAT A 52, Band 4, Paginierung 000023.

Da kann man sich an verschiedenen Punkten festmachen, aber für mich besonders interessant ist der allerletzte Absatz, wo Sie schreiben - Sie haben das ja unterzeichnet -:

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die vorgeschlagene Gliederung übernehmen könnten. Im Übrigen bitte ich, den vermutlich hypothetischen Störfall des Wasser- und Laugenzutritts über dem Hauptanhydrit, der an mehreren Stellen die am 11.05.1983 diskutierte Zusammenfassung und Bewertung bestimmt, etwas weiter vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken.

Da wäre jetzt meine erste Frage: Was war der Grund für diesen Hinweis, diese Bitte, diesen Bestandteil einer Weisung, je nachdem, wie man es interpretiert?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das war der Kontext, mit der untertägigen Erkundung beginnen zu können oder nicht, und das, was da angesprochen ist, konnte zu diesem Zeitpunkt fachlich gar nicht gut genug, validiert genug bewertet werden, weil dafür die Erkenntnisse nicht vorlagen. Es ging darum, die untertägige Erkundung einzuleiten und dafür eine Aussage zu machen, ob das noch vertretbar ist oder nicht, und nicht mehr. Das ist der Grund für die Verschiebung der Gewichte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da möchte ich nachher noch weiterfragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, das wäre nämlich jetzt meine Frage gewesen. Wir sind jetzt am Ende der zweiten Berliner Runde und würden jetzt unsere Pause machen von 14 bis 15 Uhr.

Ich weise darauf hin, dass unser Zeuge Herr Dr. Hirsch seit 12 Uhr auf seine Befragung wartet und dass Herr Reinhold Ollig ab 15 Uhr dann auch zur Verfügung stehen wird. Ich entnehme aber Ihren Worten, dass eine weitere Befragung von Herrn Dr. Ziegler gewünscht wird. Jedenfalls die Grünen signalisieren das.

(Sebastian Edathy (SPD): Wir auch!)

- Die SPD signalisiert das, und dann schauen wir mal weiter. Bei der Koalition sehe ich im Moment so ein bisschen Zurückhaltung, aber das kann ich dann ja gleich noch mal erfragen.

Dann möchten wir Sie bitten, Herr Dr. Ziegler, tatsächlich ab 15 Uhr noch mal zur Verfügung zu stehen. Aber bis dahin gibt es erst mal eine kurze Verschnaufpause. - Herzlichen Dank.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Bitte schön.

(Unterbrechung von
13.57 bis 15.07 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne unsere unterbrochene Sitzung und fahre fort mit einer dritten Berliner Runde zur Befragung des Zeugen Herrn Dr. Ziegler. Ich gebe das Wort an die CDU/CSU-Fraktion. Gibt es da weitere Fragen? - Keine weiteren Fragen. Dann geht das Wort jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Ziegler, ich habe noch mal eine Frage in Bezug auf ein Schreiben, das der Herr Bundesminister a. D. Hauff verfasst hat. Es geht um - für das Protokoll - MAT A 52, Band 5. Da ist eine Anlage eines Schreibens dabei von Volker Hauff, der im September 2009 sich ans Bundesministerium wendet, ans Bundeskanzleramt sogar, an den damaligen Chef des Bundeskanzleramts Thomas de Maizière. Der Bundesminister Volker Hauff schreibt dann dem Chef des BK:

Sehr geehrter Herr Bundesminister,
...

vor zwei Tagen erhielt ich von einem Journalisten folgende Anfrage:

Und dann ist in Anführungszeichen:

„Ein Herr Dr. Alois Ziegler, der in Ihrer Amtszeit im BMFT für Atomares zuständig war, sagt heute, auch Sie und die SPD-Spitze hätten Anfang der 80er-Jahre auf eine Alleinerkundung von Gorleben gesetzt, um einen zweiten Unruheherd zu vermeiden. Stimmt das mit Ihrer Erinnerung überein?“

Das hat ein Journalist den Herrn Dr. Hauff gefragt.

Er schreibt dann weiter:

Ich habe diese Anfrage folgendermaßen beantwortet:

- sagt Hauff -

„Ich kann die Behauptungen in Ihrer SMS nicht bestätigen.“

Also, das war jetzt der Dialog zwischen dem Journalisten und dem Dr. Hauff.

Sie bleiben trotzdem bei Ihrer vorhin gemachten Aussage, dass das Thema alternative Standorte kein Thema mehr war?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, in vollem Umfang, so, wie ich es geschildert habe.

Ute Vogt (SPD): Was heißt „vollem Umfang“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Vollem Umfang - - Wir waren ja mehrfach bei diesem Thema. „In vollem Umfang“ heißt, dass ich sowohl erläutert habe, was 1979 durch Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern festgelegt worden ist und dass damit Gorleben für die Erkundung entschieden war als Endlager und dass die Entscheidung für Gorleben schon 77 durch die Landesregierung gefallen ist, die Bundesregierung dazu Stellung nahm und das dann akzeptiert hat. Das ist ja alles vorausgegangen, und vor dem Hintergrund bitte ich meine Bemerkung einem Journalisten, der wieder zitiert wird und ... (akustisch unverständlich) zu verstehen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, obwohl Herr Dr. Hauff sagt, dass er die Behauptung nicht bestätigen kann, bleiben Sie bei Ihrer Aussage, dass der Minister und die SPD-Spitze Anfang der 80er auf eine Alleinerkundung von Gorleben gesetzt haben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: In der Formulierung kann ich es nicht bestätigen, sondern die Bundesregierung hat auf diese Alleinerkundung gesetzt, mit den Ländern zusammen.

Ute Vogt (SPD): Gut. Ich wollte noch mal fragen, weil Sie vorhin so ausdrücklich ausgeschlossen haben, dass eine alternative Standorterkundung - ich meine, wenn ich „alternativ“ sage, eine zeitgleiche Standorterkundung verschiedener Standorte - mit dem Ziel, den bestmöglichen von diesen zu finden - - Sie haben vorhin gesagt, das halten Sie für falsch, unsinnig, zu langwierig. Wie beurteilen Sie dann das, was die Schweiz macht, die ja heute so ein Verfahren durchführt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich weiß nicht, was die Schweiz heute macht. Damals hat sie Forschungen im Granitblock gemacht, inwieweit Einwirkungen der verschiedensten Art dort zu welchem Ergebnis führen, um ein sicherheitsmäßiges Urteil fassen zu können.

Was heute die Schweiz macht, weiß ich leider nicht.

Ute Vogt (SPD): Na, heute gibt es da ein alternatives Suchverfahren, gerade aus der Erkenntnis heraus, dass es eben sinnvoll ist, wenn man das Beste sucht, wenigstens Verschiedenes anzuschauen.

Ich habe aber noch mal eine andere Frage. Die betrifft einen Vorfall im Jahr -- Moment. Es geht um eine Pressemeldung, die vom Atomforum veröffentlicht worden ist, aus dem Jahre -- Ich suche jetzt gerade die Jahreszahl. Also im August 82. In dieser Pressemeldung vom Deutschen Atomforum -- Jetzt habe ich es. Also: MAT A 139, Band 30. Das ist eine Pressemeldung vom 3. August 1982. Das Deutsche Atomforum veröffentlicht dabei eine Pressemitteilung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und gleichzeitig eine Stellungnahme zu den Ausführungen von Professor Duphorn. Diese Stellungnahme, die das Atomforum als Pressemitteilung veröffentlicht, stammte von dem Ihnen damals untergeordneten Herrn Ollig. Ist Ihnen dieser Vorgang erinnerlich?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, ganz und gar nicht.

Ute Vogt (SPD): Sie erinnern sich nicht daran, dass einer Ihrer Mitarbeiter einen Vermerk geschrieben hat, der dann, auf welchem Weg auch immer, zum Deutschen Atomforum gelangte und von dort als Pressemeldung verteilt wurde?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich erinnere mich nicht.

Ute Vogt (SPD): Es ist, darf ich sagen, -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich kann mich nicht erinnern.

Ute Vogt (SPD): - bemerkenswert - die Bemerkung sei mir erlaubt -, dass Sie beim Stichwort Dr. Hirsch einen ganzen Wasserfall voller Detaillierungen hervorbringen, und bei einem doch gravierenden Vorgang wie diesem -- Würden Sie es als normal bezeichnen, dass Vermerke des Hauses in der Presse auftauchen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das eine ist Alltag --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Kollegin Vogt, Bewertungen hat der Zeuge hier nicht vorzunehmen, sondern der Zeuge hat --

Ute Vogt (SPD): Dann frage ich anders: Ist es im Alltag eines Ministeriums durchaus üblich, dass auch Vermerke, die intern gemacht werden, in der Presse veröffentlicht werden?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist ganz und gar nicht üblich. Nach meiner Erinnerung ist das nicht üblich.

Ute Vogt (SPD): Und Sie können sich aber nicht erinnern daran, dass das trotzdem passiert ist?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, leider nicht. Ob das das Pressereferat veranlasst hat -- Pressekontakt war uns als Fachreferenten sowieso nicht gestattet. Den haben wir auch nicht gepflegt.

Ute Vogt (SPD): Okay. Ich habe keine weiteren Fragen. - Herr Edathy.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist insofern interessant, Herr Dr. Ziegler, weil der Originalvermerk, der allerdings ohne Kennung des Autors dann vom Atomforum veröffentlicht worden ist, vom 01.02.83 - das ist MAT A 99, Band 17 -- Dieser Originalvermerk --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, Herr Edathy, würden Sie die Seiten auch mit benennen? Die FDP-Fraktion bat darum.

Sebastian Edathy (SPD): Seiten 35 bis 37. - Der Originalvermerk ist von Ihnen. Bearbeitet von Herrn Ollig, aber gezeichnet von Dr. Ziegler.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Würden Sie es vorlegen wollen?

Sebastian Edathy (SPD): Ja, ich weiß nicht. Haben wir da eine Extrakopie? Sonst muss man das eben kopieren lassen? - Gut, wird gereicht. Dann würde ich bitten, kurz die

Zeit anzuhalten, dass der Zeuge sich das anschauen kann.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Sebastian Edathy (SPD): Ich muss mich an der Stelle korrigieren. Ich sehe gerade, das ist ein - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ah ja, jetzt kommt also noch ein Vorhalt. Der gleiche, aber anders?

(Dem Zeugen werden weitere Unterlagen vorgelegt)

Sebastian Edathy (SPD): Also, es ist ein Vermerk vom 1. Februar 1983, gezeichnet von Ihnen, in dem Sie Bezug nehmen auf die Veröffentlichung des Atomforums. Das ist die Seite 2. Da schreiben Sie unter anderem:

Am 03.08.82 wurde vom Deutschen Atomforum ein BMFT-interner Vermerk gegen die Thesen von Professor Duphorn ohne Rücksprache mit BMFT publiziert.

Wie kann das denn überhaupt zustande kommen, dass das Deutsche Atomforum einen BMFT-internen Vermerk in die Hände bekommt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das weiß ich nicht. Ich sagte schon, dass wir als Fachreferenten keinerlei Erlaubnis hatten, mit Presseferenten und anderen Stellen außerhalb interne Vermerke nach draußen zu geben. Ich habe aber sehr wohl in Erinnerung, dass das Pressereferat solche Weitergaben gefälligkeitshalber gelegentlich praktiziert hat. Nur so kann ich es mir erklären. Aber das ist eine Erklärung. Es ist keine Erinnerung an den tatsächlichen Vorgang.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, ich meine, das ist ja offenbar nicht bei der Presse gelandet, sondern beim Atomforum.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich verstand die Frage - entschuldigen Sie - so, wie es dahin gekommen ist, das Papier, das interne. Wieso ist ein interner Vermerk beim Atomforum gelandet?

Sebastian Edathy (SPD): Genau.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Und das versuchte ich, einzuschätzen aus meiner Erinnerung, aber nicht von mir direkt.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Dann will ich kurz folgenden Vorhalt machen, weil der Kollege Buschmann darauf Bezug genommen hat, ob denn das, was da am 11.05.83 in Hannover seitens der Regierungsvertreter erklärt worden ist, als Weisung hätte verstanden werden können. Ich zitiere aus der Aussage von Professor Dr. Röthemeyer hier im Untersuchungsausschuss. Das ist die 10. Sitzung, 1. Juli 2010, gewesen, Seite 6 im entsprechenden Protokoll. Da führt also Herr Dr. Röthemeyer aus - ich zitiere -:

Ich möchte jetzt hier eine lange Streitfrage ganz kurz dazwischenschieben. Ob es sich bei dem Gespräch mit den Ressorts am 11.05.83 um eine Weisung oder nur um eine Bitte oder Empfehlung - diese ganzen Begriffe habe ich aus dem Internet - gehandelt hat, mögen die Juristen entscheiden. Für die heutige Situation ist dies wirklich völlig irrelevant. Ich persönlich habe die Forderung aber als Weisung verstanden ...

Können Sie diese Positionierung von Herrn Professor Röthemeyer nachvollziehen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht mehr, nachdem ich den Brief, der vorhin schon ausgereicht wurde, gelesen habe, den Herr Röthemeyer 2009 oder wann geschrieben hat, wo er sagte, sie war unerheblich und bedeutungslos.

Sebastian Edathy (SPD): Er hat es als Weisung verstanden, hat er aber hier im Ausschuss erklärt.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, das ist doch seine Sicht. Das kann ich nicht bestätigen und nicht widersprechen.

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf dann zitieren aus unserer 12. Sitzung vom 8. Juli 2010. Da haben wir Herrn Dr. August Hanning hier als Zeugen zu Gast gehabt. Das ist Seite 74 im Protokoll, wo das auch eine Rolle gespielt hat. Da habe ich - ich darf mich mal selber zitieren - gegenüber Herrn Dr. Hanning gesagt:

Herr Röthemeyer hat uns letzte Woche hier im Ausschuss gesagt, er hätte das als Weisung empfunden ...

Daraufhin Zeuge Dr. August Hanning:

Ja, und? Gegen Weisungen kann man sich doch wehren, Herr Abgeordneter.

Das heißt, Herr Hanning hat nicht in Abrede gestellt, dass es sich um eine Weisung gehandelt haben könnte. Wollen Sie das bewerten? - Nein. Gut.

Dann darf ich folgenden Vorhalt machen: Sie haben vorhin sich geäußert auf Fragen aus der Linksfraktion zum Thema Gasvorkommen, damit hätten Sie sich gar nicht beschäftigt in Ihrem Hause, damals im Ministerium. Das ist richtig? - Also ob es keine Rolle - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: 77. Es war 77 im Kontext nichtnukleare Energieforschung.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Haben Sie sich denn Ihrer Erinnerung nach Anfang der 80er-Jahre beschäftigt mit dem Thema Deckgebirge, was ja auch eine gewisse Rolle in der öffentlichen Debatte gespielt hat?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Themenbezogen ganz erheblich, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich noch erinnern, welche Position Sie bezogen haben zur Durchlässigkeit oder Undurchlässigkeit des Deckgebirges?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht in dieser Allgemeinheit. Es waren immer einzelne Fakten, die zusammengetragen wurden, bewertet wurden. Hydrogeologie war zu untersuchen.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich erinnern, dass das Deckgebirge nach Ihrer Darstellung damals und nach Ihrer Auffassung keinen wirksamen Schutz geboten hat?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: An Äußerungen dieser Art kann ich mich nicht entsinnen. Das, was ich vorhin zu der Rinne und Ähnlichem vorgetragen habe, war damals - das ist aber etwas später dann - die Kenntnis. Sie haben sich auf 80 jetzt bezogen. Da wuchs ich ja erst in dieses Thema hinein. Ich hatte

es erst seit Oktober 79. Da habe ich sicherlich nicht alle Fakten zusammengehabt.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, aber dass das Thema Zustand des Deckgebirges eine Rolle gespielt hat: Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ganz gewiss; denn es sind ja Studien - die versuchte ich schon mal zu umschreiben heute - in Auftrag gegeben worden, um zu sehen, wie der Pfad, wenn denn Auslaufen³³ passiert - - Da spielt das Deckgebirge am Ende dann schon eine Rolle.

Sebastian Edathy (SPD): Es war also durchaus ein relevanter Aspekt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Deckgebirge ist ein relevanter Aspekt, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Wie ist denn Ihre Position gewesen zum Thema Deckgebirge?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Was meinen Sie mit „Position“? Das kann ich jetzt nicht einschätzen.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich erinnern, welche Position Sie selber vertreten haben zum Thema Durchlässigkeit, Nichtdurchlässigkeit des Deckgebirges?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die eines Forschenden, eines Forschungsbeauftragten, eines Forschungsverantwortlichen: Genau untersuchen und sehen, was es leisten kann.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist nicht richtig, Herr Dr. Ziegler. Ich darf Ihnen folgenden Vorhalt machen. Das ist MAT A 99, Band 13, Seite 207. Das ist der Vorhalt von vorhin, Ihr Brief, Dr. Ziegler, an Herrn Dr. Matting, Bundesinnenministerium. Da findet sich auf der Seite 2 - - Vielleicht kann man das auch noch mal vorlegen. Er hat es aber, glaube ich, vorliegen; das hat er ja vorhin bekommen. Da schreiben Sie selber Folgendes:

³³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Auslaufen“, setze „Auslaugen“, Anlage 1

Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben

Das Deckgebirge ist auf Dauer nicht in der Lage, evtl. darin eingedrungene kontaminierte Laugen zurückzuhalten. Dies war auch nie vom Deckgebirge verlangt worden, da das Endlager nicht über dem Salzstock angelegt wird. Der Salzstock ist die eigentliche langfristig wirksame Barriere.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Vollkommen richtig, damals und heute.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, die Frage der Durchlässigkeit des Deckgebirges haben Sie eindeutig positiv beantwortet damals?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, das heißt das nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Wie ist das denn zu verstehen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Da steht ja nicht, dass das Deckgebirge durchlässig ist oder nicht durchlässig. Das ist da nicht beantwortet und nicht behauptet, sondern ich habe gesagt: Wir wollten wissen, was das Deckgebirge leisten kann zusätzlich zu den anderen Barrieren, die davor sind.

Sebastian Edathy (SPD): Ich habe leider die Fragezeit ausgeschöpft. Ich werde daran noch mal anknüpfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, das Fragerecht ist jetzt im Moment bei der FDP-Fraktion. Herr Buschmann, Sie wollten noch einen kurzen Nachtrag machen.

Marco Buschmann (FDP): Danke. - Ich bin ja noch den Beleg des Zitats schuldig, und zwar des Zeugen von Osten. Der Zeuge von Osten hat in der Sitzung vom 08.07.2010 ausweislich Seite 95 des Protokolls wörtlich erklärt:

Ich kann dazu nur folgenden Satz sagen: Herr Duphorn hatte ein schwieriges Leben in dieser Zeit.

Das war die Aussage, auf die ich mich bezogen hatte. Das ist - jetzt für Sie, Herr

Dr. Ziegler - aus formalen Gründen erforderlich, dass ich das hier noch mal erwähne.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank.

Marco Buschmann (FDP): Zweitens. Herr Edathy hat sich vorhin bezogen auf die Unterredung. Ich hatte mich mit dem Zeugen Dr. Ziegler, was die Weisung angeht, ausschließlich über das Telex unterhalten. Deshalb könnte ja möglicherweise ein Widerspruch in der Wahrnehmung auftauchen, der jedenfalls nicht zu dem existiert, worüber wir uns vorhin unterhalten haben. - Weitere Fragen habe ich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön, Herr Buschmann. Die FDP-Fraktion hat insgesamt keine weiteren Fragen? - Prima. Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linke. - Auch keine weiteren Fragen. Dann geht das Fragerecht an Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, wir haben eine Frage. - Ich möchte noch einmal anknüpfen an den Vorhalt des Kollegen Edathy, der sich ja gewundert hat, wie Vermerke aus dem BMFT ans Deutsche Atomforum gelangen, und Sie selber - für mich nachvollziehbar - gesagt haben: „Kann ich mir nicht erklären“, und Sie haben auch selbst damit nichts zu tun gehabt. Ich wollte von Ihnen nur wissen: Ist Ihnen bekannt, dass Ihr Vorgesetzter Herr Popp Mitglied im Deutschen Atomforum war?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ist mir nicht bekannt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber er war es.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß doch jeder!)

- Ja. Gut, das war noch als Nachlese dazu. Jetzt bin ich natürlich - - Ja, bitte.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Es kommt darauf an, wann er das war. Herr Popp wurde später Vorstandsvorsitzender vom Kernforschungszentrum Karlsruhe, und in der Eigenschaft machte es Sinn, wenn er Mitglied im Deutschen Atomforum ist. Ob er das war, als er mein Vorgesetzter war, weiß ich nicht.

Deswegen rate ich, zu unterscheiden, von wann bis wann er Mitglied war.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach unserer Kenntnis war er schon vor dieser Funktion darin, aber wir werden das gerne auch noch mal überprüfen. Wir haben die Listen angefordert.

Jetzt bin ich natürlich in der Pflicht, da, wo wir vorhin aufgehört haben, noch eine Nachfrage zu stellen. Sie erinnern sich an unsere Diskussion über die Weisung oder Nichtweisung anlässlich des Zwischenberichts der PTB und des entsprechenden Treffens. Ich hatte nachgefragt - wie andere auch - zu diesem Fax aus Ihrem Büro, und ich hatte Sie ja auch schon nach der letzten Formulierung gefragt, wo Sie darum bitten, den Störfall - vermutlich hypothetisch - des Wasser- und Laugenzutritts über den Hauptanhydrit etwas - Punkt, Punkt, Punkt - vom Zentrum der Betrachtung wegzurücken. Da haben Sie auf meine Nachfrage geantwortet, dass Sie das deswegen aus dem Zentrum der Betrachtung gerückt haben, weil da noch nicht genügend Erkenntnisse über diese Problematik vorgelegen haben.

Da habe ich jetzt an Sie die Frage: Was ist Ihnen denn bekannt darüber, dass im Versuchs- und praktischen atomaren Endlager Asse zu der Zeit bekannt geworden ist - 1979 - eine kritische Standsicherheitsstudie der BGR, und ein Jahr später, 1980, ein Ersaufszszenario - das ist ein Fachbegriff - der GSF, das da vorgelegt worden ist, die aber von den niedersächsischen Bergbehörden als so unzureichend betrachtet worden sind, dass sie keine Genehmigung für die Asse erteilen wollten? Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Darf ich die letzte Formulierung noch mal hören: „als so unzureichend betrachtet worden“. Da habe ich Sie logisch nicht mehr ganz verstanden.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte die BGR-Studie zur Standsicherheit 1979 angesprochen und dann eine GSF-Studie 1980, die sie vorgelegt haben, eine Studie für ein Ersaufszszenario. Das ist ein bergmännischer Fachbegriff. Und dieses Ersaufszszenario wurde von den niedersächsischen Bergbehörden als unzureichend betrachtet, und deswegen hat es keine weitere Genehmigung für die Asse aus Niedersachsen gegeben. Ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Heute weiß ich es nicht mehr. Ich nehme an, dass mir das damals bekannt war. Das darf ich annehmen, denn die Finanzierung der Untersuchungen in Asse lag auch in der Verantwortung meines Referats.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben genau, weil mir das auch bekannt ist, dass Sie auch dafür zuständig waren, frage ich natürlich: Gibt es nicht dann doch einen Zusammenhang, dass man diese negative, extrem negative Entwicklung in der Asse nicht mit den Erkundungen für Gorleben in Zusammenhang bringen wollte?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich sehe noch nicht, dass damals eine extrem negative Entwicklung absehbar war. Ein Szenario ist etwas, das denkt man sich aus und untersucht: Was dann, wenn? Das heißt nicht, dass das genehmigungsrelevant ist an der Stelle. Für mich jedenfalls heißt es das nicht. Das ist ein Szenario, das ich betrachte: Was würde denn passieren, wenn? Soweit man weiß, und was müsste man dann noch wissen, wenn? Das ist ein Anfang des Nachdenkens. Es ist keine - nach meiner Einschätzung - genehmigungserhebliche Aussage. Ein Szenario kann das nicht leisten. Da muss man anders vorgehen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Szenarien und auch die Standsicherheitsstudie sind ja auch deswegen erstellt worden, weil man schon gravierende Probleme in der Asse hatte und das bewerten wollte. Es ist für uns in dem Zusammenhang natürlich besonders wichtig, weil ja gerade dieses Salzbergwerk Asse mit den gerade eben benannten Problemen, die später noch größer wurden, als Modell für Gorleben und dafür, dass Gorleben ein absolut sicheres Endlager sein würde, immer angeführt wurde, unter anderem vom späteren Professor Kühn.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Gut, dann - - Was soll ich dazu sagen? Ich weiß nicht, was Herr Kühn durch den Kopf ging, als er die Asse als Modell für Gorleben heranzog. Nach meiner Erinnerung ist es so, dass Asse - und das würde ich auch heute so sagen wollen und sagen können - kein Modell ist, weil es nicht unter Beachtung der Kriterien - ist der Salzstock Asse ausgehöhlt worden? -, die für ein Endlager ja aufgestellt

sind, von denen wir heute Morgen schon mal gesprochen haben, dass Vorsicht zu walten hat, dass man keine Verletzungen des Salzstocks vornimmt, die später zu Sicherheitsproblemen führen können - - Das ist bei Asse ja unter ganz anderen Gesichtspunkt alles geschehen, nämlich nur Standfestigkeit, Gewinnung von Rohstoffen, die man brauchte, usw. Asse hat diese Kriterien nie erfüllen müssen während der Zeit, in der es abgebaut worden ist. Insofern verstehe ich den Modellcharakter an der Stelle gar nicht - es sei denn, es sind die Untersuchungen gemacht worden.

In Asse ist ja zum Beispiel - ich weiß nicht, ob das überhaupt hier eine Rolle spielt - nachgewiesen worden, wie man umgeht mit schwachaktiven Abfällen, unter anderem. Ich erinnere mich an eine Aussage in einem Bericht. Da steht drin, dass durch die Handhabungsweisen, die man nach und nach erprobt hat, die Strahlenbelastung für das Personal, was damit umgehen muss, auf ein Zehntel reduziert werden konnte. So etwas, das könnte Modell sein, dass man sagt: Wir haben Handhabungsmethoden erprobt, die sehen so und so aus, und die könnten modellhaft sein. Aber das Bergwerk selbst - da bitte ich um Verständnis - kann nicht Modell für Gorleben sein.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist genau, Herr Dr. Ziegler, eine Einschätzung, die wir auch teilen und die wir auch zu der damaligen Zeit schon so gesehen haben. Und wir wissen ja - wir haben das auch schon mal im Ausschuss thematisiert -, dass die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Asse aus verschiedensten Gründen sehr früh ausgeschlossen werden musste, und jetzt ging es dann auch noch darum, dass man prüft, ob es überhaupt für schwach- und mittelradioaktive Abfälle zulässig ist. Deswegen sind wir eben zu der Vermutung gekommen, dass zwischen dem Fax von 1983, zwischen dieser Feststellung und der Bitte, dieses heikle Thema bei dem PTB-Zwischenbericht nicht so sehr in den Vordergrund zu rücken, und zwischen der Entwicklung in der Asse ein gewisser Zusammenhang besteht.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das kann ich nicht bestätigen, dass da ein Zusammenhang besteht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann sind wir jetzt angelangt bei der vierten Berliner Runde. Noch mal meine Frage an die CDU/CSU-Fraktion. - Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das Spiel kennen wir schon, Herr Zeuge. Für uns ist es nicht neu; für Sie ist es neu. Deswegen möchte ich Sie dazu befragen.

Es ist wiederholt jetzt vorgekommen - obwohl, wie gesagt, hier immer für faires Verhalten seitens der Opposition geworben wird -, dass Äußerungen von Ihnen, bevor Sie sie angeblich gemacht haben, schon als Pressemitteilung - in diesem Fall von Bündnis 90/Die Grünen - verteilt werden. Deswegen möchte ich Sie gerne dazu befragen. Mehrere Sachverhalte.

(Lachen der Abg. Ute Vogt (SPD))

- Ich finde das überhaupt nicht lustig, muss ich ganz ehrlich sagen. Wir haben mehrfach - es wäre eigentlich auch wieder sofort Gelegenheit für eine Beratungssitzung - über diese Unsitte, erstens - das werden wir gleich herausarbeiten - die Zeugen nicht wahrheitsgemäß wiederzugeben, gesprochen, und zum anderen - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Grindel, ich möchte Sie bitten - Sie wissen ja gar nicht, worum ich Sie bitten möchte -, den Zeugen Herrn Dr. Ziegler zu den Sachverhalten, an denen Sie sich gestoßen haben in der Pressemitteilung, zu befragen, inhaltlich. Wenn es denn zu Bewertungen des Umgangs kommt, wie wir hier miteinander umgehen, oder ob wir möglicherweise sogar gegen rechtliche Regeln verstoßen haben, dann ist das tatsächlich Inhalt einer Beratungssitzung. Deshalb: Wir können gerne beides machen, nur beides hintereinander. Wenn Sie gerne über den Umgang miteinander sprechen wollen, dann machen wir eine Beratungssitzung, oder aber Sie fragen den Zeugen Herrn Dr. Ziegler jetzt inhaltlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, das sehe ich deshalb anders, weil das ja eine öffentliche Erklärung ist, und dazu darf ich dann ja vielleicht öffentlich einleitend zu einer Frage auch etwas sagen.

Ich zitiere hier aus der Pressemitteilung der Fraktion Die Grünen und möchte Sie dann dazu befragen. Hier steht:

Hier wird ein klarer Zusammenhang

- den Zusammenhang werde ich auch gleich abfragen -

zu den zur gleichen Zeit

- das betrifft jetzt die Auswahlentscheidung für Gorleben -

aufgetretenen Problemen in der Schachtanlage Asse deutlich. Dr. Ziegler war auch für dieses erste bundesweite Endlager zuständig und wollte den Endlagerbetrieb trotz der erheblichen Risiken weiterführen.

Wie gesagt, bevor Sie geantwortet haben, gab es schon diese Presseerklärung. Deswegen würde ich Sie gerne fragen, ob es zutrifft, dass Sie trotz der erheblichen Bedenken und der erheblichen Risiken diesen Endlagerbetrieb unbedingt weiterführen wollten. Finden Sie sich damit richtig wiedergegeben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: In dieser Formulierung finde ich mich gar nicht wieder, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aha.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: - denn als ich das Referat übernahm, war die Asse nicht mehr für Versuchseinlagerungen zugelassen, und es lag die Forderung auf dem Tisch, wenn weitere Einlagerungen erfolgen sollen, ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Das war dann auch vorbereitet worden formal, und ich weiß nicht, wo es stecken geblieben ist. Das weiß ich nicht mehr. Insofern konnte ich gar nicht darauf hinarbeiten, dass die Asse unbedingt als Endlager weiterbetrieben wird. Meine persönliche Einschätzung war damals, dass sie für schwachaktive³⁴ weiterhin geeignet sei. Aber das spielt hier keine Rolle.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann heißt es hier weiter:

Im Hintergrund wirkte dabei der sogenannte „Salzpapst“ - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mein Zitat, nicht sein Zitat! Das habe ich gesagt!)

- Nein. Ja, aber - - Nein.

Darf ich, weil es dann so schön ist und deutlich wird - - Sie schreiben:

Dr. Ziegler war auch für dieses erste bundesweite Endlager zuständig und wollte den Endlagerbetrieb trotz der erheblichen Risiken weiterführen.

Ich habe ihn gefragt, ob er den Endlagerbetrieb trotz der erheblichen Risiken weiterführen wollte. Er hat diese Frage verneint, und damit haben Sie - seit 1987 ist der Ausdruck ja nicht mehr gerügt worden - hier die Unwahrheit hineingeschrieben. Ich werde es noch weiter, weil es praktisch nur Unwahrheiten - -

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein.

Im Hintergrund wirkte dabei

- ich zitiere weiter aus der Pressemitteilung -

der sogenannte „Salzpapst“ Klaus Kühn, der die Asse als Vorbild für ein Endlager Gorleben propagierte.

Ist das richtig, dass Sie erklärt haben, Herr Kühn hat die Asse als Vorbild für ein Endlager propagiert? Entspricht das Ihrer Erinnerung, dass Herr Kühn das getan hat?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt brauchen wir eine Beratungssitzung!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann unterbrechen wir jetzt die Sitzung.

(Zuruf)

- Ja, es ist gerade eine Beratungssitzung beantragt worden von Frau Steiner, und genau diesem Antrag werde ich stattgeben.

Wir bitten die Öffentlichkeit, noch mal den Raum zu verlassen. Die Kolleginnen und Kollegen werden die anstehenden Fragen erörtern, und dann fragen wir weiter.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 15.38 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, I: Öffentlich: 15.54 Uhr)

³⁴ Ergänzung des Zeugen: „Abfälle“, Anlage 1

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. Alois Ziegler**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Ziegler, ich begrüße Sie wieder herzlich in unserer Runde und gebe das Wort an die CDU/CSU-Fraktion.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Herr Dr. Ziegler, die Pressemitteilung, von der ich gesprochen habe, hat einen ersten Satz, der lautet:

Die Befragung hat gezeigt, dass Dr. Ziegler als überzeugter Vertreter der Atomlobby im Bundesforschungsministerium ... versuchte, Gorleben frühzeitig als mögliches Endlager zu etablieren.

Das ist der erste Satz der Pressemitteilung.

Ich würde Sie gerne fragen, ob Sie während Ihrer Dienstzeit im Bundesforschungsministerium jemals irgendeine Nebentätigkeit für irgendein Energieversorgungsunternehmen oder ein sonstiges Unternehmen oder Wirtschaftsbetrieb oder Verband ausgeübt haben, den man, billig und gerecht denkend, als Teil des Atomlobbyismus bezeichnen würde?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Gegenfrage: Entnehme ich Ihren Worten zu Recht, dass das eine Pressemitteilung von heute ist?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Was soll denn das? Ich war nie Vertreter irgendeines Wirtschaftszweiges, sondern fühlte mich immer völlig unabhängig, mir meine eigene Meinung bildend, gegen jedermann, dass meine persönliche Überzeugung diejenige ist, dass Kernenergie für unser Land vertretbar ist, ja mehr noch, dass es moralisch gewissermaßen geradezu verpflichtend ist für ein Industrieland wie unseres - damals jedenfalls -, die Kerntechnik sicher anzuwenden. Diese Überzeugung habe ich damals wohl gehabt und auch heute noch. Das ist aber ein ganz anderes Thema. Ich war aber nie irgendjemandem verpflichtet oder vernetzt, vertraglich oder so etwas.

Die Anfrage, dass ich dann später den Beamtenstatus gekündigt habe, 85, und Geschäftsführer eines privaten Forschungsinstituts im Kohlebereich wurde, hatte ganz andere Ursachen. Das war einfach meine

Leistung als Manager des Kohleforschungsprogramms, wenn ich es eng bezeichne, oder des Nichtnuklear-Energieforschungsprogramms. Daraus kann man nicht herleiten, dass ich irgendwo Relationen, Beziehungen und dergleichen gehabt hätte, die mir diese Position verschafft hätten, im Gegenteil. Ich gehörte auch keiner Gewerkschaft an, was bei der Kohle eine gewisse Rolle spielte, wenn man berufen werden konnte oder wollte, sondern es war allein und unabhängig mein Fachkönnen. Und ich finde es eine ziemliche Zumutung, unterstellt zu bekommen, ich hätte im Sinne der Atomlobby - das Wort ist ja negativ belegt - gehandelt. Das finde ich eine schreckliche Zumutung, wer immer das verlautbart hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Steiner, die Ihnen hier gegenübersitzt.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Vielen, vielen Dank.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielleicht können Sie das mit ihr dann ja auch besprechen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das werde ich nicht tun.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Die Formulierung in dieser Pressemitteilung geht weiter. Sie lautet:

Pikant ist vor allem seine Äußerung, dass „eine Untersuchung mehrerer Standorte die Eignungshöflichkeit Gorlebens entwertet hätte“.

Das haben Sie in der Tat gesagt; das ist klar. Und dann:

Daraus wird die politische Einflussnahme auf die Standortentscheidung besonders deutlich - für Gorleben galten von Anfang an politische Vorfestlegungen, nicht wissenschaftlich objektive und nachvollziehbare Kriterien.

Es geht mir um diesen letzten Satz. Ich würde gerne noch mal differenzieren zwischen der Entscheidung - denn darum ging es ja 1983 -, in die untertägige Erkundung einzusteigen, und der Entscheidung, andere Standorte - wie hat Herr Buschmann gesagt? - parallel, sukzessiv oder wie auch

immer zu untersuchen. Sind Ihnen irgendwelche politischen Einflussnahmen auf die Standortentscheidung bezogen auf Gorleben, dort in die untertägige Erkundung einzusteigen, bekannt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Zweimal, dreimal: Nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist es so, dass es bei Ihrer Arbeit - und Sie waren ja mit beteiligt an der Vorbereitung der Kabinettsentscheidung - von Anfang politische Vorfestlegungen gab und nicht wissenschaftlich objektive, nachvollziehbare Kriterien, oder würden Sie sagen, es gab für die Entscheidung, die untertägige Erkundung aufzunehmen, auch wissenschaftlich objektive und nachvollziehbare Kriterien?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch?)

- Oder nur. Vielen Dank für den Hinweis. Ich nehme das gerne auf. Oder spielten ausschließlich - machen wir es noch deutlicher - objektive, wissenschaftliche und nachvollziehbare Kriterien eine Rolle?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Für die Einleitung der untertägigen Erkundung spielten nur letztere, die objektiven wissenschaftlichen Erkenntnisse eine Rolle, für die Einleitung der untertägigen Erkundung. Die stand ja da zur Debatte.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es weitere Fragen aus der Unionsfraktion? - Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Fragen aus der SPD-Fraktion? - Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, das ist der Fall. - Ich komme mal zurück auf das Thema Deckgebirge und auf das Schreiben an Herrn Dr. Matting und die entsprechende Vermerksanlage.

Wenn Sie dort also ausführen, „das Deckgebirge ist auf Dauer nicht in der Lage, evtl. darin eingedrungene kontaminierte Laugen zurückzuhalten“, ist das dann so zu verstehen, dass Sie es für einen geeigneten Standort für unerheblich halten - für ein Atommüllendlager wohl gemerkt -, ob dort mehrere Schutzbarrieren vorhanden sind?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ganz und gar nicht. Ich halte das für sehr wichtig, dass mehrere Schutzbarrieren da sind. Das ist ja auch Konzept aller Kriterienkataloge.

Sebastian Edathy (SPD): Aber Sie würden auch im Nachhinein sagen - ich meine, es ist ja verschriftlicht; insofern war das ja auch Ihre Position -, dass das Deckgebirge eine solche Schutzschicht nicht darstellte?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das kann ich so nicht mit Ja beantworten.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, doch. Da muss ich noch mal nachfragen, Herr Dr. Ziegler. Sie haben das ja vorliegen, was Sie selber aufgeschrieben haben. „Der Salzstock ist die eigentliche langfristig wirksame Barriere“, schreiben Sie.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Richtig.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Das Deckgebirge nicht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: „Eigentliche“, da steckt das doch drin. Der Salzstock ist das Eigentliche und das Deckgebirge was Zusätzliches.

Sebastian Edathy (SPD): Aber es ist ja auch keine zusätzliche Barriere nach dem, was Sie schreiben. Ich muss das leider noch mal zitieren, dann im Zusammenhang:

Das Deckgebirge ist auf Dauer nicht in der Lage - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Auf Dauer, bitte! Entschuldigung, wenn ich - -

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, über welchen Zeitraum sprechen wir? 1 Million Jahre? Ist das nicht richtig, Herr Dr. Ziegler?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, ja, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Ja? Nicht? Oder war das eine Fiktion mit der 1 Million Jahre?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Mit 1 Million Jahren?

Sebastian Edathy (SPD): Ja, was heißt denn „auf Dauer nicht“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, das ist doch - - Sie zerpflücken den Satz jetzt da in einer unzulässigen Weise.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, über welchen Zeitraum reden wir denn? Ich zitiere es noch mal im Zusammenhang:

Das Deckgebirge ist auf Dauer nicht in der Lage, evtl. darin eingedrungene kontaminierte Laugen zurückzuhalten. Dies war auch nie vom Deckgebirge verlangt worden, da das Endlager nicht über dem Salzstock angelegt wird. Der Salzstock ist die eigentliche langfristig wirksame Barriere.

Würden Sie also sagen, das Problem mit dem Deckgebirge hätte man nur dann, wenn man direkt unter dem Deckgebirge das Atommüllendlager errichten würde?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das habe ich doch da auch nicht ausgeführt.

Sebastian Edathy (SPD): Bitte?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das habe ich da nicht ausgeführt.

Sebastian Edathy (SPD): Nein, Sie haben nur ausgeführt, dass das Deckgebirge nichts taugt.

Ich will dann - - Dann muss ich weiterfragen. Heißt, ein hinreichend sicheres Endlager zu haben, dass auch *eine* Barriere reichen würde, und gäbe es dann nicht vielleicht doch einen Unterschied zu einem bestdenkbaren Endlager? - Ich stelle fest, dass der Zeuge auf die Frage nicht antwortet.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Herr Edathy, geben Sie dem Zeugen bitte einen kleinen Moment Zeit zum Nachdenken. Seien Sie nicht ganz so ungeduldig. Wir haben ja Zeit, wie wir alle wissen. Deshalb, Herr Dr. Ziegler.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Hinreichend sicher heißt, dass alle Barrieren zusammen eine hinreichende Sicherheit geben, nach sachlicher und qualitativ guter Bewertung. Das heißt hinreichend sicher.

Sebastian Edathy (SPD): Hinreichend sicher hieße auch *eine* funktionierende Barriere?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Wenn es denn eine gäbe. Ich kann sie mir nicht denken, ich kann sie mir nicht vorstellen. Wenn es denn eine gäbe, aber die ist ja hier nicht vorgesehen.

Sebastian Edathy (SPD): Nein, Sie sagen ja selber - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Herr Edathy, jetzt muss ich Sie unterbrechen, weil der Beauftragte der Bundesregierung nämlich jetzt um das Wort gebeten hat. Bitte schön.

Sebastian Edathy (SPD): Wieso müssen Sie mich denn deswegen unterbrechen, weil sich der Beauftragte der Bundesregierung gemeldet hat?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Weil der Beauftragte der Bundesregierung als Vertreter auch für das BMBF jederzeit sozusagen das Recht hat, seinen Zeugen bezüglich seiner Auskunftspflichten gewisse Hinweise zu geben. - Bitte schön.

RD Walter Kühne (BMU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich wollte nur darauf hinweisen, dass die Forderung der Langzeitsicherheit für 1 Million Jahre erst seit 2009, Mitte 2009, vom zuständigen Bundesumweltministerium festgelegt wurde.

Wenn mich nicht alles täuscht, war zur Zeit, als Herr Ziegler tätig war, gerade mal 10 000 Jahre als - - Ja, seien Sie doch zufrieden, dass es heute 1 Million Jahre sind. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass man ihm nicht vorwerfen, dass man dem Zeugen nicht vorwerfen kann, dass er also damals nicht 1 Million Jahre in die Zukunft gedacht hat.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, und den eben von Ihnen genannten Zeitraum, Herr Dr. Ziegler: Würden Sie sagen, dass in der Zeit man auch nicht mehr als eine Barriere braucht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, mit der einen Barriere kann ich nichts anfangen. Das war nie im Gespräch. Das ist eine hypothe-

tische Frage. Maßgebend war die Strahlenschutzauswirkung. Die Zeiten spielten damals natürlich eine Rolle, weil die physikalisch ja sich ergeben. Nur, die 1 Million, die jetzt zitiert wird, war nicht als Kriterium, das nachzuweisen ist, vorgegeben, sondern es wurde versucht zu errechnen, was unter Störfallannahmen an Strahlenschutzbelastungen an einem bestimmten Aufpunkt oder in einer Fläche von Punkten entsteht. Das war zu beurteilen.

Sebastian Edathy (SPD): Dann darf ich fragen: Wie ist denn dann die Begrifflichkeit „auf Dauer“ zu definieren?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Eben auf Dauer. Für alle Zeiten.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Also Ihre Formulierung weist ja nicht darauf hin, dass das eine theoretische Überlegung sein könnte. Es steht ja nicht da: Das Deckgebirge *könnte* nicht in der Lage sein, kontaminierte Laugen zurückzuhalten. Sondern steht drin:

Das Deckgebirge ist auf Dauer nicht in der Lage, evtl. darin eingedrungene kontaminierte Laugen zurückzuhalten.

Das würden Sie aber nicht als ein Kriterium betrachten, das möglicherweise Anlass zur Kritik am Standort Gorleben sein könnte?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich nehme erst mal das, was da steht. Ich kann mir mit dem Wissen von damals kein Deckgebirge vorstellen, was auf Dauer die radioaktiven Inhalte eines Endlagers zurückhalten kann.

Sebastian Edathy (SPD): Also kein Deckgebirge, nicht das Deckgebirge in Gorleben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich kann mir keins - - Es ist nur ein Deckgebirge, nicht wahr? Nur ein Deckgebirge. Ich kann mir keins vorstellen, und vor dem Hintergrund bitte ich, den Satz zu lesen. Und mit einer Barriere kommt man für so lange Zeiten nie aus. Da muss man eine Summe machen, die übereinander gestapelt dann das leistet.

Sebastian Edathy (SPD): Aber was heißt denn dann: „Der Salzstock ist die eigentliche langfristig wirksame Barriere“? Welche kom-

men denn noch infrage außer dem Deckgebirge?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Der Salzstock eben.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, eben. Das ist aber doch nur eine. Der Salzstock ist die eigentliche langfristig wirksame Barriere.

Das Deckgebirge ist auf Dauer nicht in der Lage, ... kontaminierte Laugen zurückzuhalten.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das Barrierenkonzept für ein Endlager sieht doch so aus bei hochradioaktivem Abfall: Erst mal eine Matrix, also erst mal eine Form für den hochradioaktiven Abfall chemischer Art, die schwer löslich ist - das können Keramiken etc. sein -; zweitens Einbetten in eine Matrix, die für Salzlauge schwer auflösbar ist; drittens ein Behältnis da drum herum, das für Salz wenig Korrosionsangriff bietet; viertens eine Verfüllung des Bohrloches bei Hochradioaktiven, das in der Lage ist, Ionen zurückzuhalten in der Art, wie sie da entstehen; fünftens Verfüllung der Kammern; sechstens Verfüllung der Strecken und der Schächte, und der Salzstock muss noch in die Brüche gehen. Das ist eine Staffel von Barrieren, die erst alle überwunden sein müssen, bevor das Deckgebirge zur Wirkung kommen müsste - müsste. Und davor, vor dem Hintergrund, bitte ich, meine damalige Aussage zu lesen, dass das Deckgebirge allein - -

Sebastian Edathy (SPD): Das nehme ich so zur Kenntnis. Aber wie kommen Sie denn zu dem wissenschaftlichen Befund, dass keinerlei Deckgebirge - auch nicht an anderen Standorten - hinreichend dicht sein könnte? Was Sie gerade ja behauptet haben.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das hängt dann an dem Begriff Deckgebirge. Wir hatten eben damals - -

Sebastian Edathy (SPD): Das müssten wir noch untersuchen. Oder müssen wir das nicht untersuchen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, das müssen wir erst mal definieren, was das ist. Ob das 100 Meter Tonmächtigkeit zum Beispiel heißen soll oder so was Ähnliches. Daran hängt es. „Deckgebirge“ ist ja ein Sammel-

begriff für Schichtungen unterschiedlicher Art.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Ziegler, dies, was ich gerade zitiert habe, das steht ja unter Punkt 2 Ihres Vermerkes. Und der Punkt zwei Ihres Vermerkes hat den Titel: „Ergebnisse der Standorterkundung in Gorleben“. Also würden Sie sagen, dass man, ohne eine Standorterkundung vornehmen zu müssen, auch zu dem Fazit hätte kommen müssen, dass das Deckgebirge nicht ausreichend dicht ist? Warum hat man das in Gorleben untersuchen müssen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Den ersten Teil Ihrer Frage kann ich überhaupt nicht bestätigen.

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben vorhin ausgeführt - -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ohne Untersuchungen?

Sebastian Edathy (SPD): Es ist kein Deckgebirge denkbar - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte lassen Sie den Zeugen antworten.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Also, wir können das auch an der Stelle, den Punkt durchaus abschließen. Ich stelle jedenfalls fest, dass Sie am 20.06.83 festgestellt haben mit Blick auf Ergebnisse der Standorterkundungen Gorleben, dass das Deckgebirge auf Dauer nicht in der Lage ist - und zwar nicht sein könnte, sondern ist -, eventuell darin eingedrungene kontaminierte Laugen zurückzuhalten.

Das habe ich gefragt, weil sich daran natürlich schon die Frage anschließt: Warum hat man eigentlich nun wirklich darauf verzichtet, Paralleluntersuchungen vorzunehmen? Da komme ich jetzt auf - - Da mache ich folgenden Vorhalt: Das ist der Punkt - - die Seite 3 Ihres Vermerkes und Punkt 4 des Vermerkes. Der hat die Überschrift: „Politische Last der Standortbereitstellung“. Dann darf ich Folgendes zitieren:

Die Bereitstellung von Standorten für Industrieanlagen im Allgemeinen und für Kernenergieanlagen im Besonderen wird sowohl von den Befürwortern der jeweiligen Anlagen

wie auch von ihren Gegnern als politische Last empfunden. Dies gilt auch für den Fall, dass andere Standorte vorsorglich auf ihre Eignung für die Errichtung eines Endlagers erkundet würden.

Da kommen einige Sätze dazwischen, die kann ich auch gerne vortragen, falls das gewünscht wird.

Aber dann kommt folgende Frage, die Sie daraus ableiten, also aus der Feststellung: Das erregt öffentliche Aufmerksamkeit, das führt zu strittigen Debatten, wenn man an mehreren als einem möglichen Standort Untersuchungen vornimmt. Und dann stellen Sie die Frage:

Führt der Vergleich nicht zu einem Entscheidungsdilemma?

Wo ich mir die Frage stelle: Ja, natürlich, möglicherweise. Aber das ist doch abhängig von den Untersuchungsergebnissen.

Würden Sie mir zustimmen, dass man Ihre Äußerungen in diesem Vermerk so verstehen kann, dass nicht vor dem Hintergrund wissenschaftlich, objektiv begründeter Überlegungen verzichtet worden ist auf Paralleluntersuchungen an möglichen anderen Standorten als oder inklusive von Gorleben, sondern aus politischen Gründen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich verstehe schwer, warum Sie noch mal nachfragen. Denn wir hatten heute ja mehrfach schon das Thema, wie die Entscheidung für die Standorterkundung getroffen worden ist. Und das war eine politische Entscheidung. Und die Standorterkundung war durchzuführen - zunächst. Und ein sukzessives Vorgehen war Thema dieser Zeit. Und das galt es auszuführen.

Sebastian Edathy (SPD): Und das haben Sie sozusagen als Erfüllungsinstanz dieses politischen Willens betrachtet?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, das kann man so sehen.

Sebastian Edathy (SPD): Sie weisen im Punkt 5 Ihres Vermerkes auf Folgendes hin. Ich zitiere - Punkt 5 hat die Überschrift „Kosten“ -:

Die Kosten der obertätigen Erkundung in Gorleben belaufen sich auf rd. 185 Mio DM. Ein solcher Aufwand ist keine Spielmasse für theo-

retische Überlegungen als Gegenargument zu Parallelerkundungen.

Hat das wirklich eine Rolle gespielt, dass man gesagt hat: „Aus Kostengründen verzichtet man auf eine Paralleluntersuchung“, um sicherstellen zu können, am Ende eine Auswahl zu treffen zu vermögen, was den geeignetsten Standort betrifft?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich versuchte, ahnend, dass solche Fragen aufkommen, heute Morgen zu sagen, wie meine Meinung zu parallelen Untersuchungen ist. Und da spielte das Geld - das habe ich angesprochen - eine Rolle. Und ich meine, ich hätte gesagt, dass das nicht das Ausschlaggebende war, sondern andere Gesichtspunkte.

Sebastian Edathy (SPD): Ich will Sie nicht unterbrechen. Darf ich denn festhalten, dass nach Ihrer Einschätzung und auch in Deckung zwischen dem, was Sie gerade ausgeführt haben, und diesem schriftlichen Vermerk für den Verzicht auf eine Paralleluntersuchung eines anderen oder mehrerer anderer Standorte - obwohl die Untersuchungen in Gorleben festgestellt haben: Das Deckgebirge ist keine sichere Barriere - ausschlaggebend waren erstens das Ziel, eine strittige politische Diskussion andernorts, in anderen Regionen, möglicherweise auch in anderen Bundesländern in Westdeutschland zu vermeiden, und zweitens auf zusätzliche Kosten verzichten zu können?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die Frage, die Sie formuliert haben, kann ich nicht bestätigen, sondern nur noch mal darauf verweisen, dass ein sukzessives Vorgehen vereinbart war.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank.

Ute Vogt (SPD): Ich würde gerne dann noch mal an dem Punkt eine Nachfrage - - weil Sie ja auch schon darauf hingewiesen haben, dass Sie das vorhin in Ihrem Eingangsstatement gesagt haben. Sie sagten dort: Der Aufwand von politischer Energie wäre ein immenser. - Das heißt, der Verzicht auf alternative Standorte, das ist aus Ihrer Sicht eine Entscheidung nicht von wissenschaftlicher Seite, sondern von politischer Seite.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Der Verzicht ist eine politische Entscheidung, ganz klar.

Ute Vogt (SPD): Ich habe noch eine weitere Frage, die sich wiederum auf den schon häufig zitierten Vermerk von Ihnen an Herrn Matting bezieht. Ich zitiere jetzt aus der MAT A 99, Band 13, Seite 087276. Da geht es mir noch mal um die Gasvorkommen. Mich wundert, dass Sie in diesem Vermerk sehr apodiktisch im letzten Spiegelstrich auf der Seite 2, da steht oben auch Paginierung 207, wenn Sie das vorliegen haben - - Da steht:

Rohstoffvorkommen, insbesondere Erdöl und Erdgas, sind in der Nähe des Salzstocks nicht zu erwarten.

Jetzt ist dieser Vermerk vom 27.06., nein, vom 20.06.1983. Vorhin hat die Kollegin von der Linkspartei vorgetragen, dass bereits im Jahr 77 im Bundesverteidigung- - in Ihrem Ministerium eine Erörterung des Gasunfalls von Lenzen 1969 stattgefunden hat. Das heißt, in Ihrem Hause war ja der Vorfall schon sehr lange bekannt. Und ich frage mich - - Dass Sie nicht alles vielleicht aus eigener Anschauung kennen müssen, das scheint mir nachvollziehbar. Aber wenn Sie einen Vermerk verfassen, der entscheidungsrelevant werden kann, dass Sie dann eine solche Feststellung treffen, offensichtlich ohne sie geprüft zu haben, das bitte ich mir zu erläutern.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Aus der Erinnerung kann ich es nicht erläutern. Aber ich nehme an, dass ich damals Kenntnisse hatte, das so schreiben zu dürfen oder zu müssen, Kenntnisse, Fakten, Beurteilungen von Geologen etc., was die beobachteten oder beobachtbaren Salzvor- - Gasvorkommen im oder am Salzstock Gorleben an Relevanz, an Aussagekraft besitzen.

Ute Vogt (SPD): Und woher die Kenntnisse gewesen sein könnten?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Fragezeit ist jetzt vorbei. Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Ich habe nur eine Frage, die wahrscheinlich auch eine

redundante Antwort zutage fördert. Aber um der Klarstellung möchte ich es noch mal klar machen, weil das Mehrbarrierenkonzept, über das wir ja vorhin gesprochen haben, uns in diesem Ausschuss regelmäßig beschäftigt. Deshalb die Frage: Ist es richtig, wenn das, was Sie vorhin ausgeleuchtet haben, wie folgt zusammengefasst werden kann: „Hinter dem Begriff des Salzstocks verbergen sich bereits fünf oder sechs Einzelbarrieren im Sinne des Mehrbarrierensystems, also: Behälter, Verfüllung und so weiter und so fort, das, was Sie vorhin aufgezählt haben“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ob ich das dem Wortlaut her, der da zitiert wird, so gemeint habe, weiß ich nicht. Aber ich würde sagen: Das, was ich erläutert habe, das gestufte Konzept, was alles mit Wahrscheinlichkeiten belegbar ist - wie wahrscheinlich ist es, dass die und die nächste Barriere versagen und wie sie versagen? -, da ist der Salzstock die entscheidende, die Barriere schlechthin, weil die über Jahrmillionen, Zigmillionen, Hundertmillionen Jahren Bestand haben kann.

Marco Buschmann (FDP): Dann formuliere ich die Frage mal anders: Um - ich sage mal - die Sphäre des Salzstocks zu verlassen, müssten Strahlung, Teilchen bereits fünf oder sechs Barrieren überwunden haben, um überhaupt dann ins Deckgebirge gelangen zu können. Das kann man sagen. Das heißt: Bis zum Verlassen des Salzstocks muss ich schon eine Mehrzahl an Barrieren überwunden haben, sodass man doch möglicherweise sagen kann: Bis ich über den Salzstock hinaus bin, habe ich schon mehrere Barrieren im Sinne des Mehrbarrierensystems überwunden.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: So ist es richtig.

Marco Buschmann (FDP): Danke schön. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen. - Dann geht das Fragegerecht jetzt an Die Linke. - Keine weiteren Fragen. - An Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das war ein Missverständnis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann nehmen wir es noch mal zurück. Dann zunächst die Linken.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Dr. Ziegler, es gibt einen Briefwechsel mit Dr. Ortlam, MAT A 99, Band 13. Dort schreiben Sie unter anderem in einem Antwortschreiben:

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Geben Sie uns die Paginierung noch an, bitte?

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, das ist die 087063. Dort schreiben Sie unter anderem in einem Antwortschreiben:

In der Technik kann es nicht darum gehen, so lange zuzuwarten, bis Bestlösungen gefunden sind. Aufgrund des fortschreitenden Erkenntnisstandes können sie theoretisch nie erreicht werden. Für die Lösungen technischer Probleme genügt es, wenn sie hinreichend sicher, hinreichend umweltfreundlich, hinreichend wirtschaftlich usw. sind.

Das war sozusagen damals das, was Sie getragen hat bei den Untersuchungen, bei Ihren Entscheidungen? Könnte man das so interpretieren, dass im Zweifel die Wirtschaftlichkeit zulasten der Sicherheit zu beantworten war?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ganz und gar nicht, ganz und gar nicht. Jedoch hinreichend in jeder Hinsicht, für jede Dimension, die angesprochen ist. Hinreichend ... (akustisch unverständlich) für die Sicherheit, ja. Da kann Wirtschaftlichkeit nicht dominierend sein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, die Frage ist, welche Maßstäbe man da anlegt. Also, „hinreichend“ ist ja ein unbestimmter Begriff. Welche Maßstäbe haben Sie denn da angewandt damals?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die der Strahlenschutzverordnung. Nur um die kann es, wenn es um die Sicherheit und die Strahlenschutzwirkung geht, gehen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Und hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Keine. War nicht meine Aufgabe, die Wirtschaftlichkeit einzuschätzen oder zu beurteilen. Die allgemeine Meinung war damals, dass die Kernenergie die Kosten der Entsorgung leicht mittragen kann und immer noch in Konkurrenz zu anderen bestehen kann. Aber das spielt hier gar keine Rolle.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht jetzt an die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Ziegler, Sie haben eben auf die Frage von Herrn Dr. Buschmann geantwortet: Ja, Strahlung müsste vier, fünf Barrieren außer dem Salzstock überwinden, um überhaupt ins Deckgebirge zu kommen. - Wir lassen den Salzstock jetzt mal als die wichtigste Barriere außen vor. Welche dieser anderen Barrieren ist in der Lage, den Müll bzw. die Strahlung für 10 000 Jahre von der Biosphäre abzuschirmen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Keine, wenn sie den Salzstock wegnehmen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Denn der Salzstock - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich sagte: außerhalb des Salzstocks. Die vier, fünf, die Herr Buschmann benannt hat. Der Salzstock, den lassen wir jetzt mal außen vor. Herrn Buschmanns Frage und Ihre Antwort „Ja“ war: Es müssten vier bis fünf Barrieren ohne den Salzstock schon überwunden werden, bevor die Strahlung überhaupt das Deckgebirge erreicht. - Also, welche dieser sonstigen Barrieren, außer dem Salzstock, ist in der Lage, für 10 000 Jahre abzuschirmen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Unter den Bedingungen der Einlagerung ins Salz kann das Glas schon alleine plus die Behandlung der Abfälle, plus Metallhülle und Bentonit für diesen Zeitraum völlig ausreichend sein - kann. Denn es muss ja - und deswegen dürfen wir gedanklich den Salzstock nicht weg-

lassen; deswegen habe ich mich verwehrt dagegen - durch den Salzstock erst mal Wasser hineinkommen können. Und das ist über Hunderte von Millionen Jahren nicht passiert. Insofern darf man diese ganz natürliche und starke Barriere nicht gedanklich wegnehmen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann reduziert sich es aber doch auf den Salzstock, weil der Salzstock die Grundbedingung dafür ist. Und ob Behälter so lange ausreichen? Also, aus heutigen Debatten, wo wir überlegen, wie kann man Behälter konstruieren, die 5 000 Jahre ausreichen, glaube ich, sind die restlichen Barrieren sehr fragwürdig, was die 10 000 Jahre, die vorhin völlig richtig vom Vertreter des Bundesumweltministeriums eingebracht wurden, betrifft.

Jetzt möchte ich aber noch mal auf das Zitat von Ihnen, das Herr Edathy auch schon gebracht hat, kommen:

Das Deckgebirge ist auf Dauer nicht in der Lage, evtl. darin eingedrungene kontaminierte Laugen zurückzuhalten.

Dann kommt der Satz:

Dies war auch nie vom Deckgebirge verlangt worden...

Von wem war das nie verlangt worden? Also, ich sage mal: Ich kenne Wissenschaftler, die immer gesagt haben: Wir brauchen auch geologische Mehrbarrierensysteme. - Sie beziehen sich ja jetzt hier auf Behörden, Institutionen, wen auch immer - der sagt: Haben wir nie verlangt. - Wer war das damals, der das „nie“ verlangt hat?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist meine eigene Aussage. Da gibt es niemanden, der dahinter steht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihre Aussage. Also, Sie haben das nie verlangt von dem Deckgebirge? Das ist Ihre Aussage. Sie haben das nie verlangt.

Nun haben wir gehört: 10 000 Jahre. Wir haben ja hier auch schon Zeugen gehabt von der BGR. Der Herr Langer von der BGR sagte zum Beispiel: Kein Deckgebirge übersteht Eiszeiten. - Also, insofern kann man auf ein Deckgebirge von vornherein ganz gut verzichten. Deswegen bin ich ganz froh, dass

wir jetzt mal hier auch auf der Basis der 10 000 Jahre und nicht 1 Million Jahre diskutieren, die ja damals die Grundlage waren - die 10 000 Jahre. Es ist ja durchaus so, dass innerhalb von 10 000 Jahren nicht unbedingt eine Eiszeit zu erwarten ist und dass es in Norddeutschland einige Salzstöcke gibt, die ein Deckgebirge, ein intaktes, besitzen. Sie haben also freiwillig auf Redundanzen bei der Sicherheit verzichtet, wenn Sie sagen: „Ich verlange das vom Deckgebirge nicht, dass es auf Dauer die darin eingeschlossenen kontaminierten Laugen zurückhält“? Sie verzichten freiwillig auf die Redundanzen bei der Sicherheit?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich hatte ja nichts zu entscheiden an der Stelle. Das ist eine Meinungsäußerung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, danke.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe, wie Sie sicher erwartet haben, noch im Rahmen der Nachbetrachtung der Diskussion über Pressemitteilung - in dem Fall unsere - eigentlich nur noch mal eine Bestätigungsfrage an Sie. Ich hatte ja zitiert in der Pressemitteilung den Satz von Herrn Hanning: Eine Untersuchung mehrerer Standorte hätte - - Also, in meinem Zitat hieß es: Punkt, Punkt, Punkt, dass „eine Untersuchung mehrerer Standorte die Eignungshöflichkeit Gorlebens entwertet hätte“. - Das war ja in einem längeren Kontext eine Äußerung von Herrn Hanning, die Sie, nach meiner Erinnerung, zweimal bestätigt haben, dass Sie das auch so sehen. Das trifft doch zu?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht ganz in dem Wortlaut. Ich habe nachgelegt: ... die Höflichkeitsaussage zu Gorleben entwertet hätte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und insofern möchte ich nur mal darauf hinweisen, dass also der Vorwurf der Fälschung oder der verfälschenden Darstellung wohl nicht haltbar ist.

Und jetzt zur Betrachtung des Vokabulars durch andere Fraktionen - - in dem Fall den Obmann der CDU-Fraktion, der ja für seine objektiven Pressemitteilungen so berühmt ist im ganzen Parlament, dass - - Der Ausei-

nersetzung, finde ich, müssen wir uns hier jetzt in dem Untersuchungsausschuss nicht stellen. Solange es sich um Bewertung von meiner Seite aus - - behandelt, glaube ich nicht, dass ich das mit dem Zeugen erörtern muss. Denn es gibt ja durchaus unterschiedliche Sichtweisen, wie der Zeuge was bewertet und ich. Aber ich habe die Freiheit, bestimmte Fakten im Zusammenhang mit seinen Bewertungen schon auch wiederum zu kommentieren.

Und ich habe deswegen nur noch eine fachliche Nachfrage zu der Debatte: Wer hat eigentlich die Planung für die Asse weitergeführt, und wer lieber nicht? Da hatten wir das Problem oder hatten die Feststellung - die wir geteilt haben -, dass bei der Asse schon gravierende Probleme aufgetaucht sind, einerseits, was die Standsicherheit anbelangt, andererseits, was die Laugenzutritte und die Absaufszszenarien, die Ersaufungsszenarien anbelangt. Und ich habe auch festgestellt, dass von Bundesseite - das ist in dem Fall das BMFT und in dem Fall Sie auch als Verantwortlicher - die Planungen für die Asse weitergeführt worden sind. Und da wollte ich noch mal auf einen Vermerk zurückkommen. Das ist MAT A 102, Band 33, Paginierung 000186, 1980, April 1980. Da geht es um die Genehmigungssituation in der Asse und die künftige Entsorgung, in dem Fall von - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Kollegin Steiner, jetzt muss ich leider wirklich eingreifen, denn ich habe die Fragen im Zusammenhang mit der Asse immer deshalb zugelassen, alldieweil Erkenntnisse aus der Asse bezüglich des Verhaltens von Salz in Bezug auf die Einlagerung radioaktiver Abfälle tatsächlich auch im Zusammenhang mit unserem Untersuchungsgegenstand eine Relevanz haben. Aber wie sich das nun mit der Asse selbst verhält als Bergwerk, in das radioaktive Abfälle eingelagert werden aufgrund welcher Genehmigungsgrundlagen und in welchem Zeitraum und von wem widersprochen oder nicht, das ist tatsächlich nicht unser Untersuchungsgegenstand, sondern der Untersuchungsgegenstand des Niedersächsischen Landtags im Rahmen des Asse-Untersuchungsausschusses, und da gehörte diese Frage hin. Also, ich bitte, Fragen, die sich um die Asse drehen, tatsächlich nur in dem Zusammenhang zuzulassen, wie sie auch einen tatsächlichen Bezug zu unserem Untersuchungsgegenstand haben. Das

kann ich bei Ihrer Frage, so wie Sie sie jetzt gestellt haben, nicht entdecken.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, ich war der Meinung, das war eine etwas lange Vorbemerkung, aber ich war noch nicht bei der Frage angelangt.

Die zwei Aspekte sind: Die Vorbildfunktion der Asse, des Salzbergwerks Asse, für den Salzstock Gorleben, und der andere Punkt ist die Glaubwürdigkeit des Zeugen. Und es ging eben darum, wenn gesagt wird: „Bei der Asse ist das Verfahren weitergetrieben worden“ - und bekannt waren die Probleme; ich führe es nicht noch mal an - - muss ich eben sagen, dass in dem Vermerk aus Ihrem Referat drin steht, dass die radiologischen Auswirkungen eines Laugeneinbruchs in der Asse durchaus bewertet werden können durch Reaktorsicherheitskommission und dass der Bund aber bei Niedersachsen auf eine weitere Entscheidung in der Sache drängt, und dann, dass man auf Genehmigung geht. Und da habe ich dann doch die Frage: Inwieweit können Sie das denn aufrechterhalten, dass es nicht wirklich zutrifft, dass Sie das Verfahren in der Asse weiterbetrieben haben unter dem Blickwinkel: „Es soll uns bei Gorleben nicht schaden“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Den Zusammenhang kann ich wirklich nicht bestätigen, weil Asse eine causa sui generis ist.

Auch, was das Verhandeln des Bundes mit dem Land Niedersachsen anbelangt: Niedersachsen hatte die Genehmigung gestoppt, die dafür nach Strahlenschutzverordnung erteilt war, und der Bund hatte eine Notsituation: Wo lassen wir die leichtaktiven Abfälle stehen? In allen Stellen, in Kliniken türmten sich die Probleme, und gerade die Kliniken drängten, bald eine Lösung herbeizuführen - - und da nachzufragen: Gibt es nicht doch - so wie wir es jahrelang gemacht haben in der Asse - eine verträgliche Lösung, mit Asse das oder das noch zu machen? So vor dem Hintergrund - erinnere ich mich oder meine einordnen zu können - sind solche Debatten damals gelaufen.

Aber mit Gorleben, ich bitte Sie, mit Gorleben hat Asse nichts zu tun außer den fachlich wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Benutzung von Salz.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Damit sind wir am Ende der vierten Berliner Runde. Wird eine weitere Berliner Runde gewünscht? - Herr Dr. Paul von der CDU/CSU-Fraktion.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Ziegler, ich hatte den Eindruck, dieser Vermerk, der Ihnen hier vorliegt vom 20.06.1983 - - den sind die Vertreter der Opposition teilweise Satz für Satz vorgegangen oder durchgegangen, den muss man natürlich auch im Zusammenhang lesen, und ich möchte Ihnen noch mal die Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zu äußern zu dem Punkt: Geeignetes Endlager in dem Sinne „hinreichend sicheres Endlager auf der einen Seite und bestdenkbares Endlager auf der anderen Seite“. Ich glaube, das wird hier immer wieder etwas durcheinandergebracht, und können Sie uns bitte noch einmal schildern, was die dahinter liegende Philosophie ist?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Herr Abgeordneter, es fällt mir schwer, das noch einmal im Zusammenhang zu machen. Eine der letzten Fragen - ich glaube, sie kam von Ihnen vorhin -, wo zitiert worden ist aus einem anderen Kontext, den ich jetzt auch nicht mehr zitieren kann, wie solche Begrifflichkeiten zu sehen sind - - Und ich hatte heute Morgen schon mal salopp ausgeführt, dass eine bestdenkbare Lösung dieser oder jener Art überall im Leben nicht zu erreichen ist. So ist das zu sehen. Und „hinreichend sicher“ heißt eben: damals nach dem Genehmigungsstandard und den Kriterien im Sinne der Strahlenschutzverordnung. Wir haben das sehr oft berührt. Das heißt „hinreichend sicher“. Wie bei jeder nuklearen Anlage - ob das ein Forschungsreaktor ist oder ein Kernkraftwerk oder eine Röntgenanlage -: Die muss hinreichend sicher betrieben werden können. Dies steht hier: So viel wie notwendig und nicht mehr.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also ist „hinreichend sicher“ in dem Zusammenhang zu sehen, dass die Anforderungen des Atomrechts an ein Endlager erfüllt sein müssen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: So ist es präziser formuliert im Sinne eines Juristen oder so - ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann komme ich auch noch mal zu diesem hier ja in den letzten Minuten häufig angeführten Punkt des Deckgebirges. Unter dem Gesichtspunkt, was wir gerade gesagt haben - ein hinreichend sicheres Endlager ist das, was die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt -: Wie ist da die Rolle des Deckgebirges einzuordnen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das Deckgebirge soll - immer für den Fall, dass radioaktiv belastete Lauge entsteht - die Ausbreitung dieser Lauge noch weiter verzögern, wird das auch tun. Das ist ganz normal, wenn da 50, 100, mehr Meter drüber sind - was auch immer, ob das Sand ist oder toniges oder geschichtetes Gestein -, und um diese Verzögerung geht es beim Deckgebirge, die Verzögerung in zeitlicher Hinsicht - was die Strömungsgeschwindigkeiten anbelangt - und die Verzögerung in chemischer Hinsicht, weil ein Deckgebirge immer auch adsorptive Eigenschaften hat. Das wird ja bei der Trinkwasseraufbereitung massenhaft benutzt, indem Wasser aus Flüssen erst einmal durch Naturfilter, Sand und so was, was im Bereich des Flusses da ist, hindurch gefiltert wird, um dann als Trinkwasser benutzt zu werden. So qualitativ interpretiert, ist die Funktion des Deckgebirges zu verstehen. Ich bitte, mich nicht wieder zu zitieren, ich hätte gesagt, aus der Lauge muss Trinkwasser werden. Das liegt schon fast nahe bei der Formulierung, die ich gewählt habe - wenn man es extrem sieht. Das ist nicht das, was ich sage, sondern ich erkläre einen Prozess und was das Deckgebirge beitragen kann in einer solchen extremen Störsituation.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ihrem Vermerk entnehme ich, dass, um das Ziel, also auch dieses genehmigungsrechtliche Ziel, nämlich die Ausbreitung radioaktiver Abfälle hin zur Biosphäre für einen langen Zeitraum - 10 000 Jahre war ja damals der Anspruch - zu verhindern - - Für diesen Anspruch war das Deckgebirge nicht notwendig, weil dieser Zeitraum bereits durch die Barriere Salzstock und die vorgelagerten Barrieren hinreichend erfüllt zu sein schien.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht notwendig. Der Prozess läuft immer als Ganzes auch ab, und da es schwer vorstellbar ist, dass in ein ordentlich gebautes Endlager im Salz innerhalb von 10 000 Jahren schon

Lauge eintritt, kann man die 10 000 oder 20 000 - ist dann völlig egal -, kann man diesen Zeitraum ja schon einmal ausschließen. Oder: nicht ausschließen, sondern als wenig, sehr wenig wahrscheinlich betrachten, dass da etwas eintritt. Und das, was danach kommt, muss aufgrund guter Unterlagen dann bewertet werden.

Ich nehme einmal an, dass - - oder mache das damit plausibel: Das entscheidende Isotop ist ja dann vor allem das Plutonium, was im hochradioaktiven Abfall noch da sein kann oder auch in anderen Mischungen. Das bestimmt ja diese lange Halbwertszeit mit ein paar anderen Aktiniden - die ich namentlich jetzt nicht mehr so genau nennen kann - zusammen. Und das bedingt diese lange Zeit, weil das da um Halbwertszeiten von knapp 20, 24 000 Jahren im Einzelnen geht, und dann muss man das Zehnfache davon haben, um auf 1 Promille runterzukommen. Solche Überlegungen stehen ja alle dahinter.

Wenn für dieses reaktive, chemisch reaktive Element im Deckgebirge ein hohes chemisches Rückhaltevermögen, Adsorptionsvermögen festgestellt würde, wäre eine wesentliche Schutzfunktion auch noch des Deckgebirges bewiesen - in der Hoffnung; man wird das nie brauchen -, aber bewiesen, und man kann die Entscheidung als fundiert auch noch mal darauf stützen. Aber das muss untersucht werden; das kann man nicht isoliert betrachten.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut. Keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Ziegler, wenn man die Wahl hätte zwischen „hinreichend sicher“ und „bestdenkbar“ in Sachen Endlager, was wäre denn die naheliegende Wahl?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe es mehrfach beantwortet, dass es die Wahl nicht gibt - intellektuell.

Sebastian Edathy (SPD): Aus politischen Gründen nicht gab?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, intellektuell.

Sebastian Edathy (SPD): Nicht politisch, sondern intellektuell?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Rein intellektuell - ist meine Meinung - gibt es diese Wahl nicht. Philosophisch schließe ich das aus.

Sebastian Edathy (SPD): Sie schließen es philosophisch aus?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Als denkbare Wahlmöglichkeit.

Sebastian Edathy (SPD): Aber Sie haben doch vorhin ausgeführt - auch in Ihrem Vermerk -, dass das was zu tun hätte mit öffentlicher Erregung bei mehreren Untersuchungen, dass das was zu tun hätte mit Geld. Was ist denn daran jetzt philosophisch?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Aber darüber haben wir eben nicht gesprochen. Entschuldigung, wenn ich da bei dem Wort bleibe.

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben vorhin hier -- Wir haben ja das Protokoll, wir werden ja auch vergleichen können, wie es Ihnen übermittelt worden ist und wie es zurückkommt. Sie haben doch ausdrücklich gesagt, es gab sozusagen die feste politische Festlegung, nur an einem Standort zu untersuchen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Zunächst nur an einem.

Sebastian Edathy (SPD): Und Sie haben das nachvollzogen als Beamter des Ministeriums?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Korrekt.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Wenn man eine Wahl hat zwischen „hinreichend sicher“ und „bestdenkbar“ und diese Wahl wäre möglich, wie wäre dann die Wahl zu treffen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich bleibe dabei: In meinem Denken gibt es diese Wahl nicht mehr. Das ist ein Irreales³⁵.

³⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Irreales“, setze „Irrealis“, Anlage 1

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Ich war ja nie Beamter und werde es wahrscheinlich auch nicht werden - ist zu befürchten -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist unabhängig davon.

Sebastian Edathy (SPD): - oder zu erhoffen, ich weiß es nicht -: Wie war denn Ihr Selbstverständnis als Beamter? Haben Sie sich eher der Fachlichkeit verpflichtet gefühlt, auch als Naturwissenschaftler, oder eher der Umsetzung von politischen Vorgaben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, mein Verständnis war ein sehr preußisches: Dienstpflicht ist die schönste Freude im Leben. Und es war ausschließlich, ausschließlich naturwissenschaftlich fachlich.

Sebastian Edathy (SPD): Ausschließlich naturwissenschaftlich fachlich?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Fachlich, aber: Mir ist von Vorgesetzten hin und wieder entgegengehalten worden: Ich würde immer nur die Sachargumente wälzen und bewerten und in die Entscheidungen hereinbringen und hätte die politischen Argumente nicht so parat oder würde sie nicht zulassen. Das war nicht ganz falsch, was die gesagt haben.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Das heißt: Wenn man allein sachliche Argumente zur Anwendung gebracht hätte, hätte man wahrscheinlich eine andere Position entwickeln müssen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Für was?

Sebastian Edathy (SPD): Für die Frage der Entscheidung für ein künftiges Endlager.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist höhere Dialektik. Da kann ich jetzt auch nicht weiter fragen. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Hat die SPD-Fraktion jetzt keine weiteren Fragen? - Ich finde, das ist auch wirklich jetzt erschöpfend beantwortet. Das darf ich jetzt wahrscheinlich gar nicht sagen. Aber ich frage die FDP-Fraktion, ob sie noch weitere Fragen hat? - Das ist nicht der Fall. Die

Linke, haben Sie noch weitere Fragen? - Nein. Die Grünen, haben Sie noch weitere Fragen? - Nein. - Doch, eine. Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eine ganz einfache, Herr Dr. Ziegler. Würden Sie einem Endlager mit Deckgebirge oder ohne Deckgebirge, wenn Sie die Wahl hätten, den Vorzug geben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ohne Wahl würde ich einem - - Also mit Wahl, mit Wahl: Immer mit Deckgebirge, mit Deckgebirge, aber bewertet bitte erst! Wir haben es ausführlich besprochen. Mit Deckgebirge. Was auch in Gorleben da ist. Nicht dass Sie glauben - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. - Dann wollen wir jetzt keine weiteren Berliner Runden mehr anschließen? - Jedenfalls nicht bei dem Zeugen Herrn Dr. Ziegler. Das ist ganz fantastisch.

Herr Dr. Ziegler, herzlichen Dank, dass Sie uns so lange und so geduldig zur Verfügung gestanden haben. - Ich will jetzt noch so ein paar formale Dinge sagen, die wir beim Abschluss der Vernehmung miteinander noch vereinbaren müssen. Denn das Sekretariat übersendet Ihnen das Protokoll nach der Fertigstellung. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Das heißt, es kann passieren, dass der Untersuchungsausschuss den Entschluss fasst, Sie noch mal anzuhören, zu befragen. Das steht im Moment überhaupt nicht zur Debatte, aber es ist eben nicht auszuschließen. Die Vernehmung eines Zeugen ist nämlich eben erst dann abgeschlossen, wenn der Untersuchungsausschuss dieses durch Beschluss feststellt. Diese Entscheidung darf aber erst ergehen, wenn die Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen für zwei Wochen verstrichen ist oder wenn Sie auf die Einhaltung dieser Frist verzichten würden. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, im Augenblick nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn das nicht ist, dann bedanke ich mich noch mal sehr, sehr herzlich dafür, dass Sie hier bei uns waren, und wünsche Ihnen eine gute Heimreise und einen schönen Restnachmittag.

Ich möchte dem Ausschuss mitteilen, dass wir jetzt eine kurze Beratungssitzung einschieben würden, allodieweil wir zum einen über den Antrag des Herrn Kollegen Grindel bezüglich eines Endes dieser Befragung heute um 19 Uhr entscheiden müssten und zum anderen auch über das weitere Verfahren bezüglich des Zeugen Ollig und dessen mögliche Ausladung beschließen müssten. Und deshalb bitte ich die Öffentlichkeit, noch mal den Raum zu verlassen, weil wir eine kurze Beratungssitzung brauchen, die ich dann ungefähr - was weiß ich - in fünf bis sieben Minuten einberufe, wenn ich wieder im Raum bin.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
16.42 Uhr - Folgt Fortsetzung des
Sitzungsteils Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
16.57 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Helmut Hirsch**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich begrüße sehr herzlich den Zeugen Herrn Dr. Hirsch in unserer Runde. Ich mache jetzt zunächst ein paar sitzungsleitende Bemerkungen, Herr Hirsch, damit Sie wissen, wie das verfahrenstechnisch hier bei uns abläuft.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Diese Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-190, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz zugesandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich darf Sie nun auch formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstrechtlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden

Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann beginnen wir mit der Vernehmung zur Person. Ich möchte Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und möchte Sie zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch aktuell ist.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Dr. Helmut Hirsch, und ich bin 61 Jahre alt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Die Adresse ist noch aktuell?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, die ist aktuell.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock Gorleben untertätig und keinen anderen Standort obertätig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen, politische Einflussnahmen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir gleich mit den Fragen beginnen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich würde gerne eine kurze einleitende Erklärung abgeben, wenn das in Ordnung ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte. Gerne.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Meine Damen und Herren, ich habe diese Erklärung auch schriftlich vorliegen und kann also anbieten, sie Ihnen zu überlassen, damit sie dann auch bei Ihnen vorliegt.

Ich möchte vielleicht gleich am Anfang noch eine Bitte deponieren. Mein letzter Zug, wenn ich heute Abend zu Hause sein will, ginge um 21 Uhr ab Hauptbahnhof. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn das möglich wäre, weil ich morgen sehr früh wieder am Schreibtisch sitzen muss.

Ich möchte mich zunächst noch kurz vorstellen. Ich bin Physiker von der Ausbildung und wissenschaftlicher Konsulent für nukleare Sicherheit. Ich arbeite als Berater der österreichischen Bundesregierung.³⁶ Ich bin Österreicher, lebe seit 1978 in Deutschland. Ich arbeite als Berater der österreichischen Bundesregierung in Fragen der Kernenergie. Unter anderem bin ich als Vertreter Österreichs Mitglied von Expertengruppen zur Reaktorsicherheit im europäischen Rahmen und beschäftige mich im Rahmen bilateraler Fachkonsultationen mit kerntechnischen Anlagen in Europa, insbesondere in österreichischen Nachbarstaaten. Ich bin außerdem auch für Umweltorganisationen tätig und für andere Auftraggeber.

Mit Fragen der Sicherheit von Kernkraftwerken und deren Entsorgung setze ich mich seit etwa 35 Jahren beruflich auseinander. Das, was ich heute einleitend kurz erklären will, fällt eher in die allerersten Jahre dieser 35-jährigen Berufstätigkeit.

Ich möchte etwas sagen zu den Aussagen der internationalen Wissenschaftler, der sogenannten Kritiker, die 1978/79 für die niedersächsische Landesregierung tätig waren, soweit sie sich auch mit Endlagerung, mit dem Standort Gorleben und der Frage, wie viele Standorte vertieft untersucht werden sollten, beschäftigt haben.

Ganz kurz die Chronologie, die dem vorausgegangen ist: Im Februar 1977 ist die Vorauswahl des Standortes Gorleben für ein nukleares Entsorgungszentrum erfolgt. Dieses Entsorgungszentrum sollte Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente und radioaktive Abfälle, eine Wiederaufarbeitungsanlage, Fabriken zur Herstellung von Kernbrennstoff, Anlagen zur Abfallbehandlung sowie auch ein Endlager für radioaktive Abfälle umfassen.

Am 31. März 1977 legte dann die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, die DWK, dem nieder-

sächsischen Sozialminister, der zuständigen atomrechtlichen Behörde, den Antrag auf Genehmigung von Errichtung und Betrieb des Entsorgungszentrums minus Endlager vor, und am 28. Juli 1977 stellte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die PTB, beim niedersächsischen Sozialminister den Antrag zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für Errichtung und Betrieb des Endlagers in dem geplanten Entsorgungszentrum bei Gorleben.

Am 20. Oktober 1977 äußerten sich dann Reaktorsicherheitskommission und Strahlenschutzkommission des Bundes in einer gemeinsamen Empfehlung und stellten die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums fest.

Nach dieser Stellungnahme der Kommissionen hat es die niedersächsische Landesregierung dann für notwendig erachtet, zur Frage der grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit noch weitere Wissenschaftler anzuhören, und zwar solche, die der Wiederaufarbeitung - das war das Kernstück sozusagen dieses Entsorgungszentrums, wurde auch so empfunden und angesehen - eher skeptisch gegenüberstanden. Somit wurden dann Mitte 1978 auf Vorschlag der von den Planungen berührten Grundeigentümer aus der Region 20 ausländische Wissenschaftler um die entsprechende Mitarbeit gebeten. Diese Wissenschaftler sollten sich mit sämtlichen im Zusammenhang mit dem Entsorgungszentrum relevanten Themenbereichen beschäftigen, also auch mit der Endlagerung.

Bei dieser komplexen Aufgabe wurde eine koordinierende Unterstützung als erforderlich angesehen. Das ist der Punkt.³⁷ Ich war bis zu diesem Zeitpunkt in Österreich, habe die Ereignisse bis dahin kaum mitbekommen. Aber zu diesem Zeitpunkt wurde ich dann vom Grundeigentümerverschein als fachlicher Koordinator dieser internationalen Wissenschaftlergruppe vorgeschlagen. Die niedersächsische Landesregierung hat dem zugestimmt.

Ich nehme an, dass der Grundeigentümerverschein mich zum Vorschlag gebracht hat, weil ich vorher, 1976/77, im österreichischen Industrieministerium zum Thema Kernener-

³⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich arbeite als Berater der österreichischen Bundesregierung“, Anlage 2

³⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das ist der Punkt.“, Anlage 2

gie gearbeitet habe und insbesondere die sogenannte Informationskampagne Kernenergie der österreichischen Bundesregierung fachlich koordiniert hatte.

Im Rahmen der Arbeiten dieser internationalen Wissenschaftlergruppe, also dieser 20 Fachleute, die sich selbst als „Gorleben International Review“ bezeichneten, haben vier Experten speziell und vertieft zum Thema Endlagerung gearbeitet. Das waren Prof. Dr. Jonathan Callender, ein Geologe, Professor an der Universität von New Mexico in Albuquerque, dann Dr. Thomas Cochran, ein Physiker, Senior Staff Scientist im Natural Resources Defense Council in Washington, USA, Dr. Charles Hyder, ein Geophysiker, ein Mitarbeiter des Southwest Research and Information Center in Albuquerque in New Mexico, und Dr. Thomas Johansson, ein Physiker, Lehrbeauftragter der Universität Lund in Schweden und Vizevorsitzender des schwedischen Nuclear Power Inspectorates, Stockholm. Die Erklärungen zu jeder einzelnen Person beziehen sich natürlich auf das damalige Jahr. Ich habe die meisten Leute aus den Augen verloren und weiß nicht, wo sie heute sind und was sie heute tun.

Die Arbeitsgruppe, die aus diesen Experten bestand, hat dann im Februar 1979 einen mehrhundertseitigen Bericht vorgelegt. Dieser Bericht enthält unter anderem verschiedene Hinweise auf mögliche Probleme des Endlagerstandortes Gorleben. Also er setzte sich auch sehr breit mit Endlagerung grundsätzlich, Endlagerung in Salz und solchen Fragen auseinander, aber auch mit Gorleben. Als Probleme wurden damals, also³⁸ in diesem Bericht von Februar 1979, genannt etwa die Existenz quartärer Rinnen, die dazu führen könnten, dass der Salzstock Grundwasserkontakt bekommt oder bereits hat, das Problem von Inhomogenitäten des Steinsalzes, also die vermutete Anwesenheit von Anhydrit, Carnallit und anderem, die eingeschränkte Barrierenwirkung des Deckgebirges und das Rohstoffpotenzial des Salzstocks. Ein Beispiel- oder vielleicht auch³⁹ die wichtigsten dieser Punkte.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte wurde eine Reihe von Untersuchungen empfohlen oder gefordert, um die Frage der Eignung oder Nichteignung klären zu kön-

nen. Ein Punkt, den die internationalen Experten aber dabei machten, war, dass sich diese Untersuchungen nicht auf Gorleben beschränken sollten. Die Experten sprachen in ihrem Bericht die Empfehlung aus, es sollten mindestens vier potenzielle Standorte ausgesucht werden. Alle diese Standorte sollten untersucht werden, einschließlich einer vollständigen Sicherheitsanalyse unter Verwendung von standortspezifischen Parametern.

So weit der Bericht, der an die niedersächsische Landesregierung übergeben wurde.

Es fand dann vom 28. bis 31. März und am 2./3. April 1979 in Hannover das Symposium „Rede - Gegenrede“ statt. Daran haben neben den von mir koordinierten internationalen Wissenschaftlern auch fünf deutsche Wissenschaftler teilgenommen, die als Kernenergieskeptiker galten, und außerdem 37 sogenannte Gegenkritiker aus dem In- und Ausland. Diese Gegenkritiker wurden von der niedersächsischen Landesregierung unter Berücksichtigung von Vorschlägen von DWK und PTB ausgewählt und herangezogen.

Dieses Symposium, das auch „Gorleben-Hearing“ genannt wird, umfasste sechs Tage mit je vier Diskussionsrunden. Dem Thema Endlagerung war der gesamte vierte Tag gewidmet. Dabei wurden folgende Teilbereiche behandelt: Anforderungen an Endlager, Salzgeologie, Bergtechnik und Abschluss eines Endlagers von der Biosphäre.

Der Salzstock Gorleben wurde dabei ausdrücklich von der Diskussion ausgeschlossen. Er sollte nicht behandelt werden. Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht erklärte zu Beginn des vierten Tages, also am Anfang der Diskussion über Endlagerung: Ich möchte zunächst einmal daran erinnern, dass wir heute nicht den Salzstock Gorleben diskutieren, sondern die Frage, ob grundsätzlich in einem Salzstock hochradioaktive Abfälle oder auch andere radioaktive Abfälle sicher gelagert werden können.

Er selbst erläuterte dann noch kurz die politischen Überlegungen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Standortuntersuchung sowie die Gründe für die Vorauswahl des einen Standortes Gorleben. Die drei Gründe, die er nannte, waren erstens ein möglichst unberührter Salzstock, zweitens eine ausreichende Größe und drittens: Obergrenze des Salzstockes soll nicht tiefer als 400 Meter unter der Erdoberfläche liegen.

³⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „also“, Anlage 2

³⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ein Beispiel - oder vielleicht auch“, setze „Das sind wohl“, Anlage 2

Dieser Vorgabe wurde dann natürlich auch gefolgt. In den folgenden Diskussionen wurde der Name Gorleben hier und da erwähnt, aber getreu dieser Vorgabe des Ministerpräsidenten wurden die Eigenschaften des Standortes und wurde die Frage seiner Auswahl nicht erörtert.

Damit bin ich schon fast am Ende meiner einleitenden Erklärung. Inwieweit diese umfassenden Ausführungen zur Endlagerung und zu Gorleben in dem Bericht der Expertengruppe vom Februar 1979 nach dem Gorleben-Hearing oder zu einem späteren Zeitpunkt von der niedersächsischen Landesregierung oder irgendeiner Institution des Bundes ausgewertet wurden und beim weiteren Vorgehen bei der Endlagerung Berücksichtigung gefunden haben, ist mir nicht bekannt. Offensichtlich ist allerdings schon, dass die Empfehlung, mehrere Standorte parallel vertieft zu untersuchen, nicht aufgegriffen wurde.

So weit meine Erklärung. Ich stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Hirsch. - Angesichts der zeitlichen Situation gebe ich das Rederecht sofort an die Unionsfraktion. Bitte schön.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, Sie kennen unseren Untersuchungsauftrag, und wir tasten uns jetzt vor, um zum Kern des Themas zu kommen. Könnten Sie uns zu Ihrer Dissertation etwas sagen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sie meinen zu meiner jetzigen Situation?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Zur Dissertation.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Zu meiner Dissertation, ach so. Ich habe meine Doktorarbeit an der Universität Wien durchgeführt und habe im Januar 1975 promoviert. Die Fachrichtung war Experimentalphysik, und zwar, konkreter gesagt, Aerosolphysik, also die Messung von Luftverschmutzungen, die in Form von Aerosolen, also kleinen festen oder flüssigen Teilchen, die luftgetragen sind, vorliegen. Der Titel meiner Arbeit lautete: „Zur Definition des Informationsgehaltes physikalischer Messungen“. Es ging um die

Frage, wie weit sich Messungen von Aerosol optimieren lassen, wenn der Informationsbegriff da hereingetragen wird und sozusagen optimal diese Experimente dann ausgelegt werden.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ah ja, vielen Dank. - In den Österreich-Dokumentationen Kernenergie, für deren Gesamtedaktion und Koordination Sie im österreichischen Handelsministerium zuständig waren, taucht der Problemkreis Endlagerung nur ganz am Rande auf, von zehn Diskussionsgruppen. Können Sie uns hierzu was sagen? Spielte das überhaupt eine zentrale Frage, diese Endlagerung?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, soweit ich mich erinnere, hatte von diesen zehn Gruppen eine das Thema Atommüllentsorgung. Das ist jetzt, soweit ich das im Gedächtnis habe. Das schließt Endlagerung ein. Ich weiß, dass in den Diskussionen damals in Österreich die Endlagerung als Thema auch eine Rolle gespielt hat.

Vielleicht ergänzend: Es war ja so, dass diese zehn Themen wirklich ein sehr breites Feld überspannt haben. Es ging ja nicht nur um technische Fragen, sondern es begann mit volkswirtschaftlichen Fragen, mit betriebswirtschaftlichen Fragen. Es ging auch um die Abwärmeproblematik. Es ging um die Fragen der Weiterverbreitung. Also, das macht es vielleicht verständlicher, warum dann eben Endlagerung, auch wenn es ein wichtiges Thema ist, nur einen entsprechend relativ kleinen Abschnitt zugewiesen bekam.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Aber so richtig vertieft sind Sie hier in die Problematik der Endlagerung abgebrannter Brennelemente innerhalb dieses Arbeitskreises nicht eingestiegen. Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sie meinen mit „Arbeitskreis“ bei der Arbeit in Österreich?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Dem schließt sich die Frage an: Können Sie uns erklären, wie es dazu gekommen ist, dass das niedersächsische Sozialministerium Sie als Koordinator des Gorleben-Hearings berufen hat?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich kann Ihnen dazu meine Mutmaßungen sagen. Die authentische Antwort muss Ihnen natürlich das niedersächsische Ministerium geben, aber ich kann Ihnen gerne dazu meine Mutmaßungen sagen. Ich denke, es war auch - - Bei der Problemstellung im Zusammenhang mit dem Entsorgungszentrum war auch ein ziemlich weiter Themenbereich insgesamt überspannt, nicht ein so weiter Themenbereich wie bei der österreichischen Informationskampagne, aber die Fragen gingen auch von⁴⁰ allgemeinen Fragen - - Da war dann auch ein Tag auf dem Symposium dem gewidmet: Wird Wiederaufarbeitung überhaupt gebraucht? Das geht also in energiewirtschaftliche Fragen. Es wurden auch Fragen der Strahlenwirkung erörtert. Es wurden Fragen der Proliferation, Weiterverbreitung von Kernwaffen, erörtert. Also ein ziemlich breites Spektrum.

Ich könnte mir also gut vorstellen, und ich glaube, mich auch zu erinnern, dass das bei meinen ersten Gesprächen, bei den Kontaktaufnahmen mit dem niedersächsischen Ministerium, eine Rolle gespielt hat - aber, bitte, da ist meine Erinnerung natürlich schon etwas durch die lange Zeit, die vergangen ist, nicht mehr ganz sicher -, dass es wichtig war, also dass ich sozusagen ein geeigneter Kandidat war, weil ich bei der österreichischen Informationskampagne als fachlicher Koordinator ein breites Spektrum von Themen und ein breites Spektrum von Arbeitsgruppen, von Experten in Arbeitsgruppen, koordiniert habe. Das waren insgesamt etwa 70 Experten in diesen zehn Arbeitsgruppen. Ich war der fachliche Gesamtkoordinator, musste also die einzelnen Gruppen aufeinander abstimmen und auch sehen, dass die Gruppen sozusagen⁴¹ auf der richtigen Marschrichtung bleiben, thematisch gesehen. Natürlich nicht Ergebnisse vorgeben, aber das Thema war natürlich vorgegeben. Das

⁴⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „gingen auch von“, setze „begannen auch mit“, Anlage 2

⁴¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sozusagen“, Anlage 2

war ja vorher ausgewählt, das war ja Wunsch der Regierung.

Ich denke, da könnte die niedersächsische Landesregierung sehr gut eine Parallele gesehen haben zu der Problemstellung im Zusammenhang mit Gorleben, Entsorgungszentrum, wo es eben auch darum ging, eine größere Zahl von Experten, die dann einzelne Gruppen bilden, hier⁴² zu koordinieren, über das Gesamtthema den Überblick zu behalten und eben auch festzustellen, dass die einzelnen Arbeitsgruppen in richtiger Form sich miteinander abstimmen und dass jede Arbeitsgruppe bei dem Thema bleibt, bei dem sie bleiben soll.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Wie ist denn die niedersächsische Regierung überhaupt auf Sie gekommen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das hatte ich vorhin in meiner Erklärung, glaube ich, gesagt, dass der Grundeigentümerverschein aus der Region Gorleben mich vorgeschlagen hat.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ah ja. Wie standen Sie denn damals zur friedlichen Nutzung der Kernenergie so im Allgemeinen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich war sehr skeptisch. Ich hatte 1976 im österreichischen Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie begonnen, war damals zu dem Zeitpunkt ein Befürworter der Kernenergie und habe mich aber dann durch die nähere Beschäftigung mit der Materie in der Zeit, in der ich in dem Ministerium war - - Insgesamt waren es zweieinhalb Jahre. Da ist also meine Skepsis deutlich gewachsen.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, interessant für uns wäre auch, zu wissen, wie Sie damals und wie Sie heute zu der Frage stehen: Wie kann man abgebrannte Brennelemente, Abfälle aus Kernkraftwerken in geologischen Formationen unterbringen? Wie ist da Ihre Position?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich beschäftige mich auch jetzt im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit mit Endlagerung. Das vielleicht vorweg. In den letzten Jahren aller-

⁴² Richtigstellung des Zeugen: streiche „hier“, Anlage 2

dings war mein Schwerpunkt weniger das deutsche Endlagerprogramm, sondern die Aktivitäten in der Schweiz. Das ist letztlich dadurch begründet, dass ein Standortgebiet, ein mögliches Standortgebiet in der Schweiz relativ nahe zur österreichischen Grenze liegt und dass daher von österreichischer Seite - wie ich sagte, ist die österreichische Bundesregierung ja mein wichtigster Auftraggeber - da Interesse besteht. Ich bin also seit einigen Jahren Mitglied des Technischen Forums Sicherheit. Das ist ein Expertengremium, vom Schweizer Bundesamt für Energie eingerichtet. Das begleitet die Schweizer Standortsuche für Endlager.

Meine Position ist, jetzt kurz gesagt, dass es sehr interessante Ansätze gibt, dass ich insbesondere den Schweizer Weg mit sehr großem Interesse verfolge, dass aber auch klar ist: Es wird für ein Endlager für abgebrannte Brennelemente keinen Sicherheitsnachweis in dem Sinne geben, dass ich vollständig alle Fragen, die in dem Zusammenhang behandelt werden müssen, naturwissenschaftlich erfassen und auch nach den üblichen Kriterien naturwissenschaftlichen Arbeitens abarbeiten kann. Das ist durch die langen Zeiträume so gegeben, und ich denke, da würden mir viele Experten zustimmen, die auf dem Gebiet arbeiten.

Das heißt, ich denke, es wird immer am Ende, auch wenn noch so sorgfältig gearbeitet wird, ein breiter gesellschaftlicher Konsens stehen müssen, um zu sagen: So, das sind die Pläne, das sind die Analysen, die wir gemacht haben. Das wissen wir. Da⁴³ sind die Unsicherheiten. Auf der Grundlage muss dann entschieden werden.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Also, das hört sich ja sehr nach Skepsis an.

(Heiterkeit)

Haben Sie denn irgendwelche Vorstellungen, wie man diese Abfälle aus Kernkraftwerken verantwortbar gegenüber der Bevölkerung endlagern kann?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ganz allgemein würde ich sagen: Ich sehe keine Alternative dazu, den Weg der geologischen Endlagerung oder Tiefenlagerung, wie er in der Schweiz heißt, weiter zu verfolgen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass in

meiner beruflichen Tätigkeit es nicht zu meinen Aufgaben gehört, detailliert Konzepte zu entwickeln. Ich bin als Sachverständiger tätig, um vorhandene Konzepte⁴⁴ abzuklopfen, gegebenenfalls zuzustimmen oder weitergehende Fragen zu stellen. Das ist, jetzt einfach gesagt, der Kern meiner Tätigkeit. Darauf bin ich spezialisiert. Das mache ich seit Jahrzehnten. Das kann ich.

Eine andere Sache ist es - - Eine andere Aufgabe haben die Techniker, die in einem Unternehmen arbeiten, das Endlager baut, und die dieses Endlager dann entwerfen müssen.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, vielleicht bleiben wir schnell einen kurzen Moment bei Ihrer Tätigkeit in der Schweiz. Wenn ich das alles richtig verstanden habe, dann kommt es in der Schweiz ganz offenkundig dazu, dass unterschiedliche Standorte mit unterschiedlichen Wirtsgesteinen zur Untersuchung kommen sollen. Das Ganze ist ja meines Wissens noch nicht so weit. Können Sie uns vielleicht einmal kurz erklären, wie man in der Schweiz vorgehen will und was konkret Ihre Tätigkeit in der Schweiz bei den unterschiedlichen Formationen ist?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. In der Schweiz wird zurzeit der sogenannte Sachplan geologische Tiefenlager abgearbeitet. Das ist ein Plan zur Identifizierung von Standorten für Endlager, und zwar - an sich geht man da getrennt ran - einerseits für hochaktive Abfälle und andererseits für schwach- und mittelaktive Abfälle. Das sind also zwei verschiedene Suchen. Aber es ist auch die Möglichkeit, ein sogenanntes Kombilager zu errichten, bei diesem ganzen Plan offengehalten.

Der Plan geht aus sozusagen von einer weißen Karte der Schweiz und umfasst drei Etappen, von denen die erste Etappe jetzt schon, ja, sagen wir mal, relativ nahe vor ihrem Abschluss steht. In der ersten Etappe ging es darum, sowohl für die hochaktiven Abfälle als auch für die schwach- und mittel-

⁴³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Da“, setze „Und das“, Anlage 2

⁴⁴ Ergänzung des Zeugen: „zu prüfen und“, Anlage 2

aktiven Abfälle Standortgebiete auszuwählen, mehrere Standortgebiete. Das ist durchgeführt worden. Es sind drei Standortgebiete für die hochaktiven Abfälle ausgewählt worden und sechs insgesamt für die schwach- und mittelaktiven. Das überschneidet sich. Eines von den dreien ist das Zürcher Weinland, nördlich Lägeren ist der andere⁴⁵. Ich kriege sie jetzt nicht alle im Kopf zusammen. Aber ich glaube, das ist ja jetzt auch nicht nötig; das kann man leicht nachschlagen.

Das ist also jetzt der Stand. Alle Standortgebiete für hochaktive Abfälle enthalten die Formation Opalinuston als Endlagerformation. Bei den schwach- und mittelaktiven ist das nicht ganz auf eine Formation festgelegt. Es ist also auch Opalinuston festgelegt⁴⁶.

In der zweiten Etappe soll dann eine engere Auswahl erfolgen aus den in der ersten Etappe ausgewählten. Und zwar sollen für sämtliche Standortgebiete sogenannte provisorische Sicherheitsanalysen durchgeführt werden, also schon so weit wie möglich mit standortspezifischen Daten, aber provisorisch, so sagt der Name. Man wird keine umfassenden Untersuchungen der einzelnen Regionen durchführen; aber es kann durchaus sein, dass die eine oder andere Bohrung, dass die eine oder andere Seismikuntersuchung da⁴⁷ durchgeführt wird.

Auf der Basis der provisorischen Sicherheitsanalyse wird dann die zu erwartende maximale Strahlendosis über den Zeitraum von 1 Million Jahren für die hochaktiven Abfälle, von 100 000 Jahren für schwach- und mittelaktive Abfälle ermittelt, und nach diesem Kriterium, auch unter Berücksichtigung der Unsicherheiten, wird dann der nächste Auswahlschritt vollzogen. Es sollen dann am Ende der zweiten Etappe mindestens zwei Standorte für die hochaktiven und mindestens zwei für die schwach- und mittelaktiven ausgewählt sein. Wie ich sagte, es kann auch ein Kombistandort sein, der für beides ist.

Und in der dritten Etappe werden dann diese zwei oder drei Standorte, je nachdem, einer noch vertieften Untersuchung unterzogen, parallel. Da wird also dann sozusagen

eine genauere Sicherheitsanalyse, zu der man sich dann alle Daten beschafft, die man beschaffen kann, durchgeführt, und am Ende steht dann also⁴⁸ die Entscheidung, die dann letztlich der Bundesrat, also die Regierung, fällen muss und die dann auch möglicherweise durch eine Volksabstimmung noch bestätigt wird, für ein Standortgebiet.

Das Technische Forum Sicherheit, in dem ich Mitglied bin und in dem ich die Republik Österreich vertrete, begleitet diesen Prozess. Dort werden Fragen behandelt. Das Forum wird regelmäßig über den Fortgang der Ereignisse informiert, über den Fortgang der Untersuchungen und über den Fortgang der Umsetzung dieses Sachplans, mit dem ich mich übrigens auch schon früher beschäftigt hatte. Also, ich war schon Jahre, bevor man damit begann, den Sachplan umzusetzen, beschäftigt mit dem Schweizer Entsorgungsnachweis und mit dem Erstellen des Sachplanes überhaupt, also mit der konzeptionellen Arbeit.

Gut. Jedenfalls in diesem Technischen Forum Sicherheit werden die Mitglieder informiert, und dort können dann Fragen eingebracht werden, wenn es darum geht⁴⁹, wenn man der Meinung ist, an einem bestimmten Punkt bestehen noch Unklarheiten, da müssten also jetzt, vielleicht zum jetzigen Zeitpunkt, bevor man weitergeht, noch weitere Untersuchungen durchgeführt werden. Zum Beispiel ist es jetzt gerade ein Diskussionspunkt im Technischen Forum, der auch in der Schweizer Öffentlichkeit, in der interessierten Öffentlichkeit natürlich, bekannt ist: Wie muss die Informationsbasis für die provisorische Sicherheitsanalyse sein? Wie kann ich sicherstellen, dass nicht dadurch, dass ich von einem Standortgebiet schon mehr weiß, dann dieses Standortgebiet ja, je nachdem, bevorzugt, benachteiligt wird, so dass das ganze Vergleichsverfahren dadurch schief ist? Das ist jetzt eine Frage, die uns da in diesem Gremium sehr beschäftigt, weil sie dann auch letztlich eine immense praktische Bedeutung hat. Denn ich neige eher zu der Ansicht - und⁵⁰ auch andere -, zu sagen: Lieber auch noch im Rahmen der Etappe 2

⁴⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „der andere“, setze „ein anderer“, Anlage 2

⁴⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Es ist also auch Opalinuston festgelegt“, Anlage 2

⁴⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „da“, Anlage 2

⁴⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann also“, Anlage 2

⁴⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wenn es darum geht“, Anlage 2

⁵⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „und“, setze „das tun“, Anlage 2

vor der provisorischen Sicherheitsanalyse weitergehende Untersuchung machen - das kostet natürlich Zeit, bringt den zeitlichen Fahrplan durcheinander - als nachher auf der Basis eines schiefen, nicht ganz ausgewogenen Vergleichsverfahrens etwas auswählen, und womöglich tauchen dann noch später die Probleme auf.

Also, das ist ein Beispiel. Was ich natürlich besonders zu berücksichtigen habe bei meiner Mitwirkung in dem Forum, ist letztlich, um es mal ganz plakativ zu sagen, die Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung zu vertreten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt haben wir Sie und Ihr Tätigkeitsfeld sehr gut kennengelernt, Herr Dr. Hirsch. Das ist ausgesprochen schön. Dadurch können wir Sie als Zeugen auch besser beurteilen. Aber ich weise darauf hin, dass das jetzt mit Gorleben im Moment nicht wirklich etwas zu tun hat und mit unserem Untersuchungsauftrag.

(Zurufe)

- Nein, die Frage war so, wie sie war. Ich habe sie auch zugelassen, und Sie haben auch ausgeführt. Ich will uns nur jetzt ein wenig wieder konzentrieren auf den Untersuchungsauftrag, weil ja auch der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik auf den damals aktuellen Stand rekurriert. Von daher ist das alles interessant und für uns und für unseren Hintergrund auch ganz besonders gut. Aber ich will uns nur mahnen, dass wir uns jetzt noch mehr als bislang auf den Untersuchungsauftrag konzentrieren.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, diese Frage hatte natürlich schon ihren Sinn; denn Sie haben, Herr Dr. Hirsch, 1977 in den *Physikalischen Blättern* geschrieben, dass im Bereich der hochaktiven Abfälle voll erprobte Verfahren so gut wie nicht existieren. Daran schließt jetzt die Frage an: Erstens. Gibt es zum jetzigen Zeitpunkt - - Oder hat sich in den zurückliegenden 30 Jahren da was Gravierendes verändert, und wird nach diesen wissenschaftlichen Erfahrungen und Erkenntnissen diese Erkundung dann auch tatsächlich so durchgeführt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, es hat sich zweifellos - 1977, das war vor 34 Jahren - sehr viel geändert. Es ist noch nicht so

weit, dass es nun ein Endlager für hochradioaktive Abfälle bereits gibt - das ist weltweit ja nicht der Fall -, aber es gibt sicherlich sehr große Fortschritte. Das Beispiel Schweiz zeigt das ja, über das wir gesprochen haben. Ja, was soll ich dazu noch sagen? Können Sie konkreter nachfragen?

Franz Obermeier (CDU/CSU): In dem Zusammenhang wäre natürlich schon interessant, zu erfahren, was denn die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Erkundungen tatsächlich gebracht haben für die Eignetheit einer Formation.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Zielt die Frage darauf hin, die Frage Ton oder Salz oder Granit?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, da hat sich auch für mich - ich will es mal aus meiner Sicht darstellen - doch einiges geändert. Auch zum Zeitpunkt des „Gorleben Review“ - über die Experten habe ich ja gesprochen; das ist ja auch hier wichtig - war auch noch ein sehr großes Thema: Ist Salz überhaupt geeignet? Kommt Salz überhaupt infrage? Mittlerweile, würde ich aber sagen, hat sich das auch weltweit geändert und auch in meiner eigenen Einstellung, sodass ich sage: Es kommen verschiedene Formationen infrage. Wichtig ist ein einwandfreier, fachlich korrekter Prozess der Standortvorauswahl und dann auch der Eignungsbestimmung des Standortes, der Sicherheitsanalysen. Und auf der Grundlage dessen muss ich dann den einzelnen Standort einschätzen. Das war jetzt vielleicht etwas sehr abstrakt abgehoben. Ich sage es vielleicht mal einfacher: Ein guter Standort im Salz kann besser sein als ein schlechter im Ton und umgekehrt. - Beantwortet das Ihre Frage?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie keine weiteren Fragen, Herr Obermeier?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ich dachte, es hat geklingelt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein. Alles gut. Sie haben noch drei Minuten.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Nein, Herr Dr. Hirsch. Dann machen wir weiter. - Es ist natürlich schon interessant, zu erfahren, dass es weniger auf die Art des Wirtsgesteins ankommt, dass es durchaus in Granit geeignete Formationen geben kann, ebenso wie in Ton, aber ebenso wie in Salzformationen. Haben Sie dazu Studien selber erstellt, zu den Fragen der Endlagerung? Gibt es da Dinge, die man nachlesen kann?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Zunächst: Es kommt schon auf die Formation an. Die Zahl der Kandidaten ist gering. Im Wesentlichen haben Sie genannt⁵¹ Granit, Ton und Salz. Also, es ist nicht so, dass ich irgendwohin gehen kann und sagen kann: Da habe ich jetzt die Hoffnung, einen guten Endlagerstandort zu finden, also Granit, Ton und Salz, die jedes dann ihre spezifischen Vor- und Nachteile haben.

Ich habe zum Thema Endlagerung eine ganze Reihe von Berichten geschrieben. Also zum Beispiel - um auf das zurückzukommen, was wir vorhin beschrieben haben - können Sie sich ansehen, was ich seit 2005 etwa - da habe ich begonnen, mich mit dem Schweizer Endlager zu beschäftigen - an Berichten zu dem Entsorgungsnachweis im Zürcher Weinland geschrieben habe, dann zu dem Konzept des Sachplans geologische Tiefenlager und auch jetzt noch im weiteren Verlauf. Das ist ein Beispiel. Ich habe vorher auch zu dem Thema was geschrieben; aber ich habe das jetzt nicht alles so im Kopf.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Welches Konzept würden Sie jetzt vertreten? Wie würden Sie das für unsere Situation einschätzen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Wenn das noch nicht deutlich geworden ist, kann ich das noch mal betonen. Ich vertrete das Konzept einer wissenschaftlich einwandfreien Standortvorauswahl, so wie in der Schweiz, zum Beispiel mit einer weißen Karte der Schweiz zu beginnen und dann mit wissenschaftlich einwandfreien Sicherheitsanalysen, die eine ausreichende Datenbasis haben müssen, von mehreren Standorten pa-

rallel, wobei ich darauf achten muss, dass die Informationsbasis eben nicht ungleich ist und dass ich dadurch ein störendes Element in mein Auswahlverfahren reinbekomme. Das ist doch, denke ich, klar. Das ist meine Vorstellung.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Sie sind 1977 in das Thema eingestiegen. Für uns geht es um die Frage, herauszufinden, ob es von außen nicht wissenschaftlich begründete Einflussnahmen auf die Entscheidung Gorleben gegeben hat. Ist Ihnen während Ihrer Tätigkeit im Auftrag des niedersächsischen Sozialministeriums ein Vorgang oder mehrere Vorgänge bekannt, nach denen staatlicherseits, von Bundesseite oder Länderseite, konkret eingegriffen wurde in die Frage der technisch-wissenschaftlichen Geeignetheit eines Salzstocks oder speziell des Salzstocks Gorleben?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich würde das durchaus im Zusammenhang damit sehen, dass vonseiten der niedersächsischen Landesregierung ausdrücklich kein Interesse daran bestand, die Erkenntnisse der internationalen Wissenschaftlergruppe zu Gorleben zur Kenntnis zu nehmen. Das ist jetzt ein negativer Punkt, aber ich denke, er gehört dazu. Denn es gehört ja auch zu einem ergebnisoffenen Verfahren, das wissenschaftlich einwandfrei ist, dass ich sämtliche fachlichen Informationen, die mir vorliegen, dann auch wirklich rezipiere und mich damit beschäftige. Und davon habe ich nicht nur nichts gemerkt, sondern es war auch - - Ich sagte ja schon, beim Gorleben-Hearing hat Ministerpräsident Albrecht sogar ausdrücklich gesagt: Ich will hier nichts über den Endlagerstandort Gorleben hören.

Es ist mir auch erinnerlich, vorher, in meinem Kontakten mit dem niedersächsischen Sozialministerium - ich glaube, dass das mein Kontaktpartner war, der den Vertrag mit mir gemacht hat -, dass da auch immer wieder gesagt wurde: Über Gorleben konkret wollen wir eigentlich gar nichts hören.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Hirsch, ich würde gern daran gleich anknüpfen; denn es gibt ja als Abschlussbericht den siebenbändigen Gorleben-Report, in dem sowohl Kritiker als auch Befürworter zu

⁵¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Sie genannt“, setze „Sie sie genannt:“, Anlage 2

Wort kommen. Dieser Report, wieso heißt der denn „Gorleben-Report“, wenn er sich nicht auf Gorleben bezieht?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Gorleben war der Standort des nuklearen Entsorgungszentrums. Insofern, ja, Gorleben, aber ausgeklammert - das habe ich vielleicht nicht präzise genug gesagt - ⁵²Salzstock Gorleben als Endlager. Das sollte ausgeklammert werden. Dass es um den Standort Gorleben für das Entsorgungszentrum ging, das war natürlich klar.

Ute Vogt (SPD): Habe ich es richtig verstanden, dass Sie den Eindruck hatten, dass man kein Interesse daran hatte, tatsächlich etwas zu erfahren über die Geeignetheit oder Ihre wissenschaftliche Einschätzung zum Salzstock Gorleben als Endlager?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Man sagte: Wir wollen allgemein über Salz⁵³, okay, und über Endlagerung, Sicherheitsziele - - Aber wir wollen eigentlich gar nicht, dass ihr euch mit dem Salzstock Gorleben beschäftigt.

Ute Vogt (SPD): Es gab ja dann aber offensichtlich doch Beschäftigung damit.

Ich habe doch noch mal zum Verfahren eine Frage: Ich habe in dem Buch von Frau Wollny gelesen, dass sie uns beschreibt, dass die Kritiker des Projekts auch in dem Pro/Kontra-Dialog „Rede - Gegenrede“ von Anfang an benachteiligt gewesen seien. Könnten Sie sich erklären, wie Frau Wollny zu solchen Aussagen kommt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das Problem, das ich von Anfang an gehabt habe, war, ausreichend Informationen zu bekommen. Die Wissenschaftler, insbesondere diese ganze Expertengruppe, die zur Endlagerung gearbeitet haben, hatten da ⁵⁴Vorstellungen. Das waren ja alles Leute, die sich in dem Thema auskannten und deshalb ausgewählt wurden und auch von der niedersächsischen Landesregierung akzeptiert wurden. - Das vielleicht mal vorweg. Die niedersächsische Landesregierung hat immer gesagt: Wir

nehmen nur Leute, egal von welcher Seite, die fachlich einwandfrei ausgewiesen sind. - Und sie haben diese 20 Personen akzeptiert.

Die hatten eine bestimmte Vorstellung, was sie an Informationen brauchen. Und ich erinnere mich, das war eigentlich die ganze Zeit sozusagen⁵⁵ ein schwieriger Kampf, da an Unterlagen ranzukommen. Und es war dann auch so, dass ich teilweise selbst die Initiative ergriffen habe - ausdrücklich verboten war das ja nicht -, um diesen Leuten, jetzt insbesondere denen, die sich mit Endlagerung und auch Gorleben beschäftigt hatten, Informationen zukommen zu lassen, Kontakte herzustellen mit deutschen Experten, damit sie da etwas vertiefter arbeiten können.

Und so ist es ja⁵⁶. Sie haben sich ja dann auch damit beschäftigt, und ein Teil ihres Berichtes zur Endlagerung hat sich ja dann auch speziell mit Gorleben beschäftigt.

Ute Vogt (SPD): Gab es in den Materialien, die Ihnen zur Verfügung standen, einen Kriterienkatalog, der quasi abgearbeitet werden musste, um die Sicherheit eines Endlagers zu überprüfen? Oder wäre das etwas, was Sie für notwendig halten, dass es so einen Katalog gibt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das war - - Es gab nur ganz allgemeine Kriterien, etwa das, was Herr Ministerpräsident Albrecht bei dem Gorleben-Hearing gesagt hat, eben ein unberührter Salzstock, die Tiefe nicht größer als 400 Meter und - jetzt habe ich doch tatsächlich vergessen, wie der dritte Punkt war -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

ausreichende Größe des Salzstockes. Entschuldigen Sie. Es ist schon ein etwas langer Tag.

Ja, das wurde von den internationalen Wissenschaftlern auch moniert, dass es hier keinen detaillierteren Kriterienkatalog gab, insbesondere eben im Zusammenhang damit, dass sie gesagt haben: Der Schritt der Vorauswahl ist wichtig. - Das war vielleicht ein Punkt, der dahinter gestanden ist, auch hinter der Beschäftigung mit Gorleben, dass

⁵² Ergänzung des Zeugen: „war der“, Anlage 2

⁵³ Ergänzung des Zeugen: „reden“, Anlage 2

⁵⁴ Ergänzung des Zeugen: „klare“, Anlage 2

⁵⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sozusagen“, Anlage 2

⁵⁶ Ergänzung des Zeugen: „auch gelaufen“, Anlage 2

der Eindruck da war bei den internationalen Wissenschaftlern und bei mir, der ich mit Energie gearbeitet habe⁵⁷: Der Schritt der Vorauswahl ist sehr wichtig. Man muss sich mehr Gedanken machen über die Vorauswahl. Man sollte mehrere Standorte auswählen und sollte auch diesen Vorauswahlprozess - ja, sagen wir mal - fachlich mehr strukturieren und insgesamt da auch mehr Anstrengungen reinstecken. Und dazu hat das dann eben nicht so gepasst.

Ute Vogt (SPD): Es gab in dem Zusammenhang ja - - Das habe ich auch gelesen bei Frau Wollny in dem Buch im Gorleben Archiv, wo sie noch mal erläutert, was der schwedische Atomexperte Professor Dean Abrahamson gesagt hat - der war ja auch Teil Ihrer Expertengruppe, nehme ich an -, der uns deutlich macht:

Es wäre ... möglich, weiterzumachen ohne Kriterien festzusetzen... Ein Vorgehen in dieser Weise garantiert, daß man die Kriterien erfüllen wird: Denn es ist genau so, als wenn man bei einem Schießwettbewerb zunächst auf die blanke Wand schießen, dann zu der Wand hingehen und das Ziel jeweils um die Stellen herum einzeichnen würde, wo die Schüsse hingetroffen haben...

Können Sie uns diese Beschreibung erläutern?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, ich denke, dabei geht es genau eben darum, um das Fehlen von Kriterien und dadurch eben, ja, um die Schwierigkeit, letztlich nachträglich eine Eignungsaussage überhaupt zu machen, und die Möglichkeit, dass bei der Eignungsaussage dann eben - - Also das war eben die Befürchtung der internationalen Wissenschaftler, dass dann eine gewisse Willkür in die Eignungsaussage reingebracht wird, wobei diese Aussage jetzt natürlich von Herrn Abrahamson sehr pointiert war, und in seinem Bericht hat er das so nicht geschrieben. Aber dass er das so pointiert hat, war vielleicht auch der Frustration geschuldet, dass es eben diese Probleme gab, über die ich vorhin gesprochen habe.

Aber grundsätzlich war das natürlich - - In die Richtung gingen die Befürchtungen, ja.

⁵⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , der ich mit Energie gearbeitet habe“, Anlage 2

Ute Vogt (SPD): Vorhin hat uns der vorhergehende Zeuge, Herr Ziegler, ein Mitarbeiter des damaligen Forschungsministeriums, hier - - Unter anderem haben wir über einen Vermerk gesprochen, in dem er ausführte, dass das Deckgebirge auf Dauer nicht halten würde, aber dass es dann auch reicht, wenn der Salzstock hält.

Wäre das so ein Beispiel, dass man erst sagt: „Wir brauchen ein sicheres Deckgebirge“, und wenn es sich dann herausstellt, dass es nicht sicher ist, dann reicht eben auch der Salzstock? Ist das was, was in das Schema passt, das wir eben beschrieben haben?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, das passt in das Schema. Es ist auch so, dass die internationalen Experten sehr betont haben, dass das Mehrfachbarrierenprinzip wichtig ist bei der Endlagerung, dass ich mehrere geotechnische Barrieren habe, dass ich aber auch mehrere geologische Barrieren brauche. Also, da passt das genau hinein. Denn wenn Sie aus diesem Mehrfachbarrierenprinzip - - Das kann ja dann eine Grundlage sein, um auch Kriterien abzuleiten, die das eben berücksichtigen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es war damals Stand der Wissenschaft und Technik aus Ihrer Sicht, dass es die Mehrfachbarrieren geben muss?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Aus der Sicht der Experten, die da auch mitgewirkt haben.

Ute Vogt (SPD): War es damals auch Stand der Wissenschaft und Technik, dass man mehrere Standorte untersucht? Oder Alternativen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Da muss ich sagen: Das war zu diesem Zeitpunkt sicherlich noch⁵⁸ in der Diskussion. Es war bereits in der Fachdiskussion. Es gab eine ganze Reihe von Experten, die das vertreten haben, aber es war noch nicht jetzt⁵⁹ der allgemein anerkannte Stand von Wissenschaft und Technik. Auch in der Schweiz zum Beispiel, die ich vorhin gelobt hatte, hat man noch in den 80er-Jahren einen ganz anderen Ansatz

⁵⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „noch“, Anlage 2

⁵⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „jetzt“, Anlage 2

gehabt, der also nicht dem gefolgt ist und mit dem man sich dann auch einen großen Misserfolg eingefahren hat.

Ute Vogt (SPD): Der vorherige Zeuge hat uns ausgeführt, dass es wissenschaftlich niemals möglich sei, den bestmöglichen Standort zu finden, weil sich die Wissenschaft und die Technik quasi immer wieder weiterentwickeln, sodass es nie einen bestmöglichen Zeitpunkt gäbe. Und er sagte dann - das habe ich mir aufgeschrieben -: „Intellektuell gibt es nicht die Wahl zwischen hinreichend sicher und bestmöglich.“ Würden Sie das unterschreiben?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein, das würde ich nicht unterschreiben. Sicherlich, ich würde ein Stück weit zustimmen, ⁶⁰ ein Stück weit Widerspruch. Zustimmung sicher in dem Punkt, wenn wir uns „bestmöglich“ jetzt als akademisch abstrakt vorstellen, dass wir wirklich - - Es gäbe dann also in Europa zig mögliche Standorte, und ich muss die jetzt alle so genau untersucht haben, dass ich feststellen kann, wer ⁶¹ ist der beste, und das ist dann der beste in Europa oder in Deutschland. Das ist sicher nicht erreichbar. Aber was erreichbar ist, ist, sagen wir mal, eine Auswahl des Bestmöglichen unter Berücksichtigung der pragmatischen Gesichtspunkte, die ich hier haben muss, dass das Verfahren nicht beliebig lang dauern kann, dass der Aufwand nicht beliebig groß ist. Ich kann also dem nahekommen. Ich kann diesem abstrakten akademischen Ideal ein Stück nahekommen. Ich kann es sicherlich nie erreichen.

Ich kann dem nahekommen, zweifellos, wenn ich ein Vorauswahlverfahren durchführe, dann mehrere Standorte auswähle und diese dann parallel untersuche. Wie sehr, hängt dann davon ab, wie gut das gemacht wird. Aber ich kann ihm ganz sicher nicht sehr nahe kommen, wenn ich nur einen Standort in die Vorauswahl nehme und dann mich auf diesen Standort konzentriere. Da bin ich dann sicher weit weg von diesem idealen Verfahren.

Ute Vogt (SPD): Wie ging das dann weiter, nachdem Sie diesen Bericht abgegeben

hatten? Es gab ja dann unterschiedliche Bewertungen. Vielleicht könnten Sie uns noch mal schildern, wie man dann mit den unterschiedlichen Bewertungen umgegangen ist.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, dieser Bericht wurde abgegeben, und der wurde in großen Teilen, eben was ⁶² Gorleben betroffen hat, dann nicht weiter diskutiert. Was diskutiert wurde auf dem Gorleben-Hearing, diesem Symposium, waren die anderen Teile, die Frage Salz grundsätzlich und auch die Frage nach den Sicherheitsanforderungen an Endlager. Da ist vielleicht ein Punkt, der in dem Zusammenhang interessant ist, dass dabei auch ein Unterschied in der Herangehensweise deutlich wurde, dass die internationalen Experten, die ich koordiniert habe, eben doch davon ausgegangen sind, dass die Sicherheit eines Endlagers für deutlich längere Zeiträume gewährleistet werden muss, als die andere Seite das vertreten hat. Ich weiß, dass da bei den sogenannten Gegenkritikern eher eine Position war: „Ja, eigentlich 1 000 Jahre, dann ist das eigentlich vorbei. Na gut, dann sagen wir 10 000, dann haben wir noch eine Sicherheitsmarge“, während die kritischen Wissenschaftler eben eher von längeren Zeiträumen, 100 000 bis 1 Million Jahre, gesprochen haben.

Damals war das auch noch nicht Stand der Wissenschaft und Technik. Es war in der Diskussion, aber noch nicht Stand der Wissenschaft und Technik. Aber das hat sich ja mittlerweile auch durchgesetzt, sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz und in anderen Ländern, dass man eben ⁶³ bei hochaktiven Abfällen einen Zeitraum von 1 Million betrachten muss.

Ute Vogt (SPD): Glauben Sie, dass man seriöserweise Sicherheit für 1 Million Jahre überhaupt gewährleisten kann?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Man kann es nicht gewährleisten im Sinne einer strengen naturwissenschaftlichen Beweisführung. Wie ich eingangs sagte, man kann vieles machen durch die Sicherheitsanalysen, man kann sich vieles ausdenken, sogenannte What-if-Fälle, wo man dann denkt: Wenn jetzt die Durchlässigkeit des Gesteins zehnmals so

⁶⁰ Ergänzung des Zeugen: „aber“, Anlage 2

⁶¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „wer“, setze „welcher“, Anlage 2

⁶² Ergänzung des Zeugen: „den Salzstock“, Anlage 2

⁶³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „eben“, Anlage 2

groß ist und⁶⁴ wenn eine Eiszeit kommt, dann wird das alles aufgegraben.

Aber ich kann mir nie sicher sein, dass ich diese Million Jahre richtig vorhersagen kann. Und dann gibt es nur den Weg, zu sagen: „Das weiß ich, und das sind die bestehenden Unsicherheiten“, und dann eine gesellschaftliche Entscheidung. Dafür sind dann nicht mehr die Fachleute primär zuständig. Die müssen das genau präzisieren, so genau es geht, darlegen. Dann muss eine Entscheidung erfolgen: Tragen wir diese Unsicherheiten, oder suchen wir noch weiter?

Ute Vogt (SPD): Habe ich es richtig verstanden, dass man damals noch nicht davon ausging, dass der Müll so lange strahlt? Weil Sie sagen, die haben zum Teil gesagt, 1 000 Jahre reichen. Ich glaube, im Gesetz stand damals 10 000.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: 10 000, ja.

Ute Vogt (SPD): Also hat man die Strahlung damals falsch eingeschätzt oder nicht gekannt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich denke, daran liegt es nicht, dass es da so einen krassen Unterschied gibt. Es hat⁶⁵ Neubewertungen der Radiotoxizität von Nukliden gegeben. Daran⁶⁶ nicht, sondern ich denke, was damals noch sehr en vogue war, hätte ich fast gesagt, in Wissenschaftlerkreisen, die also die Endlagerung sozusagen pushen wollten, war der Vergleich mit natürlichen Uranerzvorkommen. Das ist auch auf dem Endlager-Hearing, dem⁶⁷ Gorleben-Hearing, bei dem⁶⁸ Endlager-Teil auch noch diskutiert worden, dass man eben sagt: So, nach einer bestimmten Zeit, ist die Radioaktivität so weit abgeklungen - das ist die Grundidee, das ist nicht mein Konzept, sondern ich gebe das nur wieder -, dass sie vergleichbar ist mit einer Uranerzlagerstätte, und dann brauche ich mich nicht weiter darum zu kümmern; denn das Uranerz kommt

⁶⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „und“, setze „oder“, Anlage 2

⁶⁵ Ergänzung des Zeugen: „zwar“, Anlage 2

⁶⁶ Ergänzung des Zeugen: „liegt es aber“, Anlage 2

⁶⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Endlager-Hearing, dem“, Anlage 2

⁶⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „bei dem“, setze „auf dessen“, Anlage 2

ja in der Natur vor. Dann ist das auf das natürliche Risiko zurückgeführt.

Das hat einen⁶⁹ ganz großen Haken, dass da sehr viel Willkür drin ist. Was ziehe ich jetzt als Vergleichsbasis heran? Da kann man also⁷⁰ auf die verschiedensten Mengen von Uranerz kommen, mit denen man dann den Abfall vergleicht. Das ist das eine. Die andere Frage ist: Ist es überhaupt ein glücklicher Vergleich, einerseits⁷¹ ein Endlager, wo ich ja zwangsläufig ein natürliches System erst mal stören muss, um etwas einzubringen, auch wenn ich das mit aller Fachkenntnis mache, zu vergleichen mit einer natürlich entstandenen Uranerzlagerstätte?

Also grundsätzlich ist man mittlerweile weitestgehend von diesem - so muss ich heute sagen - unglücklichen Vergleich weg. Die internationalen Wissenschaftler in meiner Gruppe waren damals schon nicht damit einverstanden, und jetzt ist man eben bei diesen Zeiträumen in der Größenordnung von 1 Million Jahre für hochaktive Abfälle.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Rederecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, Sie haben sich ja vorhin schon erklärt und haben erklärt, dass Sie einer neuen, sozusagen ökologischen Wissenschaft angehören, also neues Wissenschaftsverständnis in der damaligen Zeit vertreten haben. Ich möchte hier auf einen Aufsatz kommen in der Fachzeitschrift *Die Umschau* aus dem Jahr 83. Da heißt es in der Ausgabe 83, dass Sie sagen: Die namhaften Vertreter der ökologisch orientierten Wissenschaft haben die Einschätzung, dass zu ihren wissenschaftlichen Arbeiten gehört, dass sie auch mitunter - -

... die pointiert als „destruktiv“ bezeichnet werden können -

und zwar in dem Sinne, - - Rede ich zu schnell? Weil Sie so angestrengt gucken. Dann müssen Sie die Notbremse ziehen.

⁶⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „einen“, setze „den“, Anlage 2

⁷⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „also“, Anlage 2

⁷¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „einerseits“, Anlage 2

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich bin noch mitgekommen.

Angelika Brunkhorst (FDP):

... die pointiert als „destruktiv“ bezeichnet werden können -

und zwar in dem Sinne, dass „die Auseinandersetzung mit bestehenden“ ökologischen, „technologischen Konzepten“ das Ziel hat, „als Fehlentwicklungen erkannte Projekte zu verhindern“, und dass dazu „vor allem die Kritik an der Atomtechnologie“ gehört. Ich interpretiere das jetzt so, dass Sie Ihre Aufgabe darin sehen, auch gesellschaftspolitisch zu wirken, also nicht Ihre naturwissenschaftliche, sagen wir mal, Aufgabe in den Vordergrund stellen, sondern dass Sie für sich also den Anspruch haben, auch gesellschaftspolitisch sozusagen Technologien infrage zu stellen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Dürfen wir die
Quelle noch mal wissen?)

- Das ist die Fachzeitschrift *Die Umschau - Forschung und Entwicklung - Schlüsseltechnologien und Innovationen*, Ausgabe 83, Jahrgang 1983, unter der Rubrik „Im Überblick“

Was ist ökologisch orientierte Wissenschaft?

Ein „Alternativer“ und ein „Etablierter“ nehmen Stellung

der Aufsatz zu dem Thema: „Für ein neues Wissenschaftsverständnis“.

Ich kann Ihnen das gerne auch herübergeben, wenn das jetzt zu lang ist.

Dann sind Sie ja auch in dem Zusammenschluss, in dem AGÖF, ein namhafter Sprecher gewesen. Da habe ich auch verschiedene Dinge gefunden, die ja dann fast schon philosophisch sind. Und zwar habe ich erst mal gefunden noch mal wiederum diese Festigung, dass festgestellt wird:

Dabei geht es in der Kernkraftdebatte letztlich darum, den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis in Beziehung zu setzen zu der Frage, ob bestimmte Technologien realisiert werden können und sollen - eine Fragestellung, die keine rein wissenschaftliche mehr ist.

Also der Bezug zur Politik oder zur Gesellschaftskritik.

Und dann finde ich an anderer Stelle den Hinweis, auch in diesem Zusammenschluss AGÖF die Grundsätze.

Bei übergreifenden Fragen - und dies gilt auch für die Naturwissenschaft - muß der Wahrheitsbegriff relativiert werden: Die wissenschaftliche „Wahrheit“ ist in diesem Falle der Konsens der wissenschaftlich Tätigen, nicht mehr.

Damit Sie verstehen, was ich meine: Ich bin Sozialwissenschaftlerin und will ja auch so ein bisschen verstehen, was so Ihre Motivation angeht.

Ich nehme noch eine dritte Aussage dazu:

... die ökologisch orientierte Wissenschaft <bringt> eine weit stärkere Bereitschaft auf, politische Frage<stellungen>n in die Betrachtung einzubeziehen ...

Das lege ich Ihnen jetzt erst mal alles zugrunde. Das ist eine starke Antriebsfeder für Ihre Untersuchungen oder für Ihre Berater-tätigkeit. Auf der einen Seite haben Sie ja auch Vorwürfe gegenüber der etablierten Wissenschaft gemacht, indem Sie sagen: Da gibt es eigentlich nur eine Erklärung. Etablierte Wissenschaft ist eigentlich immer die, die Herrschende oder Industrie oder Kapital, sagen wir mal, hilft zu festigen, und die ökologische, die kritische Wissenschaft ist eher die, die, sagen wir mal, die Hilflosen unterstützt.

Ich habe das jetzt ein bisschen überzogen, aber ich würde dazu gern noch mal - - Ist dieses Wissenschaftsverständnis auch Ihr heutiges? Ich denke, heute sind Sie selbst ein Etablierter. Wie gehen Sie heute damit um? Ist das wirklich, sagen wir mal, in der Frage, in dem Fragezusammenhang - - Sie haben vorhin auch gesagt, Skepsis gegenüber der Kernkraft haben Sie nach wie vor. Aber wie sehen Sie in Anbetracht dieser Aussagen jetzt die Notwendigkeit, dass wir eine Endlagerstätte ja irgendwann auch finden müssen? Wie ist da Ihre, sagen wir mal, Brücke jetzt zu Ihrem heutigen Verständnis? Vertreten Sie diese Thesen immer noch in dieser Klarheit, heute auch noch?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, zunächst zu dem Letzten. Ich kann mich in vielem nicht wiederfinden, auch meine damalige Position⁷², soweit ich mich erinnere,

⁷² Ergänzung des Zeugen: „nicht“, Anlage 2

diese Polarität Industrie, Kapital und den Hilflosen - - Das waren jetzt Ihre Worte. In dieser Form habe ich das nie vertreten, und ich wüsste nicht, dass ich das in dieser Form, wie Sie das formuliert haben, auch festgestellt habe.

Was steht denn drin? Was haben Sie denn da zitiert? Ein Punkt war: Wenn ich als Experte erkenne, dass eine Technologie eine Fehlentwicklung ist, dann werde ich darauf hinarbeiten, diese Fehlentwicklung zu stoppen. Ich sehe überhaupt nicht, was daran nun besonders kompliziert, ideologisch⁷³ ist oder was irgendwie eine spezielle Ideologie sein sollte. Das, denke ich, ist die normale Verantwortung eines Naturwissenschaftlers oder Technikers. Wenn ich zu dem fachlichen Urteil komme, hier läuft etwas in die falsche Richtung, dann werde ich natürlich etwas tun; sonst würde ich mich ja schuldig machen als Fachmann, um das zu stoppen⁷⁴.

Es ist auch keineswegs so - das war damals nicht so, und das sehe ich auch heute nicht so -, dass es darum geht, jetzt extra die Naturwissenschaft zu politisieren, sondern die Arbeit von Naturwissenschaftlern und Technikern hat immer eine politische Dimension. Sie ist verknüpft mit der Gesamtgesellschaft. Sie findet nicht in einem leeren Raum statt. Ich kann mir das nun klarmachen, dass es so ist, und das sollte jeder. Das sollte nicht nur speziell die ökologische Wissenschaft oder wer auch immer, das sollten alle. Und auch die, die für das Kapital arbeiten, und wer auch immer, sollten sich das klarmachen. Oder ich kann das verweigern.

Auch da sehe ich jetzt nicht - - Sie haben da eine ideologische Position von mir hochkonstruiert von 1983, die auch damals überhaupt nicht die Meinung war. Wie gesagt, das sind eher Dinge, ja fast gesunder Menschenverstand, und Positionen,⁷⁵ Verantwortung des Wissenschaftlers. Dazu kommt natürlich - und das ist auch bei jedem, nicht nur bei den ökologisch orientierten Wissenschaftlern so -, dass jeder Fachmann, der tätig ist, auch als politischer Mensch seine Meinung hat und seine Position hat. Die soll

⁷³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ideologisch“, Anlage 2

⁷⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „tun; sonst würde ich mich ja schuldig machen als Fachmann, um das zu stoppen.“, setze „tun, um das zu stoppen; sonst würde ich mich ja schuldig machen als Fachmann.“, Anlage 2

⁷⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ ,“, setze „wie“, Anlage 2

er auch haben, die kann er haben, die kann er auch vertreten. Er muss das nur immer, je nachdem, woran er arbeitet, ganz klar trennen. Wenn ich einen allgemeinen Vortrag halten soll über den Stellenwert der Wissenschaft in unserer Gesellschaft, dann kann ich sozusagen sowohl den Fachmann in mir als auch den politisch interessierten Bürger da heranlassen, und dann sind beide gefordert. Wenn ich eine spezielle Fragestellung habe, dass man sagt: „Wie ist zum Beispiel der Wissensstand über den Standort A bei der Endlagerung, wie ist der Wissensstand über den Standort B, was will ich bei der Sicherheitsanalyse für Aussagen erzielen, und was muss ich wissen, um diese zu erzielen?“, dann ist natürlich dieser politische Mensch weniger gefragt bis überhaupt nicht.

Das sind doch alles Selbstverständlichkeiten. Und dass die Wahrheit relativiert⁷⁶, das ist ja genau das, was ich vorhin auch sagte über die Frage: Kann ich bei einem Endlager die Sicherheit nachweisen? Es ist nicht möglich. Es gibt nicht *die* Wahrheit in dem Fall. Es gibt nicht die naturwissenschaftliche Wahrheit, dass ich sagen kann: „Das ist jetzt ein sicheres Endlager“, weil ich diese Million Jahre nicht entsprechend vorhersagen kann.

Und dann kommt genau das - sagte ich, glaube ich, vorher auch schon in den Worten, und Sie haben das dann so ähnlich zitiert -, dann gibt es diesen Konsens der Wissenschaftler, die sagen: So weit können wir gehen, das wissen wir,⁷⁷ das sind die Unsicherheiten, und dann muss das von der Gesellschaft entschieden werden. - Also auch das sehe ich jetzt nicht - -

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte hier noch mal klarstellen: Ich habe überhaupt das Wort „Ideologie“ gar nicht in den Mund genommen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das habe ich gesagt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das würde ich Ihnen jetzt auch nicht unterstellen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Danke.

⁷⁶ Ergänzung des Zeugen: „wird“, Anlage 2

⁷⁷ Ergänzung des Zeugen: „und“, Anlage 2

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe einfach danach gefragt, was Ihre Motive sind.

Ich würde ganz gern jetzt in das Jahr 1980 gehen. Sie hatten ja den Auftrag vorab, dieses Gorleben-Hearing, diese Veranstaltung vorzubereiten, diese internationale Expertenrunde „Rede - Gegenrede“ dann auch durchzuführen. Ich gehe jetzt trotzdem schon mal einen Schritt weiter, komme aber hinterher noch zu Fragen.

Ich habe eine Stelle gefunden, dass Sie im Jahre 1980 in einer Anhörung der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz des Innenausschusses zum Thema „Welche Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle gibt es? Sind Salzstöcke geeignet?“ am 23. Juni 1980 einen Vorschlag für Sicherheitskriterien für die Endlagerung gemacht haben. Ich will Sie fragen: Können Sie sich daran - - Es gibt auch ein Protokoll dieser Anhörung. Auf dem Protokoll, Seite 53/54, unter „Kriterium Nr. 3“ haben Sie geschrieben:

Die Isolation radioaktiver Abfälle von der Biosphäre soll in dem maximal praktikablen Ausmaß auf Maßnahmen beruhen, bei denen bei Abschätzung ihrer Wirksamkeit im Vergleich zu anderen möglichen Maßnahmen möglichst wenig wissenschaftlichen Unsicherheiten begegnet wird. Insbesondere bedeutet dies einen möglichst großen Anteil künstlicher Barrieren bei der Einschließung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Brunkhorst, gibt es dazu noch eine ein bisschen größere Spezifizierung der Quelle, also vielleicht eine Drucksachen-Nummer oder irgendwie so was Wunderbares?

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie „Nein“? Dann müssten Sie die nachreichen. Es gibt mit Sicherheit eine Drucksachen-Nummer.

Angelika Brunkhorst (FDP): Reichen wir sofort nach, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gerne. - Mich würde hier speziell interessieren: Was

meinen Sie mit „möglichst großen Anteil künstlicher Barrieren“? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich kann zunächst erklären, was ich damit meinte, und kann auch dazu sagen, was ich aus heutiger Sicht sehe. Die künstlichen Barrieren bei der Endlagerung sind zum ersten die Abfallmatrix, also der Stoff, in dem die Abfälle eingeschlossen sind. Das können die Brennstoffpellets beim abgebrannten Brennstoff sein oder bei verglastem Abfall das Glas oder bei zementiertem Abfall der Zement. Dann die Hülle des Abfallcontainers, also ein Stahlbehälter in der Regel. Es gibt auch Konzepte mit Kupferbehältern. Dann die Verfüllung des Endlagerstollens, in dem sich die Abfälle befinden. Das ist zum Beispiel Bentonit bei dem Schweizer Konzept. Das sind die künstlichen Barrieren. Und da herum - jetzt etwas vereinfacht gesagt; aber ich denke, das gibt schon ein sehr gutes Bild - dann eben das⁷⁸ - das ist dann die geologische, natürliche Barriere - und auch das Deckgebirge, das ebenfalls noch Barrierenfunktion erfüllen soll.

Zu meiner damaligen Aussage würde ich sagen, ich bin nach wie vor voll auf der Linie, zu sagen: Wir brauchen ein Konzept, in dem wir die Unsicherheiten minimieren müssen. - Das gilt noch voll. Ich würde heute allerdings sagen - das waren ungefähr 31 Jahre, in denen ich doch auch noch einiges dazugelernt habe, so viel ich damals auch schon zweifellos gewusst habe; sonst wäre ich ja da nicht eingeladen worden zu dieser Anhörung -, dass zunächst eine Ausgewogenheit zwischen beiden Barrieren bestehen muss, dass aber langfristig die geologische Barriere die wichtigere sein dürfte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie damals mit 20 ausländischen Wissenschaftlern gearbeitet haben, vier Experten speziell zur Endlagerfrage. Wie ist die Zusammensetzung zustande gekommen? Hatten Sie da als

⁷⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann eben das“, Anlage 2

Leiter ein Mitspracherecht? Wer hat die vorgeschlagen? Wie sind die benannt worden? Das ist mir jetzt noch nicht ganz klar geworden.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Die Experten wurden vorgeschlagen auch bereits⁷⁹ vom Grundeigentümerverschein Gorleben. Es gab also bereits eine Liste. Da gab es dann noch geringfügige Änderungen, aber die Liste lag bereits vor, als ich mit dieser Arbeit begonnen habe.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und die ist dann vom niedersächsischen Sozialministerium so faktisch mehr oder minder übernommen worden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Soweit ich mich erinnere, gab es nur eine einzige Person, die das niedersächsische Sozialministerium abgelehnt hat. Aber ansonsten wurde die Liste übernommen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und die Experten, die dazu eingeladen wurden, die haben also auch alle freudig, bereitwillig oder wie auch immer angenommen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sie haben es angenommen. Es gab keine einzige Absage in dieser Gruppe, in diesen 20.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Darf ich daraus schließen, dass es auch internationales Interesse an der Debatte dieser Frage gab und dass zumindest damals Deutschland in internationale Debatten zur Frage „Wie gehen wir mit atomaren Abfällen um?“ auch eingebunden war in die damals stattfindende Diskussion?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Es gab sehr großes internationales Interesse. Das kam von verschiedenen Themen, zum einen bezüglich Endlagerung, dass eben internationale Experten, die sich in ihren Ländern mit Endlagerung beschäftigt haben, dann auch sehr interessiert waren, hier in die Diskussion zu kommen.

Das kam auch von der Wiederaufarbeitung her. Ich glaube, es war erst vor relativ kurzer Zeit vorher in England die so-

⁷⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „auch bereits“, Anlage 2

genannte Windscale Inquiry, wo es um die Wiederaufarbeitungsanlage Windscale ging, gewesen, und von daher war auch ein Interesse an dem Gefahrenpotenzial dieser Technologie.

Und ein dritter wichtiger Punkt, wo ich mich jetzt noch erinnere, dass⁸⁰ eben deutlich wurde, dass einige Experten ganz speziell daran Interesse hatten, war der Proliferationsaspekt, also jetzt nicht der Punkt, um das gleich klar zu sagen, dass vielleicht Experten aus USA gefürchtet hätten, jetzt baut Deutschland eine Atombombe, wenn sie eine Wiederaufarbeitungsanlage haben - - schon etwas differenzierteres Denken, zum Beispiel die Frage - je mehr Industriestaaten Wiederaufarbeitungsanlagen bauen, dann wird ja ein Beispiel damit gesetzt -: „Wie kann ich dann andere Staaten entmutigen oder davon abhalten, wenn selbst es sozusagen vorgemacht wird?“⁸¹, sowie auch die Frage der Gefahr der Entwendung von Plutonium in der Wiederaufarbeitungsanlage.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Würden Sie behaupten, dass in diesen 34 Jahren Deutschland sozusagen immer durchgängig auf der Höhe der internationalen Diskussionen war, speziell in der Endlagerfrage? Wiederaufarbeitung hat sich ja dann irgendwann, zumindest mal zwischenzeitlich, erledigt.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, da bin ich mir nicht sicher. Es ist zweifellos schon so, dass es auf der Expertenebene sehr viel Zusammenarbeit gibt, dass also auch - was weiß ich - Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sehr häufig in dem Schweizer Felslabor in Mont Terri sind. Also auf der Expertenebene, glaube ich, da tut sich schon eine Menge, aber auf der Ebene der Rezeption, auf einer etwas höheren Ebene, da habe ich meine Zweifel.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wurden damals ihre Aussagen und Anregungen, also von den internationalen Experten, durch deutsche Regierungsstellen nach Ihrer Erfahrung ernst genommen? Hatten sie das Gehör, was sie sich mit ihrem gemeinsam zu-

⁸⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dass“, setze „weil“, Anlage 2

⁸¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „selbst es sozusagen vorgemacht wird?“, setze „ich es selbst vormache?“, Anlage 2

sammengetragenen Sachverstand damals so gewünscht und erwartet hätten?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das war teils, teils. Ein ganz krasses Beispiel dafür, wo es eben nicht gehört wurde, waren die Punkte, die⁸² Gorleben selbst betroffen haben. Das habe ich ja vorhin ausgeführt.

In einem anderen Punkt haben die Ausführungen der Wissenschaftler, die ich koordiniert habe, offenbar Herrn Ministerpräsident Albrecht schon sehr beeindruckt. Da ging es um das Unfallpotenzial, um die Tatsache, dass in dem Eingangslagerbecken der Wiederaufarbeitungsanlage ein radioaktives Inventar an langlebigen Stoffen war, das, glaube ich, das 80-Fache - hat ein Wissenschaftler errechnet - von dem in einem Reaktorkern war und dass eine Freisetzung entsprechend katastrophale Wirkungen hat, auch⁸³ bezüglich der Lagerung flüssiger hochaktiver Abfälle.

Das war ein Punkt, und auch die Verwundbarkeit, einerseits die Unfallmöglichkeit und die Verwundbarkeit⁸⁴ bei Kriegseinwirkungen. Das hat Herrn Ministerpräsident Albrecht ganz offensichtlich beeindruckt. Er war ja bei dem ganzen Hearing dabei. Also ich nehme an, er hat das wirklich auch aufgenommen und darüber nachgedacht und ist dann zu dem Schluss gekommen, dass er sagte: Was diese Punkte betrifft, Eingangslager mit 3 000 Tonnen Brennstoff und Lagerung von hochaktivem Abfall, da darf - - Wenn ich ein solches Lager habe, dann ist die Wahrscheinlichkeit eines Unfalles, selbst wenn sie noch so klein ist, niemals null, und daher ist dieses Konzept unakzeptabel. Er hat ja dann gesagt, sicherheitstechnisch realisierbar, aber nur, wenn Änderungen vorgenommen werden am Konzept, also eine Änderung am Eingangslager, eine andere Technologie,⁸⁵ eine Änderung bei dem Lager für hochaktive Abfälle.

Und noch ein dritter Punkt, der weniger bekannt geworden ist, aber auch interessant ist: Er hat auch gefordert in seiner Regierungserklärung, dass Vorkehrungen getroffen werden, um im Kriegs- und Krisenfall das freisetzbare Inventar der WAA an einen si-

cheren Ort zu bringen, zum Beispiel in einen Salzstock, als Zwischenlager, jetzt nicht als Endlager gedacht.

Also das war sehr unterschiedlich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Hatten Sie damals nach Ihrer Erinnerung ausreichend Zugang zu Unterlagen oder zu dem, was Sie für Ihre Arbeit benötigten? Wir haben in unseren Unterlagen doch sehr widersprüchliche Aufzeichnungen gefunden. Im Protokoll von Robinson - das ist MAT A 83, Band 17, Seite 133 - werden Sie mit dem Satz zitiert:

Review-Committee (R.C.)-Mitglieder haben bereits Unterlagen bekommen und konnten z. T. SB (Sicherheitsbericht) einsehen. Vor wenigen Tagen hat es die Erlaubnis gegeben, den SB auszugsweise zu kopieren und an die R.C.-Mitglieder zu verteilen.

Auf der anderen Seite haben wir in MAT A 83, Band 17, Seite 284, die Aussage von Herrn Illi von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der den gleichen Sachverhalt so darstellt:

Hirsch stellt fest, dass die GIR-Mitglieder grundlegende Unterlagen über das NEZ erhalten haben, z. B. den Sicherheitsbericht.

Was ist jetzt aus Ihrer Erinnerung und aus Ihrer Sicht richtig? War es einfach, an die für Ihre Arbeit nötigen Unterlagen zu kommen? Waren die umfänglich auch vorhanden? Oder war das schwierig, und hatten Sie so das Gefühl, Ihnen wird nicht alles zugänglich gemacht, was für die Arbeit und die konkrete wissenschaftliche Bewertung notwendig ist?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, es war so - - Ich fange vielleicht so an: Es war eine lange, intensive Auseinandersetzung, die dann dazu geführt hat, dass der Sicherheitsbericht peu à peu rübergereicht wurde. Das war natürlich auch eine Zeitfrage. Der Zeitpunkt des Symposiums war dann schon da⁸⁶. Aber wir haben dann die Teile des Sicherheitsberichtes, sagen wir mal, die die Experten wollten, auch bekommen.

Ein Problem war allerdings dann noch, dass der Sicherheitsbericht vor allem in allen

⁸² Ergänzung des Zeugen: „den Salzstock“, Anlage 2

⁸³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „auch“, setze „sowie auch das Unfallpotenzial“, Anlage 2

⁸⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „einerseits die Unfallmöglichkeit und die Verwundbarkeit“, Anlage 2

⁸⁵ Ergänzung des Zeugen: „sowie“, Anlage 2

⁸⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „war dann schon da“, setze „kam rasch näher“, Anlage 2

Teilen, die die späteren Teilprojekte betroffen haben - also das erste Teilprojekt war das Eingangslager, das sollte als Erstes errichtet werden; das war schon relativ genau beschrieben im Sicherheitsbericht, damit konnte man was anfangen -, dass die anderen Teile sehr allgemein beschrieben waren, dass also der Sicherheitsbericht sicherlich Informationen gebracht hat, aber noch nicht ausgereicht hat.

Und dann gab es auch den Kampf und das Tauziehen, dass wir dann - - Gut⁸⁷. Dann ist es so gelaufen, dass die internationalen Experten Fragen stellen konnten, die dann an DWK weitergereicht wurden oder auch an PTB, je nach Zuständigkeit. Und dann gab es also sozusagen⁸⁸ um jeden Satz, der da dann als Antwort kam, ein längeres Tauziehen. Da ist dann noch einiges an Information übergekommen. Aber das war schon während der ganzen Zeit ein Problem.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Ich möchte vor meinen Fragen erst zwei Vorbemerkungen machen.

Die erste ist, Dr. Hirsch, dass ich mich bei Ihnen entschuldigen möchte, dass wir als Ausschuss Sie haben sehr lange warten lassen. Aber vielleicht führt das ja dazu, dass wir als Ausschuss doch dazu kommen - wir haben die Erfahrung jetzt nicht zum ersten Mal gemacht, dass die Ladung von drei Zeugen immer zu Wartezeiten für die Nachgeladenen führt - und für uns vielleicht zukünftig daraus lernen, dass wir doch nur zwei Zeugen laden. Dann wäre jetzt Ihre Wartezeit nicht ganz umsonst gewesen.

Die zweite Vorbemerkung: Ich möchte dem Ausschuss mitteilen, dass ich Herrn Dr. Hirsch diese Woche bereits gesehen habe. Wir haben als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drei Expertengespräche zu den Folgen und den Konsequenzen aus dem Unglück von Fukushima gehabt, und einer dieser Experten, die wir geladen hatten in einem der Gespräche, war Dr. Hirsch. Das Wort „Gorleben“, „PUA“ oder so fiel nicht dabei.

⁸⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dass wir dann - - Gut“, setze „bezüglich Nachfragen“, Anlage 2

⁸⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sozusagen“, Anlage 2

Ich hatte zwar, muss ich sagen, ursprünglich vor, ihm zumindest zum Schluss zu sagen: „Wir sehen uns ja dann nächste Woche im Untersuchungsausschuss“, habe das da dann aber unterlassen. Ich kannte ihn nicht und wusste nicht, dass er so jung ist, und als ich ihn sah, dachte ich: Das kann gar nicht derselbe Helmut Hirsch sein, der ist viel zu jung. - Insofern war ich jetzt heute dann doch überrascht, dass er doch derselbe ist.

Jetzt zu meinen Fragen. Ich will noch mal bei dem Risiko und der Frage Redundanzen, um die es auch bei uns im Expertengespräch ging, anknüpfen. Sie sind ja offensichtlich, da Sie doch derselbe Helmut Hirsch sind, ein Experte auch für Risikobewertungen. Wir haben ja immer wieder bei Risikotechnologien die Frage: Wie sieht es denn aus mit Redundanzen, und wie viele redundante Sicherungssysteme brauchen wir denn tatsächlich?

Wie ist das denn mit dem Barrierensystem? Das war jetzt schon ein paar Mal in der Diskussion heute, auch bei dem Zeugen, der vor Ihnen hier war. Kann man es sich bei Risiken wie der Einlagerung von Atommüll über einen sehr langen Zeitraum - damals, 1979, war noch von 10 000 Jahren die Rede; das ist auch relativ unüberschaubar für unsereins - überhaupt leisten, auf eine mögliche Barriere zu verzichten?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, also ich halte das Mehrfachbarrierenkonzept für sehr wichtig, und ich denke, es müsste grundsätzlich die Anforderung bestehen, dass ich eine Mehrzahl von voneinander unabhängigen Barrieren habe, auch mehr als eine geologische Barriere. Man kann da jetzt so direkt die Begriffe aus der Kerntechnik, jetzt aus der Reaktortechnik, nicht übertragen. Redundanz ist ja ein Begriff, wenn ein Sicherheitssystem mehrfach ausgelegt ist. Bei den Barrieren wäre das dann⁸⁹ eher Diversität, wenn ich das gleiche Sicherheitsziel mit verschiedenen Mitteln erreiche, in der Hoffnung, wenn ich mich vielleicht bei einem Mittel völlig verschätzt habe, dann ist die Wahrscheinlichkeit aber doch sehr gering, dass ich mich bei mehreren komplett verschätzt habe.

Also, ich denke, das ist ein Weg, auch im Hinblick auf die mögliche Reduzierung der Unsicherheiten, die zwangsläufig bestehen bleiben, wenn ich mehrere Barrieren habe: Die Barrieren sind voneinander unabhängig,

⁸⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 2

und jede Barriere soll so weit irgend möglich für sich allein die Sicherheit gewährleisten. Das, denke ich, wäre ein gutes Herangehen, wo man dann vielleicht am Ende zu einer Aussage kommt, wo die Unsicherheiten wirklich minimiert sind.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Debatte damals, war die so gestaltet, dass man, wenn man in Salz gehen wollte, eigentlich erst mal nach einem Salzstock mit einem intakten Deckgebirge suchte, weil man sich sagte, auch geologische Mehrbarrieren sind hilfreich? Oder war es damals schon klar, dass man auf das Deckgebirge eigentlich auch verzichten kann? Heute haben wir ja oft die Diskussion: Na ja, ein Deckgebirge übersteht eine Eiszeit sowieso nicht. Das ist eine These; sonst hätten ja alle Deckgebirge die bisherigen Eiszeiten auch nicht überstanden. Aber immerhin wird es als Argument oft benutzt, dass man deshalb gleich auf das Deckgebirge als Barriere verzichten könnte. - Damals ging man allerdings von 10 000 Jahren aus, nicht von 1 Million Jahren, und in den nächsten 10 000 Jahren wird nicht unbedingt eine Eiszeit erwartet.

Also, war der Debattenstand so, dass man eigentlich davon ausging, dass in einem Mehrbarrierenkonzept möglichst auch mehrere geologische Barrieren hineinkommen sollten? Und wann hat sich das geändert?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, nach meiner Erinnerung war das schon so, ja,⁹⁰ dass es damals dem Diskussionsstand entsprochen hat, ein geologisches Mehrfachbarrierensystem zu haben, und dass durchaus auch das Bewusstsein, auch in Deutschland, vorhanden war: Salzstock und Deckgebirge sind zwei Barrieren. - Das hat sich geändert. Das muss in den 90er-Jahren - - Jetzt muss ich also eben⁹¹ wirklich mein Gedächtnis strapazieren. Das hat sich dann geändert, als deutlich wurde, jetzt⁹² nach meiner Erinnerung, dass im Salzstock Gorleben die Barriere Deckgebirge nicht geeignet ist, dass von der Barriere Deckgebirge in Gorleben also keine wesentliche Rückhaltewirkung zu erwarten ist, dass da verschiedene Grundwasserstockwerke direkt

am Salzstock und höher miteinander in Verbindung stehen. Das wurde immer deutlicher, und dann ist die Diskussion - -

Es gab da nie, nach meiner Erinnerung, einen Beschluss, dass gesagt wurde: So, also, jetzt gehen wir weg von dem Mehrbarrierensystem zu einer⁹³. - Aber in der Diskussion und den Argumenten, die dann gebraucht wurden, ging das dann sehr stark rüber, zu sagen: Ja, eigentlich gewährleistet der Salzstock den Einschluss. Der Salzstock ist in manchen Teilen - - Er ist schon viele Millionen Jahre so in dieser Form gewesen, und der reicht. Wenn das im Salzstock, im richtigen Bereich halt⁹⁴ des Salzstockes, eingeschlossen ist, dann ist es eigentlich nicht mehr so wesentlich, wie das Deckgebirge ist. - Das ist so meine Erinnerung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Eindruck in der Beschäftigung mit der Geschichte Gorlebens ist tatsächlich, dass diese Aufgabe des Deckgebirges als zusätzliche geologische Barriere damit zusammenhing, dass man feststellte, Gorleben besitzt das nicht, also dass man nicht einen neuen Standort oder neue Standorte suchte, die dem bisherigen Konzept entsprechen würden, sondern dass man das bisherige Konzept entsprechend dem Standort verändert hat. Diesen Eindruck würden Sie teilen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, das entspricht auch meinem Eindruck, wie ich es gerade gesagt habe. Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt habe ich noch eine Frage zum Auswahlprozess. Sie haben gesagt, es gibt nicht *das* sichere Endlager. Wir haben auch von anderen Zeugen schon gehört, also auch von Pro-Gorleben-Zeugen, Pro-Atomkraft-Zeugen, wenn ich jetzt mal so ein bisschen so eine Grobeinteilung vornehme, dass man nie einen optimalen Standort finden wird. Das wird immer als Argument dafür genommen, dass man deswegen auch bei Gorleben bleiben kann, weil es ja den optimalen Standort nicht gibt.

Ist es nicht im Gegenteil so, dass man gerade dann, wenn man nicht *das* sichere

⁹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ja“, Anlage 2

⁹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „also eben“, Anlage 2

⁹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „jetzt“, Anlage 2

⁹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „zu einer“, Anlage 2

⁹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „halt“, Anlage 2

Endlager finden wird und nicht den optimalen Standort finden kann, einen Auswahlprozess braucht, um den sichersten unter all denen, die nicht optimal sein können, zu finden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Ich denke, die Frage ist: Wie muss ich vorgehen, um mich diesem Optimum möglichst zu nähern? Das ist die Frage. Und da gibt es schon deutliche Unterschiede, auch wenn allgemeiner Konsens besteht - das sagte ich auch vorher schon -, der beste Standort im akademisch abstrakten Sinn wird sich nicht finden lassen. Aber ich kann mich diesem Optimum nähern. Ich kann durch ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren der Standortvorauswahl schon die Grundlage schaffen, dass ich mich diesem Optimum annähere, und umgekehrt, eben durch frühzeitige Auswahl eines einzigen Standortes dann. Das⁹⁵ ist ein Verfahren, das sicherlich sehr schlecht geeignet ist, diesem Optimum nahezukommen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit haben wir die erste Berliner Runde hinter uns und gehen zur zweiten Berliner Runde mit der Unionsfraktion.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf mal eine Frage direkt im Anschluss daran stellen, die sich mir gerade aufgedrängt hat. Kann man, wenn man diese Thesen, diese Fragen, die Sie gerade beantwortet haben, zugrunde legt, einen optimaleren Standort als Gorleben finden? Ist Ihnen in Deutschland eine solche Möglichkeit bekannt aufgrund irgendwelcher Voruntersuchungen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich werde Ihnen jetzt hier keinen Standort nennen. Das wäre auch wieder ein Fehler und wäre einer Suche eines optimalen - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

⁹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , eben durch frühzeitige Auswahl eines einzigen Standortes dann. Das“, setze „: Frühzeitige Auswahl eines einzigen Standortes.“, Anlage 2

- Ich werde hier keinen Standort nennen, weil das der Suche eines optimalen Standortes sicherlich nicht zuträglich und daher, finde ich, auch aus meiner Sicht nicht angemessen wäre.

Aber es ist so: Was wir brauchen, ist ein Vorauswahlverfahren auf wissenschaftlicher Basis, das sämtliche Möglichkeiten in Deutschland - Salzstöcke und Ton sind das wohl im Wesentlichen - einbezieht. Es hat dieses Verfahren für Gorleben nicht gegeben. Das schließt nicht aus, rein logisch, dass man ungeheures Glück gehabt hat insofern und tatsächlich mit Gorleben den besten oder einen Standort nahe dem Optimum gefunden hat. Gleichzeitig wäre das aber auch wieder ein großes Pech; denn wenn es in Deutschland wirklich keine besseren Standorte als Gorleben gibt, dann müsste man völlig neu nachdenken und sich eine ganz andere Lösung überlegen.

Gut, das war jetzt sehr pointiert. Ich glaube in Wirklichkeit nicht daran, an dieses ungeheure Glück, das nun gerade im Falle Gorleben zu einem nahe dem Optimum geführt hat. Wir brauchen ein Standortvorauswahlverfahren im Wesentlichen so, wie die Schweizer uns das jetzt vormachen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Bevor der Kollege Obermeier ausführt, habe ich auch noch mal eine kurze Frage. Herr Hirsch, Sie hatten ja einen Werkvertrag mit dem niedersächsischen Sozialministerium nur für die Organisation und Durchführung des Gorleben-Hearings, jedenfalls nach unseren Unterlagen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nicht ganz. Ich war der Koordinator der internationalen Gruppe, dieser 20 Experten. Ich war nicht der Überkoordinator des gesamten Hearings.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Aber ich habe natürlich dann als Koordinator dieser Gruppe bei der Organisation und Koordination des Gesamthearings auch mitgewirkt. Aber ich war nicht der Überkoordinator.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber Ihre Tätigkeit endete mit Abschluss des Hearings?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, das ist zutreffend. Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun ist ja die Gemeinde Gorleben eine Gemeinde von 800 Einwohnern. Wenn man die Samtgemeinde Gartow nimmt, sind es vielleicht 2 500 oder 3 000. Sie sprachen immer von einem Grundeigentümerverschein Gorleben. Kann es nicht sein, dass Sie über einen Großgrundbesitzer an Namen gekommen sind für dieses Hearing?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich kann da gerne über meine Kontakte, die ich zum Grundeigentümerverschein hatte, was sagen, werde das auch gleich tun. Aber ich erinnere noch daran: Diese Liste der 20 Experten, die war schon vorgegeben, im Wesentlichen. Wie gesagt, eine Person ist dann noch ausgeschieden. Also, bei der Auswahl habe ich nicht mehr mitgewirkt.

Mein Kontakt zu dem Grundeigentümerverschein waren Graf Hatzfeld⁹⁶ und Graf Bernstorff.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber über diesen Grundeigentümerverschein, sagten Sie ja, sind Sie ja an Namen gekommen, an Expertennamen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Also, vor allem Herr Hatzfeld⁹⁷ hatte sehr weitgehende Kontakte, ich glaube, auch aufgrund eines Studiums in den USA, hat sich auch für das Thema schon länger interessiert. Und er hatte diese Liste mit den 20 Namen, wie gesagt, oder es waren 21, und einer wurde dann gestrichen. Er hatte diese Liste bereits fertig. Die war vorgegeben. Ich hatte auch keinen Grund, daran etwas auszusetzen. Aber ich war damals auch noch am Anfang meiner beruflichen Laufbahn, noch keine 30. Also, meine internationale Erfahrung war damals sicherlich begrenzt.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ist denn der Graf Hatzfeld als Endlagerexperte, als Geologe irgendwo schon mal in Erscheinung getreten? Oder ist er eine Koryphäe auf dem Gebiet gewesen, dass der so über Namen verfügen konnte oder Namen hatte, die sich für ein Hearing dann auch eignen?

⁹⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Graf Hatzfeld“, setze „Graf Hatzfeldt“, Anlage 2

⁹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Herr Hatzfeld“, setze „Herr Hatzfeldt“, Anlage 2

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein. Er wäre auch nicht der Richtige gewesen, wenn er ein Endlagerexperte gewesen wäre. Es ging ja um ein sehr breites Thema. Das heißt, er hat quasi, wenn man so will, begonnen mit der Vorbereitung und Koordination, die ich dann hauptamtlich übernommen habe. Und genauso, wie ich bei mir dargelegt habe, dass es wichtig war für diese Koordination, einen Überblick zu haben über das Sachgebiet, war das für die vorbereitenden Schritte natürlich genauso. Ein Endlagerexperte hätte sich wahrscheinlich schwergetan mit Kontakten jetzt⁹⁸ in Richtung energiewirtschaftliche Fragen, Proliferation usw. Aber jemand, der den Überblick hat, der kennt dann auf den einzelnen Gebieten die Leute, und so ist dann nach meinem Verständnis auch diese Liste zusammengekommen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kann man denn dieses Gorleben-Hearing als Dialog bezeichnen zwischen der Wissenschaft und der Bevölkerung?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein, das ganz sicher nicht. Das war ein Dialog, eine Diskussion zwischen Wissenschaftlern, zwischen 60 Wissenschaftlern, die da eben, wie ich es vorhin gesagt habe, in verschiedenen Gruppen zusammengearbeitet haben und von der Landesregierung dahin gesetzt wurden.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber haben die mit der Bevölkerung auch diskutieren können, die Wissenschaftler?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Auf dem Hearing selbst nicht. Auf diesen sechs Tagen, wenn ich mich da recht erinnere, saßen die Wissenschaftler auf einem Podium hervorgehoben und haben eben untereinander diskutiert vor einem großen Publikum. Ich bin grundsätzlich sehr für Transparenz und für Weitergabe der Informationen, für einen Dialog; aber speziell jetzt für dieses Hearing, für diesen Austausch zwischen Kritikern und Gegenkritikern, war das sicherlich eine angemessene Form.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber die Presse war anwesend?

⁹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „jetzt“, Anlage 2

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Meiner Erinnerung nach ja. Da bin ich ziemlich sicher. Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Und nicht nur die Lokalpresse, sondern auch überregionale Zeitungen oder vielleicht sogar das Fernsehen, der NDR?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Auf dem Hearing, auf diesem sechstägigen Hearing?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Soweit ich mich erinnere, war da auch Fernsehen. Und ich glaube, mich auch zu erinnern, dass ich nach dem Hearing, jedenfalls von internationalen Medien, Zeitschriften, Anfragen bekommen habe, die das offenbar zumindest mitgekriegt haben. Ob sie da dort waren, also, das weiß ich jetzt nicht so genau.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kann man sagen, dass als Ergebnis dieses Hearings der Kreisausschuss dann Anfang Mai den Beschluss fasste, sogar einstimmig, sich gegen eine WAA auszusprechen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich weiß nicht, was den Kreisausschuss bewogen hat zu seinem Entschluss. Es erscheint mir sicher plausibel, dass der Kreisausschuss die Ergebnisse dieses Hearings mit großem Interesse und verständlichem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Aber ich weiß nicht, wie der Kreisausschuss zu seiner Entscheidung gekommen ist.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich die Befragung fortsetzen. Herr Hirsch, Sie sprachen ja vorhin von dem aus Ihrer Sicht idealen Vorgehen. Also, wir sind uns einig, den bestgeeigneten Standort wirklich zu finden, das ist wie die Suche nach der Nadel im Heuhaufen, das ist sehr schwierig. Aber man kann versuchen, durch einen angelegten Prozess dem zumindest dann näher zu kommen. Wäre es eine Möglichkeit, wenn man von vornherein gewisse Kriterien festlegt, nach denen man sucht, eben eine gewisse Mindestanforderung sozusagen an die Sicherheit und andere Faktoren des Standorts festlegt, wenn man einen solchen Satz

an Kriterien entwickelt und dann - ich sage mal eine Zahl - 140 Standorte in den Blick nimmt, bevor man dann aus diesen heraus einen oder mehrere Standorte auswählt, die man weiter erkundet? Wäre dieses Herangehen Ihrem entsprechend?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, zunächst, was die⁹⁹ Kriterien betrifft, ja, aber es kommt natürlich auf die Kriterien an. Wenn dieser Kriteriensatz so ist zum Beispiel - - Ich hoffe, ich langweile Sie nicht durch den Verweis auf die Schweiz immer wieder. So ist man auch dort vorgegangen. Da gibt es¹⁰⁰ einen langen Kriterienkatalog zur Geologie, zur Bergtechnik, zu den verschiedensten Fragen. Also, das kommt darauf an.

Und der zweite Punkt: Also, auf jeden Fall würde zu einem angemessenen Vorgehen gehören, dass ich in diesem Schritt nicht bloß einen Standort auswähle, sondern mehrere und diese dann parallel vertieft untersuche.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann ist also das Vorgehen der niedersächsischen Landesregierung, wie es unter Ernst Albrecht ja dann gemacht wurde, in dem Sinne Ihrem Ideal ja dann annähernd.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, soviel ich weiß, entspricht es dem Ideal in dem Punkt nicht, dass nicht mehrere Standorte zur parallelen Untersuchung ausgewählt wurden, sondern es wurde ja nur in Gorleben dann¹⁰¹ das Tiefbohrprogramm begonnen und dann der Schacht niedergebracht. Also, in dem Punkt sicherlich nicht.

Ansonsten ist bekannt - aber das weiß ich jetzt nur aus Sekundärquellen -, dass vorher eben Kriterien angelegt wurden, dass da eine Punktwertung gemacht wurde. Da muss ich aber sagen: Da muss ich passen. Im Einzelnen kann ich jetzt diese Kriterien nicht bewerten, weder so noch so.

⁹⁹ Ergänzung des Zeugen: „Verwendung von“, Anlage 2

¹⁰⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht durch den Verweis auf die Schweiz immer wieder. So ist man auch dort vorgegangen. Da gibt es“, setze „nicht immer wieder durch den Verweis auf die Schweiz. Dort gibt es“, Anlage 2

¹⁰¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 2

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das Gorleben-Hearing ist ja eine Veranstaltung, die in dieser Form noch nicht stattgefunden hatte bis dahin. Würden Sie sagen, das ist für ein solches Projekt, nationales Entsorgungszentrum, dann die richtige Herangehensweise gewesen und damit auch, ich sage mal - wir reden ja dann in juristischen Begriffen dann auch von dem Stand von Wissenschaft und Technik, der angewandt wurde -, dass das auf dem Stand von Wissenschaft und Technik der damaligen Zeit war?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich denke, das kommt auf die Themen an. Grundsätzlich will ich mal sagen, dass ich es anerkennenswert finde, auch heute noch, von der niedersächsischen Landesregierung, von Ministerpräsident Albrecht, dass er diese Veranstaltung gemacht hat, dass er selbst auch fast die ganze Zeit dort gesessen ist. Wenn er mal nicht dabei war, dann war es wirklich, weil 100 000 Demonstranten auf ihn gewartet haben. Das hat dann auch jeder verstanden, dass er dann ein paar Stunden nicht da ist. Das ist also keine Frage.

Aber die Art und Weise, wie eben dort die verschiedenen Themen behandelt wurden, die war eben doch sehr unterschiedlich. Und in dem Punkt, den habe ich ja bereits deutlich herausgestellt, dass eben nicht über den Salzstock Gorleben gesprochen wurde -- Der Punkt ist aus meiner Sicht, auch aus der Sicht der internationalen Kritiker als Mangel zu sehen.

Wie gesagt, in der Gesamtheit -- Ich habe ja auch vorhin das ausgeführt, dass es einen Punkt jedenfalls oder auch mehrere gegeben hat, wo sehr wohl das, was dort gesagt wurde, dann unmittelbar, sozusagen sichtbar, bei der Entscheidung der Politiker berücksichtigt wurde. In der Summe finde ich das wirklich ein sehr verdienstvolles, interessantes Unterfangen; aber gerade in dem Punkt, eben¹⁰² Gorleben, da ist eben ein Defizit, ein ganz klares.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, Sie sind 1978 in Niedersachsen im Sozialministerium tätig geworden, -

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Für das Sozialministerium. Ich war dort nicht angestellt.

¹⁰² Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , eben“, setze „Salzstock“, Anlage 2

Franz Obermeier (CDU/CSU): - für das Sozialministerium tätig geworden. Hat man Ihnen irgendwann zur Kenntnis gebracht, dass in der Zeit davor die niedersächsische Landesregierung sehr wohl ein Auswahlverfahren durchgeführt hat, dass da eine Vielzahl von Standorten zur Diskussion stand, dass eine Vielzahl von Untersuchungen und Begutachtungen stattgefunden hat? In welcher Tiefe hat man Sie hier in diesen Vorlauf eingearbeitet?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das geschah nur in ganz allgemeiner und sehr überblicksartiger Form, weil ja auch die Vertreter des Ministeriums die Position vertreten haben: Über den Salzstock Gorleben wollen wir nicht reden. Da sollen erst Untersuchungen laufen, und dann kann man weiter darüber reden. Wir wollen über Endlagerung in Salz grundsätzlich reden usw. - Vor dem¹⁰³ Hintergrund --

Also, dann ist es natürlich logisch, in sich schlüssig, auch wenn ich jetzt den Punkt kritisiere, dass eben gesagt wurde: Über den Salzstock Gorleben reden wir nicht. - Vor dem Hintergrund ist es dann natürlich ein schlüssiges Verhalten der Vertreter des niedersächsischen Sozialministeriums, wenn sie dann auf Informationswünsche in der Richtung eben nur mit ganz allgemeinen Erklärungen und mit dem Hinweis reagiert haben: Salzstock Gorleben interessiert uns nicht. Wir wollen allgemein über Endlagerung im Salz --

Also, die Antwort ist Nein, aus den Gründen, die ich jetzt eben erklärt habe.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Also, Sie bestätigen, dass Sie in den Vorlauf zur Standortfindung, bis man dann einmal runtergekommen ist auf vier oder fünf Salzstöcke, dass Sie da nicht involviert und nicht informiert waren und auch über andere Wirtsgesteine.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Involviert so wieso nicht; denn ich war ja bis Mitte 1978 im österreichischen Industrieministerium tätig. Und ich war ja nur in ganz allgemeiner Form informiert.

¹⁰³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dem“, setze „diesem“, Anlage 2

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, wenn man Ihnen so zuhört und auch aufgrund der beigezogenen Akten des Untersuchungsausschusses und wenn man Ihre Publikationen so liest, kommt man zu dem Eindruck, dass Sie schwerpunktmäßig Wiederaufarbeitungsanlage und Kernkraftsicherheit und derartige Dinge gemacht haben. Liegen wir da falsch, wenn wir glauben, dass Sie zur Endlagerung und zu den geologischen Formationen und den ganzen Implikationen, die sich aus dieser Thematik ergeben, dort nicht der große Experte sind?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, die Bezeichnung „großer Experte“ usw., da will ich selbst natürlich über mich nicht sprechen. Richtig ist, dass bei meiner Arbeit momentan der Schwerpunkt auf Reaktorsicherheit liegt, dass ich mich mit Wiederaufarbeitung früher eine Zeit lang beschäftigt habe, als das Thema auch in Deutschland diskutiert wurde - das ist schon längere Zeit kein Thema mehr für mich -, dass ich aber kontinuierlich, sozusagen on and off, mit kleinen Pausen vielleicht, mich auch immer mit Endlagerung radioaktiver Abfälle auch beschäftigt habe - wobei ich kein Geologe bin, das ist ganz klar; ich bin Physiker, habe dazu meinen Zugang -, dass ich mich damit also immer wieder beschäftigt habe, dass ich eben gerade, wie ich sagte, mich in den letzten Jahren relativ intensiv mit dem Endlagerprogramm der Schweiz beschäftigt habe, was ja keine Sache für sich ist. Die Probleme der Endlagerung treten ja dort in der Schweiz genauso auf wie in einem anderen Land. Damit will ich sagen: Wer sich mit dem Programm in einem Land beschäftigt, vor allem in einem Land, das so fortgeschritten ist, was ich ja mehrmals schon auch positiv herausgestrichen habe, der kann an dem Thema doch ganz gut dranbleiben, denke ich.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, kommen wir noch mal zurück zu dem Gorleben-Hearing. Also: 60 Wissenschaftler, große Veranstaltung, sechs Tage. Das Ganze ist ja nicht ganz billig. Wer hat denn die Kosten getragen? Viele Wissenschaftler werden auch nicht kostenlos gekommen sein. Wer hat die Kosten getragen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Was ich dazu weiß, ist: Ich bin vom niedersächsischen Sozialministerium bezahlt worden, mein Honorar und auch die sonstigen Bürokosten.

Die 20 Experten, die ich koordiniert habe, wurden ebenfalls vom niedersächsischen Sozialministerium unter Vertrag genommen und bezahlt. Ich bin mir auch, da wage ich jetzt auch die Vermutung - - Bei den fünf deutschen Experten, die also Kernenergie-skeptiker waren, da gehe ich davon aus, dass die vertragliche Regelung auch war, dass sie vom Sozialministerium bezahlt wurden. Bei den anderen Experten weiß ich es nicht. Ich weiß auch nicht, welche Geldflüsse es dann sonst noch gegeben hat.

Ich erinnere mich, dass das mal angesprochen wurde, auch in meiner Gegenwart, von Vertretern des Ministeriums, ja, dass der Bund auch etwas usw. - - Aber da weiß ich nichts über die Geldflüsse.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Also, Herr Dr. Hirsch, irgendwas ist da nicht ganz logisch. Diese Veranstaltung, wenn ich das alles richtig verstanden habe, kam auf Anregung des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zustande. Es war eine große Veranstaltung, es war eine gute Veranstaltung, und Sie sagen uns, dass sich für die Ergebnisse seitens der Politik niemand so recht interessierte oder - ich habe das so aufgeschrieben - dass man das eigentlich nicht so recht zur Kenntnis nehmen wollte. Können Sie uns erklären, warum eine Landesregierung - jetzt sage ich einmal ganz vereinfacht - einen solch großen Aufwand treibt und mit dem Ergebnis dann nichts mehr zu tun haben will? Oder war die Geschichte dann schon so weit vorbereitet, weil ja wenige Tage darauf der Ministerpräsident erklärt hat, dass die Wiederaufarbeitungsanlage dann gestorben ist? Also, worauf gründet sich Ihr Eindruck, dass das niemanden interessiert hat?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein. Also, worauf der Ministerpräsident seine Erklärung gegründet hat und sonst seine Überlegungen, das weiß ich nicht. Nein, aber es war ja nicht so¹⁰⁴. Ich habe das ja auch jetzt schon mehrmals ausgeführt. Es gab einige Punkte, einige Ergebnisse dieser Anhörung, die sehr wohl von der Politik relativ kurzfristig aufgenommen wurden. Ich kann das jetzt noch weiter ausführen, noch ein anderes Beispiel vielleicht bringen.

Was ich schon genannt habe, war ja das große Unfallpotenzial mit dem Eingangs-

¹⁰⁴ Ergänzung des Zeugen: „ , dass er damit nichts zu tun haben wollte“, Anlage 2

lagerbecken, dass ich da sagen muss: Das ist vielleicht¹⁰⁵ ein klares Positivbeispiel. Ein Politiker holt sich Experten, um sich bei einem Thema die technischen Fragen darlegen zu lassen, nimmt das auf, zieht dann seine Schlüsse daraus und handelt und ändert seine bisherige Position.

Ein anderes Beispiel, das ich, glaube ich, noch nicht erwähnt habe, war auch, dass bei diesem Gorleben-Hearing, erstmals möglicherweise in Deutschland - - Dafür kann ich jetzt nicht die Hand ins Feuer legen, aber jedenfalls war das eine der ganz frühen Gelegenheiten, bei denen einmal klar wurde: Wiederaufarbeitung ist kein Sachzwang. Es geht auch ohne Wiederaufarbeitung. Es gibt eine Alternative, die direkte Endlagerung. - Das war ein Punkt, da erinnere ich mich, das ist von den internationalen Experten sehr deutlich gemacht worden, so auf zwei Levels sozusagen, also erstens, dass sie gesagt haben: Man kann Zeiten durch Zwischenlagerung überbrücken, man muss die Entscheidung noch nicht jetzt fällen. - Aber das andere, der wichtigere Punkt: Es muss überhaupt nicht Wiederaufarbeitung sein. Es gibt einen alternativen Weg.

Und wenn ich mich dann richtig erinnere - und ich glaube, in dem Punkt, weil mich das eben auch beeindruckt hat, erinnere ich mich wohl -, hat Ministerpräsident Albrecht dann auch während des Hearings noch gesagt: Ich will jetzt zu diesen Alternativen eine eigene Session haben, eine eigene Sitzung. - Ich glaube, eine Sitzung war einmal zwei Stunden, oder was auch immer, auch¹⁰⁶ wenn das gar nicht so geplant war. Und zu den Experten hat er gesagt: Hier, ihr habt da in dem Bericht ein bisschen was dazu und da ein bisschen was, ihr habt dort einiges dazu gesagt. Führt das mal zusammen, und erzählt mir etwas drüber.

Und ich glaube: Also, das war einer der Anfangspunkte, der dann dazu geführt hat, dass in Deutschland eben diese Alternative - direkte Endlagerung - dann so langsam - da gab es noch einiges Hin und Her und andere Wiederaufarbeitungspläne - ernster genom-

men wurde und man schließlich darauf umgestellt hat.

Insofern ist eben schon ein großer Teil, denke ich, sehr gut angekommen, auch aus meiner Sicht als jemand, der sich da ja wirklich sehr reingehängt hat, befriedigend angekommen. Das sind auch sehr wichtige Themen. Also, es ist ja nun - -¹⁰⁷ Hier ist das Thema jetzt Endlager Gorleben. Aber diese anderen Themen sind natürlich auch sehr, sehr wichtig. Aber es ist eben, wie ich schon sagte: In diesem einen Punkt, was jetzt speziell Gorleben betrifft, also das Endlager eben, den Salzstock, da meine ich, da ist¹⁰⁸ aus meiner Sicht vor allem diese Anregung: Ich brauche mehrere, ich brauche eine Vorauswahl mehrerer Standorte, die ich parallel untersuche. Das ist einfach, da ist - -¹⁰⁹ Ich weiß nicht, inwieweit das intern noch diskutiert wurde. Aber ich habe da nicht¹¹⁰ gemerkt - - Das war wie ein Echo in einem leeren Raum, das verhallt ist, und dann war da nichts mehr.

Ich glaube, Ihre Frage ist damit - - Ein Großteil der Kosten hat sich also sicherlich - - Die Kosten haben sich sicherlich gerechtfertigt durch das, was da also¹¹¹ an Anstößen gekommen ist. Nur in dem einen Punkt eben leider nicht.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Mich störte eigentlich nur, dass Sie hier den Eindruck erweckt haben, dass das Ergebnis seitens der niedersächsischen Landesregierung, aber auch des Bundes dann nicht so interessant war. Aber lassen wir das.

Sie waren also dieser Koordinator dieser Veranstaltung.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich war Koordinator der 20 internationalen Experten, wie gesagt, und habe dann auch bei der Koordination der Gesamtveranstaltung mitgewirkt. Aber ich war nicht der Gesamtüberkoordinator.

¹⁰⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „vielleicht“, Anlage 2

¹⁰⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Ich glaube, eine Sitzung war einmal zwei Stunden, oder was auch immer, auch“, setze „(Ich glaube, eine Sitzung war mal über zwei Stunden, oder was auch immer) Auch“, Anlage 2

¹⁰⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Also, es ist ja nun -“, Anlage 2

¹⁰⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ist“, setze „gab es“, Anlage 2

¹⁰⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Das ist einfach, da ist -“, Anlage 2

¹¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht“, setze „nichts“, Anlage 2

¹¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „also“, Anlage 2

Franz Obermeier (CDU/CSU): Mich würde jetzt interessieren: Haben Sie den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt eingeladen? War er eingeladen zu der Veranstaltung? Der ist dann offenbar ja nicht gekommen. Gleichwohl hat er sich bei anderer Gelegenheit mit den Kritikern des NEZ getroffen. Wie ist das bei Ihnen so angekommen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich weiß nichts über die Kontakte zwischen niedersächsischer Landesregierung oder Herrn Albrecht und Herrn Schmidt wegen einer Teilnahme von Herrn Schmidt. Darüber weiß ich null. Dass es ein Treffen gegeben hat von einigen der Kritikern mit Herrn Helmut Schmidt, das habe ich gehört. Das war in einer Phase, wenn ich mich da recht erinnere, sehr knapp vor dem Hearing, wo ich mehr als genug zu tun habe und wo ich üblicherweise 15-Stunden-Tage gearbeitet habe. Also, ich habe das gehört, habe es zur Kenntnis genommen und habe mir dann in der Situation keine weiteren Gedanken gemacht, weil ich andere Sorgen hatte.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, Ihr Diskussionsleiter damals, das war der Dr. von Weizsäcker. Was haben Sie denn da noch in Erinnerung? Wie zufrieden waren Sie denn mit dem Dr. von Weizsäcker?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, meine Erinnerung ist, dass er im Großen und Ganzen hier wirklich bemüht war, einen Dialog zwischen zwei Seiten, einen ausgewogenen Dialog, in Gang zu bringen, und dass er - ja, ich will es nicht zu kompliziert machen - seine Sache im Großen und Ganzen gut gemacht hat. Meine Erinnerungen sind jetzt insofern etwas schwach, weil auch während des Hearings ich wenig Zeit hatte, mich dazusetzen, mir das anzuhören. Ich hatte auch dann noch sehr viel zu tun, koordinierend und organisatorisch. Aber - sagen wir - das ist - - Ich will es einmal so ausdrücken: Wenn ich zu irgendeinem Zeitpunkt vielleicht Grund gehabt hätte, ihn heftig zu kritisieren oder mich über ihn geärgert hätte, dann hätte ich mir das sicher gemerkt, und das habe ich nicht.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Hirsch, ich würde gern noch einmal zurückkommen auf die Endlagerkriterien; denn es gab ja in der Tat eine interministerielle Arbeitsgruppe der Landesregierung Niedersachsen, die tatsächlich auch Endlagerkriterien mal diskutiert hat. Ich nenne Ihnen die Kriterien. Das waren zum einen unter dem Bereich „wirtschaftliche Kriterien“ Verkehr, Oberflächennutzung, Wasserversorgung. Es war dann das Kriterium Strukturpolitik, und es waren unter dem Stichwort „Sicherheit und Umwelt“ die Kriterien Landespflanze, Trinkwasserversorgung, Reaktorsicherheit und Endlagergeologie. Könnten Sie sagen, welche - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

- Da ging es um das NEZ. Das war die Frage, die der Kollege auch gestellt hat, nach der Voruntersuchung der vielen Standorte. Ich wollte das präzisieren. - Also, war die Frage: Halten Sie das für die - - Waren damals die Kriterien Ihnen bekannt, so von der Erinnerung, und halten Sie sie für ausreichend?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein, die Kriterien waren mir nicht bekannt. Aber es ist sicher so, wenn ich ein Endlager errichten will, dann brauche ich sehr ausführliche geologische, bergtechnische Kriterien, die auch im Mittelpunkt stehen müssen. Bei der Auswahl, auch Vorauswahl von Standorten für ein Endlager geht es primär um die Geologie, und darauf muss das Vorauswahlverfahren fokussiert sein.

Dann noch eine Bemerkung dazu. Das mag natürlich schwieriger gemacht worden sein dadurch, dass man unbedingt diese Kolokation, Entsorgungszentrum, alle Anlagen und das Endlager an einem Standort haben wollte. Das war sicherlich nicht ohne Probleme, weil ich natürlich dann für die oberirdischen Anlagen auch verschiedene Kriterien brauche, oder - um es deutlicher zu sagen - vielleicht war das keine sehr glückliche Idee, unbedingt diese Kolokation an einem Standort zu wollen. Aber, wie gesagt, für die Auswahl eines Endlagers brauche ich primär und überwiegend eben geologische Kriterien.

Ute Vogt (SPD): Also, das heißt, eine Prozentzahl von 12,8 Prozent als Anteil der Endlagergeologie zur Feststellung, ob die Kriterien alle reichen, wäre dann zu wenig?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, es scheint mir sehr wenig, ohne hier jetzt den genauen Einblick zu haben. Aber es scheint mir zu wenig. Es scheint mir darauf hinzuweisen, dass das Verfahren nicht sachgerecht ist.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen, einen Arbeitszusammenhang, in dem Sie tätig waren. Das war: Es gab einen Sachverständigenkreis „Andere Entsorgungstechniken“, in dem Sie auch - im Jahr 81 muss das gewesen sein - Mitglied waren. Könnten Sie uns über die Arbeit und den Inhalt dieses Arbeitskreises etwas sagen? Was haben Sie dort gemacht, und welchen Zweck hatte der?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Also, es wurde damals ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm für andere Entsorgungstechniken so in Gang gebracht. Also, genau weiß ich das nicht. Aber es hat eben Anfang der 80er begonnen. Da war das Kernforschungszentrum Karlsruhe federführend. Um dieses Programm zu begleiten, hat das BMFT damals eben diesen Sachverständigenkreis einberufen und hat bei diesem Sachverständigenkreis dann auch - im Gegensatz zu der sonstigen Praxis, wo die Mitglieder von Sachverständigenkreisen dann üblicherweise aus dem, sage ich mal, Kreis der offiziellen Experten kommen - von den neuen Mitgliedern drei herangezogen - einer war ich -, die sozusagen aus dem Kreis der, ja - ich sage es jetzt mal salopp -, nicht etablierten Experten kamen. Ein Vertreter - da weiß ich jetzt nicht, wie ich den einordnen soll - wurde von den Gewerkschaften nominiert, und fünf waren dann eben so der übliche Kreis.

Dieser Sachverständigenkreis, ich war da - - Auch im Rückblick noch sehe ich das als zwiespältig an - damals war ich noch viel stärker gespalten -, weil ich denke, dass ich heute doch sicherlich viele Dinge differenzierter sehe als vor 30 Jahren. Ich hoffe, das trifft auf die meisten Menschen zu, dass sie sich in der Richtung weiterentwickeln. Aber die Problematik, die sehe ich auch heute

noch, dass einerseits sicherlich ein positiv¹¹² „weg von der Wiederaufarbeitung“ - - Aber andererseits war das im Gesamtzusammenhang zu sehen mit dem weiteren Ausbau des Atomprogramms, das damals ja auch noch viel weniger weit war - damals waren gerade die Anlagen in Betrieb, die jetzt stillgelegt wurden zurzeit¹¹³ nach Fukushima -, also, dass das einerseits sicherlich eine interessante Initiative - will ich auch anerkennen - vom BMFT war und interessant, da mitzumachen, andererseits das auch teilweise einen Alibicharakter hatte: Hier nehmen wir uns Leute rein, die als Kritiker bekannt sind; die segnen das dann ab, und dann wird damit sozusagen das Ganze, insgesamt der Ausbau der Atomenergie in Deutschland salonfähiger. - Das war so ein Problem. Aber ich muss sagen, ich habe - - Ich weiß jetzt nicht mehr genau - - Der Sachverständigenkreis wurde dann irgendwann aufgelöst. Ich habe mitgearbeitet, fand das auch fachlich interessant. Es gab eine ganze Reihe von Konflikten.

Herr Ziegler vom BMFT hat den geleitet, den ich jetzt nach vielen, vielen Jahren hier wieder getroffen habe, und wir haben uns beide gefreut, uns wiederzusehen. Wir haben damals also manchmal wirklich heftige Auseinandersetzungen auf der sachlichen Ebene gehabt, aber wir sind dann doch immer noch miteinander ausgekommen.

Ute Vogt (SPD): Hat bei diesem Sachverständigenkreis dann auch das Thema Gorleben noch eine Rolle gespielt, oder war das eher eine abstrakte Aufgabe?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das, soweit ich mich erinnere, hat da keine Rolle gespielt. Also, dabei ging es - - Da war sozusagen das, was passiert, bevor man die Abfälle ins Endlager bringt, und dann auch die bergtechnischen Fragen, aber nicht so sehr die Geologie.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Zeuge, Sie hatten ja - hatten Sie vorhin ja schon

¹¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „einerseits sicherlich ein positiv“, setze „es einerseits sicherlich positiv war, Richtung“, Anlage 2

¹¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „zurzeit“, Anlage 2

ausgeführt - Kontakt gehabt zu Herrn Dr. Ziegler aus dem Forschungsministerium. Können Sie uns sagen, wie Ihre Wahrnehmung der Position von Herrn Dr. Ziegler zum Thema Kernenergie war?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das ist jetzt - - Das ist wirklich eine sehr schwierige Frage. Aber ich will versuchen, sie zu beantworten. Also, zwei Dinge vielleicht: dass erstens Herr Dr. Ziegler ganz klar die Kernenergie befürwortet hat, entschieden befürwortet hat, auch den Ausbau der Kernenergie, die Machbarkeit der Entsorgung, dass er aber zweitens auch jemand war, der noch - - also jemand war, der dialogfähig war und in der Lage war, eine fachliche Diskussion auch mit Leuten zu führen, Personen zu führen, die einer anderen Meinung waren, was ja eine gewisse Offenheit voraussetzt. Also, so diese beiden Punkte, denke ich, sind mir da wichtig.

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf mich beziehen auf eine Zeugenbefragung, die wir vorgenommen haben am 8. Juli 2010. Das war die 12. Sitzung des Ausschusses. Da hatten wir einen Herrn Dr. Wolf von Osten als Zeugen vernommen. Sagt Ihnen der Name was? Also, Herr von Osten war Anfang der 80er-Jahre Spiegelreferent für das BMFT im Bundeskanzleramt. Ich darf verlesen aus Seite 91 unseres Protokolls folgende Aussage von Herrn von Osten über das BMFT:

Ich will das mal so sagen - das ist jetzt aber eine Einschätzung von mir, eine persönliche Einschätzung und keine durch Tatsachen -: Damals gab es im BMFT eine starke Kernenergiefraktion im gesamten Haus - bis zum Staatssekretär, aber nicht aufseiten des Ministers. Das fing schon zur Zeit von Herrn Hauff, dem Vorgänger von Bülow, an ...

Können Sie das nachvollziehen, diese Positionierung?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, also, soweit - - Meine Kontakte mit BMFT waren begrenzt. Aber sagen wir: Das widerspricht nicht dem Bild, das ich hatte von meinen Kontakten mit dem BMFT.

Sebastian Edathy (SPD): Hatten Sie denn den Eindruck als Beobachter, dass sich in der Positionierung des BMFT eine Verän-

derung ergeben hat nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982, oder können Sie es nicht beurteilen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nur kurz: Nein, also, wenn ich diese Frage jetzt höre, fällt mir spontan dazu nichts ein.

Sebastian Edathy (SPD): Ich frage auch deshalb, weil Herr Dr. von Osten ja dann gewechselt ist kurz vor dem Regierungswechsel und Referatsleiter im BMFT, also kam aus dem Kanzleramt und hat dort ein Grundsatzreferat für Energiefragen geleitet, wurde aber da sofort wieder abgesetzt, als es den Wechsel gab in der Bundesregierung. - Gut. Ich habe dazu keine weiteren Fragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Michael Paul (CDU/CSU))

- Bitte? - Ich kann die Quelle gerne angeben, Herr Kollege Paul. Das ist die Seite 83 aus dem Protokoll zur Befragung von Herrn von Osten, und ich zitiere ihn folgendermaßen:

Ich bin aus dem Kanzleramt dann noch vor dem Regierungswechsel ausgeschieden, bin wieder zurück ins BMFT, habe dort die Leitung des Referats „Grundsatzfragen der Energieforschung“ übernommen und war in dem verbleibenden halben Jahr bis zum Regierungswechsel im Oktober 1982 damit befasst, einen Plan und ein Konzept für die Beendigung des Kalkarer Brütters zu entwickeln. ...

Ich kann über die Zeit nach Oktober 1982 zu der Problematik wenig sagen, weil ich sofort nach dem Regierungswechsel in ein anderes Referat versetzt wurde ...

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Von Absetzen, wie Sie gesagt haben, steht da nichts!)

- Ach so. Er wurde nicht abgesetzt als Referatsleiter; er wurde versetzt in ein anderes Referat. Das macht natürlich inhaltlich einen ganz, ganz, einen massiven Unterschied. Vielen Dank, Herr Paul, für den Hinweis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine Herren, Sie wollen sich jetzt nicht ernsthaft noch mal darüber inhaltlich untereinander auseinandersetzen. - Dann geht

das Rederecht nämlich jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, ich komme noch mal wieder zu dem Punkt zurück. Ich hatte ja vorhin schon zitiert. Sie hatten ja als Sachverständiger damals, im Jahre 80, im Juni, eine Stellungnahme abgegeben in dem Zusammenhang in der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz des Innenausschusses. Da ging es ja um diese Themenstellung: Welche Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle gibt es? Sind Salzstöcke geeignet? - Ich zitiere aus dem Protokoll, Seite 79. Da zitiere ich jetzt wortwörtlich:

Auch bei Betonung der künstlichen Barrieren ist die Auswahl des Endlagermediums von Interesse, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Minimierung späterer Zugänglichkeit.

Frage: Meinen Sie damit, möglichst nicht rückholbare Lagerung im tiefengeologischen Grund wäre die beste Variante für die Endlagerung?

Ich gehe noch mal weiter in diesem ersten Block meiner Fragen. Sie haben dann auch damals erklärt, dass aus historischen Gründen natürlich der Informationsstand bezüglich des Wirtsgesteins Salz am besten fortgeschritten ist, haben aber trotz alledem auch darauf verwiesen, dass Sie sich ansonsten der Fachmeinung des Herrn Grimmel anschließen, der ja auch Vor- und Nachteile von Salzformationen beschrieben hat. - Das ist jetzt erst mal mein erster Block.

Ich würde Sie trotzdem bitten, dass ich meinen zweiten Block gleich hinterher-schieben kann. Sie haben dann in Ihrer damaligen schriftlichen Stellungnahme auch festgestellt, dass sich die BRD nicht aktiv an einer internationalen Arbeitsgruppe beteiligte, die die Möglichkeit der Lagerung radioaktiver Abfälle in der Tiefsee mit befasste. Sie schrieben damals: Die Gründe hierfür sind unklar. - Ich merke jetzt noch mal an, dass Sie damals ein Verfechter waren, dass Sie gesagt haben: Ein aussichtsreiches Medium könnte roter Tiefseeton sein. Das ist ja für uns eine ganz völlig -- Also, diese Überlegung habe ich noch nirgendwo gelesen und gesehen. Sind Sie nach wie vor der Meinung, dass also auch in der Tiefsee - das stelle ich mir viel, viel komplizierter noch vor - - sinnvoller wäre

als in tiefengeologischen Gesteinsformationen an Land? - Diese beiden Blöcke, bitte.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Die erste Frage ist: Ganz klar hat sich meine Position geändert. Ich würde es heute befürworten, soweit es mit der Sicherheit verträglich ist, die Rückholbarkeit offenzuhalten, was natürlich nicht einfach ist; denn Sie haben immer den Zielkonflikt, wenn Sie ein Endlager längere Zeit offen halten wollen oder offen lassen wollen zur leichten Rückholbarkeit oder nur teilweise erfüllen, dass dann auch gleichzeitig das Problem der Wassereinträge größer wird. Aber ich würde aus heutiger Sicht diese Position nicht mehr vertreten, sondern eben die Rückholbarkeit. Da bin ich übrigens auch¹¹⁴ bei weitem nicht der Einzige. Viele, viele Experten, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, sind auch im Laufe der Jahrzehnte der Beschäftigung damit in die Richtung gegangen, dass sie der Rückholbarkeit sozusagen nähergetreten sind und die Vorteile sehen. Es ist auch kein Zufall, dass in vielen Ländern eben auch über Formen der Rückholbarkeit nachgedacht wird.

Das Zweite, da habe ich die Frage -- Da sagten Sie etwas, Informationsstand zu Salz. Was war da die Frage?

Angelika Brunkhorst (FDP): Sie haben damals gesagt, dass natürlich zu dem damaligen Zeitpunkt die Salzformation als Wirtsgestein am meisten vorangeschritten erforscht ist und dass Sie das sozusagen, ja, einfach nur festgestellt haben, aber dass Sie sich ansonsten den Vor- und Nachteilen, also der Bewertung von Herrn Grimmel anschließen. Herr Grimmel hat ja hier auch schon als Zeuge ausgesagt. Er hat ja durchaus Bedenken gehabt gegenüber Salzgestein. Deswegen würde ich ganz gern wissen: Sie haben damals die Einschätzung unterstützt. Unterstützen Sie die heute auch noch so, wie Herr Grimmel die vertritt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich habe ja schon deutlich gesagt - auch hier im Verlauf der Diskussion -, dass es verschiedene infrage kommende Wirtsgesteine gibt, die alle jeweils ihre spezifischen Vor- und Nachteile haben. Ich habe ja auch versucht, das

¹¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „auch“, Anlage 2

auf den Punkt zu bringen in der etwas saloppen Weise: Ein guter Standort im Salz kann besser sein als ein schlechter im Ton und umgekehrt. - Also, das, denke ich, entspricht ja genau dem. Wenn ich damals gesagt habe, der Informationsstand über Salz ist ja viel besser, dann werde ich das sicher recherchiert haben, und dann wird das sicher für die damalige Zeit gestimmt haben. Europaweit, würde ich sagen, wird das heute nicht mehr unbedingt zutreffen, weil man zum Beispiel gerade über Ton auch sehr viel mehr weiß. Aber insgesamt sehe ich da jetzt von meiner damaligen Aussage zu dem Jetzigen eine Weiterentwicklung, aber keinerlei Brüche oder irgendwelche Widersprüche.

Die Option mit dem Tiefseeton würde ich heute nicht mehr so vertreten und besonders pushen und in die Diskussion bringen wollen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Also, ich habe jetzt dann auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das trifft sich ja gut. Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Dr. Hirsch, das war bei dem Gespräch zwischen DWK und Kernenergiekritikern am 27. September schon ziemlich spät geworden, so wie jetzt auch. Allerdings ging es da bis 22.10 Uhr. Und als es da so später wurde, wurde auch der Ton irgendwie anders. Darf ich Ihnen mal was vorlesen? Das ist MAT A 83, Band 17, die Seiten 133 bis 158, hier die hinteren Seiten. Da fragt - -

(Zuruf)

- Bei was? - Das ist jetzt aus dem - - notiert von E. Robinson aus den Hannoveraner Gesprächen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Vorbereitung.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, Vorbereitungsgespräche. - Was hindert jemanden - - Also, das ging erst - - Atomgesetz und Bergrecht treffen sich, sagt Stumpf bei der Frage, ob man das da machen kann. Straßburg sagt, es gibt Erläuterungen - - der gibt Erläuterungen zum Berggesetz ab. Dann sagt der Cochran:

Was kann eigentlich jemanden verhindern, ein Loch zu bohren oder einen Graben auszuheben?

Und darauf kommt die Antwort:

Da gibt es eine Genehmigungspflicht. Eine Behörde kann das verhindern.

Und der Herr Callender - das war der aus Neumexiko, so ein besonders forscher -, der sagt:

Die DDR kann doch hier machen, was sie will, ein Loch oder einen Graben.

Da kommt der Stumpf dann dazu:

Ja, aber die Standortauswahl, das war doch eine politische Entscheidung.

Und Callender sagt dann:

Abbau von Kali in DDR, dafür muss es Pläne geben, Kommunikation zwischen Bundesrepublik und DDR.

Stumpf aus dem Sozialministerium in Niedersachsen sagt dazu, er weiß nichts von Gespräch zwischen Bundesrepublik und DDR.

Dazu habe ich jetzt mal eine Frage. Das Innenministerium und überhaupt das Ganze - - In ganz Niedersachsen wusste die Ministerrunde 77 sehr gut Bescheid, auch über Gasvorkommen unter dem Salzstock, sowohl in der DDR als auch Gas unter dem Salzstock Gorleben. Da waren sogar Salzrechte, also die Bohrrechte für Gas vergeben worden an eine Firma. Kam das irgendwie da zum Ausdruck, dass also das größte Gasvorkommen in Deutschland sich direkt unter dem Salzstock Gorleben befindet?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das wäre, wenn das wirklich 77 schon bekannt war - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das war bekannt.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Es ist so, dass - - Gut, das kann ich jetzt nicht selbst bestätigen. Aber wenn das aus dem Protokoll hervorgeht, gut; kann ich nicht selbst - - ¹¹⁵Es war so, dass in dem Bericht der Expertengruppe, wo Herr Callender, Herr Cochran und auch andere drin waren, ja auf mögliche Probleme am Standort Gorleben hingewiesen wurde. Diese Expertengruppe wusste

¹¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „kann ich nicht selbst -“, Anlage 2

nicht, ich wusste auch nicht damals über - - genauer Bescheid¹¹⁶. Aber die Experten-Gruppe hat sich über die Situation grundsätzlich bei entsprechenden vergleichbaren Salzstöcken in Norddeutschland informiert und hat dann ausdrücklich darauf hingewiesen, es ist ein potenzielles Problem, möglicherweise, von der Geologie her könnten sich Gasvorkommen unter diesem Salzstock befinden. Das heißt, wenn das zu dem Zeitpunkt der Landesregierung bekannt war, ist es eigentlich eine interessante Frage, warum sie diesen Punkt dann nicht aufgegriffen hat und sich von den Wissenschaftlern, die ja offenbar nicht ganz blöd waren, wenn sie das - ich rede jetzt auch etwas salopper - - wenn sie diesen Problempunkt identifiziert haben als potenzielles Problem - - sich von diesen Wissenschaftlern speziell zu Gorleben genauer beraten zu lassen. Das ist eigentlich eigenartig. Aber, wie gesagt, die Wissenschaftler, die ich koordiniert habe, wussten davon nichts. Aber sie haben grundsätzlich ganz klar in dem Bericht festgestellt: Das ist ein potenzielles Problem. Das kann auch in Gorleben zutreffen. Vorsicht!

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist ja spannend. Also, die Wissenschaftler sind von sich aus darauf gekommen, dass da so ein Salzlager ist, auch üblicherweise Gas darunter angetroffen wird, und das Innenministerium, das Sozialministerium, das davon wusste und anwesend war, hat also darüber komplett sich ausgeschwiegen. Sie haben sich ja auch darüber ausgeschwiegen. Ich frage da noch mal was.

Am 28.09.78 wurde ein weiteres Gespräch der internationalen Experten mit Vertretern der PTB und der BGR in den Räumen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover durchgeführt. Da gibt es ein Protokoll von Dr. Illi. Der fragt den Cochran aus den USA und Wenzlaff von der BGR, ob es möglich sei, Unterlagen über die Dinge zu erhalten, die auf DDR-Gebiet erfolgt sind. Und der Wenzlaff erläutert, dass bis 1945 alles erfasst ist, und danach gibt es keine Informationen. Cochrans Nachfrage, ob beabsichtigt wird, derartige Informationen

zu erhalten, darauf entgegnet Wenzlaff, dass das unmöglich ist.

Herr Dr. Hirsch, wir wissen heute, dass Wenzlaff, BGR, und Stumpf, Sozialministerium, die Unwahrheit gesagt haben oder zur Geheimhaltung verpflichtet waren; denn aus der Kabinettsvorlage der niedersächsischen Landesregierung vom Februar 1977 - MAT A 52, Band 12, Seite 26 bis 45 - geht eindeutig hervor, dass sowohl die Landesregierung und damit das federführende Sozialministerium als auch die Fachbehörden von dem geheim gehaltenen Erdgasvorkommen unter dem Salzstock und von den vielen Erdgasbohrungen durch den DDR-Teil des Salzstocks wussten. Wie kann ein internationales Expertengremium zu diesen wichtigen Fragen Stellung beziehen, wenn diese wichtigen Erkenntnisse, wie die Gasvorkommen, ihnen vorenthalten werden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, also, ich erinnere mich daran, das hat die Arbeit natürlich erschwert. Jede Information, die wir hier noch bekommen hätten, hätte die Aussagen noch präziser machen können, noch fundierter. Ich erinnere mich, dass das öfter das Thema war, dass ich das auch mit Vertretern des Ministeriums angesprochen habe, eben die Informationen vom Gebiet der DDR. Da ist eben gesagt worden: Ja, es ist, wie es ist, und da kommen wir nicht ran. - Es ist dann auch, wenn ich mich recht entsinne, noch etwas relativiert worden, indem man gesagt hat: Na ja, es sind doch - - Das hängt zwar zusammen, der Salzstock Gorleben und Rambow, aber es sind doch zwei getrennte Strukturen, so wie die Höcker - an das erinnere ich mich; das war irgendwie einprägsam -, so wie die zwei Höcker von einem Kamel. Also, da ist doch der Salzstock Gorleben dann ein Stück ja schon zusammen, aber auch wieder getrennt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Höcker in 400 Meter Tiefe.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Daher wurde das eben dann begründet, gesagt, also, wir konzentrieren uns auf diesen einen Höcker, und das ist dann - - das reicht dann.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut. Danke schön. - Können Sie mir noch was dazu sagen, wie jetzt in der Schweiz die Kriterien für ein Vorgehen zur Endlagersuche

¹¹⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „,, ich wusste auch nicht damals über - - genauer Bescheid“, setze „,,genauer Bescheid, wie ich damals“, Anlage 2

gefunden worden sind? Wer hat die entwickelt, oder woher sind die gekommen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, die Kriterien für die Vorauswahl. Es ist ja so, man hat sehr detaillierte Kriterien für die Vorauswahl und dann¹¹⁷, das Weitere geht dann über Sicherheitsanalysen, die schwer - -¹¹⁸ Also, die Umsetzung des Sachplans geologische Tiefenlager in der Schweiz hat etwa Ende 2008, wenn ich mich recht entsinne, begonnen. Es gab dann¹¹⁹ einen jahrelangen Vorlauf. Es wurde von diesem Sachplan geologische Tiefenlager ein Konzeptteil erstellt, der eben ausführliche Listen geologischer Kriterien auch enthalten hat, und der wurde immer wieder überarbeitet nach entsprechender Öffentlichkeitsbeteiligung. Also, das, was ich mitbekomme habe dabei, ist, dass die Nachbarländer beteiligt wurden, sicher auch Deutschland - also, das weiß ich ja; da gibt es ja eine eigene Gruppe, die sich damit befasst -, dass eben auch Österreich sich beteiligt hat, dass dann eben eine Fachstellungnahme¹²⁰ - das war dann meistens meine Aufgabe mit einem Geologenkollegen zusammen, Fachstellungnahme - - und dass dann diese Dinge eben bei der weiteren Entwicklung berücksichtigt wurden. Das war also ein längerer Prozess, durchaus geologisch¹²¹. Ich habe einige Punkte, die wir angeregt haben, wiedergefunden, andere nicht. Man ist da nicht immer ganz zufrieden. Aber es war jedenfalls doch ein länger dauernder transparenter Prozess.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank auch von mir. - Das Frage-recht geht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, Sie erlauben mir, dass ich als Mitglied der Grünen zu Ihrer letzten Aus-

sage noch hinzufüge, dass die Schweiz sich in ihrem Auswahlverfahren natürlich auch ein Stück weit an dem vom - unter Jürgen Trittin eingesetzten - AkEnd entwickelten Auswahlverfahren für ein Endlager orientiert hat, das wir ja leider hier noch nicht praktizieren.

Ich möchte jetzt noch zwei Fragen anfügen. Zum einen: Wir haben ja das große Problem der Akzeptanz bei der Bevölkerung, nicht nur bei Endlager, sondern auch bei anderen. Welche Rolle spielt denn zum Beispiel in diesem Schweizer Endlagerverfahren, jetzt Auswahlverfahren - - wie weit spielt denn eine Rolle, dass man letztendlich dann zu einer Akzeptanz kommt, diese frühzeitige Einbindung der Bevölkerung, die vollkommene Transparenz, die ja auch in dem Verfahren des AkEnd als notwendig beschrieben und eingefordert wird - - Welche Rolle spielt das, um am Ende tatsächlich zu einer Akzeptanz bei der Bevölkerung zu kommen, und wie sehr setzt die Schweiz, die natürlich sowieso einen anderen Umgang mit Einbindung der Bevölkerung hat, aber wie sehr setzt sie auch darauf, dass dann am Ende die Bevölkerung, die das Endlager zu tragen hat, das auch akzeptiert?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich denke, dass das sehr wichtig ist. Die Schweiz - das hatte ich vorhin schon mal angedeutet - hat ja auch andere Erfahrungen gemacht. Es wurde in der Schweiz schon einmal ein Standort für schwach- und mittelaktive Abfälle ohne ein solches Verfahren ausgewählt. Also, das muss man dazu sagen: Die Schweizer haben da zum Teil eben auch auf die harte Tour gelernt und nicht nur, weil sie von vornherein so offen da rangegangen sind. - Das war der Standort Wellenberg. Da gab es massiven Widerstand des Kantons und der Bevölkerung, und das musste aufgegeben werden.

Jetzt legt man eben sehr großen Wert darauf¹²². Ich finde auch - nach dem, was ich mitbekommen habe; ich bekomme einiges mit dabei -, dass dieses Verfahren wirklich offen ist, dass es da auch Diskussionen gibt im Lande selbst, dass es Veranstaltungen gibt in den einzelnen Standortgebieten, wo also alles noch mal dargelegt wird, dass die Kantone auch ein sehr starkes Mitspracherecht haben, bei denen ja auch großer Sach-

¹¹⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, Anlage 2

¹¹⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „ , die schwer - -“, setze „ .“, Anlage 2

¹¹⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „dann“, setze „davor“, Anlage 2

¹²⁰ Ergänzung des Zeugen: „erstellt wurde“, Anlage 2

¹²¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „durchaus geologisch“, Anlage 2

¹²² Richtigstellung des Zeugen: streiche „eben sehr großen Wert darauf“, setze „auf Beteiligung eben sehr großen Wert“, Anlage 2

verstand angesiedelt ist, dass auch großer Wert darauf gelegt wird, eben die Kantone da einzubinden. Gut, dahinter steht natürlich auch in der Schweiz - egal wie die formale, rechtliche Lage ist -: Wenn ein Kanton nicht will, dass auf seinem Gebiet etwas geschieht, dann läuft das auch nicht. Daher ist also insofern auch der Druck eben groß. Aber ich denke, das ist ein sehr offenes Verfahren.

Trotzdem, auch dort gibt es natürlich das Problem, dass der Antragsteller, die Nagra, die Nationale Genossenschaft zur Endlagerung radioaktiver Abfälle, eine übermächtige Kompetenz sozusagen¹²³ besitzt. Die haben - jetzt wieder salopp gesagt - die meisten Wissenschaftler, die die meiste Zeit da reinstecken können und am meisten daran arbeiten. Das ist dann schon manchmal so das Gefühl - nicht nur bei mir -, also wird man da überfahren, weil man dann also einfach gar nicht dagegen halten kann mit Argumenten. Aber auch da gibt dieses Verfahren, eben durch die breite Einbindung, auch noch Chancen, weil, wie gesagt, gerade bei der Geologie, da gibt es eben auch viel Sachverstand, der jetzt nicht so in der Kerntechnik angesiedelt ist. Da gibt es lokalen Sachverstand.

Also, ich halte das für ein sehr interessantes Verfahren. Das kann auch immer noch gegen die Wand gefahren werden. Aber es ist jedenfalls ein sehr interessanter Ansatz, und, ja, diese Einbindung, die breite Einbindung der Bevölkerung und der verschiedenen Institutionen ist ein ganz wichtiger Punkt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt sind wir alle sehr, sehr viel schlauer geworden, liebe Frau Kotting-Uhl, lieber Herr Dr. Hirsch. Das finde ich auch alles ganz wunderbar. Wenn wir jetzt noch erfahren könnten, was das unmittelbar mit unserem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halt, das mache ich schon selbst.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, ist ja gut. Ich habe Sie ja ausreden lassen. Ich habe überhaupt gar keine Lust, hier mit Ihnen zu streiten, hier irgendwelche Aussagen unterdrücken zu wollen oder so was. Wir können hier reden, so lange wir wollen. Nur, wir untersuchen hier ja tatsächlich einen Vorgang, der in der Vergangenheit liegt. Freundlicherweise sollte das deshalb also in seiner Konsequenz, das, was Herr Dr. Hirsch gesagt hat, für unseren Untersuchungsauftrag und nicht für zukünftige Geschehnisse in der Schweiz, in der Bundesrepublik oder sonst irgendwas noch mal auf den Punkt gebracht werden, damit wir diese Aussagen auch als wertvollen Beitrag für die Erstellung unseres Berichts letztendlich verwenden können.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Frau Vorsitzende, ich stimme Ihnen völlig zu. Ich habe jetzt lediglich angeschlossen an die ausführliche Befragung von Herrn Obermeier an unseren Zeugen zum Schweizer Auswahlverfahren und erlaube mir, noch eine Frage dazu anzufügen - das ist dann immer noch weit unter der Zahl der Fragen, die Herr Obermeier dazu an den Zeugen gerichtet hat -, eine Frage noch, die auch sehr wohl mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

Wir haben vorhin - ich glaube, es war auch Herr Obermeier oder Herr Paul - auch den Kriterienkatalog oder gehört, es hätte hier ein Auswahlverfahren gegeben von Niedersachsen, ob das dann also nicht zufriedenstellend hätte gewesen sein müssen. Nun hat Frau Vogt schon darauf hingewiesen, wie die Kriterien da aussahen. Es war ja am Ende unter den vier Standorten, die nach den Kriterien ausgewählt waren, Gorleben auch nicht mal dabei. Aber jetzt noch mal meine Frage. Egal wie die Kriterien zusammengesetzt sind, muss ich, kann ich am Ende ein Auswahlverfahren zu einem guten Ergebnis führen, an dem ich am Ende nicht mindestens zwei Standorte, die bis dahin in dem Auswahlverfahren alle Hürden genommen haben, auch untertägig vergleiche, kann ich allein mit Kriterien, die obertägig vergleichen, überhaupt zu einem Standort kommen und dann sagen: „Der ist es jetzt“?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich glaube, ich habe dazu auch schon etwas gesagt. Aber ich kann das noch mal auf den Punkt bringen. Nein, ich meine, dass es er-

¹²³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „sozusagen“, Anlage 2

forderlich ist, bei der Vorauswahl auf jeden Fall mindestens zwei Standorte auszuwählen und diese dann einer vertieften Untersuchung zu unterziehen. Besser ist es, wenn es mehr als zwei sind oder wenn es mehrere Schritte sind, mehrere Standorte, provisorische Sicherheitsanalyse, noch mal Einengung und dann zwei oder drei dann wirklich eine vertiefte Untersuchung. Das halte ich für sachgerecht und erforderlich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Jetzt habe ich noch eine Frage zum Gorleben-Hearing. Da haben mich jetzt auch die Fragen von Herrn Paul animiert, doch mal klarzumachen, dass solche Dinge ja nicht im luftleeren Raum stattgefunden haben. Wir erleben ja immer, auch zurzeit gerade, dass politische Entscheidungen ihr Umfeld haben, von dem sie auch bestimmt werden. Genauso war das natürlich auch damals. Wir haben vom 28.03. bis zum 03.04. diese Veranstaltung gehabt. Am 28.03. war der Unfall in Harrisburg, Three Mile Island, der uns zum ersten Mal darauf hingewiesen hat, dass es da ein gewisses Problem gibt mit atomaren Anlagen. Am 25. bis zum 31.03. war der Treck der Bauern nach Hannover, der große Treck, 100 000 Menschen nach Hannover. Also, das sind zwei Ereignisse, die ganz sicher einen gewissen Druck ausgeübt haben auf anschließende Entscheidungen der niedersächsischen Landesregierung.

Dann hatten wir dieses Hearing, und dann hatten wir anschließend die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, dass die Wiederaufarbeitungsanlage politisch nicht durchsetzbar ist. Könnte es sein, dass die Wiederaufarbeitungsanlage das Opfer war zur vermeintlichen Befriedung der Bevölkerung und deshalb die kritischen Ergebnisse, die zum Endlager in dem Hearing entstanden, nicht in die Veröffentlichungen, in die Bewertungen eingeflossen sind, weil man an diesem Teil des NEZ, diesem Endlager, festhalten wollte?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das ist eine schwierige Frage. Ich hatte schon den Eindruck, dass die Wiederaufarbeitung auch gewollt war, dass die sowohl von der Bundesregierung als auch von der niedersächsischen Landesregierung etwas war - ¹²⁴ ge-

¹²⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „etwas war -“, Anlage 2

wollt war und jetzt nicht einfach ein Bargaining Chip, etwas, was man dann so locker ¹²⁵ - - was man eh nicht will und was man zuerst verlangt und dann einfach so locker aufgibt, um dann doch noch einen guten Kompromiss zu erzielen. Nein, das glaube ich nicht. Aber es war wohl so, dass das Endlager offensichtlich für die Landesregierung besonders wichtig war, das Festhalten ¹²⁶. Das habe ich auch immer erlebt, auch diese Konstanz, mit der immer wieder abgeblockt wurde, „Wir wollen über den Salzstock Gorleben nicht sprechen“, wie Ministerpräsident Albrecht auch noch auf dem Hearing gesagt hat: Über den Salzstock diskutieren wir nicht; das steht hier nicht zur Diskussion. - Also, das deutet schon darauf hin, dass hier, ja, schon eine ziemliche Festlegung war und dass man das ¹²⁷, also vergleichsweise - - dann noch eher die Wiederaufarbeitung zur Diskussion stellen konnte, vielleicht weil man auch damit ¹²⁸ die Bundesregierung geärgert hat, die das ja besonders wollte, und bei der Endlagerung aber - - das aber wirklich beinhart daran ¹²⁹ festhalten wollte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt ist die Fragezeit wieder vorbei, und wir hätten jetzt die großartige Chance, noch eine dritte Berliner Runde anzuschließen. Da gucke ich jetzt in die Runde. Wir hatten uns ja miteinander daraufhin geeinigt, dass wir gesagt haben, wir gucken mal, wie weit wir bis 19 Uhr kommen. Das ist jetzt inzwischen schon eine Weile hin, und ich gucke mal: Besteht denn noch irgendwo dringender Fragebedarf, sodass Sie sonst der Vorsitzenden schlimme Vorwürfe machen würden, dass sie also dringenden Erkenntnishunger unterdrücken würde? - Das sehe ich nicht so wirklich.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir halten uns an den Beschluss!)

- Das ist ja ganz wunderbar.

¹²⁵ Ergänzung des Zeugen: „aufgibt“, Anlage 2

¹²⁶ Ergänzung des Zeugen: „daran“, Anlage 2

¹²⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „das“, Anlage 2

¹²⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „man auch

damit“, setze „man damit auch“, Anlage 2

¹²⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „daran“, Anlage 2

Dann, lieber Herr Dr. Hirsch, kommen wir tatsächlich zum Ende unserer heutigen Sitzung. Ich darf Ihnen zum Ende noch ein paar Formalien mitteilen. Das Sekretariat wird Ihnen nämlich das Protokoll - nach seiner Fertigstellung, logischerweise - übersenden. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn das nicht so ist, dann bedanke ich mich noch mal sehr herzlich bei Ihnen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unseren Protokollanten, und ich bedanke mich heute in diesem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz besonders bei der Leiterin des Sekretariats, bei Frau Heimbach, für die hervorragende Unterstützung bis hierher. Ich darf Ihnen noch ein paar Blümchen - ganz ohne Tropfen - mitgeben, damit Sie uns in guter Erinnerung behalten. Das wird ohnehin unschwer der Fall sein, denke ich mir.

Ich verabschiede uns alle jetzt in eine Le-sepause. Ich freue mich, Sie alle am 12. Mai in alter Frische zum Obleutegespräch wiederzusehen. - Danke schön.

(Beifall)

(Schluss: 19.24 Uhr)

ist. Ich bin am 18.04.37 geboren, also fast 74.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann können wir mit der Vernehmung in der Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es ja darum, Herr Dr. Ziegler, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig zu erkunden und keinen weiteren Standort obertägig zu prüfen - - ob es dort irgendwelche Manipulationen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie jetzt nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern; andernfalls würden wir sofort mit der Befragung beginnen. Wie möchten Sie gern verfahren?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich würde gerne die Gelegenheit nehmen, im Zusammenhang auf die Fragen, die ich ja schriftlich kenne und die auch zugewiesen sind zu mir, einzugehen. Wenn das recht ist, beginne ich damit.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte, gerne.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Sehr geehrte Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Als ich die Ladung sah, habe ich mich erst mal gefragt: Was weiß ich noch aus dieser Zeit? Ich selbst war von Oktober 73 bis Oktober 83 zuständig für nukleare Entsorgung, insgesamt 14 Jahre im Forschungsministerium tätig - von 71 bis Ende 85 - und habe dann den Beamten gekündigt und bin in die freie Wirtschaft gegangen, habe also sehr viele andere Dinge seitdem gemacht; das will ich mit diesen Zeiten sagen.

Ich hätte mich aus dem Gedächtnis noch nicht mal an eine bewusste Entscheidung der Art, wie sie da geprüft wird (im Kabinett) erinnern können, aber das war in den Fragen ja dann relativ klar. Dann fragte ich: Was mache ich in einer solchen Situation, wenn ich als Zeuge geladen bin und zunächst spontan aus dem Wissen heraus eigentlich nichts mehr weiß? So war jedenfalls mein subjektiver erster Eindruck. Ich habe mich dann gefragt: Habe ich noch irgendetwas, was mir privat zustand mitzunehmen aus dieser Zeit, in meinen beschränkten Rücklagen als Pen-

sionär? Und siehe da, dann fand ich ein kleines Büchlein mit drei Reden aus dem Jahr 1973: vom Minister, vom Staatssekretär und eine weitere. Von diesen drei Reden stammten damals zwei - deswegen habe ich dieses Büchlein noch - weitgehend aus meiner Feder. Insofern habe ich da natürlich dann Stoff gehabt, mich an Überlegungen und Begriffe, die auf der politischen Ebene damals eine Rolle spielten, zu erinnern. Diese Reden sind vor dem Entscheidungstermin gehalten worden, aber wenige Monate davor. Die Termine kann ich ... (akustisch - wenn das gewünscht wird - unverständlich) dann nachtragen.

Ich fand auch noch einige Folienunterlagen, die ich aus der Zeit hatte. Eine davon habe ich auch in Kopie mitgebracht. Da geht es um die Kriterien, auf die ich ja gleich einzugehen Gelegenheit haben werde.

Schließlich fand ich noch einen Sonderdruck aus dem Jahre 82, Februar 82, in den Unterlagen; was man so als Wissenschaftler eben sammelt im Laufe der Zeit. Das ist ein *Fachheft Entsorgung der Energiewirtschaftlichen Tagesfragen*. Dort ist im Kontext, was Entsorgung damals hieß, eben Wiederaufarbeitung, Plutoniumbearbeitung, -verarbeitung, -verwendung, und vor allem Entsorgung im heutigen Sinne: Endlagerung und Behandlung von ... (akustisch unverständlich) Abfällen - - von Wissenschaftlern eingegangen. Es sind sehr umfangreiche Artikel. Die haben mir sehr viel weitergeholfen. Ich will ein kleines, winziges Beispiel dieses Erinnerungsprozesses nennen.

Mir gingen eine Überlegung und ein Gespräch mit einem Abteilungsleiter in der Bundesanstalt für Geowissenschaften durch den Kopf, und mir fiel der Name nicht mehr so recht ein, irgendwie „Venski“, „Venslach“ oder so ähnlich. Und dann fand ich in der Literaturliste einer dieser Publikationen eine Publikation von ihm, und da wird das mit „Venzlaff“, mit „Ven“ usw. geschrieben; da war das natürlich wieder präsent.

Diesen Erinnerungsprozess bitte ich zu beachten, wenn ich dann konkrete Dinge sehe. Und das, was ich heute als Wissen sagen kann, bestätigt durch das, was ich in Erinnerung habe, ist letztlich aus solchen Unterlagen neu gewonnen und neu belebt. - Das im Generellen.

Zu den Fragen selbst, wenn das richtig ist an der Stelle, habe ich mich auf die Fragen natürlich dann besonders versucht zu erinnern, die genau von Ihnen im Beschluss mir zugewiesen sind. Und wenn es passt, würde

L 8

- wenn das gewünscht wird.

radioaktiv

L 9

L w
↓ ?

~~ich sagen~~, dann sage ich schon einmal ein paar Stichworte, weil das vielleicht im Bündel schon mal die eine oder andere Frage, die Sie noch zusätzlich haben -- nicht neu stellen muss, sondern beantwortet.

Ich fange mit der Frage 7 an. Dort geht es um die Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk, und zwar insbesondere um die Frage, ob diese nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik entwickelt wurden und ob die ganz oder teilweise auf den Standort Gorleben zugeschnitten sind.

Das ist nach meiner Erinnerung überhaupt nicht der Fall. Warum? Einmal mussten diese Kriterien, so wie sie publiziert worden sind, in aller Form allen Formen von Endlagerung, wie sie damals im Gespräch waren, gerecht werden. Und es war ja so, dass damals ein Planfeststellungsverfahren für die Schachanlage Konrad und auch für die Schachanlage Asse in Vorbereitung waren oder schon beantragt waren sogar. Die wurden erarbeitet, der Planantrag war gestellt, die Unterlagen wurden bearbeitet.

Des Weiteren haben diese Kriterien eine ziemlich lange Geschichte. Es gibt eine Aussage in einer dieser Publikationen meines damaligen Abteilungsleiters. Der berichtet im Kontext über die Entstehung des Konzeptes „Integriertes Entsorgungszentrum“; das hat ja 74 begonnen usw. Und er sagt, es sei mit einem sehr umfangreichen Kriterienkatalog untersucht worden, ob 24 in der Vorauswahl alle in Niedersachsen gelegene Standorte für dieses Entsorgungszentrum geeignet sein könnten. Die Bundesregierung hat dann 1976, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, davon drei ausgewählt und der niedersächsischen Landesregierung vorgeschlagen. Das hat die niedersächsische Landesregierung beraten und dann Gorleben - Gorleben war nicht unter diesen dreien der Bundesregierung - vorgeschlagen.

Also, die Aussage an der Stelle ist: Es gab einen sehr umfangreichen Kriterienkatalog, auf das Entsorgungszentrum zugeschnitten.

Des Weiteren gab es eine Ausarbeitung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, wenn ich es recht erinnere aus dem Jahre 77, und zwar im Rahmen eines Auftrages der Europäischen Gemeinschaften. Die Stelle weiß ich nicht mehr oder konnte sie auch nicht mehr finden in den Unterlagen, die den Auftrag erteilt hat, aber es war ein Untersuchungsauftrag der Euro-

päischen Gemeinschaften dafür, unter geologischen Gesichtspunkten aufzuführen: Worauf kommt es denn an, wenn man in geologischen Formationen Endlagerung radioaktiver Stoffe betreiben will? Und da kann es schon ganz undenkbar sein, dass auf den Standort Gorleben zugeschnitten dort Aussagen drin sind, sondern Salz spielt als Formation eine Rolle, Ton eine andere, Granit eine dritte usw. Auf diese Weise, weil diese Kriterien auch von der Reaktor-Sicherheitskommission beraten worden sind und jede Gelegenheit bestand, das zu diskutieren in der Reaktor-Sicherheitskommission, die auch nicht alle Sachverständigen in ihrem Kreis hatte und andere gehört hat, Literatur ausgewertet hat, muss ich an der Stelle klar sagen: Nach meiner Kenntnis und Erinnerung und nach dem geschilderten Prozess ist es völlig undenkbar, dass diese Kriterien irgendeine Komponente des Zuschnitts auf Gorleben haben, sondern ganz unabhängig davon entwickelt worden sind.

Ich käme zur achten Frage: Welche Standorte waren bis zur Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli untersuchungswürdige Alternativen zu Gorleben? Das habe ich bereits mit beantwortet, indem ich den Entscheidungsprozess für das nukleare Entsorgungszentrum schildere: von 24 zu 3 und dann Vorschlag der niedersächsischen Landesregierung. Es waren - das ist meine Aussage - ab 79 keine anderen Standorte mehr in der Untersuchung; denn in dem Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern ist eindeutig festgelegt, dass die Bundesregierung den Standort Gorleben prüfen wird und prüfen soll - und das zügig. Das war die Zusage, die vom Bund gegeben wurde, parallel zu Zusagen der Länder, dass sie ihre Pflichten, die im Rahmen des Entsorgungskonzeptes damals 79 festgelegt worden sind -- dass diese Zügigkeit, an diesem Standort voranzugehen, zugesagt war, und dann war das der Auftrag an die Ressorts, darunter auch das Forschungsministerium, das die Finanzmittel dafür bereitzustellen hatte, um dies voranzubringen.

Es gab natürlich auch damals immer wieder Überlegungen: Wäre es nicht besser, man würde noch einen weiteren, einen dritten Standort untersuchen? Ich kann mich auch ganz vage an ein Gespräch erinnern anlässlich eines Besuchs mit dem damaligen Minister Hauff in Gorleben, wo man so zwei Tage unterwegs war, natürlich auch in Vier-

Lt

genug Aussagen, auch in der Literatur, die ich jetzt wieder gelesen habe, dass Geologen sagen: Es ist nicht möglich, quantitativ - darauf lege ich jetzt Wert - zwei Standorte miteinander zu vergleichen. Und nur das wäre rational. Man kehrt also wieder ins politische Entscheidungsverfahren zurück, wie es bei Gorleben und anderen Standorten nun einmal stattfindet.

Diese Argumentation schloss damals schon und auch jetzt - nach Überdenken noch mal - für mich persönlich mit der Vermutung, man hätte am Ende, wenn man auch nur zwei Standorte parallel untersuchen würde, dann zwei geeignete Standorte, die man graduell unterschiedlich dann beladen und nutzen würde. Wenn das politisch gewünscht wird, muss man das machen; es war damals aber nicht so. Ich habe den Beschluss der Regierungschefs von Bund und Ländern zitiert. Es war nicht so, sondern die Bundesregierung hatte eindeutig die Aufgabe übernommen. Es war vor allem mir damals, weil ich die Finanzmittel zu verwalten und zu steuern hatte, übertragen, das zügige Vorgehen sicherzustellen. Und das, glaube ich - nach meiner Erinnerung -, habe ich weitgehend gemacht.

So, dann ist vielleicht einiges schon beantwortet, was in den weiteren Fragen noch mal wieder aufscheint.

Ich sehe die Frage 9 jetzt vor mir. Da geht es noch mal mit der ausschließlichen untertägigen Erkundung und bestimmter Kriterien. Das habe ich, glaube ich, beantwortet schon inzwischen. Man müsste die Beschreibung der Zielsetzung, die in dem Auftrag zur Untersuchung des Standorts Gorleben. Was sollte bei der Vorbohrung, bei den Tiefbohrungen und in der Schachtvorbohrung, bei den Schächten herauskommen? Diese Zielsetzungen müsste man sich ansehen, um die Kriterien vielleicht daraus abzulesen. Die waren natürlich dann auf den Salzstock und in Gorleben bezogen und hat das andere, was ich schon allgemein geschildert habe, mit einbezogen. Aber Kriterien, die ausschließlich diesen Standort validieren sollten - das habe ich ... ~~akustisch-unverständlich~~ gesagt -, gab es nicht, gibt es auch bis heute meines Wissens nicht.

Frage 10: Ja, da geht es um den Stand von Wissenschaft und Technik und wie dies sichergestellt wurde. Also, da gibt es mehrere Antworten dazu: Wissenschaft und Technik. Beim Stand der Technik ist das kein großes Problem. Man muss Unternehmen

auswählen für die Durchführung der Arbeiten und Institutionen, die über bewährte Vorgehensweisen und Techniken verfügen; damit ist der Stand der Technik sicherstellbar.

Beim Stand der Wissenschaft kann das schon ein bisschen schwieriger sein. Aber bei Gorleben war es sicher so, dass der Einsatz aller Methoden und Untersuchungsverfahren zum Tragen kam, um aussagekräftige Daten beisteuern zu können. Ich will ein Grenzbeispiel nennen. Ich habe zur Vorbereitung auch gelesen die Zusammenfassung, die von einer Pressestelle des Bundestages oder so etwas im Internet steht; ich weiß den Namen jetzt nicht mehr genau der Stelle der Veröffentlichung. Da war über eine Vernehmung eines Wissenschaftlers aus der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe berichtet von damals. Der hatte eine Radiostrahlungsmethode entwickelt, um in geologischen Strukturen bestimmte Aussagen machen zu können. Die wurde auch eingesetzt. Und der hat sich, glaube ich, heute noch mal in der Vernehmung - so war es in dem Bericht, in der Zusammenfassung zu lesen - beklagt darüber, dass seine Untersuchungsmethode nur sehr am Rande und äußerst verkürzt in den Schlussbericht Eingang fand.

Ja nun, ich war später, nachdem ich nicht mehr bei der Bundesregierung war, verantwortlich für eine größere Truppe von 35 Geowissenschaftlern, nicht direkt, sondern das war ein Baustein in den 400 Leuten - - waren 35 von 400 Leuten, die in meinem Geschäftsbereich dann waren. Da habe ich ein bisschen Einblick in geowissenschaftliche Methoden gehabt, die ich als Physiker damals nicht so unmittelbar hatte, und weiß, dass solche Methoden einen ganz langen Prozess brauchen, um validiert zu werden, das heißt, um Aussagen machen zu können, die auch relevant sind. Offenbar - das ist meine Vermutung an der Stelle, also mehr ein Beitrag zu Ihrer eigenen Meinungsbildung zu diesem Zeugen - war es so, dass diese Radiowellen noch nicht so stark validiert waren, die Verwendung derselben, dass sie verlässliche geologische Aussagen machen können. Aber bei meiner Aussage über „Wurde der Stand von Wissenschaft benutzt?“ sage ich damit: Es wurden sogar im Bereich der Wissenschaft benutzte Methoden, die noch nicht valide waren, eingesetzt, um ja nichts auszulassen. Das ist die Aussage, dass der Stand von Wissenschaft auch

in vollem Umfang, wie er erkennbar war, einbezogen worden ist.

Schließlich habe ich hier vermerkt: Wie wurde sichergestellt, dass der Stand von Wissenschaft und Technik benutzt wurde in jeder Hinsicht? Da verweise ich zunächst und berichte über zwei öffentliche Hearings im Raum Gorleben - die Orte, ich glaube, eins war in Lüchow, das zweite weiß ich nicht mehr ganz genau -, und zwar zunächst im Mai 81. Da war ein gewisser Zwischenstand erreicht. Ich hatte diese Sitzung, dieses zweitägige öffentliche Hearing zu leiten. Dieses Hearing war bei dem schon erwähnten Besuch von Minister Hauff an die Bürgerinitiativen zugesagt worden. Es ging dann darum, wie es organisiert wird. Das war vielfach mit mir abzustimmen oder nicht abzustimmen, sondern mit mir zu besprechen. Bürgerinitiativen waren paritätisch einbezogen vor Ort, es gab viele Vorschläge, schließlich gab es eine Art Tagesordnung.

Die Kernfrage war dann im Forschungsministerium - also Bundesministerium für Forschung und Technologie damals -, das die Federführung für diese Veranstaltung in der Öffentlichkeit hatte, zu fragen: Wer wird denn dieses zweitägige Hearing leiten? Denn es war immer vorgesehen, dass zu einem Sachthema in der fachlichen Gliederung je ein von der offiziellen Seite, von der Bundesregierung beauftragter Wissenschaftler zu dem Stand was sagt und dann jemand, der eher auf der Seite der Bürgerinitiativen oder von ihr benannt war, etwas sagt. Also richtig polarisierend ging das durch.

Sie können sich vorstellen, dass es nicht ganz so leicht war, dafür einen Leiter zu finden. Es war vorgesehen, dass damals ein im Fernsehen sehr bekannter Professor Heinz Haber diese Leitung übernehmen sollte. Der hat nach einigen Bedenken dankend abgelehnt, sich dann aber darauf eingelassen, wenn jemand anders die Sitzung leitet, würde er mal für eine Stunde oder zwei dazukommen und vielleicht Aussagen dazu machen. Es war ein bekannter Fernsehjournalist namens Dieter Lueg, wenn ich mich recht entsinne, damals auch mal gefragt worden; er hat auch abgelehnt.

Und dann gab es ein Konsilium - darüber ist mir später dann berichtet worden - beim Pressereferenten, mit dem Minister, dem Staatssekretär und meinem Abteilungsleiter zusammen. Mein Abteilungsleiter hat mir später einmal im Vertrauen - ich hoffe, das fällt jetzt nicht unter das, was ich nicht sagen

darf, an der Stelle; Sie haben es vorhin noch mal erwähnt - erzählt, er hätte dann mal meinen Namen ins Gespräch gebracht, und zwar so, dass er sagte: Ich wüsste schon jemanden, der das ziemlich sicher kann, aber den werdet ihr nicht akzeptieren. - Dieser Satz ist mir im Gedächtnis geblieben. Er kam dann danach zu mir, und ich habe dann gesagt: Wenn das zu meinen Aufgaben gehört, mache ich das. - So bin ich also an diese Aufgabe gekommen, von Amts wegen. Ich habe das auch benutzt in dem Eingangsstatement. Und es hat sogar damals - daran erinnere ich mich auch, habe aber den Text nicht mehr - zu einem Artikel auf der ersten Seite rechts unten, diese Kommentare in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in dem Fall, geführt, wo über dieses Hearing mit Pro und Kontra berichtet wurde und auch über meine Leitungsfunktion recht positiv, was ich aber durch Gespräche - ich habe den Artikel nicht mehr -- berichtet wurde.

Also, es gab - das ist der Punkt an der Stelle - eine zweitägige öffentliche Auseinandersetzung, Berichte von allen Seiten über -- 1981, und es gab vor dem Beschluss, den Schacht herzustellen, im Mai 83, auch wieder unter meiner Leitung - das war ja dann schon bewährt angeblich oder anscheinend -, eine Veranstaltung des Bundes zur Information der Öffentlichkeit vor dem Schachtabteufen. So hieß die damals auch, die hat auch stattgefunden.

Es gab vor der Entscheidung des Bundes für Gorleben - das müsste ich noch nachschieben an der Stelle - das sogenannte Gorleben-Hearing. Das war von der niedersächsischen Landesregierung veranstaltet, wo auch Pro und Kontra mehrere Tage lang diskutiert wurden. Also, es hat nicht gefehlt an Möglichkeiten, den Stand von Wissenschaft und Technik allgemein bekannt zu machen, auszutauschen und sich darüber eine Meinung zu bilden, soweit es auf Bewertungen ankommt.

Es gab schließlich auch noch in Lüchow-Dannenberg eine Informationsstelle des Bundes und des Landes Niedersachsen, die von je einem Mitarbeiter des Bundes und des Landes Niedersachsen besetzt war. Die beiden Herren waren fast ständig vor Ort, waren zugänglich für alle Interessenten, und es gab ein reges Ein- und Ausgehen von Bürgern vor Ort, von Interessenten seitens der Bürgerinitiativen, Pro und Kontra, alles fand da statt, und es wurden dort sogar, ganz abweichend von sonstigen Praktiken, die Bohr-

ergebnisse ausgelegt, in dieser gemeinsamen Forschungsstelle, sodass auch Wissenschaftler, die nicht im Projekt waren, Zugang hatten und sich die Bohrprofile ansehen konnten, die Beschreibungen und dergleichen Dinge mehr; all das war möglich.

Zusammenfassend kann ich zu dem sagen: Stand von Wissenschaft und Technik einbezogen, habe ich berichtet. Alle Fachleute wussten, dass ihre Berichte - das ist ein indirektes Argument - einer kritischen Überprüfung standhalten müssen - bis heute offenbar -, und sie haben sich sehr sorgfältig bemüht, die Daten vollständig, verständlich darzustellen, Aussagen und Schlussfolgerungen eingehend zu begründen und herzuleiten. Das ist, glaube ich, noch einmal ein dynamisches Argument, was die Einbeziehung des Standes von Wissenschaft und Technik untermauert.

So, dann käme ich zu Frage 11 erst. Was steht denn da? - Da geht es um Äußerungen und Stellungnahmen von anderen Einrichtungen, die sich mit alternativen Standorten auseinandersetzen.

Also: Es gab keine alternativen Standorte. Mir ist auch nichts bekannt und nicht in Erinnerung gekommen, dass es auch nur den Ansatz von Erkundungen zu anderen Standorten gab. Das Wort „alternativ“ war für mich so ein bisschen schillernd an der Stelle. Es könnte auch sein, dass gemeint ist, ob man außer Salzformationen, die es praktisch nur in Niedersachsen, im Land Niedersachsen, in entsprechender Größe gibt, andere geologische Formationen, also nicht rein Standorte, sondern anderer Standort mit Granit oder Ton oder was alles in Frage kommen mag - - untersucht werden. Das ist in Deutschland nicht versucht worden. Aber wir selbst ... (~~akustisch-unverständlich~~) Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, ich selbst und meine Mitarbeiter haben uns sehr wohl bemüht, auch zu wissen: Was geschieht denn in anderen Ländern? Und ich weiß von einem Besuch, den ich persönlich machte, aber auch andere, in Schweden in einem Labor, wo Granit als Formation untersucht wurde. Wir hatten sogar - ich meine, es sei ein Mitarbeiter der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe gewesen - lange Zeit einen Mitarbeiter in dem sogenannten Felslabor in der Schweiz, wo Untersuchungen gemacht worden sind, um zu prüfen, inwieweit und unter welchen Bedingungen Granit in der Schweiz als Endlagerformation geeignet ist.

Ich selbst habe dort auch mal einen Besuch gemacht, das war aber Jahre danach; da war ich nicht mehr bei der Bundesregierung. Das Labor hat in den 90er-Jahren, als ich da mal war, noch bestanden, und auch da habe ich mich über einen Wissenschaftler aus Deutschland noch eingefragt, um, als nicht mehr zuständig für diesen Bereich seiend, zu sagen: Ich war da mal, interessiert mich. Kann ich mal das Felslabor Grimseil besuchen? - Und da habe ich sehr eindrucksvolle Messungen dann kennengelernt. Das ist aber die Neugierde eines Wissenschaftlers und trägt nichts zu dem bei, außer dass man sich in Deutschland rund um diejenigen, die Verantwortung trugen für die angesprochene Entscheidung der Bundesregierung, sehr wohl kundig gemacht hat: Was passiert an anderer Stelle, in welchem Umfang, was sagen die Wissenschaftler dort über uns und/oder dergleichen? Man war im Austausch und hat das beobachtet.

Frage 12: Wer - das bezieht sich auf Personen - hat an der Entscheidungsfindung direkt oder indirekt mitgewirkt, die da infrage steht? Also, an Personen habe ich kaum Erinnerungen in dem Zusammenhang. Ich kann nur den Prozess, der Ihnen aber geläufig ist - das ist Allgemeinwissen -, ansprechen. Da gab es ja eine Geschäftsordnung, es waren viele Ressorts beteiligt, und es wird dann von unten nach oben aufgebaut. Die Wissenschaftler haben ihre Berichte gemacht, und auch im Dialog mit den Referenten der verschiedenen Ressorts sind die Schlussphasen dieser Berichte sicherlich entstanden und abgefasst und gebündelt worden vor allem in den zentralen Aussagen. Es gab Ressortbesprechungen auf der Referatsebene oder der Staatssekretärebene dazu, aber ich kann die Termine nicht nennen. Das bräuhete Aktenstudium, und auch über die Personen, die beteiligt waren, habe ich keine konkreten Erinnerungen mehr. Es gibt das übliche Verfahren, wie eine Kabinettsvorlage eben entsteht und dann in das Kabinett hineinkommt.

13. Frage: Welche schriftlichen Unterlagen, Gutachten, Expertisen usw.? Von wem wurden diese usw. in Auftrag gegeben? Also, da habe ich ganz wenig festgehalten. - Und wer hat auf die Inhalte Einfluss genommen? - Also, welche schriftlichen Unterlagen? Nichts in Erinnerung, kann ich nicht konkret benennen. - Welche schriftlichen Unterlagen meint er benennen zu können? - Das und das, so wie ich es in einigen weni-

Also
Fachleute
der

gen Fällen aufgrund der neueren Literatur, die ich einsehen konnte, gesehen habe.

L- Auftragsweg war, dass das Bundesforschungsministerium im Haushalt Mittel hatte für die Standorterkundung anzusetzen hatte, nach Bewilligung durch das Parlament, und diese gingen dann - nach meiner Erinnerung, aber auch das habe ich nicht ganz fest in Erinnerung, es spielt aber vielleicht auch keine so entscheidende Rolle - an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die per Gesetz beauftragt war, und die hat dann die Aufträge letztlich vergeben, wobei bei entscheidenden Aufträgen - da entsinne ich mich insbesondere an die Vergabe des Schachtabteufens in den letzten Monaten, in denen ich tätig war in diesem Fachbereich - seitens des Forschungsministeriums, sprich: durch meine Person, schon eingewirkt wurde, wie denn die Entscheidung für die Unternehmen ausfallen sollte, wie die Abwägungen sind zwischen den verschiedenen Bietern, Preis, Technik, Abwägungen und so. Ich erinnere mich noch sehr wohl an Gespräche mit führenden Leuten dieser beiden Unternehmen, die dann das Schachtabteufen machen sollten, und habe die - na - quasi dazu gezwungen oder, wie man das halt macht als Auftraggeber, gebeten, über ein Konsortium, eine Arbeitsgemeinschaft nachzudenken. Diese Arbeitsgemeinschaft zu schmieden, war ich mit dabei. Das zeigt so ein bisschen, wie das war: Geld an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, aber der Auftrag muss dann von dort vergeben worden sein.

Dann: Einfluss auf Inhalte ist abgefragt in dieser Frage Nr. 13. Bei Zielsetzung ganz sicherlich. Wenn jemand einen Auftrag gibt, sagt er: „Das und das und das soll geschehen“, oder im Dialog entstand das ja. Wir hatten im Ministerium auch nicht alle Kenntnisse zusammen, sondern da gab es einen Vorschlag, und man fragt noch mal nach und hat das modifiziert oder verstärkt. Man hat insbesondere auf die Zeiteinhaltung geachtet und hat auf die Aussagestärke geachtet, die anzustreben ist. Dann, wenn es um Berichte ging, Zwischenberichte oder dergleichen: Bei der Gliederung war wieder natürlich eine Einflussmöglichkeit. Bei den Ergebnissen: Also zur Bewertung sicherlich nicht, eher: „Wo steht was?“ und: „Was sollte nicht stehen?“ Das kann schon passiert sein damals.

Ich erinnere mich, dass ich im Juni letzten Jahres - da war Ihr Beschluss wohl zur Bildung des Ausschusses schon gefallen - von

einem Redakteur des *Spiegel* angerufen wurde, der mir ein Fax vorlas, das ich angeblich im Mai 83 geschrieben haben sollte. War ich erst mal höchst verwundert über - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): 83!)

- Entschuldigung. 83 - - im Mai 83 geschrieben sein sollte. Wie er das vorgelesen hat, dann sagte ich ihm: Kann schon sein, dass ich das damals geschrieben habe, aber ich weiß das heute nicht mehr so genau inhaltlich. - Also, er vermutete, ich hätte da auf Inhalte Einfluss genommen. Vielleicht spielt das ja gleich noch mal eine Rolle.

Dann Frage 14: Ja, da geht es um die Rinne über dem Salzstock. Diese Kenntnis lag vor, in vollem Umfang. Das Gespräch, das ich in Erinnerung haben wollte - - erinnerte, mit einem Abteilungsleiter der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, mit Herrn Venzlaff, bezog sich genau darauf. Das wurde in dem öffentlichen Hearing von 81 ausführlich behandelt, diese Frage, wobei ich nicht mehr weiß, welcher Wissenschaftler das vorgetragen hat. Aber ich weiß, dass ich ein Gespräch mit dem Herrn Venzlaff, und der hat mir dazu einiges gesagt, wie er das sieht, Herr Venzlaff, aber ich will vor allem verweisen auf einen Aufsatz, den Herr Professor Merz, damals immerhin Vorsitzender des Unterausschusses der Reaktor-Sicherheitskommission („Entsorgung“), geschrieben hat. Er war damals der Kenner der Entsorgungswege, und er ging genau auf diese Fragestellung ein, und zwar - wo habe ich es denn angestrichen? - er zitiert, was er aus dem Hearing im Mai 81 - so steht es hier - in Lüchow gelernt hat. Und zwar, wenn Sie gestatten, lese ich einmal eine ganze Spalte aus diesem Ding vor, diesem Artikel vor, weil da auch die Argumente stehen, die damals anwesend waren.

Herr Merz führt aus - Zitat -:

An dieser Aussage

- Gorleben könnte höffig sein; das war das damals -

ändern auch die anlässlich der im Mai 1981 in Lüchow stattgefundenen Informationsveranstaltungen zu drei Punkten geäußerten Zweifel nichts:

1. Das Vorhandensein einer eiszeitlichen Rinne im Quartär mit stellenweisem Wasserkontakt des Salzstocks. Auf einer

LS

V Venzlaff

LD

Fläche von 7 km² liegen bis 160 m mächtige wasserführende, zu sandsteinähnlichem Material verfestigte Rinnensande unmittelbar über dem Gipsstut.

Zweiter Zweifel:

2. Einfaltung von Anhydrit in den mittleren Teil des Salzstocks.

Dritter Zweifel:

3. Die erwähnte Rinne gabelt sich lokal steil zu einem Höcker (sog. steiler Zahn)

- salopp damals genannt -

in zwei Äste auf, die bis auf 113 m an die Erdoberfläche heranreichen.

Zu diesen drei Zweifeln nimmt er nun aus seiner fachlichen Sicht Stellung.

Zu 1:

Zur Rinne.

Die Existenz einer eiszeitlichen Rinne über dem Salzstock Gorleben war im Ansatz bereits bei der Auswahl des Salzstocks bekannt. Ein unmittelbarer Kontakt der Rinnensedimente mit dem Salzgebirge wurde Anfang 1980 durch Salzspiegelbohrungen nachgewiesen. Im tiefen Teil der Rinne sind die Sedimente durch Gips und Anhydrit mehr oder weniger verfestigt. Die in den Gesteinsporen vorhandenen Wässer sind stark salzhaltig. Genauere Kenntnisse der Rinne werden flächenseismische Untersuchungen und weitere Salzspiegelbohrungen vermitteln. Die geplanten Pumpversuche sollen Auskünfte über mögliche Wasserbewegungen geben. Nach bisheriger Kenntnis ist in den tiefen, versalzten Grundwässern nur mit sehr geringen Fließgeschwindigkeiten (Alter der Wässer über 10 000 Jahre) und im Zusammenhang damit auch nur mit minimaler Ablaugung des Salzstocks zu rechnen.

Ausführungen zu Zweifel zwei: Anhydrit-Einfaltungen.

Es gibt keine Hinweise darauf, daß der Salzstock Gorleben komplizierter gebaut wäre als andere Salzstöcke. Insofern ist das Vorkommen von Hauptanhydritschichten im

Salzspiegelbereich und in zentralen Salzstockteilen keine Besonderheit. Für den Betrieb eines Bergwerkes kann das nur dann problematisch werden, wenn der Hauptanhydrit durch Auffahren großer Kammern in seiner unmittelbaren Nachbarschaft unter Abbauwirkung gebracht wird.

Zu 3:

Noch mal zur Rinne und dem „steilen Zahn“:

Der „steile Zahn“ ist eine Salzspiegelhochlage, die zuvor unbekannt war. Nach bisheriger und vorläufiger Kenntnis hat diese folgende Ursache: Das Hutgestein ist hier stärker tonig ausgebildet als in der Umgebung. Dadurch ist der Salzstock von dieser Stelle über lange geologische Zeiten hinweg weniger abgelaugt worden als in der Umgebung.

Die Flanken der Salzspiegelhochlage werden jetzt auf rezente

- das heißt, jüngere, in letzter Zeit, geologisch letzter Zeit, das sind auch Tausende von Jahren -

Salzablaugung untersucht. Die Hochlage wird darüber hinaus auf ihre mögliche Eignung für einen Schachtstandort geprüft.

So weit das Zitat aus diesem Aufsatz von Herrn Professor Merz um die Jahreswende 81/82. Das Heft, das ich hier vor mir habe, ist ein Sonderdruck aus den *Energiewirtschaftlichen Tagesfragen, Fachheft Entsorgung*, erschienen im Februar 1982, und wurde als Sonderdruck von der Bundesregierung angekauft, um in der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt zu werden, war aber in der allgemeinen wissenschaftlichen Publikation vorhanden und enthält - das ist mir besonders aufgefallen an der Stelle - ein Adressverzeichnis, das die behördlichen Stellen, die um Endlagerung sich kümmern, nennt, die Unternehmen benennt - es wird auch über Wiederaufarbeitung darin natürlich berichtet -, aber dann auch die Adressen von sieben oder acht Bürgerinitiativen, die sich ja bekanntlich in anderer Richtung mit der Auseinandersetzung - auch das war da -, die Adressen wurden auch benannt. Das alles als Beitrag dazu, wie öffentlich bekannt diese Sachverhalte waren und wie sie bearbeitet worden sind: nicht verschwiegen, sondern

V. Sachse

bearbeitet und am Schluss dann auch bewertet.

Das eingangs erwähnte Gespräch mit Herrn Venzlaff, das mir so hochdämmerte wieder - muss ich sagen -, hatte qualitativ etwa folgendes Ergebnis. Er sagte mir: Herr Ziegler, für mich ist die Tatsache, dass diese Rinne da ist und der Salzstock ein Stück weit abgelaugt wurde, eher ein Zeichen dafür, wie ein solcher Salzstock über große geologische Zeiträume hinweg stabil ist; selbst das hält er aus. Da sind Eiszeiten drübergegangen, da sind tiefe Rinnen reingerissen worden, und der Salzstock ist unverritz immer noch komplett da. - Das ist eine qualitativ gute Aussage und verwertbare Aussage über die Langzeitstabilität eines Salzstocks, sage ich jetzt mal an der Stelle. Das war so der Inhalt dieses Gesprächs mit Herrn Professor Venzlaff damals.

Es geht zu Ende. - Frage 15: Etwas verdreht formuliert: entschieden, gebilligt, toleriert, ignoriert - - Ja, ob man in Gorleben ein verdecktes Endlager, möglichst auch gar noch ohne Planfeststellungsverfahren, aufziehen wollte und welche Zusatzkosten da entstanden sind.

Also: Von dem, was in der Frage 15 formuliert ist, trifft nichts zu, gar nichts von den - - die den Worten „entschieden“, „gebilligt“ usw. stehen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich akustisch nicht verstanden!)

Allein - - Also, es trifft nichts zu von den Formulierungen und Unterstellungen, die in der Fragestellung schon erkannt sind. Die Bundesregierung hat also in keiner Weise auch nur beabsichtigt, in keiner Weise beabsichtigt, in verdeckter Weise Vorbereitungen für ein Endlager zu treffen.

Der Sachverhalt ist ein ganz anderer. Es gibt in den Kriterien der Reaktor-Sicherheitskommission die Vorgabe, dass während der Erkundung, sei es durch Bohrungen oder untertägig, alles zu vermeiden ist, um die Sicherheit eines ... (~~akustisch-unverständlich~~) eventuell dann dort eingerichteten Endlagers zu gefährden. Das heißt, man muss alle Vorsicht walten lassen, den Salzstock nicht zu verletzen an Stellen, die schadhaft sein können und später dann zu Zweifeln oder gar zu Gefahren führen. Allein diese Tatsache führt dazu, dass man die bestmögliche Methode des Ausbaus für einen Erkundungsschacht wählen muss. Das könnte so

interpretiert sein, wie es die Frage unterstellt, dass das ja dann später auch verwendet wird. Und wenn man das schon gemacht hat, ist es dann zum Zeitpunkt des Planfeststellungsverfahrens Sache der entscheidenden Behörden und Sachverständigen, ob dieser Schachtausbau dann, wenn die Entscheidung ansteht, immer noch gut genug ist oder ob man ihn verwerfen muss und einen anderen ~~v~~. Aber zunächst gilt es, die gleichen technischen Standards - sage ich mal an der Stelle - zu verwenden in Fragen der Erkundung, die auch zu diesem Zeitpunkt der Erkundung für ein Endlager, wenn es denn schon bewilligt und genehmigt wäre, anzuwenden sind. Das ist der Zusammenhang und nicht etwa die Absicht, verdeckt ein Endlager herbeizuführen und dann zu sagen: Jetzt haben wir es schon, jetzt können wir es auch benutzen. - So ist es nicht!

Das war 15.

Zugewiesen war mir dann noch die Frage 19: Welche fachlichen und/oder politischen Gründe waren letztlich ausschlaggebend für die Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 83? Ich glaube, das habe ich ausreichend beantwortet. ~~Es gab nur noch~~ Es gab ab 79 die Vorgabe, zügig zu erkunden. Und genau dies ist geschehen. Ich habe hier noch das Zitat jetzt stehen, wie das in den Kriterien - - dem Beschluss der Regierungschefs vom 28. September 79 stand. Da steht nämlich - Zitat -:

... die bergmännische Erschließung des Salzstocks Gorleben zügig fortzuführen, damit die erforderlichen Kenntnisse über den Salzstock in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre vorliegen.

Wir hatten 83, und man musste zügig vorgehen. Das waren die politischen Gründe und auch die Gründe für das fachliche Vorgehen.

Letzte Frage, die in dem Beschluss von Ihnen, mich als Zeugen zu vernehmen, bezeichnet war, ist die Frage 23. Das ist die zusammenfassende Frage, ob die Bundesregierung irgendwelche Informationen und Kenntnisse wem auch immer vorenthalten hat. Nein, keine, ist meine Antwort dazu; ich versuchte, das darzulegen.

Vielen Dank für den Augenblick und auch vielen Dank für die Geduld.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herr Dr. Ziegler, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir würden jetzt gerne auf

vorschreibt

H 2

H - nach
Prüfung
und
Genehmigung

da auch nach längerem Nachdenken nicht dran erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Frau Vorsitzende, an die Situation selbst kann ich mich wirklich nicht erinnern. Ich hatte schon erwähnt, dass ich mit einem Fax vom Mai 83 - vorhin versprochen auf 73 - überrascht worden bin, das mir vorgelesen worden ist, und ich konnte nur dazu sagen: Es klingt so, als hätte ich das geschrieben. Das würde auch zu meinem Duktus usw. passen. Ich kann mich auch nicht entsinnen, weshalb nicht nur ich als derjenige, der den Auftrag seitens der Bundesregierung zu verfolgen und terminlich zu koordinieren hatte, da war, sondern auch andere. Über die Bedingungen, die dazu führten, weiß ich wirklich gar keine Erinnerung mehr beizusteuern. Vielleicht müsste man mir das eine oder andere noch mal vorlesen oder in Erinnerung bringen, was dann an Einfluss da stattgefunden hätte und stattgefunden haben könnte.

Es ist gar nicht unüblich, dass bei Schlussredaktionen von Forschungs- und Untersuchungsberichten die Stelle schon mal im Entwurf - so wird es wohl gewesen sein - einen Bericht vorgelegt hat und man als Empfänger dieses Berichts dann sagt: Ich hätte aber gerne noch Aussagen dazu, dazu. - Dass solche Dinge Anlass waren, den Bericht zu steuern im Redaktionellen, und bestimmte Aussagen, die zugesagt waren - jetzt nicht in der Qualität oder Begründung - schlüssig genug oder so dargestellt waren - - So was könnte der Grund gewesen sein, dass man da von einem Entwurf ausging und sagte: Wie wäre es denn: Könnt ihr das so machen, könnt ihr das so machen, könnt ihr dazu noch was? - So stelle ich mir das vor. Aber das ist jetzt eine Überlegung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann helfen Sie mir doch mal. Aus Ihrer Erinnerung: Wie war denn die Zusammenarbeit der Ressorts mit den entsprechend beteiligten wissenschaftlichen Untersuchungsstellen? Die Ergebnisse, die die geliefert haben, wie ist man mit denen umgegangen in den Ressorts der Bundesregierung? Hat man die, was weiß ich, so hingenommen, wie sie denn eben gekommen sind? Hat man sie angezweifelt? Hat man sie hinterfragt? Hat man sie noch mal durch Dritte möglicherweise validieren lassen? Wie war da die Praxis?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Man hat sie nicht nur entgegengenommen, sondern sich ein verantwortbares eigenes Urteil darüber gebildet. Und das war natürlich nur möglich, indem man noch einmal hinterfragt hat: „Warum steht das so?“, wenn es wertend war an einer bestimmten Stelle, auch in den fachlich-wissenschaftlichen Dialog mit den Verfassern des Berichtes eingetreten ist, was ihre Bestimmungsgründe waren, das so oder so darzustellen. Wobei aber eins klar sein muss: Die Selbstständigkeit von Wissenschaftlern wurde dabei nie über den Haufen geworfen. Das konnte man auch nicht. Ich erinnere mich an - - die Reaktor-Sicherheitskommission ^Vmehrfach erwähnt. Es war völlig undenkbar, dass man einer solchen Kommission irgendwelche Vorgaben machte - die Wissenschaftler fühlten sich unabhängig, eigenverantwortlich in jeder Hinsicht -, völlig undenkbar. V, schon

Das Gleiche konnte ein bisschen anders ausfallen bei Bundesbehörden. Dort gab es ja dieses Unterordnungsverhältnis. Und noch jeder Brief - und das ist mir damals immer auch vom Sprachlichen her sehr eigenartig aufgestoßen -, und auch jede Information oder jede Bitte um irgendwas wurde von den nachgeordneten Behörden immer gleich als Weisung bezeichnet. Da liegt ein Duktus drin, der nie beabsichtigt war damit. Und da kann auch eine geistige Haltung damit verbunden sein bei den nachgeordneten Behörden. Wenn also dann gar noch schriftlich in dem Fall, wie ich es aus dem Fax, das mir damals vorgelesen worden ist, entnehmen kann, ich mich geäußert habe, wurde das von dem Herrn Röthemeyer und seinen Mitarbeitern da als Weisung behandelt. Wie sie das dann umgesetzt haben, war aber ihre Entscheidung. Ich selbst habe an Weisung in dem Fall nicht gedacht, dass da drinsteht: So, und nur so. - Das geht nicht. Meine geistige Haltung war das nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir müssen jetzt tatsächlich noch mal auf dieses Fax zu sprechen kommen. Das ist ja das Fax vom 13.05.1983 MAT A 99, Band 17 - -

(Zuruf)

- Können wir machen. - Paginierung 101220 und 101221. Es wird Ihnen gerade auch vorgelegt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

hend berücksichtigt worden ist. Denn ich kann mich auch nicht erinnern, dass das damals ein wichtiger Punkt war, dass der Zwischenbericht so oder so oder gar nicht vorgelegt wird und nicht rechtzeitig und so, sondern das war eine konstruktive Mitarbeit an dem Schlussbericht für diese Zwischenaussage vor dem Schachtabteufen, mehr nicht, also ein Versuch, konstruktiv da mitzuwirken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich frage jetzt nach diesem Zitat im *Spiegel*, auf das Sie eben hingewiesen hatten, bzw. Sie hatten auf das Interview hingewiesen, das in *Spiegel Online* vom 14. September 2009 -- Und da ist gefragt worden über eben die Diskussion zu alternativen Standorten in der Sitzung am 11. Mai bei der BGR in Hannover. Und da sagen Sie in *Spiegel Online*:

... „dass die Frage nach einem alternativen Standort den Atomkonflikt in andere Regionen Deutschlands getragen“ hätte. Dieses Szenario hätte auch damals als „Katastrophe“ gegolten.

Jetzt ist „Katastrophe“ natürlich schon ein tatsächlich gewaltiges Wort - wir denken da im Moment an Japan -: Wieso haben Sie das so formuliert? Was wäre denn daran katastrophal gewesen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, ich weiß nicht, ob ich das Wort „Katastrophe“ wirklich gesagt habe oder der Redakteur das rausgehört --

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich habe das hier, ich habe das vor mir liegen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Es steht da, es ist zitiert, das muss ich mir vorhalten lassen, klar.

Ich selbst habe den Umfang von Sicherungsmaßnahmen in Gorleben, das massive Eingreifen und auch Beschädigungen, die an rein wissenschaftlichen Dingen wie den hydrogeologischen Bohrungen, an Bohrgeräten und dergleichen Dingen gemacht worden sind, als sehr belastend empfunden. Und mag sein, dass in der Erinnerung daran damals in diesem zehnminütigen Telefonat mit dem Herrn mir das wieder hochkam - diese Mauern und der Stacheldraht und die streitigen Auseinandersetzungen hier und da und dort; ich war ja sehr oft eingebunden in die

Diskussion - in dem Sinne, wenn das dann an einen zweiten Standort getragen worden wäre oder gar an einen dritten, ich das so stark bewertet habe. Nur so kann ich mir das erklären: aus dieser Erinnerung an die belastenden Situationen von damals.

Und ich setze es in Verbindung mit dem, was ich vorhin auch schon sagte, als ich abwog, wie die Kriterien -- was mir damals durch den Kopf ging, nach einem Gespräch mit Herrn Minister Hauff, was es denn bedeuten könnte, dass die politische Energie - das Wort habe ich vorhin verwendet - gewaltig gesteigert werden muss, um einen zweiten Standort durchzusetzen oder gar einen dritten, allein für die Voruntersuchung, geschweige denn für ein Endlager. - Das ist wohl der Hintergrund, der mir dieses Wort auf die Zunge brachte oder es unterlegte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Sind Sicherheitsaspekte gegen politische Aspekte abgewogen worden? Also, hat man Abstriche an den Sicherheitsanforderungen gemerkt zugunsten politischer Erwägungen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, zu diesem Zeitpunkt nicht. Es ging nur um die Untersuchung. Ich glaube, es spielten die Sicherheitsaspekte für ein Endlager noch keine Rolle.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, die Frage ist ja tatsächlich, wie man umgegangen ist mit möglicherweise negativen oder nicht ganz so schönen oder nicht ganz so überzeugenden Befunden. Das ist ja eigentlich auch -- gehört zum Kern dieser Fragestellung. Und Sie sagen, man muss eben auch politisch dann denken - natürlich muss das ein Mitarbeiter der Bundesregierung machen -, aber da ist ja die Frage, hat man da gesagt: „Na ja, politisch wäre das unglaublich schwierig, deshalb rücken wir dann etwas unschönere Befunde sozusagen aus dem Zentrum der Betrachtung“?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Also, es steht uns - auch einem Referatsleiter - nicht zu, politische Argumente entscheidungserheblich zu machen. Das habe ich auch immer so verstanden und mich ganz auf die Sachebene, Diskussionen mit den Fachleuten wie Herrn ~~Maass~~ und anderen - ich hatte +1 Nov 2 einige wenige erwähnt -, konzentriert und so versucht, zu verstehen: Ist es fachlich richtig, das zu machen? Und hat das Auswirkungen,

mit dem werden Sie viel fachlich Kontakt gehabt haben --

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Leider nein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich erinnere mich nicht an den Mann, nein. Das tut mir leid.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Weil ich Sie sonst gefragt hätte, ob er Ihnen gegenüber auch so eine Forderung mal erhoben hat, oder wie man sozusagen diesen Vermerk sonst interpretieren könnte. Aber erinnern Sie nicht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. Aber die Sache kann ich ~~aber~~ kommentieren.

Ich sagte ja schon, es war immer wieder einmal die Frage gekommen: Warum nicht mehrere Standorte? Intellektuell ist das sehr naheliegend und vernünftig. Aber bei dem Gespräch am 11. Mai - und da habe ich ja geschrieben, dass ich bei dem Telefax darauf Bezug nehme sogar und daraus die Aussagen, die ich dann mache, und die Bit-ten, die ich formuliere, ableite -: Wenn das da so formuliert worden ist und diskutiert worden ist - und davon steht ja hier jetzt nichts drin -, wäre meine Reaktion, jetzt in der Rückschau interpretiert - ich kann also nicht sagen: „Das war so“, sondern ich muss es interpretieren ^{gewesen}. Gut, aber nicht jetzt.

Hier ist ein Zwischenbericht vorzulegen über die Höflichkeit von Gorleben. Wünsche kommen da nicht vor; die gehören nicht da hin, das ist eine andere Entscheidungsschiene. Man kann nicht die Gelegenheit benutzen, dass wir da so einen Zwischenbericht haben, und die Höflichkeitsaussage fast uneingeschränkt mit ein paar Hinweisen, die wir abklären können - ich bewerte das mal so -, abhandeln und sagen: Der Salzstock ist höflich, aber wir wollen noch zwei Standorte untersuchen. Wünsche gab es zu der Zeit nicht.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, nun muss ich aber noch einmal zitieren. Das ist formal - MAT A 52/1, Seite 9 des Protokolls von Dr. Illi. Die Aussage von Herrn Jaritz fällt im Zusammenhang mit einer Aussage von Ihnen, die dort wiedergegeben wird. Dort steht also wörtlich:

Ziegler: Wenn man 1992 feststellen würde, dass Gorleben für wärmeentwickelnde Abfälle nicht geeignet ist, würde das wegen der geringen Menge dieser Abfälle nicht problematisch.

Und dann kommt ein Zitat von Venzlaff: „Erst noch ein vergleichbarer“.

Was damit gemeint ist, ist nicht ersichtlich, und dann kommt eben dieser Satz:

Jaritz: 3 Standorte untersuchen und dann eine Entscheidung.

Die Frage ist also, ob Herr Jaritz das empfohlen hat für den Fall, dass eben wider Erwarten - im Lichte des Zwischenberichts - sich Gorleben als ungeeignet herausstellen sollte, dass man also dann mehrere Standorte untersucht und dann zu einer neuerlichen Entscheidung kommt, also erst für den Fall, dass sich 92 - also, ich denke mal, das war so der Zeithorizont, bei dem man gedacht hat: Dann wissen wir, ob Gorleben geeignet ist oder nicht -, das heißt also, für die Zeit danach, also nach der Eignungsent-scheidung oder Eignungsfeststellung für Gorleben --

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Diese Zuordnung kann ich leider nicht treffen, ob das so gemeint war oder so. Aber die Aussage, die --

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann wollen wir uns auch nicht in hypothetischen Dingen verstricken.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein. - Die Aussage, die Sie von mir formuliert zitiert haben da, trifft voll zu mit meiner Haltung, die ich auch heute noch habe.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. - Dann gebe ich mal an den Kollegen Paul ab.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Ziegler, Sie hatten ja angesprochen, Minister Hauff hatte zugesagt, eine Informationsveranstaltung im Mai 81 durchzuführen - das war in Hitzacker, wie wir den Unterlagen entnehmen -, und diese Veranstaltung wurde ja auch von Ihnen dort geleitet. Aus unseren Unterlagen zeigt sich, dass im Rahmen dieser Veranstaltung auch Professor Duphorn aufgetreten ist. Können Sie noch mal die Position, also die Stellung, von

Die Bundesregierung hat immer ihr Interesse an einer unvoreingenommenen breiten öffentlichen Diskussion zur Geeignetheit des Salzstockes für ein Endlager bekundet.

Ist Ihnen dieser Vorgang bekannt, dass Herr von Bülow als Minister der Auffassung war, das Duphorn-Gutachten hätte es verdient, veröffentlicht zu werden?

III Ja, das
Zeuge Dr. Alois Ziegler: ~~Ja~~ Das ist aber keine inhaltliche Aussage, sondern eine ganz andere, nämlich: Die PTB war ja im Ressortbereich von - -

Sebastian Edathy (SPD): Korrekt. Also können Sie sich erinnern - - Ich meine, ich kann mir ja kaum vorstellen, dass Sie als zuständiger Referatsleiter von einem solchen Ministerbrief nichts wissen, wenn Sie ansonsten ja sagen, dass Sie in der Regel nicht mit dem Minister Kontakt gehabt hätten.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Entschuldigen Sie, ich habe manche Tage drei bis vier Briefe für einen Minister entworfen. Ich kann mich an den so nicht erinnern.

Sebastian Edathy (SPD): Ach, glauben Sie, der ist von Ihnen entworfen worden? Woran machen Sie das denn fest?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Oder von einem Mitarbeiter des Referats, und ich habe ihn dann gesehen.

Sebastian Edathy (SPD): Ohne Ihre Kenntnis?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht ohne meine Kenntnis. Aber die Erinnerung daran kann ich nicht bestätigen.

Sebastian Edathy (SPD): Weil dieses Duphorn-Gutachten ja auch in der Presse seinen Niederschlag gefunden hatte damals: Das spricht doch durchaus dafür, dass das nicht ein beliebiger von drei Briefen am Tag gewesen ist, der da geschrieben worden ist.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Es gab viele Einwände - und nicht nur dazu -, und ich hatte mehrere Aufgaben.

Sebastian Edathy (SPD): Jedenfalls - ich darf nun weitergehen -: Dieses Anliegen des

Forschungsministers wurde also im Bundesministerium für Wirtschaft eher kritisch gesehen, und dann gab es ja den Regierungswechsel; das war ja ungefähr die Zeit: 01.10.82, konstruktives Misstrauensvotum, Helmut Kohl wurde Kanzler. Und dann findet sich - - Und auch das bitte ich, dem Zeugen vorzulegen. - Das hat er auch? - In MAT A 72, Band 6 findet sich auch: Da gibt es ein Schreiben aus dem Bundeswirtschaftsministerium vom 30. September 82 an Herrn Ministerialdirektor Dr. Bochmann aus dem BMI. Und da findet sich handschriftlich von einem Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums folgende Aufzeichnung:

Vermerk: Mit BMFT (Herrn Ollig) am 05.10. Thema informell besprochen. BMFT geht nach Weggang von Minister von Bülow davon aus, dass die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Edathy, könnten Sie die Daten noch einmal überprüfen? Sie sagten eben 30. September.

Sebastian Edathy (SPD): 82.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, und dann sagen Sie, dass -

Sebastian Edathy (SPD): Das ist das Schreiben - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - ein Gespräch stattgefunden habe am 05.10.

Sebastian Edathy (SPD): Nein, das kann ich Ihnen gerne erläutern. - Also, das ist ein Schreiben des BMWi vom 30. September 82, und hier findet sich handschriftlich in Ergänzung zu der Kopie auf dem Schreiben der Vermerk vom 06.10. eines Mitarbeiters des Wirtschaftsministeriums, er hätte mit Herrn Ollig am 05.10. gesprochen über das Anliegen von Minister von Bülow, und Herr Ollig hätte gesagt, er gehe nach dem Weggang von Minister von Bülow davon aus, dass die Angelegenheit als erledigt angesehen werden kann. Wie ist denn das zu interpretieren?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das kriege ich nicht mehr auf die Reihe.

was ich in Reden von Herrn Ministern Riesenhuber und dem damaligen Staatssekretär gefunden habe, belegen das.

Das gibt mir aber Gelegenheit, noch mal das „hinreichend sicher“, was ich da formuliert habe, zu kommentieren. Es drückt voll meine intellektuelle Einsicht und Lebenserfahrung aus: Ein bestdenkbares Produkt - sei es ein Endlager, sei es ein Auto, irgendwas, sei es ein Lebenspartner - gibt es nicht, gibt es nicht, nirgendwo, vor allen Dingen nicht unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit. Das ist nicht schaffbar für den Menschen. Und nichts anderes drückt dies hier aus als das Einbringen meiner Lebenserfahrung, die bis heute unverändert ist - - soll hier zum Ausdruck kommen.

Wenn Sie das vielleicht noch mal wägen: das hinreichend Sichere gegen Bestdenkbare. Das Bestdenkbare - da kann man sich in alle Ewigkeit beschäftigen - ist nicht erreichbar. Das haben wir selbst bei wissenschaftlichen Untersuchungen. Ich weiß, in *H meiner* der Doktorarbeit kam der Professor mal: „Es ist Schluss jetzt mit Optimieren. Jetzt schließen Sie ab.“ Ja, also das Optimieren kann man immer weiter treiben. Es führt zu keinem Ende. Wer das will, muss das tun, aber nur zu seiner eigenen Befriedigung, nicht, um eine Gesellschaft mit Leistungen und Produkten etc. zu versorgen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Also ist so auch das Wort „irgendwann“, was am Ende ja steht, zu deuten, -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist so zu deuten, ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): - dass man natürlich versuchen kann, dieses Bestmögliche irgendwann zu erreichen, aber jedenfalls nicht in einem bestimmten Zeitraum?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank, Herr Ziegler. - Ich möchte dann noch auf einen anderen Sachverhalt zu sprechen kommen, und zwar: Sagt Ihnen der Name Dr. Helmut Hirsch etwas?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Er war Mitarbeiter der Gruppe Ökologie des Instituts für ökologische Forschung und Bildung in Hannover.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Der sagt Ihnen etwas?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wie oder in welchem Verhältnis standen Sie zu ihm, bzw. wann ist er Ihnen bekannt geworden?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Durch Reden und Diskussionen mit Bürgerinitiativen. Ich erinnere mich: Bei Schachtanlage Konrad bin ich ihm mehrfach begegnet, weil ich die Schachtanlage Konrad - - Im Referat macht man zwischen Referatsleiter und mit einem Hilfsreferenten - damals Hilfsreferenten, heute Referenten - eine gewisse Aufgabenteilung. Ich habe mich sehr um die Schachtanlage Konrad unter anderem gekümmert und die öffentlichen Diskussionen vor Ort - sei es mit dem Stadtrat, sei es mit Landesabgeordneten, sei es vor allem auch mit Bürgerinitiativen und kirchlichen Gruppen - bestritten, war also oft dort.

Ich erinnere mich an eine Debatte, wo ein Dialog - ich war einer der Partner - im Forum stattfinden sollte, und die Forderung der Gegner dieses Endlagers - die erste - war: Bevor wir anfangen - wir hatten ein kleines Podium für das Diskussionsforum - - Die erste Forderung war: Die sitzen nicht da oben, sondern sollen ganz runter. Das war so ein leicht ansteigender Seminarraum. Da habe ich mit Herrn Hirsch - das fällt mir ganz genau ein - versucht zu vermitteln - soweit kannte ich ihn immer - und gesagt: Bringen Sie doch Ihre Leute dazu, auf diese unsinnige Forderung zu verzichten und da so herumzukrakeelen [sic!]. - Wir kamen nicht in die Sachdebatte hinein.

Aber ansonsten haben wir uns kräftig gerauft um sachliche Inhalte oder solche Vorgehensweisen. Insofern kann ich mich gut an ihn erinnern.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Was war denn sein inhaltlicher Schwerpunkt gewesen? War das die Endlagerung? War das die Wiederaufarbeitung?

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, dass Sie sagen, dass ein Schreiben eines Bundesministers, das hat ja Herr von Bülow nicht - ich weiß gar nicht, ob er damals Abgeordneter war - als MdB oder als Privatperson geschickt -- also ein Schreiben eines Bundesministers an einen Kollegen in dem Moment hinfällig wird, in dem er nicht mehr Minister ist?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Indem der Vorgang, der zu dem Schreiben geführt hat, neu aufgewältigt werden muss. Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Und woran macht man das fest? Welche Ministerschreiben sind hinfällig mit dem Weggang eines Ministers?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Wenn der Minister nicht mehr da ist, kann er die ja nicht beantworten. Wenn er die persönlich beantworten will --

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt, alle Schreiben eines Bundesministers sind gegenstandslos, und die Vorgänge haben sich erledigt, wenn der Bundesminister nicht mehr im Amt ist?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Inhaltlich nicht, aber dem Vorgang nach ja.

Sebastian Edathy (SPD): Wer beurteilt das denn dann? Herr Ollig damals?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Er hat es offenbar so gesehen.

Sebastian Edathy (SPD): Das ist interessant. Wenn Sie, was Frau Vogt Ihnen vorhin beschrieben hat, in dem Schreiben an Herrn Dr. Matting vom BMI vom 27.06.83 von politischen Zielvorgaben schreiben, wer macht denn die politischen Zielvorgaben? Herr Ollig und Sie damals?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Sondern? Der Minister auch nicht?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe mehrfach ausgeführt, dass diese politischen Zielvorgaben, wie ich das Wort verwendet habe und es andere verwenden, in dem Be-

schluss der Regierungschefs von Bund und Ländern liegen und der Fortführung dieses Beschlusses und der Ausführung.

Sebastian Edathy (SPD): Aber Sie waren doch damals Beamter in einem Bundesministerium.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Würden Sie sagen, dass die Frage der politischen Zielvorgaben auch etwas zu tun hat mit der Leitung des Ministeriums?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die der Vorgaben nicht, weil: Wenn sie in einem solchen Gremium entstanden sind, dann hat - das kam ja auch aus der Regierungserklärung, die für Herrn Kohl da schon zitiert worden ist, heraus - Kontinuität zu gelten, was, salopp gesagt --

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, aber dann hat doch -- Was das Schreiben mit der Veröffentlichung des Duphorn-Gutachtens betrifft, hat es diese Kontinuität ganz offenkundig nicht gegeben.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe nur das Verfahren im Umgang mit dem Schreiben, das der damalige Minister, der dann nicht mehr Minister war am 6. Oktober *↓ ↓, angesprochen* Was das Verfahren im Umgang mit diesem Schreiben auf sich hat. *sehen*

Sebastian Edathy (SPD): Ja, aber da schreibt er ja nicht --

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Zu politischen Zielgaben sage ich nichts an der Stelle.

Sebastian Edathy (SPD): Das schreibt er aber doch in seiner Funktion als Minister, und dann können Sie doch nicht als nachgeordneter Beamter im Nachgang beurteilen, welche Schreiben eines Ministers auch im Nachhinein als Positionierung des Hauses anzusehen sind und welche nicht.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Es ist sehr wohl anzunehmen, dass dann, wenn das ein Vorgang war, der - vielleicht war es bekannt damals; ich kann es ja nicht bestätigen - aus der Partei von Herrn Minister von Bülow heraus initiiert war oder von einem persönlichen

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist ein rein geologischer Sachverhalt jetzt hier, und da bin ich nicht gerade der Stärkste. Aber ich weiß und erinnere mich, dass dieses Kaliumsalz, was Kristallwasser gebunden hat, zu vermeiden ist für wärmeentwickelnde Abfälle, weil es sich dann ins eigene Kristallwasser verflüssigen kann. Das weiß ich, und das spielt auch eine Rolle. Ich kann mich aber nur darauf stützen, was dann die Vorbohrungen etc. bis zu meinem Ausscheiden aus dieser Verantwortung hier ergaben, dass der Salzstock Gorleben einen Aufbau wie übliche Salzstöcke hat. Diese Carnallitischichten können sehr schmal sein und können auch etwas mächtiger sein. Das musste die untertägige Erkundung klären. Das konnte man nur von innen feststellen. So habe ich es in Erinnerung.

Johanna Voß (DIE LINKE): Gut, dann möchte ich Sie noch etwas anderes fragen. Der Bericht von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, dieser Zwischenbericht, über den wir hier die ganze Zeit reden, der wurde in Ihrem Hause beauftragt. Herr Ollig hat den Auftrag gegeben, einen Bericht zu erstellen. Das ist richtig?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die ganzen Voruntersuchungen wurden von unserem Haus beauftragt, einschließlich des Berichtes, ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Na ja. Also Sie --

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also Voruntersuchung bis zu diesem Entscheidungspunkt.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ja. Sie sehen keinen Interessenkonflikt darin, dass die auftraggebende Behörde gleichzeitig die Ergebnisse von diesen wichtigen Zwischenergebnissen mitbestimmen will, wie das in dem Fax deutlich geworden ist, MAT A 4/3?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, dieses Junktim war ja nicht ganz gegeben. Die Endentscheidung und die Federführung für die Beurteilung lagen letztlich beim Bundesinnenminister in Verbindung mit der Reaktor-Sicherheitskommission. Aus dem Grund, um da zwei Entscheidungsstränge zu haben, war auch die Forschungsaufgabe, in die die Standorterkundung etwas großzügig, was

Forschung ist, eingeordnet blieb, beim Forschungsministerium geblieben. Und unabhängig von dem, was ich mit diesem Fax steuernd wollte oder erreicht habe und nicht erreicht habe, hatten federführend andere Ressorts die entscheidende Aussage zu machen. Meine Aussage war ein Beitrag zur Meinungsbildung, wie ich es heute mehrfach ausgesagt habe, aber nicht die entscheidende.

Johanna Voß (DIE LINKE): Das sehe ich jetzt anders, weil hiermit ja ganz entscheidend auf den Charakter des Zwischenberichts Einfluss genommen worden ist. Es sollten ja kritische Anmerkungen weiter vom Zentrum des Berichts weggerückt werden, und es sollte ja die Aussage, mehrere Standorte zu erkunden, auch wegfallen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich versuchte das schon zu schildern.

Johanna Voß (DIE LINKE): Ist das nicht eine ganz entscheidende Einflussnahme?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja. Ich versuchte das schon zu schildern: Was war der Auftrag? Das war, die Höflichkeitsaussage zu machen, und diese Aussage stand nun da. Und dann kann man nicht davor, wenn die Aussage so ist, soundso viele Einschränkungen dazunehmen, es sei denn, man sagt, die Höflichkeit ist nicht da, und das war eben gedanklich nicht durchgearbeitet an der Stelle. So sehe ich das Fax vom 13. Mai.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Ziegler, Sie erinnern sich, dass wir aufgehört haben - aber ich versuche es schon noch mal ins Gedächtnis zu rufen - bei der unterschiedlichen, also nach unserer Meinung deutlich unterschiedlichen Bewertung der Eignungshöflichkeit Gorlebens oder der Zweifel zwischen der öffentlichen Veranstaltung in Lüchow im Mai 1981 und dann der kurze Zeit später folgenden Pressemitteilung der beiden Ministerien. Da ging es ja darum: Wie ist denn dieser Sinneswandel, den wir schärfer gesehen haben als Sie in Ihrer Bewertung, zustande gekommen? Ich hatte

hat, wo er sagte, sie war unerheblich und bedeutungslos.

Sebastian Edathy (SPD): Er hat es als Weisung verstanden, hat er aber hier im Ausschuss erklärt.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ja, das ist doch seine Sicht. Das kann ich nicht bestätigen und nicht widersprechen.

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf dann zitieren aus unserer 12. Sitzung vom 8. Juli 2010. Da haben wir Herrn Dr. August Hanning hier als Zeugen zu Gast gehabt. Das ist Seite 74 im Protokoll, wo das auch eine Rolle gespielt hat. Da habe ich - ich darf mich mal selber zitieren - gegenüber Herrn Dr. Hanning gesagt:

Herr Röthemeyer hat uns letzte Woche hier im Ausschuss gesagt, er hätte das als Weisung empfunden ...

Daraufhin Zeuge Dr. August Hanning:

Ja, und? Gegen Weisungen kann man sich doch wehren, Herr Abgeordneter.

Das heißt, Herr Hanning hat nicht in Abrede gestellt, dass es sich um eine Weisung gehandelt haben könnte. Wollen Sie das bewerten? - Nein. Gut.

Dann darf ich folgenden Vorhalt machen: Sie haben vorhin sich geäußert auf Fragen aus der Linksfraktion zum Thema Gasvorkommen, damit hätten Sie sich gar nicht beschäftigt in Ihrem Hause, damals im Ministerium. Das ist richtig? - Also ob es keine Rolle --

Zeuge Dr. Alois Ziegler: 77. Es war 77 im Kontext nichtnukleare Energieforschung.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Haben Sie sich denn Ihrer Erinnerung nach Anfang der 80er-Jahre beschäftigt mit dem Thema Deckgebirge, was ja auch eine gewisse Rolle in der öffentlichen Debatte gespielt hat?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Themenbezogen ganz erheblich, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich noch erinnern, welche Position Sie bezogen haben zur Durchlässigkeit oder Undurchlässigkeit des Deckgebirges?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nicht in dieser Allgemeinheit. Es waren immer einzelne Fakten, die zusammengetragen wurden, bewertet wurden. Hydrogeologie war zu untersuchen.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich erinnern, dass das Deckgebirge nach Ihrer Darstellung damals und nach Ihrer Auffassung keinen wirksamen Schutz geboten hat?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: An Äußerungen dieser Art kann ich mich nicht entsinnen. Das, was ich vorhin zu der Rinne und Ähnlichem vorgetragen habe, war damals - das ist aber etwas später dann - die Kenntnis. Sie haben sich auf 80 jetzt bezogen. Da wuchs ich ja erst in dieses Thema hinein. Ich hatte es erst seit Oktober 79. Da habe ich sicherlich nicht alle Fakten zusammengehabt.

Sebastian Edathy (SPD): Ja, aber dass das Thema Zustand des Deckgebirges eine Rolle gespielt hat: Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ganz gewiss; denn es sind ja Studien - die versuchte ich schon mal zu umschreiben heute - in Auftrag gegeben worden, um zu sehen, wie der Pfad, wenn denn Auslaufen passiert -- Da spielt das Deckgebirge am Ende dann schon eine Rolle. Lg

Sebastian Edathy (SPD): Es war also durchaus ein relevanter Aspekt?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Deckgebirge ist ein relevanter Aspekt, ja.

Sebastian Edathy (SPD): Wie ist denn Ihre Position gewesen zum Thema Deckgebirge?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Was meinen Sie mit „Position“? Das kann ich jetzt nicht einschätzen.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich erinnern, welche Position Sie selber vertreten haben zum Thema Durchlässigkeit, Nichtdurchlässigkeit des Deckgebirges?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Die eines Forschenden, eines Forschungsbeauftragten,

licherweise sogar gegen rechtliche Regeln verstoßen haben, dann ist das tatsächlich Inhalt einer Beratungssitzung. Deshalb: Wir können gerne beides machen, nur beides hintereinander. Wenn Sie gerne über den Umgang miteinander sprechen wollen, dann machen wir eine Beratungssitzung, oder aber Sie fragen den Zeugen Herrn Dr. Ziegler jetzt inhaltlich.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, das sehe ich deshalb anders, weil das ja eine öffentliche Erklärung ist, und dazu darf ich dann ja vielleicht öffentlich einleitend zu einer Frage auch etwas sagen.

Ich zitiere hier aus der Pressemitteilung der Fraktion Die Grünen und möchte Sie dann dazu befragen. Hier steht:

Hier wird ein klarer Zusammenhang

- den Zusammenhang werde ich auch gleich abfragen -

zu den zur gleichen Zeit

- das betrifft jetzt die Auswahlentscheidung für Gorleben -

aufgetretenen Problemen in der Schachanlage Asse deutlich. Dr. Ziegler war auch für dieses erste bundesweite Endlager zuständig und wollte den Endlagerbetrieb trotz der erheblichen Risiken weiterführen.

Wie gesagt, bevor Sie geantwortet haben, gab es schon diese Presseerklärung. Deswegen würde ich Sie gerne fragen, ob es zutrifft, dass Sie trotz der erheblichen Bedenken und der erheblichen Risiken diesen Endlagerbetrieb unbedingt weiterführen wollten. Finden Sie sich damit richtig wiedergegeben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: In dieser Formulierung finde ich mich gar nicht wieder, -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aha.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: - denn als ich das Referat übernahm, war die Asse nicht mehr für Versuchseinlagerungen zugelassen, und es lag die Forderung auf dem Tisch, wenn weitere Einlagerungen erfolgen sollen, ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Das war dann auch vorbereitet worden formal, und ich weiß nicht, wo es stecken geblieben ist. Das weiß ich nicht mehr. Inso-

fern konnte ich gar nicht darauf hinarbeiten, dass die Asse unbedingt als Endlager weiterbetrieben wird. Meine persönliche Einschätzung war damals, dass sie für schwachaktiv weiterhin geeignet sei. Aber das spielt hier keine Rolle.

v. Abfälle

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Dann heißt es hier weiter:

Im Hintergrund wirkte dabei der sogenannte „Salzpapst“ - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mein Zitat, nicht sein Zitat! Das habe ich gesagt!)

- Nein. Ja, aber - - Nein.

Darf ich, weil es dann so schön ist und deutlich wird - - Sie schreiben:

Dr. Ziegler war auch für dieses erste bundesweite Endlager zuständig und wollte den Endlagerbetrieb trotz der erheblichen Risiken weiterführen.

Ich habe ihn gefragt, ob er den Endlagerbetrieb trotz der erheblichen Risiken weiterführen wollte. Er hat diese Frage verneint, und damit haben Sie - seit 1987 ist der Ausdruck ja nicht mehr gerügt worden - hier die Unwahrheit hineingeschrieben. Ich werde es noch weiter, weil es praktisch nur Unwahrheiten - -

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Nein.

Im Hintergrund wirkte dabei

- ich zitiere weiter aus der Pressemitteilung -

der sogenannte „Salzpapst“ Klaus Kühn, der die Asse als Vorbild für ein Endlager Gorleben propagierte.

Ist das richtig, dass Sie erklärt haben, Herr Kühn hat die Asse als Vorbild für ein Endlager propagiert? Entspricht das Ihrer Erinnerung, dass Herr Kühn das getan hat?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt brauchen wir eine Beratungssitzung!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann unterbrechen wir jetzt die Sitzung.

(Zuruf)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. - Dann geht das Fragerecht jetzt an die SPD-Fraktion.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Dr. Ziegler, wenn man die Wahl hätte zwischen „hinreichend sicher“ und „bestdenkbar“ in Sachen Endlager, was wäre denn die naheliegende Wahl?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich habe es mehrfach beantwortet, dass es die Wahl nicht gibt - intellektuell.

Sebastian Edathy (SPD): Aus politischen Gründen nicht gab?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Nein, intellektuell.

Sebastian Edathy (SPD): Nicht politisch, sondern intellektuell?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Rein intellektuell - ist meine Meinung - gibt es diese Wahl nicht. Philosophisch schließe ich das aus.

Sebastian Edathy (SPD): Sie schließen es philosophisch aus?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Als denkbare Wahlmöglichkeit.

Sebastian Edathy (SPD): Aber Sie haben doch vorhin ausgeführt - auch in Ihrem Vermerk -, dass das was zu tun hätte mit öffentlicher Erregung bei mehreren Untersuchungen, dass das was zu tun hätte mit Geld. Was ist denn daran jetzt philosophisch?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Aber darüber haben wir eben nicht gesprochen. Entschuldigung, wenn ich da bei dem Wort bleibe.

Sebastian Edathy (SPD): Sie haben vorhin hier -- Wir haben ja das Protokoll, wir werden ja auch vergleichen können, wie es Ihnen übermittelt worden ist und wie es zurückkommt. Sie haben doch ausdrücklich gesagt, es gab sozusagen die feste politische Festlegung, nur an einem Standort zu untersuchen.

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Zunächst nur an einem.

Sebastian Edathy (SPD): Und Sie haben das nachvollzogen als Beamter des Ministeriums?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Korrekt.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. - Wenn man eine Wahl hat zwischen „hinreichend sicher“ und „bestdenkbar“ und diese Wahl wäre möglich, wie wäre dann die Wahl zu treffen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Ich bleibe dabei: In meinem Denken gibt es diese Wahl nicht mehr. Das ist ein Irreales.

Sebastian Edathy (SPD): Gut. Ich war ja nie Beamter und werde es wahrscheinlich auch nicht werden - ist zu befürchten -

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Das ist unabhängig davon.

Sebastian Edathy (SPD): - oder zu erhoffen, ich weiß es nicht -: Wie war denn Ihr Selbstverständnis als Beamter? Haben Sie sich eher der Fachlichkeit verpflichtet gefühlt, auch als Naturwissenschaftler, oder eher der Umsetzung von politischen Vorgaben?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Also, mein Verständnis war ein sehr preußisches: Dienstpflicht ist die schönste Freude im Leben. Und es war ausschließlich, ausschließlich naturwissenschaftlich fachlich.

Sebastian Edathy (SPD): Ausschließlich naturwissenschaftlich fachlich?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Fachlich, aber: Mir ist von Vorgesetzten hin und wieder entgegengehalten worden: Ich würde immer nur die Sachargumente wälzen und bewerten und in die Entscheidungen hereinbringen und hätte die politischen Argumente nicht so parat oder würde sie nicht zulassen. Das war nicht ganz falsch, was die gesagt haben.

Sebastian Edathy (SPD): Ja. Das heißt: Wenn man allein sachliche Argumente zur Anwendung gebracht hätte, hätte man wahrscheinlich eine andere Position entwickeln müssen?

Zeuge Dr. Alois Ziegler: Für was?

2 i

Deutscher Bundestag
17. Wahlperiode
1. Untersuchungsausschuss

Protokoll Nr. 39
(Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, I: Öffentlich)
30. März 2011

Stenografisches Protokoll

- Vorläufige Fassung* -

der 39. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 24. März 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

- Auszug Seiten 68 bis 102 -

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Zeugenvernehmungen gemäß den Beweisbeschlüssen 17-7, 17-190, 17-183	1 - 102

* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
16.57 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Helmut Hirsch**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich begrüße sehr herzlich den Zeugen Herrn Dr. Hirsch in unserer Runde. Ich mache jetzt zunächst ein paar sitzungsleitende Bemerkungen, Herr Hirsch, damit Sie wissen, wie das verfahrenstechnisch hier bei uns abläuft.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass wir eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Diese Aufnahme wird nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-190, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz zugesandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Ich darf Sie nun auch formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstrechtlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden

Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann beginnen wir mit der Vernehmung zur Person. Ich möchte Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und möchte Sie zugleich fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch aktuell ist.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sehr geehrte Damen und Herren, mein Name ist Dr. Helmut Hirsch, und ich bin 61 Jahre alt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. Die Adresse ist noch aktuell?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, die ist aktuell.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. - Dann können wir mit der Vernehmung zur Sache beginnen. Dem Ausschuss geht es darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, den Salzstock Gorleben untertätig und keinen anderen Standort obertätig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen, politische Einflussnahmen gegeben hat.

Wenn Sie wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würden wir gleich mit den Fragen beginnen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich würde gerne eine kurze einleitende Erklärung abgeben, wenn das in Ordnung ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte. Gerne.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Meine Damen und Herren, ich habe diese Erklärung auch schriftlich vorliegen und kann also anbieten, sie Ihnen zu überlassen, damit sie dann auch bei Ihnen vorliegt.

Ich möchte vielleicht gleich am Anfang noch eine Bitte deponieren. Mein letzter Zug, wenn ich heute Abend zu Hause sein will, ginge um 21 Uhr ab Hauptbahnhof. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn das möglich wäre, weil ich morgen sehr früh wieder am Schreibtisch sitzen muss.

H 2
H 1

Ich möchte mich zunächst noch kurz vorstellen. Ich bin Physiker von der Ausbildung und wissenschaftlicher Konsulent für nukleare Sicherheit. Ich arbeite als Berater der österreichischen Bundesregierung. Ich bin Österreicher, lebe seit 1978 in Deutschland. Ich arbeite als Berater der österreichischen Bundesregierung in Fragen der Kernenergie. Unter anderem bin ich als Vertreter Österreichs Mitglied von Expertengruppen zur Reaktorsicherheit im europäischen Rahmen und beschäftige mich im Rahmen bilateraler Fachkonsultationen mit kerntechnischen Anlagen in Europa, insbesondere in österreichischen Nachbarstaaten. Ich bin außerdem auch für Umweltorganisationen tätig und für andere Auftraggeber.

Mit Fragen der Sicherheit von Kernkraftwerken und deren Entsorgung setze ich mich seit etwa 35 Jahren beruflich auseinander. Das, was ich heute einleitend kurz erklären will, fällt eher in die allerersten Jahre dieser 35-jährigen Berufstätigkeit.

Ich möchte etwas sagen zu den Aussagen der internationalen Wissenschaftler, der sogenannten Kritiker, die 1978/79 für die niedersächsische Landesregierung tätig waren, soweit sie sich auch mit Endlagerung, mit dem Standort Gorleben und der Frage, wie viele Standorte vertieft untersucht werden sollten, beschäftigt haben.

Ganz kurz die Chronologie, die dem vorausgegangen ist: Im Februar 1977 ist die Vorauswahl des Standortes Gorleben für ein nukleares Entsorgungszentrum erfolgt. Dieses Entsorgungszentrum sollte Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente und radioaktive Abfälle, eine Wiederaufarbeitungsanlage, Fabriken zur Herstellung von Kernbrennstoff, Anlagen zur Abfallbehandlung sowie auch ein Endlager für radioaktive Abfälle umfassen.

Am 31. März 1977 legte dann die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, die DWK, dem niedersächsischen Sozialminister, der zuständigen atomrechtlichen Behörde, den Antrag auf Genehmigung von Errichtung und Betrieb des Entsorgungszentrums minus Endlager vor, und am 28. Juli 1977 stellte die Physika-

lisch-Technische Bundesanstalt, die PTB, beim niedersächsischen Sozialminister den Antrag zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens für Errichtung und Betrieb des Endlagers in dem geplanten Entsorgungszentrum bei Gorleben.

Am 20. Oktober 1977 äußerten sich dann Reaktorsicherheitskommission und Strahlenschutzkommission des Bundes in einer gemeinsamen Empfehlung und stellten die grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums fest.

Nach dieser Stellungnahme der Kommissionen hat es die niedersächsische Landesregierung dann für notwendig erachtet, zur Frage der grundsätzlichen sicherheitstechnischen Realisierbarkeit noch weitere Wissenschaftler anzuhören, und zwar solche, die der Wiederaufarbeitung - das war, das Kernstück sozusagen dieses Entsorgungszentrums, wurde auch so empfunden und angesehen - eher skeptisch gegenüberstanden. Somit wurden dann Mitte 1978 auf Vorschlag der von den Planungen berührten Grundeigentümer aus der Region 20 ausländische Wissenschaftler um die entsprechende Mitarbeit gebeten. Diese Wissenschaftler sollten sich mit sämtlichen im Zusammenhang mit dem Entsorgungszentrum relevanten Themenbereichen beschäftigen, also auch mit der Endlagerung.

Bei dieser komplexen Aufgabe wurde eine koordinierende Unterstützung als erforderlich angesehen. Das ist der Punkt. Ich war bis zu diesem Zeitpunkt in Österreich, habe die Ereignisse bis dahin kaum mitbekommen. Aber zu diesem Zeitpunkt wurde ich dann vom Grundeigentümerverschein als fachlicher Koordinator dieser internationalen Wissenschaftlergruppe vorgeschlagen. Die niedersächsische Landesregierung hat dem zugestimmt.

Ich nehme an, dass der Grundeigentümerverschein mich zum Vorschlag gebracht hat, weil ich vorher, 1976/77, im österreichischen Industrieministerium zum Thema Kernenergie gearbeitet habe und insbesondere die sogenannte Informationskampagne Kernenergie der österreichischen Bundesregierung fachlich koordiniert hatte.

Im Rahmen der Arbeiten dieser internationalen Wissenschaftlergruppe, also dieser 20 Fachleute, die sich selbst als „Gorleben International Review“ bezeichneten, haben vier Experten speziell und vertieft zum Thema Endlagerung gearbeitet. Das waren Prof. Dr. Jonathan Callender, ein Geologe,

Professor an der Universität von New Mexico in Albuquerque, dann Dr. Thomas Cochran, ein Physiker, Senior Staff Scientist im Natural Resources Defense Council in Washington, USA, Dr. Charles Hyder, ein Geophysiker, ein Mitarbeiter des Southwest Research and Information Center in Albuquerque in New Mexico, und Dr. Thomas Johansson, ein Physiker, Lehrbeauftragter der Universität Lund in Schweden und Vizevorsitzender des schwedischen Nuclear Power Inspectorates, Stockholm. Die Erklärungen zu jeder einzelnen Person beziehen sich natürlich auf das damalige Jahr. Ich habe die meisten Leute aus den Augen verloren und weiß nicht, wo sie heute sind und was sie heute tun.

Die Arbeitsgruppe, die aus diesen Experten bestand, hat dann im Februar 1979 einen mehrhundertseitigen Bericht vorgelegt. Dieser Bericht enthält unter anderem verschiedene Hinweise auf mögliche Probleme des Endlagerstandortes Gorleben. Also ersetzte sich auch sehr breit mit Endlagerung grundsätzlich, Endlagerung in Salz und solchen Fragen auseinander, aber auch mit Gorleben. Als Probleme wurden damals, ~~also~~ in diesem Bericht von Februar 1979, genannt etwa die Existenz quartärer Rinnen, die dazu führen könnten, dass der Salzstock Grundwasserkontakt bekommt oder bereits hat, das Problem von Inhomogenitäten des Steinsalzes, also die vermutete Anwesenheit von Anhydrit, Carnallit und anderem, die eingeschränkte Barrierenwirkung des Deckgebirges und das Rohstoffpotenzial des Salzstocks. ~~Ein Beispiel - oder vielleicht auch~~ die wichtigsten dieser Punkte.

Unter Berücksichtigung dieser Punkte wurde eine Reihe von Untersuchungen empfohlen oder gefordert, um die Frage der Eignung oder Nichteignung klären zu können. Ein Punkt, den die internationalen Experten aber dabei machten, war, dass sich diese Untersuchungen nicht auf Gorleben beschränken sollten. Die Experten sprachen in ihrem Bericht die Empfehlung aus, es sollten mindestens vier potenzielle Standorte ausgesucht werden. Alle diese Standorte sollten untersucht werden, einschließlich einer vollständigen Sicherheitsanalyse unter Verwendung von standortspezifischen Parametern.

So weit der Bericht, der an die niedersächsische Landesregierung übergeben wurde.

Es fand dann vom 28. bis 31. März und am 2./3. April 1979 in Hannover das Sympo-

sium „Rede - Gegenrede“ statt. Daran haben neben den von mir koordinierten internationalen Wissenschaftlern auch fünf deutsche Wissenschaftler teilgenommen, die als Kernenergieskeptiker galten, und außerdem 37 sogenannte Gegenkritiker aus dem In- und Ausland. Diese Gegenkritiker wurden von der niedersächsischen Landesregierung unter Berücksichtigung von Vorschlägen von DWK und PTB ausgewählt und herangezogen.

Dieses Symposium, das auch „Gorleben-Hearing“ genannt wird, umfasste sechs Tage mit je vier Diskussionsrunden. Dem Thema Endlagerung war der gesamte vierte Tag gewidmet. Dabei wurden folgende Teilbereiche behandelt: Anforderungen an Endlager, Salzgeologie, Bergtechnik und Abschluss eines Endlagers von der Biosphäre.

Der Salzstock Gorleben wurde dabei ausdrücklich von der Diskussion ausgeschlossen. Er sollte nicht behandelt werden. Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht erklärte zu Beginn des vierten Tages, also am Anfang der Diskussion über Endlagerung: Ich möchte zunächst einmal daran erinnern, dass wir heute nicht den Salzstock Gorleben diskutieren, sondern die Frage, ob grundsätzlich in einem Salzstock hochradioaktive Abfälle oder auch andere radioaktive Abfälle sicher gelagert werden können.

Er selbst erläuterte dann noch kurz die politischen Überlegungen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Standortuntersuchung sowie die Gründe für die Vorauswahl des einen Standortes Gorleben. Die drei Gründe, die er nannte, waren erstens ein möglichst unberührter Salzstock, zweitens eine ausreichende Größe und drittens: Obergrenze des Salzstockes soll nicht tiefer als 400 Meter unter der Erdoberfläche liegen.

Dieser Vorgabe wurde dann natürlich auch gefolgt. In den folgenden Diskussionen wurde der Name Gorleben hier und da erwähnt, aber getreu dieser Vorgabe des Ministerpräsidenten wurden die Eigenschaften des Standortes und wurde die Frage seiner Auswahl nicht erörtert.

Damit bin ich schon fast am Ende meiner einleitenden Erklärung. Inwieweit diese umfassenden Ausführungen zur Endlagerung und zu Gorleben in dem Bericht der Expertengruppe vom Februar 1979 nach dem Gorleben-Hearing oder zu einem späteren Zeitpunkt von der niedersächsischen Landesregierung oder irgendeiner Institution des Bundes ausgewertet wurden und beim weite-

ren Vorgehen bei der Endlagerung Berücksichtigung gefunden haben, ist mir nicht bekannt. Offensichtlich ist allerdings schon, dass die Empfehlung, mehrere Standorte parallel vertieft zu untersuchen, nicht aufgegriffen wurde.

So weit meine Erklärung. Ich stehe für Fragen gerne zur Verfügung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank, Herr Dr. Hirsch. - Angesichts der zeitlichen Situation gebe ich das Rederecht sofort an die Unionsfraktion. Bitte schön.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, Sie kennen unseren Untersuchungsauftrag, und wir tasten uns jetzt vor, um zum Kern des Themas zu kommen. Könnten Sie uns zu Ihrer Dissertation etwas sagen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sie meinen zu meiner jetzigen Situation?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Zur Dissertation.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Zu meiner Dissertation, ach so. Ich habe meine Doktorarbeit an der Universität Wien durchgeführt und habe im Januar 1975 promoviert. Die Fachrichtung war Experimentalphysik, und zwar, konkreter gesagt, Aerosolphysik, also die Messung von Luftverschmutzungen, die in Form von Aerosolen, also kleinen festen oder flüssigen Teilchen, die luftgetragen sind, vorliegen. Der Titel meiner Arbeit lautete: „Zur Definition des Informationsgehaltes physikalischer Messungen“. Es ging um die Frage, wie weit sich Messungen von Aerosol optimieren lassen, wenn der Informationsbegriff da hereingetragen wird und sozusagen optimal diese Experimente dann ausgelegt werden.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ah ja, vielen Dank. - In den Österreich-Dokumentationen Kernenergie, für deren Gesamtedaktion und Koordination Sie im österreichischen Handelsministerium zuständig waren, taucht der Problemkreis Endlagerung nur ganz am Rande auf, von zehn Diskussionsgruppen. Können Sie uns hierzu was sagen? Spielte das überhaupt eine zentrale Frage, diese Endlagerung?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, soweit ich mich erinnere, hatte von diesen zehn Gruppen eine das Thema Atommüllentsorgung. Das ist jetzt, soweit ich das im Gedächtnis habe. Das schließt Endlagerung ein. Ich weiß, dass in den Diskussionen damals in Österreich die Endlagerung als Thema auch eine Rolle gespielt hat.

Vielleicht ergänzend: Es war ja so, dass diese zehn Themen wirklich ein sehr breites Feld überspannt haben. Es ging ja nicht nur um technische Fragen, sondern es begann mit volkswirtschaftlichen Fragen, mit betriebswirtschaftlichen Fragen. Es ging auch um die Abwärmeproblematik. Es ging um die Fragen der Weiterverbreitung. Also, das macht es vielleicht verständlicher, warum dann eben Endlagerung, auch wenn es ein wichtiges Thema ist, nur einen entsprechend relativ kleinen Abschnitt zugewiesen bekam.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Aber so richtig vertieft sind Sie hier in die Problematik der Endlagerung abgebrannter Brennelemente innerhalb dieses Arbeitskreises nicht eingestiegen. Habe ich Sie richtig verstanden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sie meinen mit „Arbeitskreis“ bei der Arbeit in Österreich?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Dem schließt sich die Frage an: Können Sie uns erklären, wie es dazu gekommen ist, dass das niedersächsische Sozialministerium Sie als Koordinator des Gorleben-Hearings berufen hat?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich kann Ihnen dazu meine Mutmaßungen sagen. Die authentische Antwort muss Ihnen natürlich das niedersächsische Ministerium geben, aber ich kann Ihnen gerne dazu meine Mutmaßungen sagen. Ich denke, es war auch -- Bei der Problemstellung im Zusammenhang mit dem Entsorgungszentrum war auch ein ziemlich weiter Themenbereich insgesamt überspannt, nicht ein so weiter Themenbereich wie bei der österreichischen Informationskampagne, aber die Fragen gingen auch von allgemeinen Fragen -- Da war dann

✓ begann
mit

auch ein Tag auf dem Symposium dem gewidmet: Wird Wiederaufarbeitung überhaupt gebraucht? Das geht also in energiewirtschaftliche Fragen. Es wurden auch Fragen der Strahlenwirkung erörtert. Es wurden Fragen der Proliferation, Weiterverbreitung von Kernwaffen, erörtert. Also ein ziemlich breites Spektrum.

Ich könnte mir also gut vorstellen, und ich glaube, mich auch zu erinnern, dass das bei meinen ersten Gesprächen, bei den Kontaktaufnahmen mit dem niedersächsischen Ministerium, eine Rolle gespielt hat - aber, bitte, da ist meine Erinnerung natürlich schon etwas durch die lange Zeit, die vergangen ist, nicht mehr ganz sicher -, dass es wichtig war, also dass ich sozusagen ein geeigneter Kandidat war, weil ich bei der österreichischen Informationskampagne als fachlicher Koordinator ein breites Spektrum von Themen und ein breites Spektrum von Arbeitsgruppen, von Experten in Arbeitsgruppen, koordiniert habe. Das waren insgesamt etwa 70 Experten in diesen zehn Arbeitsgruppen. Ich war der fachliche Gesamtkoordinator, musste also die einzelnen Gruppen aufeinander abstimmen und auch sehen, dass die Gruppen ~~sozusagen~~ auf der richtigen Marschrichtung bleiben, thematisch gesehen. Natürlich nicht Ergebnisse vorgeben, aber das Thema war natürlich vorgegeben. Das war ja vorher ausgewählt, das war ja Wunsch der Regierung.

Ich denke, da könnte die niedersächsische Landesregierung sehr gut eine Parallele gesehen haben zu der Problemstellung im Zusammenhang mit Gorleben, Entsorgungszentrum, wo es eben auch darum ging, eine größere Zahl von Experten, die dann einzelne Gruppen bilden, ~~hier~~ zu koordinieren, über das Gesamtthema den Überblick zu behalten und eben auch festzustellen, dass die einzelnen Arbeitsgruppen in richtiger Form sich miteinander abstimmen und dass jede Arbeitsgruppe bei dem Thema bleibt, bei dem sie bleiben soll.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Wie ist denn die niedersächsische Regierung überhaupt auf Sie gekommen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das hatte ich vorhin in meiner Erklärung, glaube ich, gesagt, dass der Grundeigentümerverschein aus der Region Gorleben mich vorgeschlagen hat.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ah ja. Wie standen Sie denn damals zur friedlichen Nutzung der Kernenergie so im Allgemeinen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich war sehr skeptisch. Ich hatte 1976 im österreichischen Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie begonnen, war damals zu dem Zeitpunkt ein Befürworter der Kernenergie und habe mich aber dann durch die nähere Beschäftigung mit der Materie in der Zeit, in der ich in dem Ministerium war - - Insgesamt waren es zweieinhalb Jahre. Da ist also meine Skepsis deutlich gewachsen.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, interessant für uns wäre auch, zu wissen, wie Sie damals und wie Sie heute zu der Frage stehen: Wie kann man abgebrannte Brennelemente, Abfälle aus Kernkraftwerken in geologischen Formationen unterbringen? Wie ist da Ihre Position?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich beschäftige mich auch jetzt im Rahmen meiner beruflichen Tätigkeit mit Endlagerung. Das vielleicht vorweg. In den letzten Jahren allerdings war mein Schwerpunkt weniger das deutsche Endlagerprogramm, sondern die Aktivitäten in der Schweiz. Das ist letztlich dadurch begründet, dass ein Standortgebiet, ein mögliches Standortgebiet in der Schweiz relativ nahe zur österreichischen Grenze liegt und dass daher von österreichischer Seite - wie ich sagte, ist die österreichische Bundesregierung ja mein wichtigster Auftraggeber - da Interesse besteht. Ich bin also seit einigen Jahren Mitglied des Technischen Forums Sicherheit. Das ist ein Expertengremium, vom Schweizer Bundesamt für Energie eingerichtet. Das begleitet die Schweizer Standortsuche für Endlager.

Meine Position ist, jetzt kurz gesagt, dass es sehr interessante Ansätze gibt, dass ich insbesondere den Schweizer Weg mit sehr großem Interesse verfolge, dass aber auch klar ist: Es wird für ein Endlager für abgebrannte Brennelemente keinen Sicherheitsnachweis in dem Sinne geben, dass ich vollständig alle Fragen, die in dem Zusammenhang behandelt werden müssen, naturwissenschaftlich erfassen und auch nach den üblichen Kriterien naturwissenschaftlichen Arbeitens abarbeiten kann. Das ist durch die langen Zeiträume so gegeben, und ich

denke, da würden mir viele Experten zustimmen, die auf dem Gebiet arbeiten.

Das heißt, ich denke, es wird immer am Ende, auch wenn noch so sorgfältig gearbeitet wird, ein breiter gesellschaftlicher Konsens stehen müssen, um zu sagen: So, das sind die Pläne, das sind die Analysen, die wir gemacht haben. Das wissen wir. ~~Da~~ sind die Unsicherheiten. Auf der Grundlage muss dann entschieden werden.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Also, das hört sich ja sehr nach Skepsis an.

(Heiterkeit)

Haben Sie denn irgendwelche Vorstellungen, wie man diese Abfälle aus Kernkraftwerken verantwortbar gegenüber der Bevölkerung endlagern kann?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ganz allgemein würde ich sagen: Ich sehe keine Alternative dazu, den Weg der geologischen Endlagerung oder Tiefenlagerung, wie er in der Schweiz heißt, weiter zu verfolgen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass in meiner beruflichen Tätigkeit es nicht zu meinen Aufgaben gehört, detailliert Konzepte zu entwickeln. Ich bin als Sachverständiger tätig, um vorhandene Konzepte abzuklopfen, gegebenenfalls zuzustimmen oder weitergehende Fragen zu stellen. Das ist, jetzt einfach gesagt, der Kern meiner Tätigkeit. Darauf bin ich spezialisiert. Das mache ich seit Jahrzehnten. Das kann ich.

~~Eine andere Sache ist es~~ → Eine andere Aufgabe haben die Techniker, die in einem Unternehmen arbeiten, das Endlager baut, und die dieses Endlager dann entwerfen müssen.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, vielleicht bleiben wir schnell einen kurzen Moment bei Ihrer Tätigkeit in der Schweiz. Wenn ich das alles richtig verstanden habe, dann kommt es in der Schweiz ganz offenkundig dazu, dass unterschiedliche Standorte mit unterschiedlichen Wirtsgesteinen zur Untersuchung kommen sollen. Das Ganze ist ja meines Wissens noch nicht so weit. Können Sie uns vielleicht einmal kurz erklären, wie man in der Schweiz vorgehen will und was konkret Ihre Tätigkeit in der Schweiz bei den unterschiedlichen Formationen ist?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. In der Schweiz wird zurzeit der sogenannte Sachplan geologische Tiefenlager abgearbeitet. Das ist ein Plan zur Identifizierung von Standorten für Endlager, und zwar - an sich geht man da getrennt ran - einerseits für hochaktive Abfälle und andererseits für schwach- und mittelaktive Abfälle. Das sind also zwei verschiedene Suchen. Aber es ist auch die Möglichkeit, ein sogenanntes Kombilager zu errichten, bei diesem ganzen Plan offengehalten.

Der Plan geht ~~(aus)~~ ^{aus} sozusagen von einer weißen Karte der Schweiz und umfasst drei Etappen, von denen die erste Etappe jetzt schon, ja, sagen wir mal, relativ nahe vor ihrem Abschluss steht. In der ersten Etappe ging es darum, sowohl für die hochaktiven Abfälle als auch für die schwach- und mittelaktiven Abfälle Standortgebiete auszuwählen, mehrere Standortgebiete. Das ist durchgeführt worden. Es sind drei Standortgebiete für die hochaktiven Abfälle ausgewählt worden und sechs insgesamt für die schwach- und mittelaktiven. Das überschneidet sich. Eines von den dreien ist das Zürcher Weinland, nördlich Lägeren ist ~~der andere~~. Ich kriege sie jetzt nicht alle im Kopf zusammen. Aber ich glaube, das ist ja jetzt auch nicht nötig; das kann man leicht nachschlagen.

Das ist also jetzt der Stand. Alle Standortgebiete für hochaktive Abfälle enthalten die Formation Opalinuston als Endlagerformation. Bei den schwach- und mittelaktiven ist das nicht ganz auf eine Formation festgelegt. ~~Es ist also auch Opalinuston festgelegt~~

In der zweiten Etappe soll dann eine engere Auswahl erfolgen aus den in der ersten Etappe ausgewählten. Und zwar sollen für sämtliche Standortgebiete sogenannte provisorische Sicherheitsanalysen durchgeführt werden, also schon so weit wie möglich mit standortspezifischen Daten, aber provisorisch, so sagt der Name. Man wird keine umfassenden Untersuchungen der einzelnen Regionen durchführen; aber es kann durchaus sein, dass die eine oder andere Bohrung, dass die eine oder andere Seismikuntersuchung ~~dar~~ durchgeführt wird.

Auf der Basis der provisorischen Sicherheitsanalyse wird dann die zu erwartende maximale Strahlendosis über den Zeitraum von 1 Million Jahren für die hochaktiven Abfälle, von 100 000 Jahren für schwach- und mittelaktive Abfälle ermittelt, und nach diesem Kriterium, auch unter Berücksichtigung der Unsicherheiten, wird dann der nächste

Auswahlschritt vollzogen. Es sollen dann am Ende der zweiten Etappe mindestens zwei Standorte für die hochaktiven und mindestens zwei für die schwach- und mittelaktiven ausgewählt sein. Wie ich sagte, es kann auch ein Kombistandort sein, der für beides ist.

Und in der dritten Etappe werden dann diese zwei oder drei Standorte, je nachdem, einer noch vertieften Untersuchung unterzogen, parallel. Da wird also dann sozusagen eine genauere Sicherheitsanalyse, zu der man sich dann alle Daten beschafft, die man beschaffen kann, durchgeführt, und am Ende steht ~~dann also~~ die Entscheidung, die dann letztlich der Bundesrat, also die Regierung, fällen muss und die dann auch möglicherweise durch eine Volksabstimmung noch bestätigt wird, für ein Standortgebiet.

Das Technische Forum Sicherheit, in dem ich Mitglied bin und in dem ich die Republik Österreich vertrete, begleitet diesen Prozess. Dort werden Fragen behandelt. Das Forum wird regelmäßig über den Fortgang der Ereignisse informiert, über den Fortgang der Untersuchungen und über den Fortgang der Umsetzung dieses Sachplans, mit dem ich mich übrigens auch schon früher beschäftigt hatte. Also, ich war schon Jahre, bevor man damit begann, den Sachplan umzusetzen, beschäftigt mit dem Schweizer Entsorgungsnachweis und mit dem Erstellen des Sachplanes überhaupt, also mit der konzeptionellen Arbeit.

Gut. Jedenfalls in diesem Technischen Forum Sicherheit werden die Mitglieder informiert, und dort können dann Fragen eingebracht werden, ~~wenn es darum geht~~, wenn man der Meinung ist, an einem bestimmten Punkt bestehen noch Unklarheiten, da müssten also jetzt, vielleicht zum jetzigen Zeitpunkt, bevor man weitergeht, noch weitere Untersuchungen durchgeführt werden. Zum Beispiel ist es jetzt gerade ein Diskussionspunkt im Technischen Forum, der auch in der Schweizer Öffentlichkeit, in der interessierten Öffentlichkeit natürlich, bekannt ist: Wie muss die Informationsbasis für die provisorische Sicherheitsanalyse sein? Wie kann ich sicherstellen, dass nicht dadurch, dass ich von einem Standortgebiet schon mehr weiß, dann dieses Standortgebiet ja, je nachdem, bevorzugt, benachteiligt wird, sodass das ganze Vergleichsverfahren dadurch schief ist? Das ist jetzt eine Frage, die uns da in diesem Gremium sehr beschäftigt, weil sie dann auch letztlich eine immense

praktische Bedeutung hat. Denn ich neige eher zu der Ansicht - ~~und~~ auch andere -, zu sagen: Lieber auch noch im Rahmen der Etappe 2 vor der provisorischen Sicherheitsanalyse weitergehende Untersuchung machen - das kostet natürlich Zeit, bringt den zeitlichen Fahrplan durcheinander - als nachher auf der Basis eines schiefen, nicht ganz ausgewogenen Vergleichsverfahrens etwas auswählen, und womöglich tauchen dann noch später die Probleme auf.

Also, das ist ein Beispiel. Was ich natürlich besonders zu berücksichtigen habe bei meiner Mitwirkung in dem Forum, ist letztlich, um es mal ganz plakativ zu sagen, die Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung zu vertreten.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Jetzt haben wir Sie und Ihr Tätigkeitsfeld sehr gut kennengelernt, Herr Dr. Hirsch. Das ist ausgesprochen schön. Dadurch können wir Sie als Zeugen auch besser beurteilen. Aber ich weise darauf hin, dass das jetzt mit Gorleben im Moment nicht wirklich etwas zu tun hat und mit unserem Untersuchungsauftrag.

(Zurufe)

- Nein, die Frage war so, wie sie war. Ich habe sie auch zugelassen, und Sie haben auch ausgeführt. Ich will uns nur jetzt ein wenig wieder konzentrieren auf den Untersuchungsauftrag, weil ja auch der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik auf den damals aktuellen Stand rekurriert. Von daher ist das alles interessant und für uns und für unseren Hintergrund auch ganz besonders gut. Aber ich will uns nur mahnen, dass wir uns jetzt noch mehr als bislang auf den Untersuchungsauftrag konzentrieren.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, diese Frage hatte natürlich schon ihren Sinn; denn Sie haben, Herr Dr. Hirsch, 1977 in den *Physikalischen Blättern* geschrieben, dass im Bereich der hochaktiven Abfälle voll erprobte Verfahren so gut wie nicht existieren. Daran schließt jetzt die Frage an: Erstens. Gibt es zum jetzigen Zeitpunkt -- Oder hat sich in den zurückliegenden 30 Jahren da was Gravierendes verändert, und wird nach diesen wissenschaftlichen Erfahrungen und Erkenntnissen diese Erkundung dann auch tatsächlich so durchgeführt?

in das tun

und

L 7d

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, es hat sich zweifellos - 1977, das war vor 34 Jahren - sehr viel geändert. Es ist noch nicht so weit, dass es nun ein Endlager für hochradioaktive Abfälle bereits gibt - das ist weltweit ja nicht der Fall -, aber es gibt sicherlich sehr große Fortschritte. Das Beispiel Schweiz zeigt das ja, über das wir gesprochen haben. Ja, was soll ich dazu noch sagen? Können Sie konkreter nachfragen?

Franz Obermeier (CDU/CSU): In dem Zusammenhang wäre natürlich schon interessant, zu erfahren, was denn die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Erkundungen tatsächlich gebracht haben für die Eignetheit einer Formation.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Zielt die Frage darauf hin, die Frage Ton oder Salz oder Granit?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, da hat sich auch für mich - ich will es mal aus meiner Sicht darstellen - doch einiges geändert. Auch zum Zeitpunkt des „Gorleben Review“ - über die Experten habe ich ja gesprochen; das ist ja auch hier wichtig - war auch noch ein sehr großes Thema: Ist Salz überhaupt geeignet? Kommt Salz überhaupt infrage? Mittlerweile, würde ich aber sagen, hat sich das auch weltweit geändert und auch in meiner eigenen Einstellung, sodass ich sage: Es kommen verschiedene Formationen infrage. Wichtig ist ein einwandfreier, fachlich korrekter Prozess der Standortvorauswahl und dann auch der Eignungsbestimmung des Standortes, der Sicherheitsanalysen. Und auf der Grundlage dessen muss ich dann den einzelnen Standort einschätzen. Das war jetzt vielleicht etwas sehr abstrakt abgehoben. Ich sage es vielleicht mal einfacher: Ein guter Standort im Salz kann besser sein als ein schlechter im Ton und umgekehrt. - Beantwortet das Ihre Frage?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Haben Sie keine weiteren Fragen, Herr Obermeier?

Franz Obermeier (CDU/CSU): Ich dachte, es hat geklingelt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, nein. Alles gut. Sie haben noch drei Minuten.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Nein, Herr Dr. Hirsch. Dann machen wir weiter. - Es ist natürlich schon interessant, zu erfahren, dass es weniger auf die Art des Wirtsgesteins ankommt, dass es durchaus in Granit geeignete Formationen geben kann, ebenso wie in Ton, aber ebenso wie in Salzformationen. Haben Sie dazu Studien selber erstellt, zu den Fragen der Endlagerung? Gibt es da Dinge, die man nachlesen kann?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Zunächst: Es kommt schon auf die Formation an. Die Zahl der Kandidaten ist gering. Im Wesentlichen haben Sie genannt Granit, Ton und Salz. Also, es ist nicht so, dass ich irgendwohin gehen kann und sagen kann: Da habe ich jetzt die Hoffnung, einen guten Endlagerstandort zu finden, also Granit, Ton und Salz, die jedes dann ihre spezifischen Vor- und Nachteile haben.

Ich habe zum Thema Endlagerung eine ganze Reihe von Berichten geschrieben. ~~Also zum Beispiel~~ - um auf das zurückzukommen, was wir vorhin beschrieben haben - können Sie sich ansehen, was ich seit 2005 etwa - da habe ich begonnen, mich mit dem Schweizer Endlager zu beschäftigen - an Berichten zu dem Entsorgungsnachweis im Zürcher Weinland geschrieben habe, dann zu dem Konzept des Sachplans geologische Tiefenlager und auch jetzt noch im weiteren Verlauf. Das ist ein Beispiel. Ich habe vorher auch zu dem Thema was geschrieben; aber ich habe das jetzt nicht alles so im Kopf.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Welches Konzept würden Sie jetzt vertreten? Wie würden Sie das für unsere Situation einschätzen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Wenn das noch nicht deutlich geworden ist, kann ich das noch mal betonen. Ich vertrete das Konzept einer wissenschaftlich einwandfreien Standortvorauswahl, so wie in der Schweiz, zum Beispiel mit einer weißen Karte der Schweiz zu beginnen und dann mit wissenschaftlich einwandfreien Sicherheitsanalysen, die eine ausreichende Datenbasis haben müssen, von mehreren Standorten parallel, wobei ich darauf achten muss, dass die Informationsbasis eben nicht ungleich ist

LSie /t:

WZ

und dass ich dadurch ein störendes Element in mein Auswahlverfahren reinbekomme. Das ist doch, denke ich, klar. Das ist meine Vorstellung.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Sie sind 1977 in das Thema eingestiegen. Für uns geht es um die Frage, herauszufinden, ob es von außen nicht wissenschaftlich begründete Einflussnahmen auf die Entscheidung Gorleben gegeben hat. Ist Ihnen während Ihrer Tätigkeit im Auftrag des niedersächsischen Sozialministeriums ein Vorgang oder mehrere Vorgänge bekannt, nach denen staatlicherseits, von Bundesseite oder Ländersseite, konkret eingegriffen wurde in die Frage der technisch-wissenschaftlichen Geeignetheit eines Salzstocks oder speziell des Salzstocks Gorleben?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich würde das durchaus im Zusammenhang damit sehen, dass vonseiten der niedersächsischen Landesregierung ausdrücklich kein Interesse daran bestand, die Erkenntnisse der internationalen Wissenschaftlergruppe zu Gorleben zur Kenntnis zu nehmen. Das ist jetzt ein negativer Punkt, aber ich denke, er gehört dazu. Denn es gehört ja auch zu einem ergebnisoffenen Verfahren, das wissenschaftlich einwandfrei ist, dass ich sämtliche fachlichen Informationen, die mir vorliegen, dann auch wirklich rezipiere und mich damit beschäftige. Und davon habe ich nicht nur nichts gemerkt, sondern es war auch -- Ich sagte ja schon, beim Gorleben-Hearing hat Ministerpräsident Albrecht sogar ausdrücklich gesagt: Ich will hier nichts über den Endlagerstandort Gorleben hören.

Es ist mir auch erinnerlich, vorher, in meinem Kontakten mit dem niedersächsischen Sozialministerium - ich glaube, dass das mein Kontaktpartner war, der den Vertrag mit mir gemacht hat -, dass da auch immer wieder gesagt wurde: Über Gorleben konkret wollen wir eigentlich gar nichts hören.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Hirsch, ich würde gern daran gleich anknüpfen; denn es gibt ja als Abschlussbericht den siebenbändigen Gorleben-Report, in dem sowohl Kritiker als auch Befürworter zu Wort kommen. Dieser Report, wieso heißt

der denn „Gorleben-Report“, wenn er sich nicht auf Gorleben bezieht?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Gorleben war der Standort des nuklearen Entsorgungszentrums. Insofern, ja, Gorleben, aber ausgeklammert - das habe ich vielleicht nicht präzise genug gesagt - Salzstock Gorleben als Endlager. Das sollte ausgeklammert werden. Dass es um den Standort Gorleben für das Entsorgungszentrum ging, das war natürlich klar.

L war der

Ute Vogt (SPD): Habe ich es richtig verstanden, dass Sie den Eindruck hatten, dass man kein Interesse daran hatte, tatsächlich etwas zu erfahren über die Geeignetheit oder Ihre wissenschaftliche Einschätzung zum Salzstock Gorleben als Endlager?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Man sagte: Wir wollen allgemein über Salz/ okay, und über Endlagerung, Sicherheitsziele -- Aber wir wollen eigentlich gar nicht, dass ihr euch mit dem Salzstock Gorleben beschäftigt.

L reden

Ute Vogt (SPD): Es gab ja dann aber offensichtlich doch Beschäftigung damit.

Ich habe doch noch mal zum Verfahren eine Frage: Ich habe in dem Buch von Frau Wollny gelesen, dass sie uns beschreibt, dass die Kritiker des Projekts auch in dem Pro/Kontra-Dialog „Rede - Gegenrede“ von Anfang an benachteiligt gewesen seien. Könnten Sie sich erklären, wie Frau Wollny zu solchen Aussagen kommt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das Problem, das ich von Anfang an gehabt habe, war, ausreichend Informationen zu bekommen. Die Wissenschaftler, insbesondere diese ganze Expertengruppe, die zur Endlagerung gearbeitet haben, hatten da Vorstellungen. Das waren ja alles Leute, die sich in dem Thema auskannten und deshalb ausgewählt wurden und auch von der niedersächsischen Landesregierung akzeptiert wurden. - Das vielleicht mal vorweg. Die niedersächsische Landesregierung hat immer gesagt: Wir nehmen nur Leute, egal von welcher Seite, die fachlich einwandfrei ausgewiesen sind. - Und sie haben diese 20 Personen akzeptiert.

L klare

Die hatten eine bestimmte Vorstellung, was sie an Informationen brauchen. Und ich erinnere mich, das war eigentlich die ganze

Ute Vogt
Zeit ~~sozusagen~~ ein schwieriger Kampf, da an Unterlagen ranzukommen. Und es war dann auch so, dass ich teilweise selbst die Initiative ergriffen habe - ausdrücklich verboten war das ja nicht -, um diesen Leuten, jetzt insbesondere denen, die sich mit Endlagerung und auch Gorleben beschäftigt hatten, Informationen zukommen zu lassen, Kontakte herzustellen mit deutschen Experten, damit sie da etwas vertiefter arbeiten können.

*auch
gelaufen*
Und so ist es ja. Sie haben sich ja dann auch damit beschäftigt, und ein Teil ihres Berichtes zur Endlagerung hat sich ja dann auch speziell mit Gorleben beschäftigt.

Ute Vogt (SPD): Gab es in den Materialien, die Ihnen zur Verfügung standen, einen Kriterienkatalog, der quasi abgearbeitet werden musste, um die Sicherheit eines Endlagers zu überprüfen? Oder wäre das etwas, was Sie für notwendig halten, dass es so einen Katalog gibt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das war -- Es gab nur ganz allgemeine Kriterien, etwa das, was Herr Ministerpräsident Albrecht bei dem Gorleben-Hearing gesagt hat, eben ein unberührter Salzstock, die Tiefe nicht größer als 400 Meter und - jetzt habe ich doch tatsächlich vergessen, wie der dritte Punkt war -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

ausreichende Größe des Salzstockes. Entschuldigen Sie. Es ist schon ein etwas langer Tag.

Ute Vogt
Hirsch
Ja, das wurde von den internationalen Wissenschaftlern auch moniert, dass es hier keinen detaillierteren Kriterienkatalog gab, insbesondere eben im Zusammenhang damit, dass sie gesagt haben: Der Schritt der Vorauswahl ist wichtig. - Das war vielleicht ein Punkt, der dahinter gestanden ist, auch hinter der Beschäftigung mit Gorleben, dass der Eindruck da war bei den internationalen Wissenschaftlern und bei mir ~~der ich mit Energie gearbeitet habe~~. Der Schritt der Vorauswahl ist sehr wichtig. Man muss sich mehr Gedanken machen über die Vorauswahl. Man sollte mehrere Standorte auswählen und sollte auch diesen Vorauswahlprozess - ja, sagen wir mal - fachlich mehr strukturieren und insgesamt da auch mehr Anstrengungen reinstecken. Und dazu hat das dann eben nicht so gepasst.

Ute Vogt (SPD): Es gab in dem Zusammenhang ja -- Das habe ich auch gelesen bei Frau Wollny in dem Buch im Gorleben Archiv, wo sie noch mal erläutert, was der schwedische Atomexperte Professor Dean Abrahamson gesagt hat - der war ja auch Teil Ihrer Expertengruppe, nehme ich an -, der uns deutlich macht:

Es wäre ... möglich, weiterzumachen ohne Kriterien festzusetzen... Ein Vorgehen in dieser Weise garantiert, daß man die Kriterien erfüllen wird: Denn es ist genau so, als wenn man bei einem Schießwettbewerb zunächst auf die blanke Wand schießen, dann zu der Wand hingehen und das Ziel jeweils um die Stellen herum einzeichnen würde, wo die Schüsse hingetroffen haben...

Können Sie uns diese Beschreibung erläutern?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, ich denke, dabei geht es genau eben darum, um das Fehlen von Kriterien und dadurch eben, ja, um die Schwierigkeit, letztlich nachträglich eine Eignungsaussage überhaupt zu machen, und die Möglichkeit, dass bei der Eignungsaussage dann eben -- Also das war eben die Befürchtung der internationalen Wissenschaftler, dass dann eine gewisse Willkür in die Eignungsaussage reingebracht wird, wobei diese Aussage jetzt natürlich von Herrn Abrahamson sehr pointiert war, und in seinem Bericht hat er das so nicht geschrieben. Aber dass er das so pointiert hat, war vielleicht auch der Frustration geschuldet, dass es eben diese Probleme gab, über die ich vorhin gesprochen habe.

Aber grundsätzlich war das natürlich -- In die Richtung gingen die Befürchtungen, ja.

Ute Vogt (SPD): Vorhin hat uns der vorhergehende Zeuge, Herr Ziegler, ein Mitarbeiter des damaligen Forschungsministeriums, hier -- Unter anderem haben wir über einen Vermerk gesprochen, in dem er ausführte, dass das Deckgebirge auf Dauer nicht halten würde, aber dass es dann auch reicht, wenn der Salzstock hält.

Wäre das so ein Beispiel, dass man erst sagt: „Wir brauchen ein sicheres Deckgebirge“, und wenn es sich dann herausstellt, dass es nicht sicher ist, dann reicht eben auch der Salzstock? Ist das was, was in das

Schema passt, das wir eben beschrieben haben?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, das passt in das Schema. Es ist auch so, dass die internationalen Experten sehr betont haben, dass das Mehrfachbarrierenprinzip wichtig ist bei der Endlagerung, dass ich mehrere geotechnische Barrieren habe, dass ich aber auch mehrere geologische Barrieren brauche. Also, da passt das genau hinein. Denn wenn Sie aus diesem Mehrfachbarrierenprinzip -- Das kann ja dann eine Grundlage sein, um auch Kriterien abzuleiten, die das eben berücksichtigen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es war damals Stand der Wissenschaft und Technik aus Ihrer Sicht, dass es die Mehrfachbarrieren geben muss?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Aus der Sicht der Experten, die da auch mitgewirkt haben.

Ute Vogt (SPD): War es damals auch Stand der Wissenschaft und Technik, dass man mehrere Standorte untersucht? Oder Alternativen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Da muss ich sagen: Das war zu diesem Zeitpunkt sicherlich noch in der Diskussion. Es war bereits in der Fachdiskussion. Es gab eine ganze Reihe von Experten, die das vertreten haben, aber es war noch nicht ~~jetzt~~ der allgemein anerkannte Stand von Wissenschaft und Technik. Auch in der Schweiz zum Beispiel, die ich vorhin gelobt hatte, hat man noch in den 80er-Jahren einen ganz anderen Ansatz gehabt, der also nicht dem gefolgt ist und mit dem man sich dann auch einen großen Misserfolg eingefahren hat.

Ute Vogt (SPD): Der vorherige Zeuge hat uns ausgeführt, dass es wissenschaftlich niemals möglich sei, den bestmöglichen Standort zu finden, weil sich die Wissenschaft und die Technik quasi immer wieder weiterentwickeln, sodass es nie einen bestmöglichen Zeitpunkt gäbe. Und er sagte dann - das habe ich mir aufgeschrieben -: „Intellektuell gibt es nicht die Wahl zwischen hinreichend sicher und bestmöglich.“ Würden Sie das unterschreiben?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein, das würde ich nicht unterschreiben. Sicherlich, ich würde ein Stück weit zustimmen, ein Stück weit Widerspruch. Zustimmung sicher in dem Punkt, wenn wir uns „bestmöglich“ jetzt als akademisch abstrakt vorstellen, dass wir wirklich -- Es gäbe dann also in Europa zig mögliche Standorte, und ich muss die jetzt alle so genau untersucht haben, dass ich feststellen kann, wer ist der beste, und das ist dann der beste in Europa oder in Deutschland. Das ist sicher nicht erreichbar. Aber was erreichbar ist, ist, sagen wir mal, eine Auswahl des Bestmöglichen unter Berücksichtigung der pragmatischen Gesichtspunkte, die ich hier haben muss, dass das Verfahren nicht beliebig lang dauern kann, dass der Aufwand nicht beliebig groß ist. Ich kann also dem nahekommen. Ich kann diesem abstrakten akademischen Ideal ein Stück nahekommen. Ich kann es sicherlich nie erreichen.

Ich kann dem nahekommen, zweifellos, wenn ich ein Vorauswahlverfahren durchführe, dann mehrere Standorte auswähle und diese dann parallel untersuche. Wie sehr, hängt dann davon ab, wie gut das gemacht wird. Aber ich kann ihm ganz sicher nicht sehr nahe kommen, wenn ich nur einen Standort in die Vorauswahl nehme und dann mich auf diesen Standort konzentriere. Da bin ich dann sicher weit weg von diesem idealen Verfahren.

Ute Vogt (SPD): Wie ging das dann weiter, nachdem Sie diesen Bericht abgegeben hatten? Es gab ja dann unterschiedliche Bewertungen. Vielleicht könnten Sie uns noch mal schildern, wie man dann mit den unterschiedlichen Bewertungen umgegangen ist.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, dieser Bericht wurde abgegeben, und der wurde in großen Teilen, eben was Gorleben betroffen hat, dann nicht weiter diskutiert. Was diskutiert wurde auf dem Gorleben-Hearing, diesem Symposium, waren die anderen Teile, die Frage Salz grundsätzlich und auch die Frage nach den Sicherheitsanforderungen an Endlager. Da ist vielleicht ein Punkt, der in dem Zusammenhang interessant ist, dass dabei auch ein Unterschied in der Herangehensweise deutlich wurde, dass die internationalen Experten, die ich koordiniert habe, eben doch davon ausgegangen sind, dass die Sicherheit eines Endlagers für deutlich

L aber

L elch

sh
mb

L den Salzstoc

längere Zeiträume gewährleistet werden muss, als die andere Seite das vertreten hat. Ich weiß, dass da bei den sogenannten Gegenkritikern eher eine Position war: „Ja, eigentlich 1 000 Jahre, dann ist das eigentlich vorbei. Na gut, dann sagen wir 10 000, dann haben wir noch eine Sicherheitsmarge“, während die kritischen Wissenschaftler eher von längeren Zeiträumen, 100 000 bis 1 Million Jahre, gesprochen haben.

Damals war das auch noch nicht Stand der Wissenschaft und Technik. Es war in der Diskussion, aber noch nicht Stand der Wissenschaft und Technik. Aber das hat sich ja mittlerweile auch durchgesetzt, sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz und in anderen Ländern, dass man ~~eben~~ bei hochaktiven Abfällen einen Zeitraum von 1 Million betrachten muss.

Ute Vogt (SPD): Glauben Sie, dass man seriöserweise Sicherheit für 1 Million Jahre überhaupt gewährleisten kann?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Man kann es nicht gewährleisten im Sinne einer strengen naturwissenschaftlichen Beweisführung. Wie ich eingangs sagte, man kann vieles machen durch die Sicherheitsanalysen, man kann sich vieles ausdenken, sogenannte What-if-Fälle, wo man dann denkt: Wenn jetzt die Durchlässigkeit des Gesteins zehnmal so groß ist ~~und~~ wenn eine Eiszeit kommt, dann wird das alles aufgedigert.

Aber ich kann mir nie sicher sein, dass ich diese Million Jahre richtig vorhersagen kann. Und dann gibt es nur den Weg, zu sagen: „Das weiß ich, und das sind die bestehenden Unsicherheiten“, und dann eine gesellschaftliche Entscheidung. Dafür sind dann nicht mehr die Fachleute primär zuständig. Die müssen das genau präzisieren, so genau es geht, darlegen. Dann muss eine Entscheidung erfolgen: Tragen wir diese Unsicherheiten, oder suchen wir noch weiter?

Ute Vogt (SPD): Habe ich es richtig verstanden, dass man damals noch nicht davon ausging, dass der Müll so lange strahlt? Weil Sie sagen, die haben zum Teil gesagt, 1 000 Jahre reichen. Ich glaube, im Gesetz stand damals 10 000.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: 10 000, ja.

Ute Vogt (SPD): Also hat man die Strahlung damals falsch eingeschätzt oder nicht gekannt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich denke, daran liegt es nicht, dass es da so einen krassen Unterschied gibt. Es hat Neubewertungen der Radiotoxizität von Nukliden gegeben. Daran nicht, sondern ich denke, was damals noch sehr en vogue war, hätte ich fast gesagt, in Wissenschaftlerkreisen, die also die Endlagerung sozusagen pushen wollten, war der Vergleich mit natürlichen Uranerzvorkommen. Das ist auch auf dem ~~Endlager-Hearing, dem~~ Gorleben-Hearing, ~~bei dem~~ Endlager-Teil auch noch diskutiert worden, dass man eben sagt: So, nach einer bestimmten Zeit, ist die Radioaktivität so weit abgeklungen - das ist die Grundidee, das ist nicht mein Konzept, sondern ich gebe das nur wieder -, dass sie vergleichbar ist mit einer Uranerzlagerstätte, und dann brauche ich mich nicht weiter darum zu kümmern; denn das Uranerz kommt ja in der Natur vor. Dann ist das auf das natürliche Risiko zurückgeführt.

Das hat ~~keinen~~ ganz großen Haken, dass da sehr viel Willkür drin ist. Was ziehe ich jetzt als Vergleichsbasis heran? Da kann man ~~also~~ auf die verschiedensten Mengen von Uranerz kommen, mit denen man dann den Abfall vergleicht. Das ist das eine. Die andere Frage ist: Ist es überhaupt ein glücklicher Vergleich, ~~einerseits~~ ein Endlager, wo ich ja zwangsläufig ein natürliches System erst mal stören muss, um etwas einzubringen, auch wenn ich das mit aller Fachkenntnis mache, zu vergleichen mit einer natürlich entstandenen Uranerzlagerstätte?

Also grundsätzlich ist man mittlerweile weitestgehend von diesem - so muss ich heute sagen - unglücklichen Vergleich weg. Die internationalen Wissenschaftler in meiner Gruppe waren damals schon nicht damit einverstanden, und jetzt ist man eben bei diesen Zeiträumen in der Größenordnung von 1 Million Jahre für hochaktive Abfälle.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Rederecht geht jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, Sie haben sich ja vorhin schon erklärt und

L Zwar
L liegt es
aber

↳
Nouf
dessen

↳ den

↳

↳

haben erklärt, dass Sie einer neuen, sozusagen ökologischen Wissenschaft angehören, also neues Wissenschaftsverständnis in der damaligen Zeit vertreten haben. Ich möchte hier auf einen Aufsatz kommen in der Fachzeitschrift *Die Umschau* aus dem Jahr 83. Da heißt es in der Ausgabe 83, dass Sie sagen: Die namhaften Vertreter der ökologisch orientierten Wissenschaft haben die Einschätzung, dass zu ihren wissenschaftlichen Arbeiten gehört, dass sie auch mitunter - -

... die pointiert als „destruktiv“ bezeichnet werden können -

und zwar in dem Sinne, -- Rede ich zu schnell? Weil Sie so angestrengt gucken. Dann müssen Sie die Notbremse ziehen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich bin noch mitgekommen.

Angelika Brunkhorst (FDP):

... die pointiert als „destruktiv“ bezeichnet werden können -

und zwar in dem Sinne, dass „die Auseinandersetzung mit bestehenden“ ökologischen, „technologischen Konzepten“ das Ziel hat, „als Fehlentwicklungen erkannte Projekte zu verhindern“, und dass dazu „vor allem die Kritik an der Atomtechnologie“ gehört. Ich interpretiere das jetzt so, dass Sie Ihre Aufgabe darin sehen, auch gesellschaftspolitisch zu wirken, also nicht Ihre naturwissenschaftliche, sagen wir mal, Aufgabe in den Vordergrund stellen, sondern dass Sie für sich also den Anspruch haben, auch gesellschaftspolitisch sozusagen Technologien infrage zu stellen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN): Dürfen wir die
Quelle noch mal wissen?)

- Das ist die Fachzeitschrift *Die Umschau - Forschung und Entwicklung - Schlüsseltechnologien und Innovationen*, Ausgabe 83, Jahrgang 1983, unter der Rubrik „Im Überblick“

Was ist ökologisch orientierte Wissenschaft?

Ein „Alternativer“ und ein „Etablierter“ nehmen Stellung

der Aufsatz zu dem Thema: „Für ein neues Wissenschaftsverständnis“.

Ich kann Ihnen das gerne auch herübergeben, wenn das jetzt zu lang ist.

Dann sind Sie ja auch in dem Zusammenschluss, in dem AGÖF, ein namhafter Sprecher gewesen. Da habe ich auch verschiedene Dinge gefunden, die ja dann fast schon philosophisch sind. Und zwar habe ich erst mal gefunden noch mal wiederum diese Festigung, dass festgestellt wird:

Dabei geht es in der Kernkraftdebatte letztlich darum, den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis in Beziehung zu setzen zu der Frage, ob bestimmte Technologien realisiert werden können und sollen - eine Fragestellung, die keine rein wissenschaftliche mehr ist.

Also der Bezug zur Politik oder zur Gesellschaftskritik.

Und dann finde ich an anderer Stelle den Hinweis, auch in diesem Zusammenschluss AGÖF die Grundsätze.

Bei übergreifenden Fragen - und dies gilt auch für die Naturwissenschaft - muß der Wahrheitsbegriff relativiert werden: Die wissenschaftliche „Wahrheit“ ist in diesem Falle der Konsens der wissenschaftlich Tätigen, nicht mehr.

Damit Sie verstehen, was ich meine: Ich bin Sozialwissenschaftlerin und will ja auch so ein bisschen verstehen, was so Ihre Motivation angeht.

Ich nehme noch eine dritte Aussage dazu:

... die ökologisch orientierte Wissenschaft <bringt> eine weit stärkere Bereitschaft auf, politische Frage<stellungen>n in die Betrachtung einzubeziehen ...

Das lege ich Ihnen jetzt erst mal alles zugrunde. Das ist eine starke Antriebsfeder für Ihre Untersuchungen oder für Ihre Berater-tätigkeit. Auf der einen Seite haben Sie ja auch Vorwürfe gegenüber der etablierten Wissenschaft gemacht, indem Sie sagen: Da gibt es eigentlich nur eine Erklärung. Etablierte Wissenschaft ist eigentlich immer die, die Herrschende oder Industrie oder Kapital, sagen wir mal, hilft zu festigen, und die ökologische, die kritische Wissenschaft ist eher die, die, sagen wir mal, die Hilflosen unterstützt.

Ich habe das jetzt ein bisschen überzogen, aber ich würde dazu gern noch mal -- Ist dieses Wissenschaftsverständnis auch Ihr heutiges? Ich denke, heute sind Sie selbst

ein Etablierter. Wie gehen Sie heute damit um? Ist das wirklich, sagen wir mal, in der Frage, in dem Fragezusammenhang -- Sie haben vorhin auch gesagt, Skepsis gegenüber der Kernkraft haben Sie nach wie vor. Aber wie sehen Sie in Anbetracht dieser Aussagen jetzt die Notwendigkeit, dass wir eine Endlagerstätte ja irgendwann auch finden müssen? Wie ist da Ihre, sagen wir mal, Brücke jetzt zu Ihrem heutigen Verständnis? Vertreten Sie diese Thesen immer noch in dieser Klarheit, heute auch noch?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, zunächst zu dem Letzten. Ich kann mich in vielem nicht wiederfinden, auch meine damalige Position, soweit ich mich erinnere, diese Polarität Industrie, Kapital und den Hilflosen -- Das waren jetzt Ihre Worte. In dieser Form habe ich das nie vertreten, und ich wüsste nicht, dass ich das in dieser Form, wie Sie das formuliert haben, auch festgestellt habe.

Was steht denn drin? Was haben Sie denn da zitiert? Ein Punkt war: Wenn ich als Experte erkenne, dass eine Technologie eine Fehlentwicklung ist, dann werde ich darauf hinarbeiten, diese Fehlentwicklung zu stoppen. Ich sehe überhaupt nicht, was daran nun besonders kompliziert, ideologisch ist oder was irgendwie eine spezielle Ideologie sein sollte. Das, denke ich, ist die normale Verantwortung eines Naturwissenschaftlers oder Technikers. Wenn ich zu dem fachlichen Urteil komme, hier läuft etwas in die falsche Richtung, dann werde ich natürlich etwas tun, sonst würde ich mich ja schuldig machen als Fachmann, um das zu stoppen.

Es ist auch keineswegs so - das war damals nicht so, und das sehe ich auch heute nicht so -, dass es darum geht, jetzt extra die Naturwissenschaft zu politisieren, sondern die Arbeit von Naturwissenschaftlern und Technikern hat immer eine politische Dimension. Sie ist verknüpft mit der Gesamtgesellschaft. Sie findet nicht in einem leeren Raum statt. Ich kann mir das nun klarmachen, dass es so ist, und das sollte jeder. Das sollte nicht nur speziell die ökologische Wissenschaft oder wer auch immer, das sollten alle. Und auch die, die für das Kapital arbeiten, und wer auch immer, sollten sich das klarmachen. Oder ich kann das verweigern.

Auch da sehe ich jetzt nicht -- Sie haben da eine ideologische Position von mir hochkonstruiert von 1983, die auch damals überhaupt nicht die Meinung war. Wie gesagt,

das sind eher Dinge, ja fast gesunder Menschenverstand, und Positionen, Verantwortung des Wissenschaftlers. Dazu kommt natürlich - und das ist auch bei jedem, nicht nur bei den ökologisch orientierten Wissenschaftlern so -, dass jeder Fachmann, der tätig ist, auch als politischer Mensch seine Meinung hat und seine Position hat. Die soll er auch haben, die kann er haben, die kann er auch vertreten. Er muss das nur immer, je nachdem, woran er arbeitet, ganz klar trennen. Wenn ich einen allgemeinen Vortrag halten soll über den Stellenwert der Wissenschaft in unserer Gesellschaft, dann kann ich sozusagen sowohl den Fachmann in mir als auch den politisch interessierten Bürger da heranlassen, und dann sind beide gefordert. Wenn ich eine spezielle Fragestellung habe, dass man sagt: „Wie ist zum Beispiel der Wissensstand über den Standort A bei der Endlagerung, wie ist der Wissensstand über den Standort B, was will ich bei der Sicherheitsanalyse für Aussagen erzielen, und was muss ich wissen, um diese zu erzielen?“, dann ist natürlich dieser politische Mensch weniger gefragt bis überhaupt nicht.

Das sind doch alles Selbstverständlichkeiten. Und dass die Wahrheit relativiert, das ist ja genau das, was ich vorhin auch sagte über die Frage: Kann ich bei einem Endlager die Sicherheit nachweisen? Es ist nicht möglich. Es gibt nicht die Wahrheit in dem Fall. Es gibt nicht die naturwissenschaftliche Wahrheit, dass ich sagen kann: „Das ist jetzt ein sicheres Endlager“, weil ich diese Million Jahre nicht entsprechend vorhersagen kann.

Und dann kommt genau das - sagte ich, glaube ich, vorher auch schon in den Worten, und Sie haben das dann so ähnlich zitiert -, dann gibt es diesen Konsens der Wissenschaftler, die sagen: So weit können wir gehen, das wissen wir, das sind die Unsicherheiten, und dann muss das von der Gesellschaft entschieden werden. - Also auch das sehe ich jetzt nicht - -

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich möchte hier noch mal klarstellen: Ich habe überhaupt das Wort „Ideologie“ gar nicht in den Mund genommen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das habe ich gesagt.

Angelika Brunkhorst (FDP): Das würde ich Ihnen jetzt auch nicht unterstellen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Danke.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe einfach danach gefragt, was Ihre Motive sind.

Ich würde ganz gern jetzt in das Jahr 1980 gehen. Sie hatten ja den Auftrag vorab, dieses Gorleben-Hearing, diese Veranstaltung vorzubereiten, diese internationale Expertenrunde „Rede - Gegenrede“ dann auch durchzuführen. Ich gehe jetzt trotzdem schon mal einen Schritt weiter, komme aber hinterher noch zu Fragen.

Ich habe eine Stelle gefunden, dass Sie im Jahre 1980 in einer Anhörung der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz des Innenausschusses zum Thema „Welche Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle gibt es? Sind Salzstöcke geeignet?“ am 23. Juni 1980 einen Vorschlag für Sicherheitskriterien für die Endlagerung gemacht haben. Ich will Sie fragen: Können Sie sich daran -- Es gibt auch ein Protokoll dieser Anhörung. Auf dem Protokoll, Seite 53/54, unter „Kriterium Nr. 3“ haben Sie geschrieben:

Die Isolation radioaktiver Abfälle von der Biosphäre soll in dem maximal praktikablen Ausmaß auf Maßnahmen beruhen, bei denen bei Abschätzung ihrer Wirksamkeit im Vergleich zu anderen möglichen Maßnahmen möglichst wenig wissenschaftlichen Unsicherheiten begegnet wird. Insbesondere bedeutet dies einen möglichst großen Anteil künstlicher Barrieren bei der Einschließung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Brunkhorst, gibt es dazu noch eine ein bisschen größere Spezifizierung der Quelle, also vielleicht eine Drucksachen-Nummer oder irgendwie so was Wunderbares?

Angelika Brunkhorst (FDP): Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie „Nein“? Dann müssten Sie die nachreichen. Es gibt mit Sicherheit eine Drucksachen-Nummer.

Angelika Brunkhorst (FDP): Reichen wir sofort nach, Frau Vorsitzende.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke.

Angelika Brunkhorst (FDP): Gerne. - Mich würde hier speziell interessieren: Was meinen Sie mit „möglichst großen Anteil künstlicher Barrieren“? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich kann zunächst erklären, was ich damit meinte, und kann auch dazu sagen, was ich aus heutiger Sicht sehe. Die künstlichen Barrieren bei der Endlagerung sind zum ersten die Abfallmatrix, also der Stoff, in dem die Abfälle eingeschlossen sind. Das können die Brennstoffpellets beim abgebrannten Brennstoff sein oder bei verglastem Abfall das Glas oder bei zementiertem Abfall der Zement. Dann die Hülle des Abfallcontainers, also ein Stahlbehälter in der Regel. Es gibt auch Konzepte mit Kupferbehältern. Dann die Verfüllung des Endlagerstollens, in dem sich die Abfälle befinden. Das ist zum Beispiel Bentonit bei dem Schweizer Konzept. Das sind die künstlichen Barrieren. Und da herum - jetzt etwas vereinfacht gesagt; aber ich denke, das gibt schon ein sehr gutes Bild ~~und eben das~~ - das ist dann die geologische, natürliche Barriere - und auch das Deckgebirge, das ebenfalls noch Barrierenfunktion erfüllen soll.

Zu meiner damaligen Aussage würde ich sagen, ich bin nach wie vor voll auf der Linie, zu sagen: Wir brauchen ein Konzept, in dem wir die Unsicherheiten minimieren müssen. - Das gilt noch voll. Ich würde heute allerdings sagen - das waren ungefähr 31 Jahre, in denen ich doch auch noch einiges dazugelernt habe, so viel ich damals auch schon zweifellos gewusst habe; sonst wäre ich ja da nicht eingeladen worden zu dieser Anhörung -, dass zunächst eine Ausgewogenheit zwischen beiden Barrieren bestehen muss, dass aber langfristig die geologische Barriere die wichtigere sein dürfte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die Fraktion Die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, Sie haben vorhin ausgeführt, dass Sie damals mit 20 ausländischen Wissenschaftlern gearbeitet haben, vier Experten speziell zur Endlagerfrage. Wie ist die Zusammensetzung zustande gekommen? Hatten Sie da als Leiter ein Mitspracherecht? Wer hat die vorgeschlagen? Wie sind die benannt worden?

Das ist mir jetzt noch nicht ganz klar geworden.

LD
Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Die Experten wurden vorgeschlagen ~~auch~~ bereits, vom Grundeigentümerversorger Gorleben. Es gab also bereits eine Liste. Da gab es dann noch geringfügige Änderungen, aber die Liste lag bereits vor, als ich mit dieser Arbeit begonnen habe.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und die ist dann vom niedersächsischen Sozialministerium so faktisch mehr oder minder übernommen worden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Soweit ich mich erinnere, gab es nur eine einzige Person, die das niedersächsische Sozialministerium abgelehnt hat. Aber ansonsten wurde die Liste übernommen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Und die Experten, die dazu eingeladen wurden, die haben also auch alle freudig, bereitwillig oder wie auch immer angenommen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Sie haben es angenommen. Es gab keine einzige Absage in dieser Gruppe, in diesen 20.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Darf ich daraus schließen, dass es auch internationales Interesse an der Debatte dieser Frage gab und dass zumindest damals Deutschland in internationale Debatten zur Frage „Wie gehen wir mit atomaren Abfällen um?“ auch eingebunden war in die damals stattfindende Diskussion?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Es gab sehr großes internationales Interesse. Das kam von verschiedenen Themen, zum einen bezüglich Endlagerung, dass eben internationale Experten, die sich in ihren Ländern mit Endlagerung beschäftigt haben, dann auch sehr interessiert waren, hier in die Diskussion zu kommen.

Das kam auch von der Wiederaufarbeitung her. Ich glaube, es war erst vor relativ kurzer Zeit vorher in England die sogenannte Windscale Inquiry, wo es um die Wiederaufarbeitungsanlage Windscale ging, gewesen, und von daher war auch ein Interesse an dem Gefahrenpotenzial dieser Technologie.

Und ein dritter wichtiger Punkt, wo ich mich jetzt noch erinnere, ~~das~~ eben deutlich wurde, dass einige Experten ganz speziell daran Interesse hatten, war der Proliferationsaspekt, also jetzt nicht der Punkt, um das gleich klar zu sagen, dass vielleicht Experten aus USA gefürchtet hätten, jetzt baut Deutschland eine Atombombe, wenn sie eine Wiederaufarbeitungsanlage haben -- schon etwas differenzierteres Denken, zum Beispiel die Frage - je mehr Industriestaaten Wiederaufarbeitungsanlagen bauen, dann wird ja ein Beispiel damit gesetzt -: „Wie kann ich dann andere Staaten entmutigen oder davon abhalten, wenn ~~Selbst es~~ sozusagen vorge-macht wird?“, sowie auch die Frage der Gefahr der Entwendung von Plutonium in der Wiederaufarbeitungsanlage.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Würden Sie behaupten, dass in diesen 34 Jahren Deutschland sozusagen immer durchgängig auf der Höhe der internationalen Diskussionen war, speziell in der Endlagerfrage? Wiederaufarbeitung hat sich ja dann irgendwann, zumindest mal zwischenzeitlich, erledigt.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, da bin ich mir nicht sicher. Es ist zweifellos schon so, dass es auf der Expertenebene sehr viel Zusammenarbeit gibt, dass also auch - was weiß ich - Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sehr häufig in dem Schweizer Felslabor in Mont Terri sind. Also auf der Expertenebene, glaube ich, da tut sich schon eine Menge, aber auf der Ebene der Rezeption, auf einer etwas höheren Ebene, da habe ich meine Zweifel.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wurden damals ihre Aussagen und Anregungen, also von den internationalen Experten, durch deutsche Regierungsstellen nach Ihrer Erfahrung ernst genommen? Hatten sie das Gehör, was sie sich mit ihrem gemeinsam zusammengetragenen Sachverstand damals so gewünscht und erwartet hätten?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das war teils, teils. Ein ganz krasses Beispiel dafür, wo es eben nicht gehört wurde, waren die Punkte, die Gorleben selbst betroffen haben. Das habe ich ja vorhin ausgeführt.

In einem anderen Punkt haben die Ausführungen der Wissenschaftler, die ich koordiniert habe, offenbar Herrn Ministerpräsident Albrecht schon sehr beeindruckt. Da ging es

in was?

*ich es selbst
Vormahme
(→)*

den Salzstöcken

um das Unfallpotenzial, um die Tatsache, dass in dem Eingangslagerbecken der Wiederaufarbeitungsanlage ein radioaktives Inventar an langlebigen Stoffen war, das, glaube ich, das 80-Fache - hat ein Wissenschaftler errechnet - von dem in einem Reaktorkern war und dass eine Freisetzung entsprechend katastrophale Wirkungen hat, auch bezüglich der Lagerung flüssiger hochaktiver Abfälle.

W
wie auch
das Unfallpotenzial

Das war ein Punkt, und auch die Verwundbarkeit einerseits die Unfallmöglichkeit und die Verwundbarkeit bei Kriegseinwirkungen. Das hat Herrn Ministerpräsident Albrecht ganz offensichtlich beeindruckt. Er war ja bei dem ganzen Hearing dabei. Also ich nehme an, er hat das wirklich auch aufgenommen und darüber nachgedacht und ist dann zu dem Schluss gekommen, dass er sagte: Was diese Punkte betrifft, Eingangslager mit 3 000 Tonnen Brennstoff und Lagerung von hochaktivem Abfall, da darf -- Wenn ich ein solches Lager habe, dann ist die Wahrscheinlichkeit eines Unfalles, selbst wenn sie noch so klein ist, niemals null, und daher ist dieses Konzept unakzeptabel. Er hat ja dann gesagt, sicherheitstechnisch realisierbar, aber nur, wenn Änderungen vorgenommen werden am Konzept, also eine Änderung am Eingangslager, eine andere Technologie, keine Änderung bei dem Lager für hochaktive Abfälle.

M
12
1-12

LSowie

Und noch ein dritter Punkt, der weniger bekannt geworden ist, aber auch interessant ist: Er hat auch gefordert in seiner Regierungserklärung, dass Vorkehrungen getroffen werden, um im Kriegs- und Krisenfall das freisetzbare Inventar der WAA an einen sicheren Ort zu bringen, zum Beispiel in einen Salzstock, als Zwischenlager, jetzt nicht als Endlager gedacht.

Also das war sehr unterschiedlich.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Hatten Sie damals nach Ihrer Erinnerung ausreichend Zugang zu Unterlagen oder zu dem, was Sie für Ihre Arbeit benötigten? Wir haben in unseren Unterlagen doch sehr widersprüchliche Aufzeichnungen gefunden. Im Protokoll von Robinson - das ist MAT A 83, Band 17, Seite 133 - werden Sie mit dem Satz zitiert:

Review-Committee (R.C.)-Mitglieder haben bereits Unterlagen bekommen und konnten z. T. SB (Sicherheitsbericht) einsehen. Vor wenigen Tagen hat es die Erlaubnis gege-

ben, den SB auszugsweise zu kopieren und an die R.C.-Mitglieder zu verteilen.

Auf der anderen Seite haben wir in MAT A 83, Band 17, Seite 284, die Aussage von Herrn Illi von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, der den gleichen Sachverhalt so darstellt:

Hirsch stellt fest, dass die GIR-Mitglieder grundlegende Unterlagen über das NEZ erhalten haben, z. B. den Sicherheitsbericht.

Was ist jetzt aus Ihrer Erinnerung und aus Ihrer Sicht richtig? War es einfach, an die für Ihre Arbeit nötigen Unterlagen zu kommen? Waren die umfänglich auch vorhanden? Oder war das schwierig, und hatten Sie so das Gefühl, Ihnen wird nicht alles zugänglich gemacht, was für die Arbeit und die konkrete wissenschaftliche Bewertung notwendig ist?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, es war so -- Ich fange vielleicht so an: Es war eine lange, intensive Auseinandersetzung, die dann dazu geführt hat, dass der Sicherheitsbericht peu à peu rübergereicht wurde. Das war natürlich auch eine Zeitfrage. Der Zeitpunkt des Symposiums war dann schon da. Aber wir haben dann die Teile des Sicherheitsberichtes, sagen wir mal, die die Experten wollten, auch bekommen.

kam rasch
näher

Ein Problem war allerdings dann noch, dass der Sicherheitsbericht vor allem in allen Teilen, die die späteren Teilprojekte betroffen haben - also das erste Teilprojekt war das Eingangslager, das sollte als Erstes errichtet werden; das war schon relativ genau beschrieben im Sicherheitsbericht, damit konnte man was anfangen -, dass die anderen Teile sehr allgemein beschrieben waren, dass also der Sicherheitsbericht sicherlich Informationen gebracht hat, aber noch nicht ausgereicht hat.

Und dann gab es auch den Kampf und das Tauziehen/dass wir dann -- Gut. Dann ist es so gelaufen, dass die internationalen Experten Fragen stellen konnten, die dann an DWK weitergereicht wurden oder auch an PTB, je nach Zuständigkeit. Und dann gab es also sozusagen um jeden Satz, der da dann als Antwort kam, ein längeres Tauziehen. Da ist dann noch einiges an Information rübergekommen. Aber das war schon während der ganzen Zeit ein Problem.

bezüglich
Nachfrage

W
h

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Das Fragerecht ist jetzt bei Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön, Frau Vorsitzende. - Ich möchte vor meinen Fragen erst zwei Vorbemerkungen machen.

Die erste ist, Dr. Hirsch, dass ich mich bei Ihnen entschuldigen möchte, dass wir als Ausschuss Sie haben sehr lange warten lassen. Aber vielleicht führt das ja dazu, dass wir als Ausschuss doch dazu kommen - wir haben die Erfahrung jetzt nicht zum ersten Mal gemacht, dass die Ladung von drei Zeugen immer zu Wartezeiten für die Nachgeladenen führt - und für uns vielleicht zukünftig daraus lernen, dass wir doch nur zwei Zeugen laden. Dann wäre jetzt Ihre Wartezeit nicht ganz umsonst gewesen.

Die zweite Vorbemerkung: Ich möchte dem Ausschuss mitteilen, dass ich Herrn Dr. Hirsch diese Woche bereits gesehen habe. Wir haben als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen drei Expertengespräche zu den Folgen und den Konsequenzen aus dem Unglück von Fukushima gehabt, und einer dieser Experten, die wir geladen hatten in einem der Gespräche, war Dr. Hirsch. Das Wort „Gorleben“, „PUA“ oder so fiel nicht dabei. Ich hatte zwar, muss ich sagen, ursprünglich vor, ihm zumindest zum Schluss zu sagen: „Wir sehen uns ja dann nächste Woche im Untersuchungsausschuss“, habe das da dann aber unterlassen. Ich kannte ihn nicht und wusste nicht, dass er so jung ist, und als ich ihn sah, dachte ich: Das kann gar nicht derselbe Helmut Hirsch sein, der ist viel zu jung. - Insofern war ich jetzt heute dann doch überrascht, dass er doch derselbe ist.

Jetzt zu meinen Fragen. Ich will noch mal bei dem Risiko und der Frage Redundanzen, um die es auch bei uns im Expertengespräch ging, anknüpfen. Sie sind ja offensichtlich, da Sie doch derselbe Helmut Hirsch sind, ein Experte auch für Risikobewertungen. Wir haben ja immer wieder bei Risikotechnologien die Frage: Wie sieht es denn aus mit Redundanzen, und wie viele redundante Sicherungssysteme brauchen wir denn tatsächlich?

Wie ist das denn mit dem Barrierensystem? Das war jetzt schon ein paar Mal in der Diskussion heute, auch bei dem Zeugen, der vor Ihnen hier war. Kann man es sich bei Risiken wie der Einlagerung von Atommüll über einen sehr langen Zeitraum - damals,

1979, war noch von 10 000 Jahren die Rede; das ist auch relativ unüberschaubar für unsereins - überhaupt leisten, auf eine mögliche Barriere zu verzichten?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, also ich halte das Mehrfachbarrierenkonzept für sehr wichtig, und ich denke, es müsste grundsätzlich die Anforderung bestehen, dass ich eine Mehrzahl von voneinander unabhängigen Barrieren habe, auch mehr als eine geologische Barriere. Man kann da jetzt so direkt die Begriffe aus der Kerntechnik, jetzt aus der Reaktortechnik, nicht übertragen. Redundanz ist ja ein Begriff, wenn ein Sicherheitssystem mehrfach ausgelegt ist. Bei den Barrieren wäre das ~~dann~~ eher Diversität, wenn ich das gleiche Sicherheitsziel mit verschiedenen Mitteln erreiche, in der Hoffnung, wenn ich mich vielleicht bei einem Mittel völlig verschätzt habe, dann ist die Wahrscheinlichkeit aber doch sehr gering, dass ich mich bei mehreren komplett verschätzt habe.

Also, ich denke, das ist ein Weg, auch im Hinblick auf die mögliche Reduzierung der Unsicherheiten, die zwangsläufig bestehen bleiben, wenn ich mehrere Barrieren habe: Die Barrieren sind voneinander unabhängig, und jede Barriere soll so weit irgend möglich für sich allein die Sicherheit gewährleisten. Das, denke ich, wäre ein gutes Herangehen, wo man dann vielleicht am Ende zu einer Aussage kommt, wo die Unsicherheiten wirklich minimiert sind.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Debatte damals, war die so gestaltet, dass man, wenn man in Salz gehen wollte, eigentlich erst mal nach einem Salzstock mit einem intakten Deckgebirge suchte, weil man sich sagte, auch geologische Mehrbarrieren sind hilfreich? Oder war es damals schon klar, dass man auf das Deckgebirge eigentlich auch verzichten kann? Heute haben wir ja oft die Diskussion: Na ja, ein Deckgebirge übersteht eine Eiszeit sowieso nicht. Das ist eine These; sonst hätten ja alle Deckgebirge die bisherigen Eiszeiten auch nicht überstanden. Aber immerhin wird es als Argument oft benutzt, dass man deshalb gleich auf das Deckgebirge als Barriere verzichten könnte. - Damals ging man allerdings von 10 000 Jahren aus, nicht von 1 Million Jahren, und in den nächsten 10 000 Jahren wird nicht unbedingt eine Eiszeit erwartet.

md

Also, war der Debattenstand so, dass man eigentlich davon ausging, dass in einem Mehrbarrierenkonzept möglichst auch mehrere geologische Barrieren hineinkommen sollten? Und wann hat sich das geändert?

md
Lrd
W:
md
md

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, nach meiner Erinnerung war das schon so, ~~ja~~ dass es damals dem Diskussionsstand entsprochen hat, ein geologisches Mehrfachbarrierensystem zu haben, und dass durchaus auch das Bewusstsein, auch in Deutschland, vorhanden war: Salzstock und Deckgebirge sind zwei Barrieren. - Das hat sich geändert. Das muss in den 90er-Jahren -- Jetzt muss ich ~~also oben~~ wirklich mein Gedächtnis strapazieren. Das hat sich dann geändert, als deutlich wurde, ~~jetzt~~ nach meiner Erinnerung, dass im Salzstock Gorleben die Barriere Deckgebirge nicht geeignet ist, dass von der Barriere Deckgebirge in Gorleben also keine wesentliche Rückhaltewirkung zu erwarten ist, dass da verschiedene Grundwasserstockwerke direkt am Salzstock und höher miteinander in Verbindung stehen. Das wurde immer deutlicher, und dann ist die Diskussion --

md
md

Es gab da nie, nach meiner Erinnerung, einen Beschluss, dass gesagt wurde: So, also, jetzt gehen wir weg von dem Mehrbarrierensystem ~~zu einer~~. - Aber in der Diskussion und den Argumenten, die dann gebraucht wurden, ging das dann sehr stark rüber, zu sagen: Ja, eigentlich gewährleistet der Salzstock den Einschluss. Der Salzstock ist in manchen Teilen -- Er ist schon viele Millionen Jahre so in dieser Form gewesen, und der reicht. Wenn das im Salzstock, im richtigen Bereich ~~hat~~ des Salzstockes, eingeschlossen ist, dann ist es eigentlich nicht mehr so wesentlich, wie das Deckgebirge ist. - Das ist so meine Erinnerung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Eindruck in der Beschäftigung mit der Geschichte Gorlebens ist tatsächlich, dass diese Aufgabe des Deckgebirges als zusätzliche geologische Barriere damit zusammenhing, dass man feststellte, Gorleben besitzt das nicht, also dass man nicht einen neuen Standort oder neue Standorte suchte, die dem bisherigen Konzept entsprechen würden, sondern dass man das bisherige Konzept entsprechend dem Standort verändert hat. Diesen Eindruck würden Sie teilen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, das entspricht auch meinem Eindruck, wie ich es gerade gesagt habe. Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt habe ich noch eine Frage zum Auswahlprozess. Sie haben gesagt, es gibt nicht ~~das~~ sichere Endlager. Wir haben auch von anderen Zeugen schon gehört, also auch von Pro-Gorleben-Zeugen, Pro-Atomkraft-Zeugen, wenn ich jetzt mal so ein bisschen so eine Grobeinteilung vornehme, dass man nie einen optimalen Standort finden wird. Das wird immer als Argument dafür genommen, dass man deswegen auch bei Gorleben bleiben kann, weil es ja den optimalen Standort nicht gibt.

Ist es nicht im Gegenteil so, dass man gerade dann, wenn man nicht ~~das~~ sichere Endlager finden wird und nicht den optimalen Standort finden kann, einen Auswahlprozess braucht, um den sichersten unter all denen, die nicht optimal sein können, zu finden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Ich denke, die Frage ist: Wie muss ich vorgehen, um mich diesem Optimum möglichst zu nähern? Das ist die Frage. Und da gibt es schon deutliche Unterschiede, auch wenn allgemeiner Konsens besteht - das sagte ich auch vorher schon -, der beste Standort im akademisch abstrakten Sinn wird sich nicht finden lassen. Aber ich kann mich diesem Optimum nähern. Ich kann durch ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren der Standortvorauswahl schon die Grundlage schaffen, dass ich mich diesem Optimum annähere, und umgekehrt ~~leben~~ durch frühzeitige Auswahl eines einzigen Standortes ~~dann~~. Das ist ein Verfahren, das sicherlich sehr schlecht geeignet ist, diesem Optimum nahezukommen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Damit haben wir die erste Berliner Runde hinter uns und gehen zur zweiten Berliner Runde mit der Unionsfraktion.

Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Ich darf mal eine Frage direkt im Anschluss daran stellen, die sich mir gerade aufgedrängt hat. Kann man, wenn man diese Thesen, diese

W: F
W:

Fragen, die Sie gerade beantwortet haben, zugrunde legt, einen optimaleren Standort als Gorleben finden? Ist Ihnen in Deutschland eine solche Möglichkeit bekannt aufgrund irgendwelcher Voruntersuchungen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich werde Ihnen jetzt hier keinen Standort nennen. Das wäre auch wieder ein Fehler und wäre einer Suche eines optimalen - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

- Ich werde hier keinen Standort nennen, weil das der Suche eines optimalen Standortes sicherlich nicht zuträglich und daher, finde ich, auch aus meiner Sicht nicht angemessen wäre.

Aber es ist so: Was wir brauchen, ist ein Vorauswahlverfahren auf wissenschaftlicher Basis, das sämtliche Möglichkeiten in Deutschland - Salzstöcke und Ton sind das wohl im Wesentlichen - einbezieht. Es hat dieses Verfahren für Gorleben nicht gegeben. Das schließt nicht aus, rein logisch, dass man ungeheures Glück gehabt hat insofern und tatsächlich mit Gorleben den besten oder einen Standort nahe dem Optimum gefunden hat. Gleichzeitig wäre das aber auch wieder ein großes Pech; denn wenn es in Deutschland wirklich keine besseren Standorte als Gorleben gibt, dann müsste man völlig neu nachdenken und sich eine ganz andere Lösung überlegen.

Gut, das war jetzt sehr pointiert. Ich glaube in Wirklichkeit nicht daran, an dieses ungeheure Glück, das nun gerade im Falle Gorleben zu einem nahe dem Optimum geführt hat. Wir brauchen ein Standortvorauswahlverfahren im Wesentlichen so, wie die Schweizer uns das jetzt vormachen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Bevor der Kollege Obermeier ausführt, habe ich auch noch mal eine kurze Frage. Herr Hirsch, Sie hatten ja einen Werkvertrag mit dem niedersächsischen Sozialministerium nur für die Organisation und Durchführung des Gorleben-Hearings, jedenfalls nach unseren Unterlagen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nicht ganz. Ich war der Koordinator der internationalen Gruppe, dieser 20 Experten. Ich war nicht der Überkoordinator des gesamten Hearings.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Aber ich habe natürlich dann als Koordinator dieser Gruppe bei der Organisation und Koordination des Gesamthearings auch mitgewirkt. Aber ich war nicht der Überkoordinator.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber Ihre Tätigkeit endete mit Abschluss des Hearings?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, das ist zutreffend. Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Nun ist ja die Gemeinde Gorleben eine Gemeinde von 800 Einwohnern. Wenn man die Samtgemeinde Gartow nimmt, sind es vielleicht 2 500 oder 3 000. Sie sprachen immer von einem Grundeigentümerverschein Gorleben. Kann es nicht sein, dass Sie über einen Großgrundbesitzer an Namen gekommen sind für dieses Hearing?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich kann da gerne über meine Kontakte, die ich zum Grundeigentümerverschein hatte, was sagen, werde das auch gleich tun. Aber ich erinnere noch daran: Diese Liste der 20 Experten, die war schon vorgegeben, im Wesentlichen. Wie gesagt, eine Person ist dann noch ausgeschieden. Also, bei der Auswahl habe ich nicht mehr mitgewirkt.

Mein Kontakt zu dem Grundeigentümerverschein waren Graf Hatzfeld und Graf Bernstorff. / dt

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber über diesen Grundeigentümerverschein, sagten Sie ja, sind Sie ja an Namen gekommen, an Expertennamen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Also, vor allem Herr Hatzfeld hatte sehr weitgehende Kontakte, ich glaube, auch aufgrund eines Studiums in den USA, hat sich auch für das Thema schon länger interessiert. Und er hatte diese Liste mit den 20 Namen, wie gesagt, oder es waren 21, und einer wurde dann gestrichen. Er hatte diese Liste bereits fertig. Die war vorgegeben. Ich hatte auch keinen Grund, daran etwas auszusetzen. Aber ich war damals auch noch am Anfang meiner beruflichen Laufbahn, noch keine 30. Also, meine internationale Erfahrung war damals sicherlich begrenzt. / dt

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ist denn der Graf Hatzfeld als Endlagerexperte, als Geologe irgendwo schon mal in Erscheinung getreten? Oder ist er eine Koryphäe auf dem Gebiet gewesen, dass der so über Namen verfügen konnte oder Namen hatte, die sich für ein Hearing dann auch eignen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein. Er wäre auch nicht der Richtige gewesen, wenn er ein Endlagerexperte gewesen wäre. Es ging ja um ein sehr breites Thema. Das heißt, er hat quasi, wenn man so will, begonnen mit der Vorbereitung und Koordination, die ich dann hauptamtlich übernommen habe. Und genauso, wie ich bei mir dargelegt habe, dass es wichtig war für diese Koordination, einen Überblick zu haben über das Sachgebiet, war das für die vorbereitenden Schritte natürlich genauso. Ein Endlagerexperte hätte sich wahrscheinlich schwergetan mit Kontakten ~~jetzt~~ in Richtung energiewirtschaftliche Fragen, Proliferation usw. Aber jemand, der den Überblick hat, der kennt dann auf den einzelnen Gebieten die Leute, und so ist dann nach meinem Verständnis auch diese Liste zusammengekommen.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kann man denn dieses Gorleben-Hearing als Dialog bezeichnen zwischen der Wissenschaft und der Bevölkerung?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein, das ganz sicher nicht. Das war ein Dialog, eine Diskussion zwischen Wissenschaftlern, zwischen 60 Wissenschaftlern, die da eben, wie ich es vorhin gesagt habe, in verschiedenen Gruppen zusammengearbeitet haben und von der Landesregierung dahin gesetzt wurden.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber haben die mit der Bevölkerung auch diskutieren können, die Wissenschaftler?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Auf dem Hearing selbst nicht. Auf diesen sechs Tagen, wenn ich mich da recht erinnere, saßen die Wissenschaftler auf einem Podium hervorgehoben und haben eben untereinander diskutiert vor einem großen Publikum. Ich bin grundsätzlich sehr für Transparenz und für Weitergabe der Informationen, für einen Dialog; aber speziell jetzt für dieses Hearing, für diesen Austausch zwischen Kritikern und

Gegenkritikern, war das sicherlich eine angemessene Form.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Aber die Presse war anwesend?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Meiner Erinnerung nach ja. Da bin ich ziemlich sicher. Ja.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Und nicht nur die Lokalpresse, sondern auch überregionale Zeitungen oder vielleicht sogar das Fernsehen, der NDR?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Auf dem Hearing, auf diesem sechstägigen Hearing?

Eckhard Pols (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Soweit ich mich erinnere, war da auch Fernsehen. Und ich glaube, mich auch zu erinnern, dass ich nach dem Hearing, jedenfalls von internationalen Medien, Zeitschriften, Anfragen bekommen habe, die das offenbar zumindest mitgekriegt haben. Ob sie da dort waren, also, das weiß ich jetzt nicht so genau.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Kann man sagen, dass als Ergebnis dieses Hearings der Kreisausschuss dann Anfang Mai den Beschluss fasste, sogar einstimmig, sich gegen eine WAA auszusprechen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich weiß nicht, was den Kreisausschuss bewogen hat zu seinem Entschluss. Es erscheint mir sicher plausibel, dass der Kreisausschuss die Ergebnisse dieses Hearings mit großem Interesse und verständlichem Interesse zur Kenntnis genommen hat. Aber ich weiß nicht, wie der Kreisausschuss zu seiner Entscheidung gekommen ist.

Eckhard Pols (CDU/CSU): Danke.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann darf ich die Befragung fortsetzen. Herr Hirsch, Sie sprachen ja vorhin von dem aus Ihrer Sicht idealen Vorgehen. Also, wir sind uns einig, den bestgeeigneten Standort wirklich zu finden, das ist wie die Suche nach der Nadel im Heuhaufen, das ist sehr schwierig. Aber man kann versuchen, durch einen angelegten Prozess dem zumindest dann näher zu

kommen. Wäre es eine Möglichkeit, wenn man von vornherein gewisse Kriterien festlegt, nach denen man sucht, eben eine gewisse Mindestanforderung sozusagen an die Sicherheit und andere Faktoren des Standorts festlegt, wenn man einen solchen Satz an Kriterien entwickelt und dann - ich sage mal eine Zahl - 140 Standorte in den Blick nimmt, bevor man dann aus diesen heraus einen oder mehrere Standorte auswählt, die man weiter erkundet? Wäre dieses Herangehen Ihrem entsprechend?

Verwendung von
Hirsch
Hilf dort

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, zunächst, was die Kriterien betrifft, ja, aber es kommt natürlich auf die Kriterien an. Wenn dieser Kriteriensatz so ist zum Beispiel - - Ich hoffe, ich langweile Sie nicht, durch den Verweis auf die Schweiz/immer wieder ~~so ist man auch dort vorgegangen~~. Da gibt es einen langen Kriterienkatalog zur Geologie, zur Bergtechnik, zu den verschiedensten Fragen. Also, das kommt darauf an.

Und der zweite Punkt: Also, auf jeden Fall würde zu einem angemessenen Vorgehen gehören, dass ich in diesem Schritt nicht bloß einen Standort auswähle, sondern mehrere und diese dann parallel vertieft untersuche.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann ist also das Vorgehen der niedersächsischen Landesregierung, wie es unter Ernst Albrecht ja dann gemacht wurde, in dem Sinne Ihrem Ideal ja dann annähernd.

mk

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, soviel ich weiß, entspricht es dem Ideal in dem Punkt nicht, dass nicht mehrere Standorte zur parallelen Untersuchung ausgewählt wurden, sondern es wurde ja nur in Gorleben ~~damit~~ das Tiefbohrprogramm begonnen und dann der Schacht niedergebracht. Also, in dem Punkt sicherlich nicht.

Ansonsten ist bekannt - aber das weiß ich jetzt nur aus Sekundärquellen -, dass vorher eben Kriterien angelegt wurden, dass da eine Punktwertung gemacht wurde. Da muss ich aber sagen: Da muss ich passen. Im Einzelnen kann ich jetzt diese Kriterien nicht bewerten, weder so noch so.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das Gorleben-Hearing ist ja eine Veranstaltung, die in dieser Form noch nicht stattgefunden hatte bis dahin. Würden Sie sagen, das ist für ein solches Projekt, nationales Entsorgungs-

zentrum, dann die richtige Herangehensweise gewesen und damit auch, ich sage mal - wir reden ja dann in juristischen Begriffen dann auch von dem Stand von Wissenschaft und Technik, der angewandt wurde -, dass das auf dem Stand von Wissenschaft und Technik der damaligen Zeit war?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich denke, das kommt auf die Themen an. Grundsätzlich will ich mal sagen, dass ich es anerkennenswert finde, auch heute noch, von der niedersächsischen Landesregierung, von Ministerpräsident Albrecht, dass er diese Veranstaltung gemacht hat, dass er selbst auch fast die ganze Zeit dort gesessen ist. Wenn er mal nicht dabei war, dann war es wirklich, weil 100 000 Demonstranten auf ihn gewartet haben. Das hat dann auch jeder verstanden, dass er dann ein paar Stunden nicht da ist. Das ist also keine Frage.

Aber die Art und Weise, wie eben dort die verschiedenen Themen behandelt wurden, die war eben doch sehr unterschiedlich. Und in dem Punkt, den habe ich ja bereits deutlich herausgestellt, dass eben nicht über den Salzstock Gorleben gesprochen wurde - - Der Punkt ist aus meiner Sicht, auch aus der Sicht der internationalen Kritiker als Mangel zu sehen.

Wie gesagt, in der Gesamtheit - - Ich habe ja auch vorhin das ausgeführt, dass es einen Punkt jedenfalls oder auch mehrere gegeben hat, wo sehr wohl das, was dort gesagt wurde, dann unmittelbar, sozusagen sichtbar, bei der Entscheidung der Politiker berücksichtigt wurde. In der Summe finde ich das wirklich ein sehr verdienstvolles, interessantes Unterfangen; aber gerade in dem Punkt ~~Leben~~ Gorleben, da ist eben ein Defizit, ein ganz klares.

Substanz

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, Sie sind 1978 in Niedersachsen im Sozialministerium tätig geworden, -

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Für das Sozialministerium. Ich war dort nicht angestellt.

Franz Obermeier (CDU/CSU): - für das Sozialministerium tätig geworden. Hat man Ihnen irgendwann zur Kenntnis gebracht, dass in der Zeit davor die niedersächsische Landesregierung sehr wohl ein Auswahlverfahren durchgeführt hat, dass da eine Vielzahl von Standorten zur Diskussion stand,

dass eine Vielzahl von Untersuchungen und Begutachtungen stattgefunden hat? In welcher Tiefe hat man Sie hier in diesen Vorlauf eingearbeitet?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das geschah nur in ganz allgemeiner und sehr überblicksartiger Form, weil ja auch die Vertreter des Ministeriums die Position vertreten haben: Über den Salzstock Gorleben wollen wir nicht reden. Da sollen erst Untersuchungen laufen, und dann kann man weiter darüber reden. Wir wollen über Endlagerung in Salz grundsätzlich reden usw. - Vor dem Hintergrund - -

Niesem
Also, dann ist es natürlich logisch, in sich schlüssig, auch wenn ich jetzt den Punkt kritisiere, dass eben gesagt wurde: Über den Salzstock Gorleben reden wir nicht. - Vor dem Hintergrund ist es dann natürlich ein schlüssiges Verhalten der Vertreter des niedersächsischen Sozialministeriums, wenn sie dann auf Informationswünsche in der Richtung eben nur mit ganz allgemeinen Erklärungen und mit dem Hinweis reagiert haben: Salzstock Gorleben interessiert uns nicht. Wir wollen allgemein über Endlagerung im Salz - -

Also, die Antwort ist Nein, aus den Gründen, die ich jetzt eben erklärt habe.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Also, Sie bestätigen, dass Sie in den Vorlauf zur Standortfindung, bis man dann einmal runtergekommen ist auf vier oder fünf Salzstöcke, dass Sie da nicht involviert und nicht informiert waren und auch über andere Wirtsgesteine.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Involviert sowieso nicht; denn ich war ja bis Mitte 1978 im österreichischen Industrieministerium tätig. Und ich war ja nur in ganz allgemeiner Form informiert.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, wenn man Ihnen so zuhört und auch aufgrund der beigezogenen Akten des Untersuchungsausschusses und wenn man Ihre Publikationen so liest, kommt man zu dem Eindruck, dass Sie schwerpunktmäßig Wiederaufarbeitungsanlage und Kernkraftsicherheit und derartige Dinge gemacht haben. Liegen wir da falsch, wenn wir glauben, dass Sie zur Endlagerung und zu den geologischen Formationen und den ganzen Implikationen, die sich aus dieser Thematik ergeben, dort nicht der große Experte sind?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, die Bezeichnung „großer Experte“ usw., da will ich selbst natürlich über mich nicht sprechen. Richtig ist, dass bei meiner Arbeit momentan der Schwerpunkt auf Reaktorsicherheit liegt, dass ich mich mit Wiederaufarbeitung früher eine Zeit lang beschäftigt habe, als das Thema auch in Deutschland diskutiert wurde - das ist schon längere Zeit kein Thema mehr für mich -, dass ich aber kontinuierlich, sozusagen on and off, mit kleinen Pausen vielleicht, mich auch immer mit Endlagerung radioaktiver Abfälle auch beschäftigt habe - wobei ich kein Geologe bin, das ist ganz klar; ich bin Physiker, habe dazu meinen Zugang -, dass ich mich damit also immer wieder beschäftigt habe, dass ich eben gerade, wie ich sagte, mich in den letzten Jahren relativ intensiv mit dem Endlagerprogramm der Schweiz beschäftigt habe, was ja keine Sache für sich ist. Die Probleme der Endlagerung treten ja dort in der Schweiz genauso auf wie in einem anderen Land. Damit will ich sagen: Wer sich mit dem Programm in einem Land beschäftigt, vor allem in einem Land, das so fortgeschritten ist, was ich ja mehrmals schon auch positiv herausgestrichen habe, der kann an dem Thema doch ganz gut dranbleiben, denke ich.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, kommen wir noch mal zurück zu dem Gorleben-Hearing. Also: 60 Wissenschaftler, große Veranstaltung, sechs Tage. Das Ganze ist ja nicht ganz billig. Wer hat denn die Kosten getragen? Viele Wissenschaftler werden auch nicht kostenlos gekommen sein. Wer hat die Kosten getragen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Was ich dazu weiß, ist: Ich bin vom niedersächsischen Sozialministerium bezahlt worden, mein Honorar und auch die sonstigen Bürokosten. Die 20 Experten, die ich koordiniert habe, wurden ebenfalls vom niedersächsischen Sozialministerium unter Vertrag genommen und bezahlt. Ich bin mir auch, da wage ich jetzt auch die Vermutung - - Bei den fünf deutschen Experten, die also Kernenergieskeptiker waren, da gehe ich davon aus, dass die vertragliche Regelung auch war, dass sie vom Sozialministerium bezahlt wurden. Bei den anderen Experten weiß ich es nicht. Ich weiß auch nicht, welche Geldflüsse es dann sonst noch gegeben hat.

Ich erinnere mich, dass das mal angesprochen wurde, auch in meiner Gegenwart,

von Vertretern des Ministeriums, ja, dass der Bund auch etwas usw. -- Aber da weiß ich nichts über die Geldflüsse.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Also, Herr Dr. Hirsch, irgendwas ist da nicht ganz logisch. Diese Veranstaltung, wenn ich das alles richtig verstanden habe, kam auf Anregung des Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zustande. Es war eine große Veranstaltung, es war eine gute Veranstaltung, und Sie sagen uns, dass sich für die Ergebnisse seitens der Politik niemand so recht interessiert oder - ich habe das so aufgeschrieben - dass man das eigentlich nicht so recht zur Kenntnis nehmen wollte. Können Sie uns erklären, warum eine Landesregierung - jetzt sage ich einmal ganz vereinfacht - einen solch großen Aufwand treibt und mit dem Ergebnis dann nichts mehr zu tun haben will? Oder war die Geschichte dann schon so weit vorbereitet, weil ja wenige Tage darauf der Ministerpräsident erklärt hat, dass die Wiederaufarbeitungsanlage dann gestorben ist? Also, worauf gründet sich Ihr Eindruck, dass das niemanden interessiert hat?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein. Also, worauf der Ministerpräsident seine Erklärung gegründet hat und sonst seine Überlegungen, das weiß ich nicht. Nein, aber es war ja nicht so. Ich habe das ja auch jetzt schon mehrmals ausgeführt. Es gab einige Punkte, einige Ergebnisse dieser Anhörung, die sehr wohl von der Politik relativ kurzfristig aufgenommen wurden. Ich kann das jetzt noch weiter ausführen, noch ein anderes Beispiel vielleicht bringen.

Was ich schon genannt habe, war ja das große Unfallpotenzial mit dem Eingangslagerbecken, dass ich da sagen muss: Das ist ~~vielleicht~~ ein klares Positivbeispiel. Ein Politiker holt sich Experten, um sich bei einem Thema die technischen Fragen darlegen zu lassen, nimmt das auf, zieht dann seine Schlüsse daraus und handelt und ändert seine bisherige Position.

Ein anderes Beispiel, das ich, glaube ich, noch nicht erwähnt habe, war auch, dass bei diesem Gorleben-Hearing, erstmals möglicherweise in Deutschland -- Dafür kann ich jetzt nicht die Hand ins Feuer legen, aber jedenfalls war das eine der ganz frühen Gelegenheiten, bei denen einmal klar wurde: Wiederaufarbeitung ist kein Sachzwang. Es geht auch ohne Wiederaufarbeitung. Es gibt eine Alternative, die direkte Endlagerung. -

Das war ein Punkt, da erinnere ich mich, das ist von den internationalen Experten sehr deutlich gemacht worden, so auf zwei Levels sozusagen, also erstens, dass sie gesagt haben: Man kann Zeiten durch Zwischenlagerung überbrücken, man muss die Entscheidung noch nicht jetzt fällen. - Aber das andere, der wichtigere Punkt: Es muss überhaupt nicht Wiederaufarbeitung sein. Es gibt einen alternativen Weg.

Und wenn ich mich dann richtig erinnere - und ich glaube, in dem Punkt, weil mich das eben auch beeindruckt hat, erinnere ich mich wohl -, hat Ministerpräsident Albrecht dann auch während des Hearings noch gesagt: Ich will jetzt zu diesen Alternativen eine eigene Session haben, eine eigene Sitzung. - Ich glaube, eine Sitzung war einmal zwei Stunden, oder was auch immer, auch wenn das gar nicht so geplant war. Und zu den Experten hat er gesagt: Hier, ihr habt da in dem Bericht ein bisschen was dazu und da ein bisschen was, ihr habt dort einiges dazu gesagt. Führt das mal zusammen, und erzählt mir etwas drüber.

Und ich glaube: Also, das war einer der Anfangspunkte, der dann dazu geführt hat, dass in Deutschland eben diese Alternative - direkte Endlagerung - dann so langsam - da gab es noch einiges Hin und Her und andere Wiederaufarbeitungspläne - ernster genommen wurde und man schließlich darauf umgestellt hat.

Insofern ist eben schon ein großer Teil, denke ich, sehr gut angekommen, auch aus meiner Sicht als jemand, der sich da ja wirklich sehr reingehängt hat, befriedigend angekommen. Das sind auch sehr wichtige Themen. ~~Also, es ist ja nun~~ Hier ist das Thema jetzt Endlager Gorleben. Aber diese anderen Themen sind natürlich auch sehr, sehr wichtig. Aber es ist eben, wie ich schon sagte: In diesem einen Punkt, was jetzt speziell Gorleben betrifft, also das Endlager eben, den Salzstock, da meine ich, dass aus meiner Sicht vor allem diese Anregung: Ich brauche mehrere, ich brauche eine Vorauswahl mehrerer Standorte, die ich parallel untersuche. ~~Das ist einfach, da ist~~ Ich weiß nicht, inwieweit das intern noch diskutiert wurde. Aber ich habe da nicht gemerkt -- Das war wie ein Echo in einem leeren Raum, das verhallt ist, und dann war da nichts mehr.

Ich glaube, Ihre Frage ist damit -- Ein Großteil der Kosten hat sich also sicherlich -- Die Kosten haben sich sicherlich ge-

LCI
77 JA

Wdh

ingab er

Wdh

7 ts

ur
 rechtfertigt durch das, was da ~~also~~ an Anstößen gekommen ist. Nur in dem einen Punkt eben leider nicht.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Mich störte eigentlich nur, dass Sie hier den Eindruck erweckt haben, dass das Ergebnis seitens der niedersächsischen Landesregierung, aber auch des Bundes dann nicht so interessant war. Aber lassen wir das.

Sie waren also dieser Koordinator dieser Veranstaltung.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ich war Koordinator der 20 internationalen Experten, wie gesagt, und habe dann auch bei der Koordination der Gesamtveranstaltung mitgewirkt. Aber ich war nicht der Gesamtüberkoordinator.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Mich würde jetzt interessieren: Haben Sie den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt eingeladen? War er eingeladen zu der Veranstaltung? Der ist dann offenbar ja nicht gekommen. Gleichwohl hat er sich bei anderer Gelegenheit mit den Kritikern des NEZ getroffen. Wie ist das bei Ihnen so angekommen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich weiß nichts über die Kontakte zwischen niedersächsischer Landesregierung oder Herrn Albrecht und Herrn Schmidt wegen einer Teilnahme von Herrn Schmidt. Darüber weiß ich null. Dass es ein Treffen gegeben hat von einigen der Kritikern mit Herrn Helmut Schmidt, das habe ich gehört. Das war in einer Phase, wenn ich mich da recht erinnere, sehr knapp vor dem Hearing, wo ich mehr als genug zu tun habe und wo ich üblicherweise 15-Stunden-Tage gearbeitet habe. Also, ich habe das gehört, habe es zur Kenntnis genommen und habe mir dann in der Situation keine weiteren Gedanken gemacht, weil ich andere Sorgen hatte.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Herr Dr. Hirsch, Ihr Diskussionsleiter damals, das war der Dr. von Weizsäcker. Was haben Sie denn da noch in Erinnerung? Wie zufrieden waren Sie denn mit dem Dr. von Weizsäcker?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, meine Erinnerung ist, dass er im Großen und Gan-

zen hier wirklich bemüht war, einen Dialog zwischen zwei Seiten, einen ausgewogenen Dialog, in Gang zu bringen, und dass er - ja, ich will es nicht zu kompliziert machen - seine Sache im Großen und Ganzen gut gemacht hat. Meine Erinnerungen sind jetzt insofern etwas schwach, weil auch während des Hearings ich wenig Zeit hatte, mich dazusetzen, mir das anzuhören. Ich hatte auch dann noch sehr viel zu tun, koordinierend und organisatorisch. Aber - sagen wir - das ist -- Ich will es einmal so ausdrücken: Wenn ich zu irgendeinem Zeitpunkt vielleicht Grund gehabt hätte, ihn heftig zu kritisieren oder mich über ihn geärgert hätte, dann hätte ich mir das sicher gemerkt, und das habe ich nicht.

Franz Obermeier (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Hirsch, ich würde gern noch einmal zurückkommen auf die Endlagerkriterien; denn es gab ja in der Tat eine interministerielle Arbeitsgruppe der Landesregierung Niedersachsen, die tatsächlich auch Endlagerkriterien mal diskutiert hat. Ich nenne Ihnen die Kriterien. Das waren zum einen unter dem Bereich „wirtschaftliche Kriterien“ Verkehr, Oberflächennutzung, Wasserversorgung. Es war dann das Kriterium Strukturpolitik, und es waren unter dem Stichwort „Sicherheit und Umwelt“ die Kriterien Landespflege, Trinkwasserversorgung, Reaktorsicherheit und Endlagergeologie. Könnten Sie sagen, welche --

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel
(CDU/CSU))

- Da ging es um das NEZ. Das war die Frage, die der Kollege auch gestellt hat, nach der Voruntersuchung der vielen Standorte. Ich wollte das präzisieren. - Also, war die Frage: Halten Sie das für die -- Waren damals die Kriterien Ihnen bekannt, so von der Erinnerung, und halten Sie sie für ausreichend?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nein, die Kriterien waren mir nicht bekannt. Aber es ist sicher so, wenn ich ein Endlager errichten will, dann brauche ich sehr ausführliche geologische, bergtechnische Kriterien, die auch

im Mittelpunkt stehen müssen. Bei der Auswahl, auch Vorauswahl von Standorten für ein Endlager geht es primär um die Geologie, und darauf muss das Vorauswahlverfahren fokussiert sein.

Dann noch eine Bemerkung dazu. Das mag natürlich schwieriger gemacht worden sein dadurch, dass man unbedingt diese Kolokation, Entsorgungszentrum, alle Anlagen und das Endlager an einem Standort haben wollte. Das war sicherlich nicht ohne Probleme, weil ich natürlich dann für die oberirdischen Anlagen auch verschiedene Kriterien brauche, oder - um es deutlicher zu sagen - vielleicht war das keine sehr glückliche Idee, unbedingt diese Kolokation an einem Standort zu wollen. Aber, wie gesagt, für die Auswahl eines Endlagers brauche ich primär und überwiegend eben geologische Kriterien.

Ute Vogt (SPD): Also, das heißt, eine Prozentzahl von 12,8 Prozent als Anteil der Endlagergeologie zur Feststellung, ob die Kriterien alle reichen, wäre dann zu wenig?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, es scheint mir sehr wenig, ohne hier jetzt den genauen Einblick zu haben. Aber es scheint mir zu wenig. Es scheint mir darauf hinzuweisen, dass das Verfahren nicht sachgerecht ist.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen, einen Arbeitszusammenhang, in dem Sie tätig waren. Das war: Es gab einen Sachverständigenkreis „Andere Entsorgungstechniken“, in dem Sie auch - im Jahr 81 muss das gewesen sein - Mitglied waren. Könnten Sie uns über die Arbeit und den Inhalt dieses Arbeitskreises etwas sagen? Was haben Sie dort gemacht, und welchen Zweck hatte der?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja. Also, es wurde damals ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm für andere Entsorgungstechniken so in Gang gebracht. Also, genau weiß ich das nicht. Aber es hat eben Anfang der 80er begonnen. Da war das Kernforschungszentrum Karlsruhe federführend. Um dieses Programm zu begleiten, hat das BMFT damals eben diesen Sachverständigenkreis einberufen und hat bei diesem Sachverständigenkreis dann auch - im Gegensatz zu der sonstigen Praxis, wo die Mitglieder von

Sachverständigenkreisen dann üblicherweise aus dem, sage ich mal, Kreis der offiziellen Experten kommen - von den neuen Mitgliedern drei herangezogen - einer war ich -, die sozusagen aus dem Kreis der, ja - ich sage es jetzt mal salopp -, nicht etablierten Experten kamen. Ein Vertreter - da weiß ich jetzt nicht, wie ich den einordnen soll - wurde von den Gewerkschaften nominiert, und fünf waren dann eben so der übliche Kreis.

Dieser Sachverständigenkreis, ich war da -- Auch im Rückblick noch sehe ich das als zwiespältig an - damals war ich noch viel stärker gespalten -, weil ich denke, dass ich heute doch sicherlich viele Dinge differenzierter sehe als vor 30 Jahren. Ich hoffe, das trifft auf die meisten Menschen zu, dass sie sich in der Richtung weiterentwickeln. Aber die Problematik, die sehe ich auch heute noch, dass (einerseits sicherlich ~~bin~~ positiv) „weg von der Wiederaufarbeitung“ -- Aber andererseits war das im Gesamtzusammenhang zu sehen mit dem weiteren Ausbau des Atomprogramms, das damals ja auch noch viel weniger weit war - damals waren gerade die Anlagen in Betrieb, die jetzt stillgelegt wurden ~~kurzer~~ nach Fukushima -, also, dass das einerseits sicherlich eine interessante Initiative - will ich auch anerkennen - vom BMFT war und interessant, da mitzumachen, andererseits das auch teilweise einen Alibi-charakter hatte: Hier nehmen wir uns Leute rein, die als Kritiker bekannt sind; die segnen das dann ab, und dann wird damit sozusagen das Ganze, insgesamt der Ausbau der Atomenergie in Deutschland salonfähiger. - Das war so ein Problem. Aber ich muss sagen, ich habe -- Ich weiß jetzt nicht mehr genau -- Der Sachverständigenkreis wurde dann irgendwann aufgelöst. Ich habe mitgearbeitet, fand das auch fachlich interessant. Es gab eine ganze Reihe von Konflikten.

Herr Ziegler vom BMFT hat den geleitet, den ich jetzt nach vielen, vielen Jahren hier wieder getroffen habe, und wir haben uns beide gefreut, uns wiederzusehen. Wir haben damals also manchmal wirklich heftige Auseinandersetzungen auf der sachlichen Ebene gehabt, aber wir sind dann doch immer noch miteinander ausgekommen.

Ute Vogt (SPD): Hat bei diesem Sachverständigenkreis dann auch das Thema Gorleben noch eine Rolle gespielt, oder war das eher eine abstrakte Aufgabe?

Les mir
7 war,
Richtung

mir

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Das, soweit ich mich erinnere, hat da keine Rolle gespielt. Also, dabei ging es -- Da war sozusagen das, was passiert, bevor man die Abfälle ins Endlager bringt, und dann auch die bergtechnischen Fragen, aber nicht so sehr die Geologie.

Ute Vogt (SPD): Danke schön.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Zeuge, Sie hatten ja - hatten Sie vorhin ja schon ausgeführt - Kontakt gehabt zu Herrn Dr. Ziegler aus dem Forschungsministerium. Können Sie uns sagen, wie Ihre Wahrnehmung der Position von Herrn Dr. Ziegler zum Thema Kernenergie war?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das ist jetzt -- Das ist wirklich eine sehr schwierige Frage. Aber ich will versuchen, sie zu beantworten. Also, zwei Dinge vielleicht: dass erstens Herr Dr. Ziegler ganz klar die Kernenergie befürwortet hat, entschieden befürwortet hat, auch den Ausbau der Kernenergie, die Machbarkeit der Entsorgung, dass er aber zweitens auch jemand war, der noch -- also jemand war, der dialogfähig war und in der Lage war, eine fachliche Diskussion auch mit Leuten zu führen, Personen zu führen, die einer anderen Meinung waren, was ja eine gewisse Offenheit voraussetzt. Also, so diese beiden Punkte, denke ich, sind mir da wichtig.

Sebastian Edathy (SPD): Ich darf mich beziehen auf eine Zeugenbefragung, die wir vorgenommen haben am 8. Juli 2010. Das war die 12. Sitzung des Ausschusses. Da hatten wir einen Herrn Dr. Wolf von Osten als Zeugen vernommen. Sagt Ihnen der Name was? Also, Herr von Osten war Anfang der 80er-Jahre Spiegelreferent für das BMFT im Bundeskanzleramt. Ich darf verlesen aus Seite 91 unseres Protokolls folgende Aussage von Herrn von Osten über das BMFT:

Ich will das mal so sagen - das ist jetzt aber eine Einschätzung von mir, eine persönliche Einschätzung und keine durch Tatsachen -: Damals gab es im BMFT eine starke Kernenergiefraktion im gesamten Haus - bis zum Staatssekretär, aber nicht aufseiten des Ministers. Das fing schon zur Zeit von Herrn Hauff, dem Vorgänger von Bülow, an ...

Können Sie das nachvollziehen, diese Positionierung?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, also, soweit -- Meine Kontakte mit BMFT waren begrenzt. Aber sagen wir: Das widerspricht nicht dem Bild, das ich hatte von meinen Kontakten mit dem BMFT.

Sebastian Edathy (SPD): Hatten Sie denn den Eindruck als Beobachter, dass sich in der Positionierung des BMFT eine Veränderung ergeben hat nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982, oder können Sie es nicht beurteilen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Nur kurz: Nein, also, wenn ich diese Frage jetzt höre, fällt mir spontan dazu nichts ein.

Sebastian Edathy (SPD): Ich frage auch deshalb, weil Herr Dr. von Osten ja dann gewechselt ist kurz vor dem Regierungswechsel und Referatsleiter im BMFT, also kam aus dem Kanzleramt und hat dort ein Grundsatzreferat für Energiefragen geleitet, wurde aber da sofort wieder abgesetzt, als es den Wechsel gab in der Bundesregierung. - Gut. Ich habe dazu keine weiteren Fragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Michael Paul
(CDU/CSU))

- Bitte? - Ich kann die Quelle gerne angeben, Herr Kollege Paul. Das ist die Seite 83 aus dem Protokoll zur Befragung von Herrn von Osten, und ich zitiere ihn folgendermaßen:

Ich bin aus dem Kanzleramt dann noch vor dem Regierungswechsel ausgeschieden, bin wieder zurück ins BMFT, habe dort die Leitung des Referats „Grundsatzfragen der Energieforschung“ übernommen und war in dem verbleibenden halben Jahr bis zum Regierungswechsel im Oktober 1982 damit befasst, einen Plan und ein Konzept für die Beendigung des Kalkarer Brütters zu entwickeln. ...

Ich kann über die Zeit nach Oktober 1982 zu der Problematik wenig sagen, weil ich sofort nach dem Regierungswechsel in ein anderes Referat versetzt wurde ...

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Von Absetzen, wie Sie gesagt haben, steht da nichts!)

- Ach so. Er wurde nicht abgesetzt als Referatsleiter; er wurde versetzt in ein anderes Referat. Das macht natürlich inhaltlich einen ganz, ganz, einen massiven Unterschied. Vielen Dank, Herr Paul, für den Hinweis.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Meine Herren, Sie wollen sich jetzt nicht ernsthaft noch mal darüber inhaltlich untereinander auseinandersetzen. - Dann geht das Rederecht nämlich jetzt an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Hirsch, ich komme noch mal wieder zu dem Punkt zurück. Ich hatte ja vorhin schon zitiert. Sie hatten ja als Sachverständiger damals, im Jahre 80, im Juni, eine Stellungnahme abgegeben in dem Zusammenhang in der Arbeitsgruppe Reaktorsicherheit und Strahlenschutz des Innenausschusses. Da ging es ja um diese Themenstellung: Welche Möglichkeiten der Endlagerung radioaktiver Abfälle gibt es? Sind Salzstöcke geeignet? - Ich zitiere aus dem Protokoll, Seite 79. Da zitiere ich jetzt wortwörtlich:

Auch bei Betonung der künstlichen Barrieren ist die Auswahl des Endlagermediums von Interesse, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Minimierung späterer Zugänglichkeit.

Frage: Meinen Sie damit, möglichst nicht rückholbare Lagerung im tiefergeologischen Grund wäre die beste Variante für die Endlagerung?

Ich gehe noch mal weiter in diesem ersten Block meiner Fragen. Sie haben dann auch damals erklärt, dass aus historischen Gründen natürlich der Informationsstand bezüglich des Wirtsgesteins Salz am besten fortgeschritten ist, haben aber trotz alledem auch darauf verwiesen, dass Sie sich ansonsten der Fachmeinung des Herrn Grimmel anschließen, der ja auch Vor- und Nachteile von Salzformationen beschrieben hat. - Das ist jetzt erst mal mein erster Block.

Ich würde Sie trotzdem bitten, dass ich meinen zweiten Block gleich hinterher schieben kann. Sie haben dann in Ihrer damaligen schriftlichen Stellungnahme auch festgestellt, dass sich die BRD nicht aktiv an

einer internationalen Arbeitsgruppe beteiligte, die die Möglichkeit der Lagerung radioaktiver Abfälle in der Tiefsee mit befasste. Sie schrieben damals: Die Gründe hierfür sind unklar. - Ich merke jetzt noch mal an, dass Sie damals ein Verfechter waren, dass Sie gesagt haben: Ein aussichtsreiches Medium könnte roter Tiefseeton sein. Das ist ja für uns eine ganz völlig -- Also, diese Überlegung habe ich noch nirgendwo gelesen und gesehen. Sind Sie nach wie vor der Meinung, dass also auch in der Tiefsee - das stelle ich mir viel, viel komplizierter noch vor -- sinnvoller wäre als in tiefergeologischen Gesteinsformationen an Land? - Diese beiden Blöcke, bitte.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Die erste Frage ist: Ganz klar hat sich meine Position geändert. Ich würde es heute befürworten, soweit es mit der Sicherheit verträglich ist, die Rückholbarkeit offenzuhalten, was natürlich nicht einfach ist; denn Sie haben immer den Zielkonflikt, wenn Sie ein Endlager längere Zeit offen halten wollen oder offen lassen wollen zur leichten Rückholbarkeit oder nur teilweise verfüllen, dass dann auch gleichzeitig das Problem der Wassereinträge größer wird. Aber ich würde aus heutiger Sicht diese Position nicht mehr vertreten, sondern eben die Rückholbarkeit. Da bin ich übrigens ~~noch~~ bei weitem nicht der Einzige. Viele, viele Experten, die sich mit dem Thema beschäftigt haben, sind auch im Laufe der Jahrzehnte der Beschäftigung damit in die Richtung gegangen, dass sie der Rückholbarkeit sozusagen nähergetreten sind und die Vorteile sehen. Es ist auch kein Zufall, dass in vielen Ländern eben auch über Formen der Rückholbarkeit nachgedacht wird.

Das Zweite, da habe ich die Frage -- Da sagten Sie etwas, Informationsstand zu Salz. Was war da die Frage?

Angelika Brunkhorst (FDP): Sie haben damals gesagt, dass natürlich zu dem damaligen Zeitpunkt die Salzformation als Wirtsgestein am meisten vorangeschritten erforscht ist und dass Sie das sozusagen, ja, einfach nur festgestellt haben, aber dass Sie sich ansonsten den Vor- und Nachteilen, also der Bewertung von Herrn Grimmel anschließen. Herr Grimmel hat ja hier auch schon als Zeuge ausgesagt. Er hat ja durchaus Bedenken gehabt gegenüber Salzgestein. Deswegen würde ich ganz gern wissen: Sie haben

nd

damals die Einschätzung unterstützt. Unterstützen Sie die heute auch noch so, wie Herr Grimm die vertritt?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich habe ja schon deutlich gesagt - auch hier im Verlauf der Diskussion -, dass es verschiedene infrage kommende Wirtsgesteine gibt, die alle jeweils ihre spezifischen Vor- und Nachteile haben. Ich habe ja auch versucht, das auf den Punkt zu bringen in der etwas saloppen Weise: Ein guter Standort im Salz kann besser sein als ein schlechter im Ton und umgekehrt. - Also, das, denke ich, entspricht ja genau dem. Wenn ich damals gesagt habe, der Informationsstand über Salz ist ja viel besser, dann werde ich das sicher recherchiert haben, und dann wird das sicher für die damalige Zeit gestimmt haben. Europaweit, würde ich sagen, wird das heute nicht mehr unbedingt zutreffen, weil man zum Beispiel gerade über Ton auch sehr viel mehr weiß. Aber insgesamt sehe ich da jetzt von meiner damaligen Aussage zu dem Jetzigen eine Weiterentwicklung, aber keinerlei Brüche oder irgendwelche Widersprüche.

Die Option mit dem Tiefseeton würde ich heute nicht mehr so vertreten und besonders pushen und in die Diskussion bringen wollen.

Angelika Brunkhorst (FDP): Also, ich habe jetzt dann auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das trifft sich ja gut. Dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke schön. - Herr Dr. Hirsch, das war bei dem Gespräch zwischen DWK und Kernenergiekritikern am 27. September schon ziemlich spät geworden, so wie jetzt auch. Allerdings ging es da bis 22.10 Uhr. Und als es da so später wurde, wurde auch der Ton irgendwie anders. Darf ich Ihnen mal was vorlesen? Das ist MAT A 83, Band 17, die Seiten 133 bis 158, hier die hinteren Seiten. Da fragt - -

(Zuruf)

- Bei was? - Das ist jetzt aus dem - - notiert von E. Robinson aus den Hannoveraner Gesprächen.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Vorbereitung.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, Vorbereitungsgespräche. - Was hindert jemanden - - Also, das ging erst - - Atomgesetz und Bergrecht treffen sich, sagt Stumpf bei der Frage, ob man das da machen kann. Straßburg sagt, es gibt Erläuterungen - - der gibt Erläuterungen zum Berggesetz ab. Dann sagt der Cochran:

Was kann eigentlich jemanden verhindern, ein Loch zu bohren oder einen Graben auszuheben?

Und darauf kommt die Antwort:

Da gibt es eine Genehmigungspflicht. Eine Behörde kann das verhindern.

Und der Herr Callender - das war der aus Neumexiko, so ein besonders forscher -, der sagt:

Die DDR kann doch hier machen, was sie will, ein Loch oder einen Graben.

Da kommt der Stumpf dann dazu:

Ja, aber die Standortauswahl, das war doch eine politische Entscheidung.

Und Callender sagt dann:

Abbau von Kali in DDR, dafür muss es Pläne geben, Kommunikation zwischen Bundesrepublik und DDR.

Stumpf aus dem Sozialministerium in Niedersachsen sagt dazu, er weiß nichts von Gespräch zwischen Bundesrepublik und DDR.

Dazu habe ich jetzt mal eine Frage. Das Innenministerium und überhaupt das Ganze - - In ganz Niedersachsen wusste die Ministerrunde 77 sehr gut Bescheid, auch über Gasvorkommen unter dem Salzstock, sowohl in der DDR als auch Gas unter dem Salzstock Gorleben. Da waren sogar Salzrechte, also die Bohrrechte für Gas vergeben worden an eine Firma. Kam das irgendwie da zum Ausdruck, dass also das größte Gasvorkommen in Deutschland sich direkt unter dem Salzstock Gorleben befindet?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das wäre, wenn das wirklich 77 schon bekannt war - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das war bekannt.

LD

LD

wie ich damals

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Es ist so, dass -- Gut, das kann ich jetzt nicht selbst bestätigen. Aber wenn das aus dem Protokoll hervorgeht, gut; ~~Kann ich nicht selbst~~ Es war so, dass in dem Bericht der Expertengruppe, wo Herr Callender, Herr Cochran und auch andere drin waren, ja auf mögliche Probleme am Standort Gorleben hingewiesen wurde. Diese Expertengruppe wusste nicht ~~ich wusste auch nicht damals über~~ genauer Bescheid. Aber die Expertengruppe hat sich über die Situation grundsätzlich bei entsprechenden vergleichbaren Salzstöcken in Norddeutschland informiert und hat dann ausdrücklich darauf hingewiesen, es ist ein potenzielles Problem, möglicherweise, von der Geologie her könnten sich Gasvorkommen unter diesem Salzstock befinden. Das heißt, wenn das zu dem Zeitpunkt der Landesregierung bekannt war, ist es eigentlich eine interessante Frage, warum sie diesen Punkt dann nicht aufgegriffen hat und sich von den Wissenschaftlern, die ja offenbar nicht ganz blöd waren, wenn sie das - ich rede jetzt auch etwas salopper -- wenn sie diesen Problempunkt identifiziert haben als potenzielles Problem -- sich von diesen Wissenschaftlern speziell zu Gorleben genauer beraten zu lassen. Das ist eigentlich eigenartig. Aber, wie gesagt, die Wissenschaftler, die ich koordiniert habe, wussten davon nichts. Aber sie haben grundsätzlich ganz klar in dem Bericht festgestellt: Das ist ein potenzielles Problem. Das kann auch in Gorleben zutreffen. Vorsicht!

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist ja spannend. Also, die Wissenschaftler sind von sich aus darauf gekommen, dass da so ein Salzlager ist, auch üblicherweise Gas darunter angetroffen wird, und das Innenministerium, das Sozialministerium, das davon wusste und anwesend war, hat also darüber komplett sich ausgeschwiegen. Sie haben sich ja auch darüber ausgeschwiegen. Ich frage da noch mal was.

Am 28.09.78 wurde ein weiteres Gespräch der internationalen Experten mit Vertretern der PTB und der BGR in den Räumen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover durchgeführt. Da gibt es ein Protokoll von Dr. Illi. Der fragt den Cochran aus den USA und Wenzlaff von der BGR, ob es möglich sei, Unterlagen über die Dinge zu erhalten, die auf DDR-Gebiet erfolgt sind. Und der Wenzlaff erläutert, dass bis 1945 alles erfasst ist, und danach gibt es

keine Informationen. Cochrans Nachfrage, ob beabsichtigt wird, derartige Informationen zu erhalten, darauf entgegnet Wenzlaff, dass das unmöglich ist.

Herr Dr. Hirsch, wir wissen heute, dass Wenzlaff, BGR, und Stumpf, Sozialministerium, die Unwahrheit gesagt haben oder zur Geheimhaltung verpflichtet waren; denn aus der Kabinettsvorlage der niedersächsischen Landesregierung vom Februar 1977 - MAT A 52, Band 12, Seite 26 bis 45 - geht eindeutig hervor, dass sowohl die Landesregierung und damit das federführende Sozialministerium als auch die Fachbehörden von dem geheim gehaltenen Erdgasvorkommen unter dem Salzstock und von den vielen Erdgasbohrungen durch den DDR-Teil des Salzstocks wussten. Wie kann ein internationales Expertengremium zu diesen wichtigen Fragen Stellung beziehen, wenn diese wichtigen Erkenntnisse, wie die Gasvorkommen, ihnen vorenthalten werden?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Ja, also, ich erinnere mich daran, das hat die Arbeit natürlich erschwert. Jede Information, die wir hier noch bekommen hätten, hätte die Aussagen noch präziser machen können, noch fundierter. Ich erinnere mich, dass das öfter das Thema war, dass ich das auch mit Vertretern des Ministeriums angesprochen habe, eben die Informationen vom Gebiet der DDR. Da ist eben gesagt worden: Ja, es ist, wie es ist, und da kommen wir nicht ran. - Es ist dann auch, wenn ich mich recht entsinne, noch etwas relativiert worden, indem man gesagt hat: Na ja, es sind doch -- Das hängt zwar zusammen, der Salzstock Gorleben und Rambow, aber es sind doch zwei getrennte Strukturen, so wie die Höcker - an das erinnere ich mich; das war irgendwie einprägsam -, so wie die zwei Höcker von einem Kamel. Also, da ist doch der Salzstock Gorleben dann ein Stück ja schon zusammen, aber auch wieder getrennt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Höcker in 400 Meter Tiefe.

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Daher wurde das eben dann begründet, gesagt, also, wir konzentrieren uns auf diesen einen Höcker, und das ist dann -- das reicht dann.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Gut. Danke schön. - Können Sie mir noch was dazu sagen, wie jetzt in der Schweiz die Kri-

mh
Kompetenz ~~sozusagen~~ besitzt. Die haben - jetzt wieder salopp gesagt - die meisten Wissenschaftler, die die meiste Zeit da reinstecken können und am meisten daran arbeiten. Das ist dann schon manchmal so das Gefühl - nicht nur bei mir -, also wird man da überfahren, weil man dann also einfach gar nicht dagegen halten kann mit Argumenten. Aber auch da gibt dieses Verfahren, eben durch die breite Einbindung, auch noch Chancen, weil, wie gesagt, gerade bei der Geologie, da gibt es eben auch viel Sachverstand, der jetzt nicht so in der Kerntechnik angesiedelt ist. Da gibt es lokalen Sachverstand.

Also, ich halte das für ein sehr interessantes Verfahren. Das kann auch immer noch gegen die Wand gefahren werden. Aber es ist jedenfalls ein sehr interessanter Ansatz, und, ja, diese Einbindung, die breite Einbindung der Bevölkerung und der verschiedenen Institutionen ist ein ganz wichtiger Punkt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt sind wir alle sehr, sehr viel schlauer geworden, liebe Frau Kotting-Uhl, lieber Herr Dr. Hirsch. Das finde ich auch alles ganz wunderbar. Wenn wir jetzt noch erfahren könnten, was das unmittelbar mit unserem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Halt, das mache ich schon selbst.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, ist ja gut. Ich habe Sie ja ausreden lassen. Ich habe überhaupt gar keine Lust, hier mit Ihnen zu streiten, hier irgendwelche Aussagen unterdrücken zu wollen oder so was. Wir können hier reden, so lange wir wollen. Nur, wir untersuchen hier ja tatsächlich einen Vorgang, der in der Vergangenheit liegt. Freundlicherweise sollte das deshalb also in seiner Konsequenz, das, was Herr Dr. Hirsch gesagt hat, für unseren Untersuchungsauftrag und nicht für zukünftige Geschehnisse in der Schweiz, in der Bundesrepublik oder sonst irgendwas noch mal auf den Punkt gebracht werden, damit wir diese Aussagen auch als wertvollen Beitrag für die Erstellung unseres Berichts letztendlich verwenden können.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Frau Vorsitzende, ich stimme Ihnen völlig zu. Ich habe jetzt lediglich angeschlossen an die ausführliche Befragung von Herrn Obermeier an unseren Zeugen zum Schweizer Auswahlverfahren und erlaube mir, noch eine Frage dazu anzufügen - das ist dann immer noch weit unter der Zahl der Fragen, die Herr Obermeier dazu an den Zeugen gerichtet hat -, eine Frage noch, die auch sehr wohl mit dem Untersuchungsauftrag zu tun hat.

Wir haben vorhin - ich glaube, es war auch Herr Obermeier oder Herr Paul - auch den Kriterienkatalog oder gehört, es hätte hier ein Auswahlverfahren gegeben von Niedersachsen, ob das dann also nicht zufriedenstellend hätte gewesen sein müssen. Nun hat Frau Vogt schon darauf hingewiesen, wie die Kriterien da aussahen. Es war ja am Ende unter den vier Standorten, die nach den Kriterien ausgewählt waren, Gorleben auch nicht mal dabei. Aber jetzt noch mal meine Frage. Egal wie die Kriterien zusammengesetzt sind, muss ich, kann ich am Ende ein Auswahlverfahren zu einem guten Ergebnis führen, an dem ich am Ende nicht mindestens zwei Standorte, die bis dahin in dem Auswahlverfahren alle Hürden genommen haben, auch untertätig vergleiche, kann ich allein mit Kriterien, die obertätig vergleichen, überhaupt zu einem Standort kommen und dann sagen: „Der ist es jetzt“?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, ich glaube, ich habe dazu auch schon etwas gesagt. Aber ich kann das noch mal auf den Punkt bringen. Nein, ich meine, dass es erforderlich ist, bei der Vorauswahl auf jeden Fall mindestens zwei Standorte auszuwählen und diese dann einer vertieften Untersuchung zu unterziehen. Besser ist es, wenn es mehr als zwei sind oder wenn es mehrere Schritte sind, mehrere Standorte, provisorische Sicherheitsanalyse, noch mal Einengung und dann zwei oder drei dann wirklich eine vertiefte Untersuchung. Das halte ich für sachgerecht und erforderlich.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Jetzt habe ich noch eine Frage zum Gorleben-Hearing. Da haben mich jetzt auch die Fragen von Herrn Paul animiert, doch mal klarzumachen, dass solche Dinge ja nicht im luftleeren Raum stattgefunden haben. Wir erleben ja immer, auch zurzeit gerade, dass politische Entscheidun-

gen ihr Umfeld haben, von dem sie auch bestimmt werden. Genauso war das natürlich auch damals. Wir haben vom 28.03. bis zum 03.04. diese Veranstaltung gehabt. Am 28.03. war der Unfall in Harrisburg, Three Mile Island, der uns zum ersten Mal darauf hingewiesen hat, dass es da ein gewisses Problem gibt mit atomaren Anlagen. Am 25. bis zum 31.03. war der Treck der Bauern nach Hannover, der große Treck, 100 000 Menschen nach Hannover. Also, das sind zwei Ereignisse, die ganz sicher einen gewissen Druck ausgeübt haben auf anschließende Entscheidungen der niedersächsischen Landesregierung.

Dann hatten wir dieses Hearing, und dann hatten wir anschließend die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, dass die Wiederaufarbeitungsanlage politisch nicht durchsetzbar ist. Könnte es sein, dass die Wiederaufarbeitungsanlage das Opfer war zur vermeintlichen Befriedigung der Bevölkerung und deshalb die kritischen Ergebnisse, die zum Endlager in dem Hearing entstanden, nicht in die Veröffentlichungen, in die Bewertungen eingeflossen sind, weil man an diesem Teil des NEZ, diesem Endlager, festhalten wollte?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Also, das ist eine schwierige Frage. Ich hatte schon den Eindruck, dass die Wiederaufarbeitung auch gewollt war, dass die sowohl von der Bundesregierung als auch von der niedersächsischen Landesregierung ~~etwas war~~ gewollt war und jetzt nicht einfach ein Bargaining Chip, etwas, was man dann so locker - - was man eh nicht will und was man zuerst verlangt und dann einfach so locker aufgibt, um dann doch noch einen guten Kompromiss zu erzielen. Nein, das glaube ich nicht. Aber es war wohl so, dass das Endlager offensichtlich für die Landesregierung besonders wichtig war, das Festhalten. Das habe ich auch immer erlebt, auch diese Konstanz, mit der immer wieder abgeblockt wurde, „Wir wollen über den Salzstock Gorleben nicht sprechen“, wie Ministerpräsident Albrecht auch noch auf dem Hearing gesagt hat: Über den Salzstock diskutieren wir nicht; das steht hier nicht zur Diskussion. - Also, das deutet schon darauf hin, dass hier, ja, schon eine ziemliche Festlegung war und dass man ~~das~~, also vergleichsweise - - dann noch eher die Wiederaufarbeitung zur Diskussion stellen konnte, vielleicht weil man auch damit die Bundesregierung geärgert hat, die das ja

besonders wollte, und bei der Endlagerung aber - - das aber wirklich beinhaltet ~~darin~~ festhalten wollte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Jetzt ist die Fragezeit wieder vorbei, und wir hätten jetzt die großartige Chance, noch eine dritte Berliner Runde anzuschließen. Da gucke ich jetzt in die Runde. Wir hatten uns ja miteinander daraufhin geeinigt, dass wir gesagt haben, wir gucken mal, wie weit wir bis 19 Uhr kommen. Das ist jetzt inzwischen schon eine Weile hin, und ich gucke mal: Besteht denn noch irgendwo dringender Fragebedarf, sodass Sie sonst der Vorsitzenden schlimme Vorwürfe machen würden, dass sie also dringenden Erkenntnishunger unterdrücken würde? - Das sehe ich nicht so wirklich.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir halten uns an den Beschluss!)

- Das ist ja ganz wunderbar.

Dann, lieber Herr Dr. Hirsch, kommen wir tatsächlich zum Ende unserer heutigen Sitzung. Ich darf Ihnen zum Ende noch ein paar Formalien mitteilen. Das Sekretariat wird Ihnen nämlich das Protokoll - nach seiner Fertigstellung, logischerweise - übersenden. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Dr. Helmut Hirsch: Keine Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn das nicht so ist, dann bedanke ich mich noch mal sehr herzlich bei Ihnen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unseren Protokollanten, und ich bedanke mich heute in diesem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz besonders bei der Leiterin des Sekretariats, bei Frau

Heimbach, für die hervorragende Unterstützung bis hierher. Ich darf Ihnen noch ein paar Blümchen - ganz ohne Tropfen - mitgeben, damit Sie uns in guter Erinnerung behalten. Das wird ohnehin unschwer der Fall sein, denke ich mir.

Ich verabschiede uns alle jetzt in eine Lesepause. Ich freue mich, Sie alle am 12. Mai in alter Frische zum Obleutegespräch wiederzusehen. - Danke schön.

(Beifall)

(Schluss: 19.24 Uhr)